

Die Zukunft der Sozialpolitik

Die Not der geistigen Arbeiter

Jubiläumstagung des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach 1922



Auf Grund der stenograph. Niederschrift
hrsg. vom Vorstande



Duncker & Humblot *reprints*

Stenographischer Bericht
der
Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik
in Eisenach 1922.

Mit vier Kapiteln über den Verein für Sozialpolitik
1872—1922.

Schriften
des
Vereins für Sozialpolitik.

163. Band.

Verhandlungen
der Generalversammlung in Eisenach
20. und 21. September 1922.

Auf Grund der stenographischen Niederschrift
herausgegeben vom Vorstand.

Mit vier Kapiteln über den Verein für Sozialpolitik
1872—1922.



Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1923.

Die Zukunft der Sozialpolitik.

Die Not der geistigen Arbeiter.

Jubiläumstagung
des Vereins für Sozialpolitik
in Eisenach 1922.

Mit Beiträgen zum 50jährigen Jubiläum des Vereins von
Lujo Brentano, Georg Friedrich Knapp, L. Lud-
wig-Wolf und Franz Boese.



Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1923

Alle Rechte vorbehalten.

**Altenburg
Pierrefche Hofbuchdruckeret
Stephan Geibel & Co.**

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vier Kapitel über den Verein für Sozialpolitik 1872—1922.	
Erstes Kapitel: Zum Jubiläum des Vereins für Sozialpolitik. Von Lujo Brentano	1—22
Zweites Kapitel: Adolf Held, geb. 10. Mai 1844, gest. 25. August 1880. Von Georg Friedrich Knapp	23—37
Drittes Kapitel: Wie ich nach Eisenach kam, und was ich dort fand. Von L. Ludwig-Wolf	39—54
Viertes Kapitel: Zur Entstehung der Vereinschriften. Von Franz Doese	55—72
Erster Verhandlungstag über die Zukunft der Sozialpolitik.	
Eröffnung und Begrüßung	75
Bericht von Prof. Hertner: Der Verein für Sozialpolitik in Ver- gangenheit, Gegenwart und Zukunft	83
Bericht von Prof. Stein	97
Allgemeine Aussprache	115
Schlußwort von Prof. Hertner und Prof. Stein	159
Zweiter Verhandlungstag über die Not der geistigen Arbeiter.	
1. Bericht von Prof. Alfred Weber	165
2. Bericht von Verlagsbuchhändler Dr. Oskar Siebeck	185
3. Bericht von Redakteur Georg Bernhard	194
Allgemeine Aussprache	213
Schlußwort von Georg Bernhard	250
Schlußwort von Alfred Weber	254
Geschäftliche Verhandlungen und Beschlüsse . . .	260

Verzeichnis der Redner.

Bernhard — S. 194. 250.
Birnbaum — S. 244.
Boese — S. 261. 265.
Bonn -- S. 155.
Briefs — S. 136.
Carbe — S. 216.
Diehl — S. 77. 82. 99.
Eckert — S. 213. 258.
Feig — S. 78.
Gehrig — S. 239.
Gothein — S. 122.
Grünberg — S. 125. 220.
Günther — S. 130.
Heiß — S. 241.
Herkner — S. 75. 83. 159.
Heyde — S. 139.
Janfon — S. 79.
Kefler — S. 145.
Lederer — S. 150. 248.
Leute — S. 225.

Leyen — S. 261.
Loß — S. 237.
Marcus — S. 227.
Nostis — S. 158.
Otto — S. 79.
Potthoff — S. 149. 214.
Pribram — S. 143.
Rüstow — S. 246.
Quark — S. 234.
Salin — S. 141.
Seibt — S. 115.
Siebeck — S. 185.
Stein — S. 97. 159.
Tönnies — S. 232.
Umbreit — S. 153.
Weber, Adolf — S. 133.
Weber, Alfred — S. 165. 254.
Wiese — S. 229.
Wittke — S. 81.
Wolf — S. 118.

**Vier Kapitel
über den Verein für Sozialpolitik
1872—1922.**

Den Teilnehmern der Jubiläumstagung
als Festschrift überreicht.

Erstes Kapitel: Zum Jubiläum des Vereins für Sozialpolitik. Von
Lujo Brentano.

Zweites Kapitel: Adolf Held, geb. 10. Mai 1844, gest. 25. August
1880. Von Georg Friedrich Knapp.

Drittes Kapitel: Wie ich nach Eisenach kam, und was ich dort fand.
Von L. Ludwig-Wolf.

Viertes Kapitel: Zur Entstehung der Vereinschriften. Von Franz
Boese.

Erstes Kapitel.
**Zum Jubiläum des Vereins für
Sozialpolitik.**

Von
Lujo Brentano ¹⁾

¹⁾ Wiederabdruck eines zum fünfundsingzigjährigen Jubiläum des Vereins für Sozialpolitik im Feuilleton der Frankfurter Zeitung vom 9. Juli 1897 erschienenen Aufsatzes.

Schriften 163.

1

Es ist jetzt 25 Jahre her, daß eine Anzahl akademischer Lehrer und Schriftsteller die Anregung zu jener Eisenacher Versammlung gab, aus welcher der Verein für Sozialpolitik hervorgehen sollte. Auf der im September dieses Jahres zu Köln stattfindenden Generalversammlung feiert dieser sein Jubiläum.

Um meine Erinnerung aufzufrischen, habe ich in meinen Papieren geblättert, soweit sie sich auf jene Tage beziehen. Eine Anzahl recht interessanter Briefe, — äußerst charakteristische Zeitungsausschnitte! Der Widerstand, mit dem wir damals zu kämpfen hatten, trat mir wieder lebendig vor die Seele. Aber es wäre heute nicht angebracht, auf die damaligen Kämpfe im einzelnen einzugehen. Gar manche, die damals feindlich sich gegenüberstanden, kämpfen heute Schulter an Schulter; umgekehrt haben sich die Keime von Gegensätzen, die unter damaligen Freunden bestanden, seitdem zu starken Dissonanzen ausgewachsen; der Hauptwiderstand aber, den es damals zu brechen galt, ist noch immer ungebrochen, ja er ist mächtiger wie je. Es hieße dem Feinde Vorschub leisten, wollte ich durch Berührung von Vergangenen bei neuen Freunden alte Wunden aufreißen und unter alten Freunden neue Streitigkeiten entfachen. Ich möchte der neuen Generation nur einfach erzählen, wie nach meiner Erinnerung alles gekommen ist.

Die Kriege von 1866 und 1870/71 hatten den Triumph jener bürgerlichen Kreise gebracht, welche in dem deutschen Nationalverein organisiert gewesen. Es ist bekannt, in welcher Weise Herr von Bismarck sich der Wirtschaftspolitik bedient hatte, um seinen politischen Zielen die Wege zu ebnen. Der französische Handelsvertrag mit seinen weitgehenden Tarifiermäßigungen und der Meißtbegünstigungsklausel hatte Österreich genötigt, auf den Eintritt in den Zollverein zu verzichten. Die Beschränkungen der Freizügigkeit und Gewerbe-freiheit mußten fallen, wenn an Stelle der verschiedenen Vaterländer ein deutsches Reich entstehen sollte. In allen diesen Bestrebungen hatte der große Staatsmann die Unterstützung des Volkswirtschaftlichen Kongresses gefunden. Es waren in der Hauptsache dieselben Männer, welche im Nationalverein den preußisch-deutschen Gedanken verfochten und auf dem Volkswirtschaftlichen Kongresse durch den Kampf für die wirtschaftliche Freiheit die Voraussetzungen für ein einheitliches nationales

Wirtschaftsleben schufen. Kein Zweifel, die liberale Partei war es, auf die gestützt Fürst Bismarck das Deutsche Reich in den Sattel gehoben hat.

Nun war es aber eine Täuschung, wenn manche damals meinten, Fürst Bismarck sei selbst ein Liberaler geworden. Er war dies ebenso wenig in wirtschafts- und religionspolitischen wie in konstitutionellen Fragen. Höchstens daß er damals für niedrige Industriezölle war, da die norddeutsche Landwirtschaft, Exportgewerbe, wie sie damals war, ein Interesse hatte, die Industrieerzeugnisse, deren sie bedurfte, möglichst billig gegen den von ihr ausgeführten Weizen zu beziehen. Er war nur zu allen Zeiten der größte aller Opportunisten, und die Verhältnisse nötigten ihn, mit den Liberalen zu regieren. Denn die Parteien, mit deren innerer Politik er übereinstimmte, waren seiner deutschen Politik teils lau, teils geradezu feindlich entgegengestanden, und noch hatte ihr Groll sich nicht gelegt. Mit ihnen ließ das neue Reich sich nicht einrichten. Um mit den Liberalen zu regieren, mußte man aber einigen ihrer Programmpunkte entgegenkommen. Selbstverständlich nicht ihren konstitutionellen Forderungen, denn das hätte die Machtstellung der Krone gefährdet! Indes wie leicht ließ die Forderung nach parlamentarischer Regierung sich hinhalten, wenn man sich den Anschein gab, daß die Liberalen tatsächlich am Ruder seien. Und es gab zwei Wege, um diese Vorstellung zu erwecken: der Kampf gegen die katholische Kirche und die Verwirklichung des liberalen Wirtschaftsprogramms; dabei bekämpfte man, indem man den Ultramontanen den Krieg erklärte, gleichzeitig die Kreise, welche dem neuen Reiche noch am feindlichsten gegenüberstanden, und hatte, indem man die verblendeten Liberalen dazu vermochte, jenen statt mit geistigen Waffen mit Polizeimaßregeln entgegenzutreten, nebenbei noch den Vorteil, die Liberalen zur Preisgebung gerade der Prinzipien zu bewegen, mit denen der Liberalismus stand und mit denen er fiel. Die Annahme der liberalen Wirtschaftspolitik vollends veranlaßte die Liberalen, ihre konstitutionellen Postulate zu vergessen.

So hatten die politischen Verdienste, welche sie sich erworben, die Liberalen wirtschaftlich zur Herrschaft gebracht. Auch beherrschte ihr Ideengang so sehr die öffentliche Meinung, daß selbst ihre Gegner unter dem Einfluß desselben standen. Man schlage z. B. die noch heute sehr lesenswerte „Geschichte der sozialistischen Parteien in Deutschland“ von Jörg nach, um zu erkennen, wie allgemein im Jahre 1867 eine

Politik, welche eine Wiederbelebung der Innungen erstrebte, als aussichtslos galt. Alles war der Meinung Lassalles, daß man die Gewerbefreiheit nicht mehr debattiere, sondern dekretiere. Die Träume einer positiven Neuorganisation des Wirtschaftslebens, wie sie von Hermann Wagener da und dort angedeutet wurden, waren nur erst Träume, die nur bei sehr wenigen Verständnis fanden. In schroffem Widerspruch zu der herrschenden Lehre stand in der Öffentlichkeit nur erst das sozialdemokratische Programm. Aber weder die abweichenden Meinungen von rechts noch von links konnten aufkommen gegen die nahezu unbeschränkt, oft mit Geist und Witz, fast immer aber übermütig herausfordernd in Parlament und Presse herrschende Lehre von der besten aller Welten, wie sie sich unter dem Einfluß der Naturgesetze des sich selbst überlassenen Egoismus gestalte. Das Schutzöllnertum kämpfte nur mehr im Rückzug. Der Freihandel galt von der Kreuzzeitung bis in die demokratischsten Organe als die selbstverständliche, für alle Völker und alle Zeiten ewige Wahrheit. Den sich regenden Arbeitern aber predigte man die ödesten Plattheiten als die höchste Erkenntnis der Wissenschaft. Fabrikgesetzgebung galt als eine empörende Preisgebung der staatsbürgerlichen Freiheit an die Polizeiwilkkür des absoluten Regiments. Gewerksvereine galten als Rückkehr zum Zunftwesen, verbunden mit verbrecherischer Brutalität. Und stellten irgendwo Arbeiter die Arbeit ein, um höhere Löhne zu erzielen oder eine Lohnherabsetzung abzuwehren, so waren sofort Hunderte von Federn bereit, ihnen zu predigen, daß ihr Beginnen der Natur der Dinge widerstreite; der Durchschnittslohn werde naturgemäß durch die Menge des vorhandenen Kapitals im Verhältnis zur Menge der vorhandenen Arbeiter bestimmt; an diesem Durchschnittslohn etwas zu ändern, sei absolut ausgeschlossen; insbesondere sei es unmöglich, das Einkommen der Arbeiter auf Kosten der übrigen Gesellschaftsklassen zu steigern; das einzige, was möglich, sei, daß eine Kategorie von Arbeitern einen Teil des Einkommens anderer Arbeiter an sich reiße; also sei jedes Verlangen nach Lohnsteigerung und jeder Versuch, sie durch Arbeitseinstellung zu extorzen, naturwidrig und gleichzeitig gegenüber den übrigen Arbeitern höchst egoistisch; hatte doch selbst Lassalle die englischen Streiks erklärt als die vergeblichen Anstrengungen der Ware Arbeit, sich als Mensch zu gebärden!

So war denn der Arbeiter von Freund und Feind als durch die bestehende Gesellschaftsordnung von jedweder Steigerung seines An-

teils an der Kultur naturgemäßlich ausgeschlossen erklärt worden, und was war begreiflicher, als daß er sagte: Da die Gesellschaftsordnung gegen mich ist, bin ich gegen die Gesellschaftsordnung, und daß er in Scharen denen sich zuwandte, die ihn zum Sturm auf diese Gesellschaftsordnung aufforderten.

Aber während die Lehre Bastiat's in Parlament und Presse ihre Orgien feierte, war auf den deutschen Universitäten eine neue Generation herangereift, die mit Ekel sich von ihr abwandte. Sie stand wesentlich auf den Schultern von Roscher, Rnies und Hildebrand. Allein in die Öffentlichkeit war deren grundverschiedene Anschauungsweise bisher wenig getreten. Überhaupt — während heute eher von einer Überproduktion nationalökonomischer Literatur zu reden ist — herrschte damals eine erstaunlich geringfügige literarische Tätigkeit seitens der nationalökonomischen Universitätslehrer; mit der alleinigen Ausnahme Roschers hatten sie den Gelehrten des Volkswirtschaftlichen Kongresses das Feld überlassen. Allerdings war der jugendliche Schmoller 1862 für den französischen Handelsvertrag eingetreten und hatte in den Preussischen Jahrbüchern eine Anzahl sehr hübscher Aufsätze veröffentlicht. Allein noch hatte die Kralle des Löwen sich nur erst zaghaft gezeigt, und Adolph Wagner stand noch ganz im Lager des Volkswirtschaftlichen Kongresses. Unter den damaligen Jüngsten nun waren die Keime einer der überlieferten Lehre weit ablehnender gegenüberstehenden Auffassung aufgegangen. Ihnen allen gemeinsam war, daß sie den absoluten Lösungen der Bastiat'schen Lehre feindlich gegenüberstanden. Dazu hatte sie schon Roschers Lehrbuch erzogen. Außerdem aber waren sie sämtlich durch die Schule des Statistikers Engel gegangen, und dieser hatte sie nicht bloß mit seinem warmen Interesse für die arbeitenden Klassen erfüllt, seine statistische Methode hatte sie alle auch zu dem Prinzip bekehrt, das Waco in seinem Neuen Organon ausspricht, wo er schreibt: „Zwei Wege zur Erforschung und Entdeckung der Wahrheit sind möglich. Auf dem einen fliegt man von den Sinnen und dem Einzelnen gleich zu den allgemeinen Sätzen hinauf und bildet und ermittelt aus diesen obersten Sätzen, als der unerschütterlichen Wahrheit, die mittleren Sätze. Dieser Weg ist jetzt im Gebrauch. Der zweite zieht aus dem Sinnlichen und Einzelnen Sätze, steigt stetig und allmählich in die Höhe und gelangt erst zuletzt zu dem Allgemeinen. Dies ist der wahre, aber unbetretene Weg.“

Die Zeitläufte schienen diese Jüngsten zu drängen, mit ihren der

herrschenden Meinung widersprechenden Anschauungen hervorzutreten. Die Bastiatschen Naturgesetze erschienen als mehr denn bloß doktrinaire Stilübungen, wenn sie einerseits in den Besitzenden die Vorstellung befestigten, daß die ihnen vorteilhafte Güterverteilung die zugleich gerechteste sei, andererseits die arbeitenden Klassen in den Verzweiflungskampf gegen die Kulturentwicklung hineintrieben. Während die herrschende Lehre als ein Panegyrikus auf die Satten erschien, empfand man es als das dringende Bedürfnis, das Wirtschaftsleben auch vom Standpunkt der Hungernden wissenschaftlich zu durchforschen. Bei dieser Betrachtung versagte die Deduktion aus dem Streben nach dem größtmöglichen Gewinn. An die Stelle davon trat die historische und statistische Durchforschung der Verhältnisse der Arbeiter, die Untersuchung des Wirkens ihrer Organisationen und der zu ihren Gunsten in England wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung. Also im Ausgangspunkt der Betrachtung wie in Methode ein der herrschenden Lehre diametral entgegengesetzter Standpunkt! Dabei mußten die Bastiatschen Naturgesetze selbstverständlich in die Brüche gehen. Die Radikalsten unter den Jungen wollten und wollten teilweise noch heute von Naturgesetzen auf wirtschaftlichem Gebiete überhaupt nichts mehr wissen. Andere waren weit entfernt, das Vorkommen von Gesetzmäßigkeiten im wirtschaftlichen Leben zu leugnen. Allein, so sagten sie, wo immer der Natur es allein überlassen wird, durch ihr Eingreifen Unordnungen zu beseitigen und notwendige Fortschritte herbeizuführen, ist sie grausam, Kräfte verschwendend und zerstörend in ihrem Schalten. Es kann deshalb nicht die Aufgabe des Menschen sein, alles dem Wirken der Natur zu überlassen, und sich ganz abgesehen von dem Eingreifen, welches den Naturgesetzen zuwider ist, auch jeglichen berechneten Wirkens in Benützung der Naturgesetze zur Herbeiführung besserer Zustände zu enthalten. Ihr aber, so rief man den Gegnern zu, seid wie die Wilden gegenüber dem Blitzstrahl. Auch der Blitzstrahl trifft, wo er einschlägt, kraft Naturgesetz. Während aber der zivilisierte Mensch sich dieses Naturgesetzes bedient, um den Blitzstrahl mittelst eines Blitzableiters unschädlich zu machen, wartet ihr, bis der Blitzstrahl eure Hütten in Brand steckt, und dann werft ihr euch gleich dem Wilden vor dem Donnergott auf die Knie und betet ihn an: nur daß euer Donnergott Naturgesetz heißt. Denn mit dem Aussprechen dieses Wortes erachtet ihr eure ganze Aufgabe im sozialpolitischen Leben als erfüllt. Wir aber sind der Meinung, man habe sich der Naturgesetze zu bedienen,

um unter Ersparnis von Schmerz und Erbitterung die Entwicklung ihrem natürlichen Ziele entgegenzuführen.

In Schmollers Geschichte der deutschen Kleingewerbe, 1870, waren diese Gedankenreihen schon hervorgetreten, weit energischer noch in meiner gleichzeitig in England veröffentlichten Skizze über die Entwicklung des Gewerwesens und die Entstehung der Trade Unions. Dann war 1871 der erste Band meiner Arbeitergilden erschienen. Ich hatte denselben als Habilitationsschrift an der Berliner Universität eingereicht, und er war angenommen worden. Darauf hatte ich in dem Probenvortrag vor der Fakultät im Gegensatz zu der herrschenden Lehre nachzuweisen gesucht, daß es den Arbeitern möglich sei, mittelst wohlorganisierter Lohnsteigerungen ihren Anteil am Nationaleinkommen zu steigern. Von dem Streit mit Adolph Wagner, der sich daran knüpfte, wurde wegen der Hitzigkeit, mit der er geführt wurde, noch lange gesprochen. Trotz allen Widerstreits wurde ich zugelassen. Wer aber beschreibt meine Empfindungen, als ich, noch ganz erregt von der vorausgegangenen Debatte, aus dem Universitätsgebäude heraustretend, die Nachricht vernahm, in Paris sei die Kommune ausgerufen, und die Arbeiter seien im Aufstand! Wie, wenn die Nachricht zwei Stunden früher bekannt geworden wäre?! Einige Wochen darauf erschien die Freiburger Antrittsrede von Gustav Schönberg, dem ehemaligen Freunde und Legatar Ferdinand Lassalles, über „Arbeitsämter“, in der er eine umfassende bürokratische Organisation zur Veranstaltung von Arbeiterenquêtes verlangte. Und am 12. Oktober desselben Jahres überraschte Adolph Wagner mit seiner auf der freien kirchlichen Versammlung evangelischer Männer in der St. Garnisonkirche zu Berlin gehaltenen Rede über die soziale Frage, die seine Umwandlung aus einem manchesterlichen Saulus in einen staatssozialistischen Paulus der Welt vor Augen führte. Im Frühjahr 1872 erschien der zweite Band meiner „Arbeitergilden“.

In allen diesen Schriften war gesagt, daß auch der Arbeiter berufen sei, alle seine Anlagen und Fähigkeiten zur größtmöglichen Entfaltung zu bringen und einen dieser entsprechenden Anteil an der Kultur zu erlangen. In allen war gesagt, daß aber der vereinzelt, sich selbst überlassene Arbeiter, wie er das Ideal Bastiats war, statt zur Entwicklung zu gelangen, verkümmere. In allen wurden Arbeiterorganisationen, Arbeiterschutzgesetzgebung und sonstige positive Neuorganisationen verlangt, um die Voraussetzungen zu schaffen, von

denen die moderne Wirtschaftsgesetzgebung ausging, und die Entwicklung dem Ziele zuzuführen, das der Liberalismus selbst dem Arbeiter gesteckt hatte.

Das waren alles ebensoviele Verbrechen gegen die in Parlament und Presse herrschende Richtung, und alsbald erhoben sich in den führenden liberalen Organen aller Teile Deutschlands die Reklengerichte. Relativ gut kamen anfänglich noch Schmollers Geschichte der Kleingewerbe und der erste Band meiner Arbeitergilden weg — das Buch von Bamberger über „die Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkt des Vereinsrechtes“ erschien erst nach dem zweiten Bande; dagegen erregten den Hauptzorn Schönbergs Arbeitsämter und Wagners Rede über die soziale Frage. Ihnen gegenüber erfand H. B. Oppenheim als glückliches Schlagwort den Kathedersozialismus. Von dem damals angeschlagenen Ton aber gibt eine Vorstellung die Breslauer Zeitung vom 8. Dezember 1871 aus Anlaß der Schönbergischen Rede: „Von der Volkswirtschaft pflegen weder die übrigen Professoren der philosophischen Fakultät, noch die vortragenden Räte des Kultusministeriums auch nur ein Jota zu verstehen. Die Anstellungen erfolgen nicht auf eine genügende Prüfung der Qualifikation, sondern auf bloßes Hörensagen.“ Alle Professoren der Volkswirtschaftslehre, Zellkampf ausgenommen, seien sozialistisch. „Es ist wunderbar, daß die Regierungen über Maßregeln gegen die Internationale brüten, deren Einfluß durchaus nicht nachweisbar ist, während sie zu Hause Lehrer des Sozialismus amtlich anstellen. So nennen die volkswirtschaftlichen Charlatans die wissenschaftliche Nationalökonomie „Manchesterium“. Von einem anständigen Mann darf man erwarten, daß er sich solcher Schmähworte enthält und gar in einer akademischen Rede. Die Presse- und Lehrfreiheit wollen wir auch für Herrn Schönberg und seine Genossen achten; aber an die Herren Kultusminister der deutschen Staaten richten wir die wohl aufzuwerfende Frage: „Sollte es nicht zweckmäßig sein, zu Professoren der Nationalökonomie auch ab und zu jemanden zu ernennen, der von dieser Wissenschaft etwas versteht?“ Als derartige Jemanden wurden dann damals wie heute einige Sekretäre von Handelskammern und mächtigen Interessenverbänden empfohlen, nur daß diese damals auch in der Handelspolitik zumeist freihändlerisch waren.

In einem Punkte aber ist seitdem gründlicher Wandel eingetreten! Man erwäge: Als die Aufsätze Oppenheims gegen Schönberg und Wagner erschienen, hielt ich trotz aller Meinungsverschiedenheiten im

einzelnen für mich verpflichtet, als einziger Berliner Gesinnungs-genosse dem Bedrohten beizuspringen, und schrieb einen Aufsatz „Abstrakte und realistische Volkswirte“, in dem ich die wissenschaftlichen Gegensätze, die uns von den Anhängern Bastiat's trennten, darzulegen bemüht war. Der Aufsatz steht noch heute im Jahrgang 1871 der Zeitschrift des Königl. Preuß. Statist. Bureaus zu lesen. Wer ihn nachliest, wird es nicht für möglich halten, daß es 1871 unmöglich war, diesem Aufsatz in einer Berliner Zeitung Aufnahme zu schaffen! Als ich eines Abends meiner Entrüstung über diese Tyrannei in einer großen Gesellschaft Luft machte, rief ein mir Unbekannter aus einer Ecke: „Ich nehme den Artikel!“ Der Käufer war Dr. Julius Eckardt, damals Redakteur des Hamburgischen Korrespondenten. Und er druckte nicht nur meinen Aufsatz und es datierte von diesem Augenblick nicht nur unsere dauernde persönliche Freundschaft, sondern der Hamburgische Korrespondent wurde von da ab für Jahre das Organ des Katheder-sozialismus.

War so die öffentliche Meinung ganz gegen uns, so darf man aber einen Unterschied zwischen heute und damals nicht vergessen, der damals dem Streben, das noch heute besteht, die volkswirtschaftlichen Lehrstühle mit Kreaturen der Interessenten zu bevölkern, alle Gefahr nahm. Die Regierung, vor allem Fürst Bismarck, standen nur äußerlich auf Seite des gegen uns anstürmenden Manchesterturns. Ich habe dargelegt, was ihn nötigte, mit den Liberalen zu gehen, und wie weit er mit ihnen ging. Er feuerte unter den Konzeptionen, welche die ihm anerzogenen Anschauungen der liberalen Wirtschaftspolitik zu machen hatten. Ich weiß von Belegen, die da zeigen, daß er es nicht ungern sah, wenn dem Manchesterturn auf den Universtitäten ein Gegner erwuchs. Es hatte also eine ganz andere Bedeutung, wenn damals die Breslauer Zeitung denunzierte und heute Herr von Stumm denunziert.

Immerhin aber empfand die „neue Richtung“ gegenüber den tausend Angriffen und Sticheleien, die täglich über ganz Deutschland hin gegen sie gedruckt wurden, das Bedürfnis, offen Stellung zu nehmen, ja den Wegner womöglich aus seiner Herrschaft über die öffentliche Meinung zu verdrängen.

Wer heute die zu Anfang der siebziger Jahre zwischen den Manchesterleuten oder der Bastiat'schen Schule, wie die „Volkswirte“ genannt zu werden verlangten, und den Kathedersozialisten geführten Streitigkeiten unparteiisch liest, wird zugeben, daß viele der beiderseits

gewechselten Argumente ganz und gar unzutreffend waren. In vielen Punkten waren die hervorgekehrten Gegensätze in Wirklichkeit nicht vorhanden, und gar manches, was von beiden Seiten geäußert wurde, war falsch. Aber die tyrannische Großschnäuzigkeit, mit der die „Volkswirte“ Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nahmen, und die Empfindlichkeit der an die scharfe Luft des öffentlichen Lebens damals noch wenig gewöhnten Stubengelehrten verhinderten, daß man sich selbst, wo man es gekonnt hätte, eine Übereinstimmung oder einen Irrtum eingestand. Indes einerlei, wie weit tatsächlich trotz allem Übereinstimmung vorhanden war, in einem Punkte bestand eine solche nicht: die herrschende Richtung ging vom Kapital, und zwar insbesondere von den Interessen des Arbeitgebers aus, die Kathedersozialisten gingen — wenigstens damals, und zwar ausnahmslos und ohne daß sie sich deshalb nachträglich immer wieder entschuldigten — vom Arbeiter aus. Ausgangs- und Endpunkt der Wirtschaft, das war die Meinung, sind nicht die Güter, sondern der Mensch. Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern hat nur die Aufgabe, dem Menschen die Mittel zu liefern, die ihm unentbehrlich sind, um alle seine Anlagen und Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Auch der Arbeiter ist ein Mensch. Auch er hat die Aufgabe, alle seine Fähigkeiten möglichst zur Entwicklung zu bringen. Aber er bedarf dazu der Güter und der Muße. Die Freiheit ist nicht alleiniges Mittel, um diese zu gewinnen, sie ist das Ziel. Und wo es, um den Arbeiter zur allseitig freien Entfaltung seiner Kräfte zu bringen, der Arbeiterorganisation oder des Eingreifens des Staates bedarf, steht dies nicht im Widerspruch mit dem Prinzip der Freiheit, sondern ist die Voraussetzung für seine Verwirklichung.

Im Juli 1872 kam eine Anzahl Männer bei Schmoller, damals noch in Halle, zusammen, um zu beraten, was zu tun sei, um dieser Auffassung entgegen der in den Parlamenten, in der Presse und auf dem volkswirtschaftlichen Kongresse herrschenden Geltung zu verschaffen. Ich erinnere mich noch der Anwesenheit von Hildebrand und Conrad aus Jena, von Roscher und Knapp aus Leipzig, Eckardt aus Hamburg; aus Berlin waren Engel, Wagner und ich gekommen. Es wurde beschlossen, einen Kongreß ähnlich dem volkswirtschaftlichen auf den Anfang Oktober nach Eisenach zu berufen, eine Anzahl bedeutender sozialpolitischer Fragen zur Diskussion zu stellen und zuzusehen, ob sich eine dauernde Organisation daraus entwickeln werde.

Darauf verfaßte Schmoller jenen Aufruf, in dem er alle, welche der sozialen Frage „ethisches Pathos“ entgegenbrächten, aufforderte, an der Versammlung teilzunehmen. Das Wort „Pathos“ war wie geschaffen, um entstellt und ins Lächerliche gezogen zu werden, und überreichlich wurde später davon Gebrauch gemacht. Allein trotzdem zögerten die hervorragendsten Männer keinen Augenblick, den Aufruf zu unterschreiben; er deckte sich in kürzester Zeit mit den glänzendsten Namen. Und wenn auch nicht alle, die unterschrieben hatten, selbst kamen, so waren es doch 158 — eine für den entlegenen Ort beträchtliche Zahl —, die sich am 6. Oktober 1872 zu Eisenach zusammenfanden.

Die meisterhafte Eröffnungsrede Schmollers klang mit den bezeichnenden Worten aus: „Wir verlangen vom Staate wie von der ganzen Gesellschaft und jedem einzelnen, der an den Aufgaben der Zeit mitarbeiten will, daß sie von einem großen Ideale getragen seien. Und dieses Ideal darf und soll kein anderes sein, als das, einen immer größeren Teil unseres Volks zur Teilnahme an allen höheren Gütern der Kultur, an Bildung und Wohlstand zu berufen, das soll und muß die große im besten Sinne des Wortes demokratische Aufgabe unserer Entwicklung sein, wie sie das große Ziel der Weltgeschichte überhaupt zu sein scheint.“

Gneist wurde zum Präsidenten gewählt und darauf sofort in die Tagesordnung eingetreten. Ich selbst war der erste Referent. Meine Aufgabe war, über den damaligen Zustand der deutschen Fabrikgesetzgebung und deren notwendige Reform zu berichten. Formell habe ich damals, wie ich mich erinnere, meine Sache nicht gerade glänzend gemacht. Ich war an das öffentliche Sprechen noch gar nicht gewöhnt. Aber wie maßvoll das war, was ich sachlich forderte, zeigt, daß meine damaligen Forderungen durch die heutige deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung nicht nur in der Hauptsache verwirklicht, sondern in vielen Punkten übertroffen worden sind. Aber die öffentliche Meinung war damals noch so wenig vorbereitet, daß diese bescheidenen Forderungen selbst in der Versammlung auf lebhaften Widerspruch stießen. Ein so vortrefflicher Mann, wie Herr Seyffardt-Krefeld, verließ sogar voll Enttäuschung noch an demselben Tag den Kongreß. In der Presse aber wurde ich heruntergerissen, als hätte ich die haarsträubendsten Dinge gefordert. Es ging eben wie sooft auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Diejenigen Arbeitgeber, bei denen alles in Ordnung war, entrüsteten sich, daß man von argen Mißständen sprach;

und diejenigen, bei denen diese Mißstände herrschten, benutzten die Entrüstung jener, um die Reform, die sie bedrohte, abzuwehren.

Als zweiter Referent sprach Schmoller über Arbeitzeinstellungen und Gewerkvereine. Es war eine glänzende Rede; und nicht minder hervorragend, geradezu ein Muster dessen, was gesagt werden mußte, war eine Rede von Gneist. Aber beide trafen auf noch weit größeren Widerstand als ich. Denn was da verlangt wurde, entsprach nicht nur nicht dem, was die Arbeitgeber, sondern noch weit weniger dem, was die deutschen Regierungen zu gewähren bereit waren; und leider kann ich nicht sagen, daß das, was wir damals gefordert haben, wie hinsichtlich die Fabrikgesetzgebung heute verwirklicht sei. Der Gesetzesentwurf von Schulze-Delitzsch, der den Koalitionsvereinen der Arbeiter die gesetzliche Anerkennung schaffen sollte, und den wir damals unterstützt haben, ist nicht nur nicht Gesetz geworden, sondern wir sind heute von dieser wie von allen unseren diesbezüglichen Forderungen weiter denn je. Die Presse aber stürzte sich mit Wollust auf zwei der Schmollerschen Thesen, von denen die eine gegen die kriminelle Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs, die andere gegen die gesetzliche Trennung der Rassengelder nach Unterstützungszwecken sich wandte. Man stellte es so dar, als habe Schmoller die Nichterfüllung von Arbeitskontrakten moralisch rechtfertigen wollen und ebenso die Verwendung von Krankengeldern zu Agitationszwecken. Mit Entrüstung erwiderte darauf Schmoller: „Ich habe mich nur gegen die neueinzuführende polizeiliche und kriminelle Verfolgung von Personen, die einen Arbeitsvertrag nicht halten, ausgesprochen, weil mir das in absolutem Widerspruch mit den Prinzipien unseres Zivil- und Kriminalrechts zu stehen scheint, weil ich eine solche kriminelle Verfolgung von Hunderten und Tausenden von Arbeitern für praktisch undurchführbar halte und weil ich nicht glaube, daß mit einem solchen exceptionellen privilegium odiosum das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer irgendwie gebessert werde.“ Desgleichen verwies der befreundete Boretius in der Nationalzeitung auf den zweiten Band meiner „Arbeitergilden“, S. 346 u. ff., um zu zeigen, daß eine Trennung der Rassen, wie sie Schmoller bekämpfe, die Arbeitzeinstellungen geradezu fördere. Allein alles vergebens! Hatte ich doch auch dargelegt, daß die Verbindung der Rassen, wie sie einesteils die Arbeiter friedlicher, sie andererseits im Kriegsfall streitbar mache. Und man wollte eben keine starken Gewerkvereine. Wohl aber wollte man Gelegen-

heit haben, unter der Firma Kontraktbruch auch die Arbeiterkoalition kriminell zu bestrafen. Und Schmoller mußte hüßen, weil er allen diesen Tendenzen entgegengetreten war.

Der Schluß gehörte dem Referate Engels über die Wohnungsnot und der daran anknüpfenden Debatte. Das Referat war geistvoll, originell und anregend, wie alle Vorträge Engels; das von ihm vorgeschlagene Mittel litt aber an dem Mangel, daß es nur für bemittelte Mieter berechnet war.

Die Versammlung hat keine der von den Referenten beantragten Resolutionen angenommen, wohl aber ein paar allgemein gehaltene Resolutionen zugunsten der Durchführung der Fabrikgesetzgebung und Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit sowie zugunsten der gesetzlichen Anerkennung der Gewerksvereine und deren Hilfsklassen gefaßt. Über die Abhilfe der Wohnungsnot war keine Resolution vorgeschlagen worden.

Was aber war die Aufnahme, welche die Verhandlungen in der Öffentlichkeit fanden? Man kann wohl sagen, noch nie ist eine Versammlung ehrenwerter Männer, welche durch nichts als einen ehrlichen Patriotismus zusammengeführt worden waren, in ähnlicher Weise seitens der herrschenden Presse mißhandelt worden wie die Eisenacher Versammlung von 1872. Ich erinnere mich noch gut, wie mir das damals nahe ging. Ich reiste von Eisenach ab, um mich direkt nach Breslau zu begeben, um die mir dort übertragene Professur anzutreten. Des Morgens in der mir damals völlig fremden Stadt angekommen, verlangte ich nach den Zeitungen und erhielt die drei dortigen Blätter, von denen jedes einen gehässig direkt gegen mich gerichteten Leitartikel enthielt. Das war die freudige Begrüßung des Kommenden! Indes das waren nur die Eindrücke, wie sie unmittelbar an mich herantraten. Über das Verhalten der herrschenden Organe gibt folgende Kritik der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein treffendes Bild:

„Diesen Gegnern muß man nachsagen: Was gemacht werden konnte, um den Kongreß zu diskreditieren, ist gemacht. Hier legt man die Resolutionen auf die Goldwaage, prüft sie auf ihre Originalität, fragt mit höhnischem Lächeln, ob das etwa die ‚Lösung der sozialen Frage‘ sei?, und erklärt mit der Superiorität derer, die sich nie die Füße naß gemacht haben, weil sie niemals ins Wasser gegangen: Das Gute ist nicht neu, und das Neue ist nicht gut. Dort läßt man die Resolutionen unbeachtet und hält sich an den ‚Geist der Debatten‘. Um diesen ‚Geist‘ zu erkennen, wendet man das eigentümliche Mittel an, daß man die von dem Kongreß stammenden Berichte — sowohl die offiziellen wie die privaten — ignoriert und sich auf die Erzählungen eines Mitgliedes beruft, der ‚im Groll die Versamm-

lung verlassen hat. Hier wird erklärt: Wir sehen keinen Unterschied zwischen Kathedersozialisten und Manchestermännern; dort heißt es: Kathedersozialisten und Sozialisten sind identisch; der eine sagt: Der Kongreß ist völlig ins Wasser gefallen; er wird keine Folgen haben; der andere sagt: Es steht eine neue Parteibildung vor der Tür, aber eine sehr gefährliche. In ganz vortrefflicher Weise ist ferner ein log. Widerspruch zwischen dem ‚erwählten Präsidenten der Versammlung‘ und den Professoren ausgenutzt worden. Dieser nicht sehr wesentliche Zwischenfall ist schließlich in einer Weise breitgetreten, daß eine objektive Darstellung der Tatsache durchaus notwendig ist. Am Schlusse einer vortrefflichen Rede über die Streiks und die Gewerksvereine, einer Rede, von der man sagen darf, daß sie die Erwägungsgründe zu den über die Streiks usw. gefaßten Resolutionen in vollendeter Form enthält; am Schlusse dieser Rede äußerte Herr Professor Gneist: Es erscheine ihm nicht möglich, die „Volkswirtschaft auf ethische Grundlagen zu basieren“; für die Volkswirtschaft habe Adam Smith doch wohl wenige Wahrheiten begründet, aber in diese wirtschaftlichen Gesetze müßten Sittlichkeit und Recht (letzteres dargestellt durch die Staatsgesetzgebung) stets ergänzend, amendierend und forrierend eingreifen. Die erstgedachte Äußerung des Herrn Gneist begegnete aus der Versammlung bereits entschiedenem Widerspruch, lebhaften Beifall aber fand Professor Schmöller, als er unmittelbar nach Gneist das Wort ergriff, um auszuführen, daß zwischen seiner Richtung und der Ansicht des Herrn Professor Gneist nur ein formeller Widerspruch bestehe; materiell sei es doch vollkommen einerlei, ob die Volkswirtschaft zuerst ihre Gesetze ohne Rücksichtnahme auf Sittlichkeit und Recht fixiere, um zu gewärtigen, daß ein Teil dieser volkswirtschaftlichen Gesetze hernach für die Praxis außer Kraft gesetzt werde, oder ob die Volkswirtschaft von vornherein ihre Gesetze so formuliere, daß sie ohne teilweise Kassation durch Sittlichkeit und Gesetz praktisch werden könnten.“

Trotz all dem hatte die Eisenacher Versammlung eine nachhaltige Wirkung: das sozialpolitische Interesse der Besitzenden war durch sie geweckt worden, um nimmermehr zu erschlaffen, und aus der Eisenacher Versammlung entwickelte sich der Verein für Sozialpolitik, der es sich zur Aufgabe setzte, es wach zu halten. Doch will ich nicht darauf eingehen, die Tätigkeit dieses Vereins im einzelnen zu charakterisieren. Sie nahm alsbald die Wendung, daß der Schwerpunkt der Vereinstätigkeit in der Veranlassung monographischer Untersuchungen über einige brennende Fragen verlegt wurde und die Vereinsversammlungen zu etwas relativ Nebensächlichem herabsanken. Aber all dies ist noch ebenso heute, so daß es keiner besonderen Worte bedarf, um es zu zeigen. Wohl aber möchte ich noch ein paar Worte sagen über die Differenzierungen im Kathedersozialismus, die nun allmählich hervortraten, über seine weiteren Freunde und Feinde und über die Hauptentwicklungsstufen, die er durchlaufen hat.

Am uninteressantesten sind seine Feinde während des Restes der siebenziger Jahre. Es war nur allzu deutlich, daß im Lager der „Volks-

wirte“ sich eine Anzahl Männer befanden, die ebenso gut mit dem Verein für Sozialpolitik hätten zusammenarbeiten können, und umgekehrt bestand in einer Reihe von Fragen kein Unterschied zwischen Kathedersozialisten und „Volkswirten“. Waren doch erstere, soweit sie in der Öffentlichkeit wenigstens hervortraten, damals noch alle Freihändler. Zur Probe, daß es aber auch damals nicht an Angriffen fehlte, wie ich sie aus der Breslauer Zeitung von 1871 angeführt habe und wie sie kürzlich Freiherr von Stumm wieder erneuert hat, nur noch ein Zitat aus einer Reichstagsdebatte vom 27. Januar 1876. Nachdem der Redner — ich verschweige absichtlich seinen Namen — für die größte Gefahr, die in Deutschland bestehe, die erklärt hat, daß das sozialistische Gift durch Professoren in die Arbeiter- und Volkskreise getragen werde, fährt er fort: „Dieser Gefahr könnte ich Ihnen durch alle Stadien der deutschen Gesellschaft dadurch zeigen; ich könnte Ihnen zeigen, daß unsere idealistisch, ehrlich meinenden Gelehrten die Stichwörter auf unseren Akademien ausgegeben haben, die widerhallen in diesen sozialistischen Angriffen auf die bürgerliche Gesellschaft, daß sie das Stichwort des ‚Mammonismus‘ erfunden haben, womit jeder angegriffen wird, der sich in Kapital- und Industrieangelegenheiten eine Tätigkeit beikommen läßt, daß sie das Bild erfunden haben, das wir einmal in einer früheren Rede, von dem Abgeordneten Hasselmann gebraucht, gehört haben: Schlotjunker. Meine Herren, es ist in gelehrten Büchern zu lesen, daß jetzt, wie ehemals die Türme und Kester der Ritter, die das Volk zwangen, hervorragten inmitten der Hörigen, so jetzt der rauchende Schlot des Industriellen dominiere und das Volk niederzwänge. Das tun in gutwilliger, edler, unreifer, grüner Verblendung unsere eigenen Gelehrten, und die Sache ist noch schlimmer geworden, seitdem die deutschen Akademien hier und da selbst eine Art von gelehrten Kinderbewahranstalten geworden sind, wo die allerjüngsten Professoren von etlichen zwanzig Jahren die Regeneration des Menschengeschlechts predigen. Meine Herren, ich werfe es den Regierungen vor, nicht, daß sie eine solche Lehrfreiheit geben; denn ich will, daß diesen Herren Freiheit gelassen werde, zu lehren, was sie Lust haben; wohl aber, daß sie sich unter Umständen selbst dieser Mittel bedienen.“ — Man sieht, es sprachen die Gegner der nationalökonomischen Professoren schon damals ganz so wie heute; nur weit liebenswürdiger, milder, gebildeter war man 1876 sowohl wie 1872, als wie 1897; und noch etwas war anders wie heute, der Satz, mit dem der

damalige Redner schloß: „Die konservativen Anschauungen ermutigen bei uns die sozialistischen Elemente und ziehen sie groß!“ Aber gerade dieser Schluß war für die damaligen Verhältnisse bezeichnend; die Kathedersozialisten galten eben noch als die geheimen Schüßlinge des Reichskanzlers und wurden von den in dessen Gunst sich unsicher fühlenden Liberalen eben deshalb noch immer mit Mißtrauen betrachtet. Dies führt auch zu den mannigfachsten Verschiedenheiten, die im Verein für Sozialpolitik bestanden, und zu den mancherlei Zumutungen, die von außen her an ihn herantraten.

Hatte die oben angedeutete Stellung zur Arbeiterklasse auch die meisten Veranstalter der Eisenacher Versammlung zusammengeführt, so mußten doch, sobald der Kampf gegen einen gemeinsamen Feind nicht mehr alle Kräfte in Anspruch nahm, die unter einer Mehrheit von Menschen sich naturgemäß findenden Verschiedenheiten zutage treten. Als wir in die Bewegung eintraten, waren wir alle Liberale gewesen. Engel gehörte zur nationalliberalen Partei; desgleichen zählten sich Schmoller, A. Wagner und Held ihr damals zu; und wenn andere, wie ich, auch nicht dem Parteiverband angehörten, so standen wir doch zu den liberalen Prinzipien. Nachdem der Verein für Sozialpolitik gegründet war, war die Frage, was daraus werden sollte. Mir hatte, als ich an der Gründung teilnahm, vorgeschwebt, es solle ein Ausschuß sachverständiger und sozialpolitisch eifriger Männer ins Leben treten, der, ähnlich wie die Junta, von der Sidney und Beatrice Webb in ihrer Geschichte der englischen Gewerkevereinsbewegung erzählen und welcher ich persönlich nahegestanden hatte, der friedlichen Entwicklung der Arbeiterfrage die Wege ebne, indem er die berechtigten Ansprüche der Arbeiterbewegung in der Öffentlichkeit vertrete und die unentbehrlichen Gesetze vorbereite und erkämpfen helfe. So etwas ähnliches hatte sich ursprünglich wohl auch Schmoller gedacht. Allein Schmoller hatte bereits mit seinen Studien über die Geschichte des preussischen Beamtentums und der preussischen Verwaltung begonnen. Da sprach Gneist den Gedanken aus, der Verein für Sozialpolitik möge auf volkswirtschaftlichem und Verwaltungsgebiet eine ähnliche Funktion übernehmen wie der Juristentag auf dem Gebiete der Jurisprudenz; er möge eine Organisation für Verwaltungsbeamte werden. Dieser Gedanke war Schmoller nach der Richtung, welche seine Studien genommen, naturgemäß sympathisch. Adolph Wagner wiederum mit der ihm eigentümlichen Vorliebe für eine prinzipielle Behandlung volks-

wirtschaftlicher Fragen stimmte in dem, was er wollte, weder mit meiner Auffassung noch mit der von Schmoller und Gneist ganz überein. Meine war ihm viel zu eng, indem sie sich zunächst auf das Dringlichste, die Arbeiterfrage, beschränkte; Schmollers und Gneists Bestrebungen waren ihm wohl zu kompromißlustig; er wollte die soziale Reform prinzipiell und in allen ihren Teilen aufrollen und hatte seit seiner Berliner Rede, vom 12. Oktober 1871, mit Robbertus, H. Wagener und R. Meyer Fühlung genommen. Die Zeit sollte nun bald zeigen, welche Auffassung berufen sei, dem Verein das Gepräge zu geben.

Die erste Auffassung, die unterlag, war die Adolph Wagners. Die Sache kam so: H. Wagener und Rudolf Meyer waren schon 1874 auf der zweiten Jahresversammlung des Vereins für Sozialpolitik als Berichterstatter des Auswärtigen Amtes, d. h. des Fürsten Bismarck, erschienen. R. Meyer hat in der „Zukunft“ vom 31. August 1895 den Bericht veröffentlicht, den Wagener dem Fürsten Bismarck erstattet hat. Er enthält mancherlei tatsächliche Unrichtigkeiten; er zeigt aber, was H. Wagener anstrebte, und dies läßt es begreiflich finden, daß er mit dem Verein gründlich unzufrieden war. Nicht als ob er mit den arbeiterfreundlichen Tendenzen, soweit solche auf dem Kongresse hervortraten, nicht einverstanden gewesen wäre; aber seine Tendenz war doch, den Arbeiterorganisationen eine solche Gestaltung zu geben, daß sie seinen politisch-konservativen Velleitäten sich anschmiegen. Es war das Programm des königlich preussischen Staatssozialismus. Auf dem Kongreß von 1875 erschien nun Rudolf Meyer allein, um einen von ihm und Robbertus unterzeichneten Antrag zu stellen, „dem Reichskanzler das Ersuchen auszusprechen, der deutschen Industrie sowie den bei derselben beteiligten Unternehmern und Arbeitern sowohl nach außen wie nach innen denjenigen Schutz zu gewähren bzw. zu verschaffen, welcher in Anerkennung des Wertes der Arbeit und der eigengearteten Stellung der deutschen Industrie als das alleinige Mittel erscheint, unsere in Frage gestellte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und den sozialen Frieden auf dem heimischen Markt wiederzugewinnen“. Rudolf Meyer wünschte, daß sein Antrag am dritten Kongrestage verhandelt werde, um bis dahin so viel Suffkurs heranzuziehen, daß der Antrag angenommen worden wäre. Mit seiner Annahme wäre der Verein der Sozialpolitik H. Wagners ausgeliefert gewesen. Um dies zu verhindern, benutzte ich die Hand-

haben, welche die Geschäftsordnung bot, um die Überrumpelung zu verhüten; auf meinen Antrag wurde der Antrag Meyer abgewiesen.

Dieser Vorgang hatte folgende Wirkung. Wir waren, wie schon gesagt, der Hauptzahl nach Liberale. Unser Streben ging nicht dahin, die liberale Partei zu stürzen, sondern sie zu reformieren. Sie sollte ihres kapitalistischen Charakters entkleidet und eine wahrhaft liberale Partei: arbeiterfreundlich werden. Bei den Hindernissen, die dem im Wege standen, brauche ich nicht weiter zu verweilen; ich habe sie schon besprochen. Allein das Bedürfnis nach einer arbeiterfreundlichen Umgestaltung der liberalen Partei wurde auch seitens einiger Politiker empfunden, namentlich seitens des damaligen Führers der Rationalliberalen, des Abgeordneten Lasker. Ich habe noch eine Anzahl Briefe, die er mir in dieser Sache geschrieben hat, um ein Zusammengehen des Vereins für Sozialpolitik mit den Männern des Volkswirtschaftlichen Kongresses herbeizuführen und dadurch auf diese einzuwirken. Sollte dieses Ziel erreicht werden, so war unerlässlich, daß uns die öffentliche liberale Meinung nicht mißtraute. Nun hatte schon der Besuch H. Wageners und seines Adlatus R. Meyer auf dem Kongreß von 1874 das größte Aufsehen erregt. Wäre der Antrag Meyer durch eine Überrumpelung angenommen worden, so wären nicht nur alle nach der liberalen Seite angeknüpften Fäden zerrissen gewesen, sondern den Hauptträgern des Vereins, soweit sie nicht zur bedingungslosen Unterwerfung unter Wagener bereit waren, wäre nichts mehr übriggeblieben, als entweder ganz zurückzutreten oder bedingungslos im Volkswirtschaftlichen Kongreß aufzugehen. Daher meine Stellung gegenüber dem Meyerschen Antrag. Nun aber, da er gefallen war, diente er zur Beschleunigung des Annäherungsprozesses an den Volkswirtschaftlichen Kongreß. Trotz solcher Reichstagsreden wie der oben berichteten vom 27. Januar 1876 wurde die Vereinbarung getroffen, daß jede der beiden Organisationen umschichtig, das eine Jahr die eine, das andere die andere, einen Kongreß abhalten solle, und daß die Angehörigen beider Lager den Kongreß der anderen Richtung besuchen sollten. Im Herbst 1876 fand dementsprechend ein Volkswirtschaftlicher Kongreß in Bremen statt, auf dem zahlreiche Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik anwesend waren und alle so Anwesenden ausnahmslos für die Freihandelsresolution stimmten. Nach dieser Wendung trat Adolph Wagner aus dem Vereinsauschuß aus; er war schon 1874

einer Wiederannäherung an den volkswirtschaftlichen Kongreß abhold gewesen und sympathisierte mit H. Wagener, Rodbertus und R. Meyer.

Die Entwicklung, welche die öffentlichen Angelegenheiten nahmen, sollten aber bald auch meine Auffassung von der Aufgabe des Vereins in den Hintergrund drängen. Fürst Bismarck war der Bundesgenossenschaft der liberalen Partei müde. Diese begann allmählich herauszufinden, daß der Kulturkampf denn doch eine ungenügende Abweispfung für ihre Gefolgschaft war, eine Abweispfung, bei der sie, statt satt zu werden, sich geradezu die Zähne verbeißen konnte. Ganz ebenso bot die wirtschaftliche Lage nicht mehr Entschädigung für den Verzicht auf die alten politischen Forderungen der liberalen Partei; an Stelle des unerhörten Aufschwungs nach dem Kriege war eine unerhörte Depression getreten; die Konjunktur war einer liberalen Wirtschaftspolitik äußerst ungünstig. Die liberale Partei verlangte demnach nach substantiellerem Lohn für ihre Gefolgschaft, nach unmittelbarer Beteiligung ihrer Führer an der Regierung. Allein die diesbezüglichen Unterhandlungen kamen knapp vor dem Abschluß zum Scheitern, und die liberale Partei machte die traurige Erfahrung, daß, so furchtbar Fürst Bismarck als Feind war, seine Freundschaft doch noch gefährlicher sei. Die Gewalttätigkeit seiner Mittel hat, wo er als Feind auftrat, seinen Gegnern auf die Dauer oft mehr genügt als geschadet — vgl. Ultramontane, Polen, Sozialdemokraten —, während es seiner unübertroffenen diplomatischen Überlegenheit stets gelang, der Partei, die er als Bundesgenossen annahm, ihr Bestes zu entreißen. Keine Partei oder Richtung, die der große Opportunist nicht vorübergehend zu sich ins Zelt nahm, und die nicht beim Verlassen desselben gefunden, daß sie zwar ihre Jungfernschaft eingebüßt, dafür aber nur einen falschen Taler erhalten habe. Fürst Bismarck schloß Frieden mit der katholischen Kirche, repudierte den Kulturkampf und schuf mit Hilfe des Zentrums und der Anrufung der wirtschaftlichen Sonderinteressen eine neue Mehrheit, und mit dieser war er imstande, von der Wirtschaft= und Sozialpolitik der Liberalen sich endlich zu emanzipieren und Wirtschaft= und Sozialpolitik ganz nach seinem Herzen zu treiben. Es kamen die Schutzzollära und die Politik des Sozialistengesetzes, wie sie bis zu seinem Abgang der inneren Politik das Gepräge gaben. Die liberale Partei aber wurde an die Wand gedrückt, daß sie „quietste“.

Die Schutzzollpolitik spaltete auf dem Frankfurter Kongreß von

1879 den Verein für Sozialpolitik in zwei Lager, so daß des Zusammenbleibens halber für mehr als ein Jahrzehnt handelspolitische Fragen nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden konnten. Auch heftiger standen sich die Meinungen in Sachen des Sozialistengesetzes gegenüber. Andererseits nahm die Arbeiterversicherungsgesetzgebung der Arbeiterpolitik des Vereins vollends den Wind aus den Segeln. Ähnlich wie der volkswirtschaftliche Kongreß unter der Ungunst der Zeiten verschwand, so verstummte nun der Verein für Sozialpolitik in der Arbeiterfrage. Damit erhielt der Gedanke, der aus dem Verein eine Organisation für Verwaltungsbeamte machen wollte, naturgemäß das Übergewicht. Demgemäß waren es Verwaltungsfragen, namentlich agrarische Verwaltungsfragen, welche den Verein während der achtziger Jahre hauptsächlich beschäftigten. Erst nach dem Streik der westfälischen Bergarbeiter und der darauf folgenden Entlassung Bismarcks kam die Arbeiterfrage auch im Verein für Sozialpolitik wieder in Fluß.

Das Hauptverdienst um den Verein für Sozialpolitik hat seitdem der Freiherr von Stumm. Seine Angriffe haben auf die Kathedersozialisten gewirkt wie das Sozialistengesetz auf die Sozialdemokraten. Nicht nur, daß H. Wagner dem Ausschuß wieder beigetreten ist, alle unter den einzelnen Mitgliedern bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind zurückgetreten hinter dem Bedürfnis gemeinsamer Abwehr von verdächtigen Denunziationen und Angriffen auf die Freiheit der Wissenschaft. Er hat den Geist von 1872 im Kathedersozialismus wieder geweckt.

Wenn der Verein im September dieses Jahres zu Köln, inmitten der Freunde des mächtigen Freiherrn, zusammentritt, steht, wie 1872, die Koalitionsfreiheit auf der Tagesordnung. Schon die Notwendigkeit ihrer abermaligen Erörterung ist ein betrübendes Zeugnis, daß auf diesem Gebiete von 1872 bis heute nichts, absolut gar nichts erreicht worden ist. Ja, es ist in diesem Punkte sogar schlimmer geworden. Ich denke hierbei nicht nur an die verschiedene Handhabung des § 153 der G.-D., je nachdem es sich um Arbeitgeber oder Arbeiter handelt, die nach Zeitungsnachrichten nunmehr eintreten soll. Ich denke vielmehr an den Geist, von dem unsere Widersacher heute beseelt sind. Es ist wahr, die „Manchesterleute“ der siebziger Jahre gebärdeten sich auch wie wahnsinnig, sobald die Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten und sich zu dem Zweck organisieren wollten. Aber sie taten es wenigstens nicht, weil sie die Lohnsteigerung den Arbeitern

mißgönnten, sondern weil sie es als den Naturgesetzen widersprechend erklärten, daß den Arbeitern auf diesem Wege eine Besserung ihres Einkommens zuteil werde. Der Glaube an diese Naturgesetze ist es natürlich nicht, der in unserer Ära der Schutzzölle und Partelle den Widerspruch gegen die Anwendung der Koalitionsfreiheit hervorruft. Nein, gerade weil es möglich ist, durch Koalitionen die Löhne zu steigern, sollen die Arbeiter von Koalitionen abgehalten werden!

Der Verein für Sozialpolitik hat ausnahmsweise keine Druckschriften für seine Verhandlungen über das Vereinsrecht vorbereitet. Offenbar war er der Meinung, es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man das dringende Bedürfnis, daß die Arbeiter das Recht erhalten, gleich den Arbeitgebern, Vereine zur Wahrung ihrer besonderen Interessen zu gründen, noch umständlich nachweisen. Aber es wäre angebracht, zum wenigsten die beiden ausgezeichneten Reden, die Schmoller und Gneist auf dem Eisenacher Kongreß von 1872 gehalten haben, neu zu drucken und neu zu verteilen.

Der vorstehende, vor 25 Jahren erschienene Aufsatz ist auch heute noch nicht veraltet. Er ist nicht nur für die ersten 25 Jahre des Vereins, sondern auch für die Zeit, in der er geschrieben wurde, ein nicht uninteressantes Dokument. Wenn 1897 noch über die Arbeiterkoalitionen, in deren Verteidigung Schmoller vor 50 Jahren seine glänzende Rede gehalten hat, zu sagen war: „Der Hauptwiderstand, den es damals (1872) zu brechen galt, ist noch immer ungebrochen, ja er ist mächtiger denn je,“ so ist dies bezeichnend dafür, wie wenig der Verein für Sozialpolitik in der Schutzzollära gegenüber der Großindustrie, auf die sich neben den Agrariern die Regierung bis zur Revolution stützte, in einer Frage vermochte, die für ihn eine Entstehungsursache gewesen war. Über die Entwicklung des Vereins seit 1897 möchte ich nicht sprechen, da ich während dieser Zeit nur selten sowohl an den Ausschusssitzungen als auch den Generalversammlungen teilgenommen habe. Nur das habe ich hinzuzufügen, daß trotz der Verhandlungen in Köln im Jahre 1897 und derjenigen in Mannheim im Jahre 1905, in denen die Arbeiterkoalitionsfrage abermals behandelt wurde, dasselbe, wie für 1872 bis 1897, noch für die Zeit von 1897 bis zum 11. November 1918 zu sagen ist. Die Fortbildung des Arbeitsvertrags, welche der Verein für Sozialpolitik erstrebte, hat nicht er, sondern erst die Revolution gebracht. Heute bedürfen die Arbeiterkoalitionen nicht mehr ein Eintreten des Vereins für Sozialpolitik.

Zweites Kapitel.

Adolf Held

geboren 10. Mai 1844, gestorben 25. August 1880.

Von

Georg Friedrich Knapp¹.

¹ Diese Erinnerungen sind entnommen einem bisher ungedruckten Vortrag von mir, den ich in der staatswissenschaftlichen Gesellschaft zu Straßburg am 23. Oktober 1881 gehalten habe. Das damals erschienene Werk hat den Titel: Adolf Held, Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands; aus dem Nachlaß herausgegeben von Georg Friedrich Knapp. Mit dem Bildnis des Verfassers. Leipzig, Duncker & Humblot, 775 Seiten. An jenem Vortrag ist nur wenig, zum Beispiel der Schluß, verändert. 28. Dezember 1921.

Es mag wohl im Winter 1862/63 gewesen sein, als ich Held in den Hörsälen der Münchener Universität kennen lernte; doch kamen wir nicht viel zusammen, denn er wohnte im Maximilianeum, einer Anstalt, die kurz vorher in einem Prachtbau eröffnet worden war, und in welcher auf Kosten des Königs eine kleine Anzahl künftiger Staatsbeamter Wohnung, Unterhalt und Unterricht genossen. Nur solche, die sich auf dem Gymnasium besonders ausgezeichnet hatten, fanden darin Aufnahme. Es war unmöglich, den zwanzigjährigen Jüngling zu übersehen; er kannte eine Anzahl von Menschen, war stets lebhaft und gesprächig, stand mit allen auf dem besten Fuße und vor allem: er war auffallend schön. Sein dichtes, schwarzes Haar reichte tief in die Stirn; seine braunen, liebenswürdig blickenden Augen waren unwiderstehlich; wenn er lächelte, erschienen ein Paar glänzender Zahnrreihen. Seine Körperhaltung war etwas lässig, was anziehend wirkte. Nichts war ihm fremder als Schroffheit. Alles war unterfränkisch, genauer würzburgisch-gemütlich an ihm. Er hatte den Vorteil einer höchst raschen Auffassung, mit der er sich bald den Stoff für das juristische Examen aneignete. Daneben interessierte er sich für Nationalökonomie, die uns von F. W. B. Hermann streng dogmatisch und mit fesselndem Ernst vorgetragen wurde. Von vielem Bücherstudium war bei ihm nicht die Rede, aber auch nicht etwa von hurschikofem Wesen. Die studentische Heiterkeit fehlte nicht; er zeichnete sich aber vor allem aus durch Erfindung und Verbreitung toller Ausdrücke und Wortverdrehungen, was er auch später nicht ganz lassen konnte.

Daß er mit Leib und Seele, sozusagen nur Student gewesen sei, kann man nicht sagen; er war viel zu reif und zu klug und viel zu sehr Professorensohn, um ein solches Übergangswesen für etwas Besonderes zu halten.

Nach dem Examen (1865) arbeitete er in Würzburg auf dem Gericht und bereitete sich zum „staatswissenschaftlichen Doktor“ vor, noch im Hause seiner Eltern wohnend. Er vermied jede künstliche Haltung, gab sich stets mit völliger Unbefangenheit, und es war geradezu undenkbar, daß er je in Verlegenheit geraten wäre.

Wenn er in Gesellschaft mit Frauen oder Mädchen sprach, so sahen die aus wie von der Sonne beschienen; sie empfanden ihn schon anfangs

als Jugendfreund und beim Abschied als noch weit mehr. Wenn er je weiblichen Groll erregte, so war es nur dadurch, daß er unmöglich so viel lieben konnte, als er geliebt wurde. Aber niemals hat er sein Glück bei Frauen mißbraucht, weder aus Leidenschaft noch aus Leichtsin, was ihm beides fremd war. Wenn er nach längerem Aufenthalt in der Fremde wieder nach Hause kam, freute er sich über die Naivität süddeutscher, insbesondere mainfränkischer Verhältnisse. „Die Triebfedern der Menschen sind hier nicht anders als im Norden, aber man läßt mit staunenswerter Offenheit seine Stimmungen sehen. Dabei lebt der Mensch fröhlicher, leistet aber weniger als im Norden.“

In der heiteren Bischofsstadt, wo die Straßenecken mit Marienbildern geziert sind, und wo der Blick auf die Weinberge an den ansteigenden Ufern des Mains fällt, lebte sich's behaglich; der einzige Sohn war, das darf man wohl sagen, ein verwöhntes, aber auch ein dankbares Kind.

Die Stunden des Vormittags auf dem Gericht wurden streng eingehalten, und abends wurden Bücher volkwirtschaftlichen Inhalts gelesen, aus denen sich mit leichter Mühe eine Doktordissertation über den Amerikaner Carey ergab. Die Fakultät der Vaterstadt nahm die Schrift günstig auf und promovierte den jungen Mann in einer Zeit, in der die dortige Ruhe und Heiterkeit aufs ernstlichste gestört wurde.

Es war im Hochsommer des Jahres 1866. Bayerische Reiterei war im Rhöngebirge auf preussische Vorposten gestoßen und hatte Lehrtgemacht um sich in wildester Unordnung nach Süden zurückzustürzen. Die Trümmer dieser Regimenter erreichten die Stadt Würzburg, zur völligen Überraschung der Einwohner, und ihnen folgten alsbald die Preußen und beschossen die Festung auf dem anderen Ufer, wobei manche Granate in die Dächer der Stadt einschlug. Die Bahnhofshalle wurde in ein Lazarett verwandelt, und in der alten Ulmenallee vor dem wunderschönen Schlosse bivakirten die feindlichen Truppen.

Der junge Doktor hatte schon damals viel Sinn für Politik; an Bayern fühlte er sich durch Gewohnheit und Dankbarkeit gebunden, aber er war kein Partikularist; er hatte schon Jahre vorher die preussische Führung als den einzigen Weg der politischen Neugestaltung verfochten. Nun freute er sich, daß ein kaum merkbarer Fehler seines Auges — eine Unempfindlichkeit für die rote Farbe — ihn von der Dienstpflicht in Bayern befreite, und bemühte sich, in dem herrschenden Durcheinander aufklärend, veröhnlich und gemeinnützig zu wirken.

Zog ihn der bayerische Staat wenig an, so hatte er auch das Gefühl, als sei der staatswissenschaftliche Unterricht in München und Würzburg nicht gerade der nuzbarste gewesen. Man lernte ja manches durch Zuhören, aber die Kunst des Arbeitens lernte man nicht.

Das Schlagwort „Seminar“ übte damals seinen frischen Zauber aus, und daß eine Anstalt dieser Art am königlichen Statistischen Bureau zu Berlin unter Ernst Engel eröffnet sei, wußte der junge Held durch einen etwas älteren Freund, der zuerst versucht hatte, diese Anstalt zur Ausbildung für die wissenschaftliche Laufbahn zu benutzen. Nach einigem Briefwechsel entschloß sich der Würzburger Doktor, ebenfalls diesen Weg zu betreten, und langte im Spätherbst 1866 dort an, zum Teil weniger, weil in Berlin Statistik, als weil die Statistik in Berlin betrieben wurde.

Zu den Kurzen des Statistischen Seminars waren da 12 bis 18 junge Leute versammelt, meist preußische Assessoren, hier und da auch ein angehender Journalist oder strebsamer Gelehrter. In den engen Räumen suchten sie irgendwo nützlich anzupacken, zur nicht geringen Belästigung des Personals, und fanden meist, nach vergeblicher Bemühung, einen Ruhepunkt in der reichhaltigen Bibliothek. Ein besonderes Zimmer war für Vorträge bestimmt, die vormittags, jeden Tag von einem anderen Lehrer, gehalten wurden. Vollzählig versammelt war man eigentlich nur, wenn der Direktor Engel vortrug.

Ein freudiges Gemurmel begrüßte dann die lange, etwas vorgebeugte Gestalt, wenn er mit einem dicken Heft von Auszügen unter dem Arm hereintrat. Sein ruhelofer Blick musterte die Gesellschaft; er ließ sich nieder und begann in etwas sächsischer Sprache und in raschester Rede einen Vortrag lebhaftester Art, wildwüchsig, reich an Lesefrüchten, ohne strengen Zusammenhang, aber stets auf die allgemeinsten Grundlagen des menschlichen Denkens und Fühlens hinzielend. Hier und da leuchteten Geistesblitze durch, hier und da kamen Wunderlichkeiten zum Vorschein. Alle verehrten den selbstgemachten Mann, der himmelweit abstand von dem, was man von dem Direktor eines statistischen Bureau's erwartete. Er wußte überall Bescheid, hatte als früherer Techniker bedeutende Kenntnisse der gewerblichen Wirklichkeit, wußte überall einen Rat, einen Ausweg und hatte als sanguinische Natur immer allerlei Pläne in Sinn, zum Beispiel den eines statistischen Vereinsnezes.

Engel war entzückt, wie schnell Held sich in literarischen Dingen zurecht fand, und es entspann sich zwischen beiden ein zartes und an-

dauerndes Verhältnis, einerseits der Liebe, andererseits der Verehrung. Spät abends pflegte Engel nach Helds gegenüberliegendem Zimmer in der Lindenstraße zu blicken und sah dort zu seiner freudigen Besorgnis immer und immer Licht bis nach Mitternacht.

Gegen Ende des Winters 1866/67 trat, wie alljährlich, in Berlin das Landes-Oekonomie-Kollegium zusammen, unter dessen Mitglieder auch die Vorstände der landwirtschaftlichen Lehranstalten gehörten. Von der Anstalt in Poppelsdorf bei Bonn war der Geheime Rat Gartenstein gekommen, der damals einen jungen Lehrer der Nationalökonomie suchte. Natürlich wurde Engel um Rat gefragt, und der empfahl — obgleich er ihn dadurch von sich entfernte — Adolf Held, der nun vom Frühjahr 1867 an nach Bonn übersiedelte, sich da an der Universität als Privatdozent niederließ und zugleich im nahen Poppelsdorf die Lehrstelle übernahm. Vor den Landwirten trug er Nationalökonomie, vor den Bonner Studenten anfangs — was ihm so unähnlich steht — Theorie der Statistik vor. Später erweiterte sich das Bonner Lehrgebiet auf vielerlei politische Fächer. Dabei war es nicht etwa Gelehrsamkeit, wodurch er zu glänzen suchte; freilich wollte er unterrichtet, ja womöglich überall zu Hause sein, sagte sogar halb im Scherz: „auf mein enzyklopädisches Wissen bilde ich mir etwas ein“ — aber er war weit davon entfernt, nur diese Art des Wissens zu schätzen. Für sich jedoch brauchte er vorläufig gerade dies, denn er wollte vor allem Lehrer sein und seinen Zuhörern eine zunächst ausreichende Vorstellung des Faches verschaffen.

Und es kam noch dies hinzu: als Mann von vorwiegendem Interesse für Politik strebte er dahin, in seinen Hörern Gesinnungen zu wecken und zu pflegen. Daher auch seine innerliche Fremdheit gegenüber der nur messenden Statistik und seine Abneigung vor der englischen, den Staat unterschätzenden Richtung. Man erkennt das am leichtesten in seiner Finanzwissenschaft. Da klassifiziert er nicht die Steuern raum- und zeitlos, um zu untersuchen, welche davon das geringste Übel sei, sondern beginnt mit dem Staate, als welcher unentbehrlich und das wichtigste aller sozialen Gebilde ist. Es sei Unsinn, nur eine Art von Steuern zu erheben, ebenso töricht sei es, mit den überlieferten Steuern wüßig zu brechen; sondern „es kommt darauf an, das bestehende Steuersystem langsam so umzuformen, daß es in seiner gesamten Wirkung einen möglichst gleichmäßigen Druck ausübe.“

Die feine, warme Art und Weise, wie er die staatliche Gesinnung

seiner Hörer zu pflegen wußte, meist unmerklich und niemals aufdringlich, brachte es bald mit sich, daß er von ihnen als Führer und Berater hochgehalten und nicht nur wegen des Unterrichts geschätzt wurde. Dabei wandelte sich sein Vortrag sehr bald nach der Rede hin um, und da der Redner vor allem selber Überzeugung braucht, so bildete sich bei ihm eine Pflege der moralischen Natur aus, wozu sein Freund Conrad Barrentrapp nicht wenig beitrug. Held hatte früher die Dinge des Lebens leicht genommen; seine Moral war angeborener Geschmack und inneres Gleichgewicht gewesen; nun kam bewußter Ernst hinzu, Sorge für Verwirklichung des Guten, vor allem des politisch Guten — und der als Katholik Erzogene nahm oft protestantische Züge an.

Wie er früh in Bayern den Partikularismus überwunden hatte, so wendete er sich nun im Rheinlande dem Ultramontanismus entgegen, der ihm als undeutsch zuwider war, und den er für die moralische Bildung des Volkes für minder förderlich hielt.

Als die Bewegung des Ultrakatholizismus aufkam, hat sich Held derselben früh und rückhaltlos öffentlich angeschlossen.

Infolge einiger Anfragen von außen erfolgte seine Ernennung zum Professor sehr früh, woran sich seine Verheiratung anschloß. Die Zeit der Vorbereitung war befriedigend erledigt: mit 26 Jahren hatte er eine bürgerliche Stellung: jung, tüchtig, allgemein beliebt, zu jeder gemeinnützigen Tätigkeit verwendbar.

Als der Krieg von 1870 ausbrach und seine preussischen Altersgenossen jeder in der großen Erhebung seine Stelle fand, ergriff ihn, der kein Militärverhältnis hatte, zunächst große Niedergeschlagenheit. Doch bald lebte die sorgende Tätigkeit der Vereine auf, und wo es Rat oder Tat galt, rief man nach Held, der Kleines und Großes gleich eifrig übernahm, ob es nun Verlosung geschenkter Gegenstände war oder Führung einer Gruppe von Nothelfern nach Frankreich hinein in die Nähe der Lazarette. Kaum von da zurückgekehrt, schrieb er einen Artikel in die Preussischen Jahrbücher, wie man solche fliegende Scharen am zweckmäßigsten bilden und verwenden müsse.

Nicht leicht dürfte damals in Bonn ein liberaler Verein gewesen sein, bei dem Held nicht irgendwie die Hand im Spiele gehabt hätte. Aber vor allem diente er nach dem Kriege zweien: dem Bonner Bildungsverein, der die Bürger der Stadt geistig anregen sollte, und dem Deutschen Verein, der zuletzt in 77 Städten des Rheinlandes Boden gefaßt hatte und mehr eine Wahlorganisation im nationalliberalen

Sinne war. Den Vorsitz führten andere, schon aus Altersgründen; aber er war der unermüdlische Schriftführer, dessen Lust, Kraft und gute Laune nie versagte, und dessen sachlicher Einfluß von Jahr zu Jahr bedeutender wurde, trotz der bescheidenen Stellung.

Der Verein für Sozialpolitik, 1872 durch Schmoller und seine Freunde begründet, dessen erste rednerische Spitze Lugo Brentano war, wählte als ersten Schriftführer ohne weiteres Adolf Held, der nun dauernd am Tische des Vorstandes Platz nahm und alle Schwierigkeiten glättete. Einmal, als wegen der Frage des Schutzzolles eine allgemeine Versammlung über Hals und Kopf berufen werden mußte, brachte es Held in vierzehn Tagen fertig, was niemand für möglich gehalten hätte.

Bei so unzweifelhafter Begabung für das Praktische und für jeden Zweig des öffentlichen Lebens regten sich auch allerlei Wünsche und Hoffnungen. Als Professor Hegidi aus Bonn ins auswärtige Amt des Reiches eintrat, fühlte sich Held von dieser Nachricht seltsam ergriffen. Er fing an über solche Wandlungen nachzudenken und die Vorzüge einer Stellung im Ministerium zu erwägen. Andererseits hat man ihn im Jahre 1873 von Chemnitz aus gefragt, ob er sich in den Reichstag wählen lassen wolle, wie er denn auch in Bonn, allerdings nur als Wahlkandidat der Nationalliberalen, auftrat.

Aber nach kurzem Schwanken wurde ein Entschluß gefaßt, was ihm niemals schwer fiel; die bisherigen Erfahrungen sollten nicht praktisch, sondern wissenschaftlich verwendet werden. Sofort wurden alle Sekretärstellungen abgewickelt, und er sagte sich: nun bin ich wieder Professor. Freilich waren innere Prüfungen vorausgegangen, die ihn sogar zeitweilig umdüsterten, was aber seine Umgebung weniger merkte als seine auswärtigen Freunde, an die er gerne Briefe schrieb. Dann fragte er wohl: „Wie habe ich das erreicht, was ich jetzt bin? Man hat mich gern gehabt, brauchbar gefunden, sogar wählen wollen. Aber mir fehlt etwas: das selbstgesteckte Ziel.“ Offenbar eine innere Krisis. Er wollte nicht seinen Lebenslauf dem harmonischen Eindruck verdanken, den er überall hervorrief. Er wollte von sich aus einmal etwas Größeres wollen und es durchführen, sei es mit anderen oder gegen sie. Seine Stellung in der Wissenschaft sei doch nur etwas Halbes. Er, der so viele eigenartige und härtere Persönlichkeiten liebevoll verstanden und geduldet hatte, wollte nun gern auch seine eigene Natur zu festerem Zusammenhalte und zu dichterem Abschluß bringen.

Also „wieder Professor werden“ konnte für ihn nur bedeuten: festen Fuß fassen in der gelehrten Forschung. Früher hatte er zuweilen Sachen geschrieben, die er „wissenschaftliche Gelegenheitschrift“ nannte, und wozu er sich nur eine Woche oder zwei Zeit nahm, wie man von seiner Schrift „Sozialismus, Sozialdemokratie und Sozialpolitik“ behauptete.

Zu ausdauernder Forschung bot sich damals allen jungen Gelehrten der durch Karl Marx wieder aufgeweckte Sozialismus dar. Alle Aufmerksamkeit wendete sich der Arbeiterfrage zu. Aber Held war kein Sozialist und wurde auch keiner.

Der Sozialismus, philosophisch betrachtet, ist ein Entwurf zu künftiger Rechtsgeschichte. Sozialistisch ist es, die Rechtsinstitute der Gegenwart aus den wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen zu begreifen und die Rechtssysteme als wandelbar, die Ansprüche der unteren Klassen auf Lebenshaltung als fest zu betrachten. Diesen Ansprüchen gegenüber gilt das Privatrecht wenig, das öffentliche Recht nichts. So entwickelt sich fast überall die sozialistische Überzeugung zur fanatischen Gesinnung.

Ganz anders Held. In seinem „Grundriß“, den er früh drucken ließ, wird dem bestehenden Recht die größte Aufmerksamkeit gewidmet, denn er hatte die Jurisprudenz nicht nur oberflächlich betrieben. Aber die Kluft, die ihn vom Sozialismus trennte, öffnete sich noch an einer anderen Stelle. Es gehört ein phantastischer Zug dazu, wenn man sein Auge nur auf die fernste und nie auf die nahe Zukunft richtet; und dieser phantastische Zug war unserem Freunde ganz fremd. Er war erfindungsreich, durch und durch versöhnlich, nie um Auskunft verlegen, also ganz und gar gemacht, stets an die allernächsten Schritte zu denken. Die Zukunft ließ er auf sich beruhen.

Auch entging ihm nicht, daß der Sozialismus als Glaube andere Glaubenssätze unterwühlt, also zum Beispiel den Glauben an die Abgeschlossenheit der Völker. Der Sozialismus setzt sich also dem Gedanken entgegen, den deutschen nationalen Staat auszubilden, und an diesem Gedanken hing Held mit ganzer Seele. Sawohl, pflegte er zu sagen, der Staatsmythizismus von Gneist und Treitschke beherrscht uns ganz.

Über Karl Marx hat er sich in einem Briefe vom 22. Februar 1880 so ausgesprochen:

„Ich bin auch der Meinung, daß Marx ein eminenterer Kopf ist, und daß man von ihm am meisten lernen kann. Aber lies nur auch einmal das kommunistische Manifest, in welchem am klarsten und präzisesten

das ganze Wollen und Denken von Marx enthalten ist, so ist klar:

1. sein Wollen ist Revolution als solche;
2. sein Denken steht im Dienste dieses Wollens; und wenn er mit selten gestreicher Kritik die Geschichte der Klassenkämpfe und die gegenwärtigen Klassegegensätze erkennt und schildert, wenn er dabei eine Masse von Wahrheiten aufdeckt usw. — laboriert nicht das Ganze an folgendem Fehler? Jeder Kampf, jeder Gegensatz bei ihm ist ein Kampf, in dem eine Partei vernichtet wird. Er sieht nicht ein, daß neben dem Kampf immer zugleich Versöhnung in der Welt ihre Rolle spiele. Und wenn man seine Methode, mit der er Vergangenheit und Gegenwart behandelt, konsequent anwendet auch auf die von ihm gewollte positive Ordnung der Zukunft, so muß auch diese wieder aufgelöst und vernichtet werden. Die Konsequenz seiner Methode ist das Nichts, und es ist eine Unwahrheit, wenn er eine dauernde positive Ordnung will respektive prophezeit. Sein im Dienste rein revolutionären Wollens stehendes Denken ist nur Kritik, und diese Einseitigkeit seines Denkens ist eine Schwäche. Dadurch werden die Resultate desselben schließlich unhaltbar. Und ich begreife sehr, daß man sich für ihn höllisch interessieren und sehr viel aus ihm lernen kann, aber nicht, wie man irgendwie bei ihm stehenbleiben kann. Denn es ist weder wahr, daß die Welt nach völliger absoluter Auflösung der jetzigen Ordnung bei einer neuen absolut anderen zur Ruhe kommen kann, noch, daß die Selbstauflösung jeder Ordnung das Ende sein kann. Sondern es gibt ein ewig fortgesetztes Umändern aller Ordnung, in dem wir die nächsten relativen Ruhepunkte suchen können und müssen, ohne das letzte Ende sehen zu können.“ —

Andererseits liebte Held aber auch nicht die landläufigen Lehren der englischen Nationalökonomie, die so tut, als wäre der Staat nicht vorhanden, und als wenn er, wenn vorhanden, sogar schädlich wäre. Alle Handlungen des Menschen aus dem Selbstinteresse herzuleiten, überall nur vereinzelt Individuen zu sehen, nirgends die Bildung von Körperschaften zu beobachten — alles das war ihm ganz unympathisch. Er schloß sich ganz dem damals aufkommenden Kathedersozialismus an und hoffte dieser Richtung einen wissenschaftlichen Dienst zu leisten durch Darstellung der sozialpolitischen Geschichte Englands in einem weitherzigeren Sinn, in breiterer Gestalt, mit Einschluß der beim Sozialismus beliebtesten Kapitel, aber nicht mit Ausschluß der übrigen Gedankengänge. Wenn ihm auch mancherlei abging, zum Beispiel die

Schulung durch ein historisches Seminar, so war es ihm doch nicht bange um das Gelingen seiner Arbeit, denn er besaß dafür andere Vorzüge: tiefes Verständnis für das politische Parteitreiben, offenen Sinn für das Durcheinander geistiger Strömungen und endlich ausgebildetes Gefühl für das Maß des Möglichen.

Mit diesen Instinkten — so dachte er sich — stürze ich mich in den Stoff hinein und werde nach meiner Art etwas Brauchbares liefern. Er entwarf den Plan seines Werkes: es sollte eine vierbändige soziale Geschichte Englands werden, wovon der erste Band sogleich in Angriff genommen wurde.

Dieser Band mußte die Grundlagen der modernen Verhältnisse zum Gegenstand haben. Es ergeben sich daher zwei Fragen. Erstens: wie sind die Engländer zu ihren heutigen politischen und sozialen Anschauungen gekommen? Darauf konnte eine Antwort nur gegeben werden durch Studium der entsprechenden Literatur. Und zweitens: wie hat sich in England die Großindustrie entwickelt? Hierüber kann man nur Aufschluß finden durch das Studium der Gesetzgebung und der vorbereitenden amtlichen Schriften, der sogenannten Parlamentspapiere oder *Blaubücher*.

Um sicher zu sein, daß er sein Quellenmaterial vollständig und von Vorgängern unabhängig vor Augen bekomme, reiste Held nach London, zuerst im Jahre 1875 auf ein Vierteljahr, dann im Jahre 1880 noch einmal auf vier Wochen. Man kann sich leicht vorstellen, daß er bei seiner herzugewinnenden Natur nicht leicht vergebens anklopfte. Die Beamten des britischen Museums, der Schriftsteller Cliffe Leslie, der Arbeiterfreund Ludlow bemühten sich wetteifernd, ihm zu dienen, und sogar zurückgezogene demokratische Graubärte wie Lovett schlossen ihm ihr Herz auf. So wußte er seine Gaben, die bei anderen nur auf dem Felde der Liebe verwertet worden wären, in den Dienst der Wissenschaft zu stellen.

Reich beladen mit Büchern und Notizen, glücklich, endlich einmal in seine eigenen Scheunen gesammelt zu haben, statt anderen zu dienen, und erfüllt mit Schwung und Kraft zur Ausführung kehrte er zurück und begann das Werk.

Die politischen und sozialen Ideen der Engländer neuerer Zeit finden ihren getreuen Ausdruck im Denken und Treiben der „radikalen“ Partei, die bald nach 1832 zur Blüte kam. Doch darf man sich diese Männer nicht so vorstellen wie unsere radikalen Leute. Nicht rotbärtige

Volksmänner mit Hahnenfedern auf dem Hute, wie bei uns 1848, auch nicht hohllängige Mißbergnügte, die über das Sozialistengesetz grollen. Der englische Radikalismus ist weiter, er umfaßt noch unsere Fortschrittspartei. Sein Ziel ist, die Führung des englischen Staates dem Adel zu entreißen, besser noch: dem Stande der Gutsbesitzer zu entreißen und die Interessen der bürgerlichen und der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen. Uns Deutschen ist von Schriftstellern dieser Art John Stuart Mill am geläufigsten, und seine Richtung pflegen wir utilitarisch zu nennen. Aber Mill ist nicht der früheste; er ist ein Schüler Benthams, der ein ganzes System der Moral und Politik auf das utilitarische Prinzip aufbaute, das ist: auf das der Nützlichkeit für das Individuum. Also mußte Bentham mit seinen Vorgängern studiert werden. Held tat es mit seinem offenen Sinn für Persönlichkeiten, zugleich aber, was die Sache betrifft, mit entschiedener Gegnerschaft gegen den Individualismus, welcher das Manchesterthum, die Ausbeutung des Schwachen durch den Starken, erzeugt und jedes Verständnis für die Aufgaben des Staates verhindert. Nach ihm ist der Individualismus keineswegs die Grundlage des englischen Staates; sondern diese in der Presse so verbreiteten Empfindungen sind im Gegenteil noch nicht mächtig genug, trotz aller Ausbreitung seit 1832, um die älteren Grundlagen aus der Welt zu schaffen.

Diesen Teil seines Werkes schrieb Held noch in Bonn. Nun wurde damals (1879) in Berlin eine höhere landwirtschaftliche Lehranstalt neu eingerichtet, an welche der hochverdiente Hugo Thiel einen Nationalökonom zu berufen dachte, während zugleich an der Universität eine der zwei Professuren offen stand. Für diese Doppelstellung, die der Stellung in Bonn sehr ähnlich war, wurde Held nach Berlin berufen, wohin er im Herbst 1879 übersiedelte.

In dem ersten Berliner Sommer begann er die Ausarbeitung des Buches über die Entstehung der Großindustrie. Die verbreitete Meinung ist die: daß die Einführung der Maschine in die Weberei und Spinnerei die Großindustrie geschaffen habe. Man pflegt sogar noch beizufügen, auf bürgerlicher Seite wenigstens, daß die Maschinerie dem Arbeiter die größte Last abnehme und ihm daher noch nütze. Davon kann heute nicht mehr die Rede sein; aber auch die erste Behauptung ist falsch. Die Großindustrie ist, nach Held, nicht das Kind einer vollkommener gewordenen Technik; die Technik ist vielmehr das Kind der Großindustrie. Das Aufkommen der Großindustrie ist nicht eine Er-

scheinung der Technologie, sondern ein Ergebnis veränderter Gewerbeverfassung; sie hätte entstehen können auch ohne Umwälzung der Technik, ja, sie ist bereits ins Leben getreten, ehe es die fensterreichen Fabrikgebäude und die hohen Schloten gab.

In der Mitte des 18. Jahrhunderts, als um die Stadt Manchester noch Hausweber auf dem Lande saßen, war die Großindustrie doch schon überall da vorhanden, wo diese Hausweber nicht auf eigene Rechnung Garn einkauften und Tuch verkauften, sondern von einem kaufmännischen Unternehmer Garn geliefert bekamen und das Tuch gegen Lohn in das Lager des Kaufmannes abliefern. Denn da hatten die kleinen Leute bereits aufgehört, Handwerker zu sein, und waren Arbeiter, zerstreut wohnende Arbeiter eines Großbetriebes geworden. Der Unternehmer hingegen war vom bloßen Händler zum Anordner und Leiter der technischen Produktion aufgestiegen. Dies aber ist der entscheidende Punkt: Oberleitung der Technik für die Zwecke des Kaufmanns an Stelle des Stilllebens kleiner Handwerker, die zwar selbständig aber des Marktes unkundig sind.

Daß der Kapitalist später seine zerstreuten Arbeiter sammelt und die verbesserten Webstühle mit Dampfkraft betreibt, dies begründet nicht, sondern verstärkt nur die Herrschaft des Kapitals auf dem Boden der Industrie. Ganz ähnlich liegt es in der Spinnerei, die wir übergehen. —

So weit war Held mit seiner Arbeit gekommen; der erste Band, freilich nur in erster Niederschrift, war fertig. Aber der schnell arbeitende Verfasser durfte hoffen, die Kürzungen und Umstellungen in wenigen Wochen auszuführen. Er entwarf noch schnell ein Wortwort, hinterlegte die Handschrift bei der Reichsbank in Berlin und reiste mit erleichtertem Herzen zur Erholung am 2. August 1880 in die Schweiz. Das tun alljährlich Tausende, und es wäre kaum der Erwähnung wert, wenn es immer so abliefe wie es meistens abläuft. Wer aber kann wissen, was morgen geschieht!

Unser Freund begab sich an den Ausfluß des Thuner Sees, in das Hotel Bellevue; seine Frau war mit ihm. Er brachte, wie immer, Leben und Heiterkeit in die Gesellschaft der Gäste und genoß drei volle Wochen im Bewußtsein, daß er die Früchte einer fünfjährigen Arbeit zu pflücken im Begriff stehe. Schon wurden Postkarten ausgesendet, um auf dem Rückwege den und jenen seiner Freunde aufzusuchen. Nur noch rasch, am 25. August 1880, sollte eine Bahnfahrt auf der Nar, am Austritt des Stromes aus dem See, stattfinden, auf die einige junge Herren und

Damen mit Begierde warteten, die von dem Held'schen Ehepaar angefordert worden waren. Im zweiten Kahn fuhr Herr Held mit den jungen Leuten; Frau Held war in einem anderen Kahn oder stand noch am Ufer: da schlug Held's Kahn um. Ob man etwa Plätze hat vertauschen wollen, weiß man nicht. Alle Insassen fielen in den Fluß, einige wurden gerettet, aber eine der jungen Damen klammerte sich in der Todesangst an Held fest — und diese beiden, nachdem sie noch einmal aufgetaucht waren, verschwanden im Wasser.

In wenigen Augenblicken hatte sich alles abgespielt. Frau Held war schon Witwe, ehe man den Unfall ganz begriff; für sie war ihr Mann rätselhaft verschwunden, er, ein geübter Schwimmer, der nie aus Prahlerei etwas Unkluges unternahm. Es dauerte einige Tage bis die letzte Hoffnung sank, indem die Leichen endlich gefunden wurden.

So endete dies hoffnungsvolle, bis dahin so glücklich verlaufene Leben.

Das Begräbniß fand in Bonn statt, unter zahlreichster Beteiligung aus allen Theilen Deutschlands. Auch die Freunde, die der Wittve beistehen wollten, waren anwesend: Warrentzapp, Thiel und Knapp, und berieten, was man dem Andenken des Verewigten schuldig sei. Beschlossen wurde die Herausgabe des in Berlin hinterlegten Werkes. Das Buch ist im Herbst 1881 fertig geworden, und Held's Arbeit ist also gerettet.

Freilich wäre sie weit besser geworden, wenn der Verfasser selbst sie hätte vollenden können; aber man sieht doch im großen und ganzen, wohin er strebte und vor allem: man erkennt die Gesinnung, die damals bei den Gründern des Vereins für Sozialpolitik geherrscht hat.

So hat der Verein eine wichtige Kraft verloren durch einen trübseligen Zufall. Niedergeschmettert blieben die Freunde zurück und weihten dem Entschwundenen ein treues Andenken¹.

¹ In der englischen Zeitschrift *The Spectator*, Nr. 2726, vom 25. September 1880, gibt J. M. Sublow folgendes Urtheil ab auf Grund persönlicher Bekanntschaft: „Dying at thirty-six, Held's mind had not, I am convinced, reached its full maturity. Perhaps the peculiarity of it was the combination of a deep and earnest fellow-feeling with the working-class, of strong views as a National-Liberal and of Old-Catholic principles. But in the intervals of my intercourse with him, I could trace changes of feeling, tending, as it seemed to me, to fuller and more consistent development. The passionate militant Bismarckianism which characterised him when I first knew him had latterly become modified on several points. He was too sensible and too rightminded to ap-

prove of the putting down of the social democrats by administrative persecution, although sooner than to go against one whom he still viewed as the lifelong leader of his people, he withdrew latterly altogether from politics. He took a step further when in his last publication he combated Protectionism on scientific grounds. Again, he admitted to me, when I last saw him, the failure of the Old-Catholic movement, trusting only that from its ashes some new movement of religions reform might spring. Held was, personally, the handsomest German I have ever known and there was in him something singularly winning. With high and honest purpose he combined great, though not first-rate, abilities and great powers of work. He was a careful student and when he theorised did so from facts, and not „out of his inner consciousness“. I am convinced that his work on the social history of England would have been one of very great value, and from which many an Englishman would have learned much that he did not know. —

Drittes Kapitel.

**Wie ich nach Eisenach kam und was
ich dort fand.**

Von

L. Ludwig-Wolf.

Wie ich nach Eisenach kam und was ich dort fand.

Die Vereinsleitung hat uns, den drei noch lebenden Vereinsmitgliedern, die der ersten Versammlung des Vereins am 6. und 7. Oktober 1872 beigewohnt haben, die freundliche Einladung zukommen lassen, uns auch zu der im Oktober d. J. beabsichtigten 50jährigen Versammlung wieder einfinden zu wollen, und dabei die Bitte ausgesprochen, zu dem diese Versammlung vorbereitenden Schriftenband einen schriftlichen, an die erste Zeit des Vereins anknüpfenden Beitrag beisteuern zu wollen.

Ob ich der Einladung Folge leisten und in Eisenach erscheinen kann, muß ich der Gnade des Himmels anheimstellen; der Wille dazu ist vorhanden. Betreffs des schriftlichen Beitrages aber muß ich darauf aufmerksam machen, daß ich nicht, wie meine beiden Herren Alterskollegen Brentano und Knapp, zu dem damaligen Kreise der jüngeren Volkswirtschaftler gehört habe, von denen die Eisenacher Versammlung vorbereitet und mit ihr die Opposition gegen die vom „Volkswirtschaftlichen Kongreß“ vertretenen wirtschaftlichen Anschauungen aufgenommen wurde, so daß ich über die internen der Versammlung vorausgegangenen Beratungen und Beschlüsse irgend etwas mitzuteilen nicht in der Lage bin.

Als ich Ende des Jahres 1839 in der durch ihre Tuchfabrikation bekannten westfälischen Stadt Verdau geboren wurde, machten sich zwar schon die segensreichen Folgen des im Beginn dieses Jahrzehnts abgeschlossenen Zollvereinigungsvertrages insofern geltend, als von Leipzig ausstrahlend die ersten Maschinen des deutschen Eisenbahnnetzes geknüpft werden konnten; doch hatte die Dampfmaschine als Triebkraft noch nicht ihre die industriellen Verhältnisse von Grund aus umgestaltende Wirksamkeit bei uns begonnen. Die zumeist noch aus England bezogenen Spinnmaschinen wurden, soweit nicht schon die fertigen Garne aus England bezogen wurden, entweder durch Wassertriebe oder von Tieren gezogene Göpелwerke in Gang gesetzt, und der Verarbeitung der Gespinnte diente damals allgemein noch der Handwebstuhl. Dementsprechend hatte auch die Industrie noch, sozusagen,

die Tierschalen des Innungsbetriebes auf dem Rücken. Was sich zu dieser Zeit „Fabrikant“ nannte, war noch der größer gewordene, in der Innung befindliche Tuchmachermeister, der mit seinen Gesellen (sofern es nicht die Zahl der Gesellen oder ihr Verheiratetsein verhinderte) noch an einem Tische saß und sie, wenn sie ledig, als Hausgenossen beherbergte.

Zur Anschaffung der damals noch bei den beschränkten Mitteln sehr teureren Spinnmaschinen und Krempel usw. langten die Mittel nur bei wenigen derselben aus, und so kam es, daß der von Schulze-Delitzsch propagierte Gedanke der Vergesellschaftung im Pleißengrund zu Begründung einer ganzen Anzahl von Genossenschaftsspinnereien führte. Das Walken der fertiggestellten Tuche geschah in der an der Mulde unterhalb der Stadt Zwickau gelegenen Innungswalkmühle, während Farbe und Appretur derselben Aufgabe des einen Annex der Tuchmachereinnung bildenden Geschäftszweiges der Färber und Appreteure war.

Mit den in dieser Weise fertiggestellten Tuchbeständen bezogen dann deren Fertigsteller vom Einzelmeister an bis zum Fabrikanten mit kaufmännischem Betrieb mit eigenen oder Sammelgeschirren die Leipziger, Frankfurter (a. M. und a. D.) oder sonstigen Messen, um sie da an ihre Kundschaft abzugeben.

Mein Lebensweg führte mich dann vom Anfang der 50er Jahre an (nur unterbrochen durch einen vierjährigen Besuch der Leipziger Universität) bis zum Jahre 1870 nach Plauen, dem Mittelpunkt der vogtländischen Stickerei und Weißwarenindustrie.

Aus diesem Leipziger Zwischenstadium möchte ich eines mir lebhaft in der Erinnerung gebliebenen Vorkommnisses hier gedenken, des ersten Auftretens von Ferdinand Lassalle in Leipzig. Gab es eine Stadt, in der das Wirken und die Lehren von Schulze-Delitzsch von tiefergehendem Einflusse gewesen, so war es Leipzig, mit dem Schulze von Jugend auf durch langjährige und vielfache persönliche Beziehungen verbunden war. Unter diesem Gesichtswinkel erhielt das Auftreten Lassalles in Leipzig in einer von dem Schuhmacher Bahlreich geleiteten Versammlung eine andere Bedeutung als an einem anderen Ort. Der Saal war überfüllt, und was das damalige Leipzig an prominenten politischen Persönlichkeiten besaß, hatte sich eingefunden. Selbstverständlich auch eine große Zahl von Studenten. Das Auftreten des Redners ermangelte nicht eines gewissen theatralischen Anstriches.

Unter dem linken Arm eine Anzahl von Folianten, bestieg die etwas hagere Gestalt des Redners mit dem blassen, scharfgeschnittenen Gesicht, das durch das schwarze, emporstehende Haar noch besonders herausgehoben wurde, „bewaffnet mit der Wissenschaft seines Jahrhunderts“, wie er gleich im Eingang betonte, das Rednerpult, um der Versammlung sein „ehernes Vohngesek“ zu entwickeln. Selbstverständlich spitzten seine Ausführungen sich vielfach zu einer Bemängelung der Schulzeischen Ansichten zu, den er dabei als einen „Nachbeter“ Ricardos bezeichnete, was ihm seitens des schon damals an der Spitze der Leipziger Turnerschaft stehenden Dr. Ferdinand Goeß den Zwischenruf: Bitte: „Anhänger“, nicht „Nachbeter“, einbrachte.

Einen tiefergehenden Erfolg hatte die Versammlung nicht. Es bildete sich zwar ein Arbeiterverein Lassallescher Observanz, doch datierte der Aufruf der Sozialdemokratie in Leipzig erst von einer späteren Zeit.

Durch die ein Jahr nach meiner Rückkehr nach Plauen erfolgte Wahl meiner Person zum dortigen Ratsreferendar wurde mir nun Gelegenheit geboten, die bis dahin nur auf sozusagen privatem Wege erworbene Kenntnis und Beobachtung der gewerblichen und industriellen Dinge und Vorgänge nun unter dem Gesichtswinkel des Verwaltungsbeamten fortstellen, berichtigen und vertiefen zu können. So dürfte es z. B. vielleicht im Hinblick auf die die Gegenwart so stark in Anspruch nehmenden Steuerfrage von einigem historischen Interesse sein, daß schon das frühere sächsische Gewerbe- und Personalsteuergesetz die Abführung des Steuerbeitrages des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber vorsah, so daß es bei dem jetzt eingeführten 10%-Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht nötig war, auf englische Einrichtungen Bezug zu nehmen und damit dem alten deutschen Erbübel Vorschub zu leisten, daß eine Sache oder Einrichtung „weit her“ sein muß, um dem deutschen Michel zu imponieren und der Nachahmung wert erscheinen zu lassen.

Von nicht minderen Einflüsse auf meine Anschauungen betreffs der gewerblichen Dinge wurde der Umstand, daß die Wahlen zum Norddeutschen Reichstag gegen Ende der 60er Jahre den Begründer der Hirsch-Dunckerschen Gewerbevereinsbewegung, Dr. Max Hirsch, als Reichstagskandidaten und später Abgeordneten des 23. sächsischen Wahlkreises nach dem Vogtlande führten und mir persönlich und freundschaftlich nahe brachten. Namentlich sympathisch war mir sein Eintreten

für Einigungsämter und gewerbliche Schiedsgerichte, da auch ich darin einen friedlichen Ausgleich entstehender gewerblicher Differenzen erblicken zu können meinte. Deshalb begrüßte ich mit um so größerer Freude meine im Jahre 1870 erfolgte Wahl zum bezoldeten Stadtrat der gewerblichen Stadt Meerane, da ich hier Gelegenheit zu finden hoffte, das theoretisch für gut Erachtete in die Tat umsetzen zu können, und dies um so mehr, als dort die Sozialdemokratie Marxscher Richtung, von Leipzig aus übertragen, bereits weite Verbreitung gewonnen hatte.

Wie oben schon erwähnt, hatte das Auftreten Lassalles in Leipzig keinen nennenswerten Erfolg für die Zwecke der von ihm beabsichtigten Gründung einer Arbeiterpartei geliefert, da er den Schulze-Delitzschschen Ansichten folgenden allgemeinen Arbeiterbildungsverein, an dessen Spitze Prof. Dr. Rossmäßler stand, nicht für sich zu gewinnen vermocht hatte.

In dieser Stellung des Arbeiterbildungsvereins trat aber ungefähr zwei Jahre später eine tiefgreifende Wandlung ein. Ihm waren in dem aus Köln zugewanderten Drechsler August Bebel und dem als Rechtsanwalt nach Leipzig übergesiedelten Adorfer Bürgermeister D. E. Freitag zwei Persönlichkeiten beigetreten, die beide den Drang in sich fühlten, den Verein sich im öffentlichen Leben der Stadt betätigen zu lassen, und damit auch dem Wunsche der Mehrzahl der Vereinsmitglieder entsprachen. Leider stießen sie damit auf den unterschiedenen Widerstand des damals in Leipzigs öffentlichem Leben maßgebenden Stadtverordnetenvorstehers Dr. Joseph und seines Anhangs. Statt eines gewissen Entgegenkommens fanden sie eine kühle Abweisung. Da führte das Schicksal dem Verein in dem aus England nach Deutschland zurückgekehrten Liebknecht eine geistige Potenz zu, der es gelang, den Verein und namentlich Bebel in den Marxschen Ideenkreis hineinzuziehen.

Für eine selbstverständlich nur sehr oberflächliche demonstratio ad oculos für die Richtigkeit der Marxschen Theorien und dem entsprechend als Agitationsgebiet für sie war nun kaum ein Gebiet besser geeignet, als das Gebiet der Glauchau-Meeraner Textilindustrie, und zwar insofern der damals darin sich stark geltend machenden, seitdem in vielen Beziehungen glücklich beseitigten sehr üblen Geschäftspraktiken, die ich natürlich nur kurz andeuten kann:

Die Glauchau-Meeraner Textilindustrie erzeugte schon damals gemusterte Damenkleiderstoffe. Der Mangel eines Mustererschutzes

war für die soliden und rührigen Industriellen, die sich bemühten, neue gefällige Muster zusammenzustellen und in solider Ware auf den Markt zu bringen, von den übelsten Folgen. Der Musterdiebstahl stand in voller Blüte und fraß vergiftend um sich in den Reihen der Arbeitgeber, wie in denen der Arbeiter. Wie aber aus einem Übel ein neues zu erwachsen pflegt, so auch hier. Das auf unlauterem Wege erworbene Muster wurde natürlich zu vermehrter unlauterer Ausbeute und zwecks billigeren Angebotes in immer minderwertigerer Qualität durch immer größere Beimischung von billigerer Baumwolle hergestellt und auf den Markt gebracht. Den Gipfelpunkt erreichte der unlautere Wettbewerb aber bei der Fertigung der für den überseeischen Markt bestimmten sogenannten „Stapelware“. Diese Gewebe hatten eine für den Verkehr angenommene normale Länge, wurden in für den Seeverkehr geeigneten Kisten verpackt und gingen mit dem die Zahl der Gewebe und den Preis der einzelnen Stücke enthaltenden Frachtbriefe an eine überseeische Adresse, von der aus sie in der Kiste mit dem Frachtschein weiter vertrieben wurden. Auf diese Weise gingen sie jenseits des Ozeans durch eine ganze Anzahl von Händen.

Diese Handelsgewohnheit nützte der unlautere Wettbewerb nicht bloß in der Weise aus, daß die minderwertigste, diesseits nicht anzubringende Schundware auf diesem Wege abgehoben wurde, sondern er beschritt sogar zum direkten Betrug insofern, als er nicht bloß an der üblischen normalen Länge der Gewebe etliche Meter fehlen ließ, sondern daß zur direkten Täuschung der überseeischen Käufer nur die sogenannte Schaufseite der Gewebe, d. h. die ersten fünf oder zehn Meter des Gewebes, in solider Weise hergestellt wurden, der übrige Teil des Gewebes aber dann sich als die gemeinste Schundware erwies. Den letzten bißen die Hunde, d. h. der Öffner der Kiste hatte die Aufgabe und das Vergnügen, zuzusehen, wie und wo er seinem Schaden bekommen konnte. Selbstverständlich wurde von den betreffenden Ehrenmännern die Sendung noch entsprechend versichert, und so konnte ihnen nichts Besseres widerfahren, als wenn der Meeresgott sie zu sich in die Tiefe nahm.

Diese üblen Verhältnisse hatten die Glauchau-Meeraner Industrie in den Ruf der Unsolidität und damit in eine beginnende Notlage gebracht, und zu alledem kam noch ein Weiteres, nämlich die Verdrängung des Handwebstuhles durch den mehr und mehr Raum gewinnenden und sich einbürgernden mechanischen Webstuhl, der die kleinen Hand-

webmeister um ihre Existenz bangen ließ, da er ihnen zunächst die in die Fabriken an die Maschinenstühle eilenden Gehilfen entführte und schließlich auch noch die Arbeitsaufträge zu nehmen drohte. Daß in derart bereitetem Boden die Marxschen Theorien rasch in die Halme schießen konnten, ist nicht zu verwundern; fehlte es doch nicht an Stoff zum Hinweise auf die üblen Seiten und Wirkungen des Kapitalismus.

In diese mir bis dahin durch eigene Beobachtung noch durchaus fremden, vollständig veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse wurde ich aus der bis dahin durch wirtschaftliche Kämpfe fast noch unberührten vogtländischen Weißwarenindustrie durch meine Wahl verjagt. Mit meinem Schwarm für wirtschaftlichen friedlichen Ausgleich durch gewerbliche Schiedsgerichte mußte ich mich neu orientieren. Entmutigt war ich um so weniger, als in der mechanischen Weberei von Strübell & Müller es dem mir befreundeten Fabrikdirektor Bollert gelungen war, mit Hilfe eines von den Arbeitern der Fabrik gewählten Arbeiterbeirates eine Fabrikordnung zustande zu bringen, durch welche die Unterstützungs- und Arbeiterfestklasse der Fabrik, wie auch die Verhängung der Ordnungsstrafen, die in diese Klassen flossen, diesem Arbeiterauschuß unterstellt waren, wodurch er zu einem fast reibungs-freien Verhältnis mit dem Arbeiterpersonal gelangt war.

Leider mußte ich bei Fortsetzung meiner Bemühungen um die Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichtes auf kommunaler Basis der Erfahrung machen, daß sich der im kleineren Kreise geglückte Versuch des friedlichen Ausgleiches nicht so ohne weiteres in größerem Rahmen erzielen ließ, da ihm ganz andere Hindernisse sich in den Weg stellten.

Der nächstliegende Widerstand war die bereits in einem großen Teil der Arbeiter und der ohne Gehilfen arbeitenden Handwerker emporgewachsene feindselige und Kampfstimmung, die von einem friedlichen Ausgleich nichts erwartete und daher nichts wissen wollte. Einen ähnlichen Widerstand setzten der Sache eine große Anzahl der Arbeitgeber entgegen, die bei der eben erwähnten Kampfstimmung auf seiten der Arbeiter die Objektivität der Entscheidung in Differenzfällen besser auf seiten des unbeteiligten und neutralen Gerichtes gewahrt glaubten. Hinzu kam drittens die unklare, ich möchte sagen, amphibienartige rechtliche Stellung einer großen Zahl selbständiger Handwebmeister, die dem sie mit Arbeit beschäftigenden Fabrikanten gegenüber sich in der Stellung des Arbeitnehmers, den von ihnen selbst aber beschäftigten

Gefellen und Gehilfen gegenüber in der Stellung des Arbeitgebers befanden. Alle diese Momente ließen die Sache den städtischen Kollegien, bei denen noch die Furcht einer Belastung des städtischen Budgets hinzutrat, in zweifelhaftem Lichte erscheinen, so daß es mir nicht gelang, sie vorwärts zu bringen.

Von diesen meinen Bestrebungen mochten nun, sei es durch den Handelskammersekretär Dr. Gensel in Leipzig, mit dem ich dieserhalb in regem schriftlichen Verkehr gestanden, sei es durch eine von mir über das gewerbliche Schiedsgericht veröffentlichte kleine Schrift, die Veranstalter der ersten Eisenacher Zusammenkunft Kenntnis erlangt haben; kurz, ich erhielt von seiten Prof. Dr. Schmollers (damals noch in Halle) eine Einladung zu dieser Versammlung, der ich selbstverständlich gern entsprach.

Habe ich im vorstehenden darzulegen versucht, wie es die Dinge um mich her und die Stellung, die ich als kommunaler Verwaltungsbeamter meinte zu ihnen einnehmen zu müssen, gewesen sind, die mich bestimmt haben, der mir gewordenen Einladung nach Eisenach Folge geben zu sollen, so wird es nur folgerichtig sein, wenn ich im nachfolgenden kurz darüber berichte, wie das in Eisenach Gefundene meinen Anschauungen entsprochen hat.

Wie zu erwarten war, zeigte die Präsenzliste der Versammlung Leute verschiedenster Richtung auf: Kreuzzeitungsleute unter Führung von Wagener, Fortschrittsleute, Zentrum, innere Mission, Vertreter der Arbeiter- und bäuerlichen Interessen und dergleichen mehr. Wen ich aber vergeblich suchte und zur Vertretung ihres Standpunktes zu treffen erwartet hatte, das waren zunächst die orthodoxen Vertreter der schrankenlosen Konkurrenz im volkswirtschaftlichen Kongreß, die Oppenheim, Bamberger, Rickert, Eras, Braun, Brömel usw., die auf der Meinung standen, daß die freie, durch nichts behinderte Konkurrenz das Gegengift gegen alle durch sie etwa verursachten Schäden in sich trage, wie ich deren oben, als in der Meeraner Textilindustrie zutage getreten, kurz geschildert habe. Ich erwartete von ihnen, daß sie die ihnen gebotene Gelegenheit benutzen würden, sich gegen den ihnen von den Gegnern gemachten Vorwurf zu verteidigen, der (ganz kurz gefaßt) dahin ging, daß für sie die Autorität des Staates nur der Nachtwächter sei, der ihnen die Sicherheit gewähre, ihre Interessen ohne Rücksicht auf die entgegenstehenden Interessen anderer Volksteile und über diese hinweg auszunützen und verfolgen zu können. Es

waren vom volkswirtschaftlichen Kongreß, der ja durch die von ihm erreichte Niederlegung so mancher den Verkehr und dessen Entwicklung unnützlich hemmender Schranken vielfach auch nützlich und fördernd gewirkt hat, nur Leute milderer Stimmung da, wie Seyffardt, Dr. Gensel usw., die aber meinten, zunächst noch die Stellung des abwartenden Hörens und Beobachtens der Dinge einnehmen zu sollen.

Neben den orthodoxen Vertretern der unbefchränkten Konkurrenz aber fehlten in gleicher Weise deren Antipoden, die Vertreter der Sozialdemokratie Karl Marx'scher Richtung, die da meinten, mit der Parole: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ der Welt das Heil bringen zu können. Auch ihnen wäre bei und in dieser Versammlung Gelegenheit geboten gewesen, gegen zwei Einhalte (schon mehr Vorwürfe) prinzipieller Natur Stellung zu nehmen, die gegen den Marxismus von dessen Gegnern schon damals erhoben wurden.

Der eine Einhalt ging dahin: Marx habe nur mit sehr beschränkter Berechtigung dem ihm gegenüberstehenden Staat den Vorwurf machen können, daß er nur ein Klassenstaat, ein Staat zugunsten der Besitzenden sei. Denn im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte gewordene Zustände ließen sich nicht mit einem Beschluß und Federstrich beseitigen. Deren Abbau verlange Zeit und Mühe, und daß in Deutschland und namentlich in Preußen der Staat dieser Aufgabe unentwegt nachgehe, dafür seien die Aufhebung der Fronen, die Beseitigung der Zollschranken durch die Errichtung des Zollvereins und dergleichen mehr sprechende Beweise. Den von ihm also nur mit sehr bedingter Berechtigung erhobenen Vorwurf müsse man ihm aber doppelt zurückgeben, denn die mit der Parole: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ bezweckte Gesellschaftsordnung unter der Herrschaft der industriellen Arbeiter und der Masse sei in ungleich verstärkter Weise der reine und unberhüllte Klassenstaat, den er zu bekämpfen vorgebe.

Der andere Einhalt nahm darauf Bezug, daß Marx jüdischen Stammes sei, und besagte ungefähr: Das geistig hochveranlagte, vom politischen Gesichtspunkt aus aber unglückliche Volk der Juden habe mit Ausnahme der kurzen Zeit unter den sogenannten Königen es im Laufe der Geschichte nie zu einem geordneten und selbständigen Staatswesen gebracht. Unter allen Völkern der Erde zerstreut und nur noch durch die Bande eines gemeinsamen Glaubens zusammen gehalten, sei ihm in seinen Gliedern, soweit sie nicht in und mit dem Volk ihres jetzweiligen Aufenthaltes mit der Zeit eingewurzelt und geistig ver-

wachsen seien, das Staats- und Vaterlandsgefühl verkümmert, ja ganz abhanden gekommen. Ein solcher innerlich und gemüthlich entwurzelter Geist sei Karl Marx gewesen, und es sei daher nicht zu verwundern, daß er gemeint habe, mit seiner Parole: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ die Imponderabilien des Staats- und Vaterlandsgeankens beiseite schieben zu können. Sein Vorgehen sei daher nicht aufbauender, sondern destruktiver Natur, denn es ertöte in seinen Anhängern das Staats- und Vaterlandsgefühl, entwurzle sie in gleicher Weise, wie er selbst ein Entwurzelter gewesen, und wenn diese Lehre über das deutsche Volk Macht gewinne, sei zu befürchten, daß dem deutschen Volke ein gleiches Schicksal drohe, wie es das jüdische Volk erfahren habe.

Zwischen diesen beiden wirtschaftspolitischen Gegenjagen standen nun die Einberufer der Eisenacher Versammlung. Sie verlangten (ich folge hier dem leider zu früh von uns gegangenen A. Held) ein größeres Maß positiver Staatsintervention in wirtschaftlichen Dingen — nicht durch Rückkehr zu alten, abgelebten Institutionen, sondern auf neuen Wegen. Sie bekämpften das absolute *laissez faire et passer*, und zwar prinzipiell, nicht nur so, daß sie einzelne Ausnahmen dieses Prinzipes zugestanden. Weiter sympathisierten sie stark mit staatlich anerkannten statutarischen Organisationen der Angehörigen der einzelnen wirtschaftlichen Stände: Genossenschaften, Gewerksvereinen, Einigungsämtern, neuen Innungen usw. Und endlich war bei ihnen eine gewisse Sympathie mit den bisher vielfach unbeachteten Arbeiterinteressen und ein gewisses Mißtrauen gegen die emporstrebende Übermacht des beweglichen Kapitals nicht zu verkennen.

In allen diesen Forderungen unterschieden sie sich nicht wesentlich von den in der „Konfordia“ vereinigten rheinischen Fabrikanten, zu denen der mir befreundete Fr. Kalle (Wiesbaden) gehörte.

An der Hand der Darlegung meiner eigenen sozialpolitischen Entwicklung wird man es begreiflich finden, daß diese Bestrebungen bei mir eine volle geistige Resonanz auslösten.

Dazu kam aber noch ein Anderes, was mich für die neue Vereinigung einnahm, nämlich die Art und Weise ihres Vorgehens durch eine möglichst allseitige und eingehende Orientierung ihrer Mitglieder über die bei den Versammlungen zu behandelnden Fragen durch die vorherige Hinausgabe von Gutachtenbänden, so daß ein jedes Mitglied in

die Lage verfeßt war, zu der einzelnen Frage auf Grund seiner Erfahrung einigermaßen schon vorher Stellung nehmen zu können.

Diese Gepflogenheit und der weitere Umstand, daß die Stellungnahme zu den einzelnen Fragen mittels Abstimmung sich auf die Mitglieder der Vereinigung beschränkte, hatte zwar den Nachteil, daß sie einer „großzügigen“ Propaganda im Wege standen; sie hatte aber gegenteilig den Vorteil, den Beschluß als wohlertwogen zu kennzeichnen, und verhütete das Unvorhergesehene (was dem Volkswirtschaftlichen Kongreß in München widerfuhr), daß eine bunt zusammengewürfelte Teilnehmerenschaft bei der Abstimmung die Vorschläge der Referenten ablehnte und in ihr direktes Gegenteil verkehrte. Allen denen, die sich heute noch für die seinerzeit zwischen dem Volkswirtschaftlichen Kongreß und dem Verein für Sozialpolitik bestandenen Unterschiede interessieren, empfehle ich, den Aufsatz von Held in dem Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich von Dr. F. v. Holtendorff und Dr. L. Brentano vom Jahre 1877, S. 159 f. nachzulesen.

Infolge des Umstandes, daß neben den oben bereits hervorgehobenen, eine prinzipielle Stellung bedingenden Fragen auch Fragen rein praktischer Natur nur zu zahlreich auftauchten, die eine gemeinsame Beratung recht wohl zuließen, trat schon nach wenig Jahren in beiden Vereinen der Wunsch und die Neigung nach einem *modus vivendi* hervor, und so kam Ende 1875 (wie ich den Lebenserinnerungen meines lieben Freundes L. F. Seyffardt, S. 115 entnehme) unter Vermittlung von Held und Seyffardt ein Abkommen zwischen den beiden Vorsitzenden Braun und Raffe zustande, nachdem beide Vereine alternierend ein Jahr um das andere tagten, um so ihren Mitgliedern den Besuch der Versammlung des anderen Vereins zu ermöglichen. Es trat 1876 bei der Versammlung des Volkswirtschaftlichen Kongresses in Bremen ins Leben, bei der das damals sehr aktuelle Thema des Freihandels und des Schutzzolles zur Beratung stand und die Gegensätze aufeinanderplagen ließ. Hierbei passierte es dem sonst so vielgewandten Gneist, daß er am Abend in seinem Trinkspruch einige schutzöllnerische Eier zertrat, so daß nur die mit einer reichen Dosis bajubariischen Humors ausgestattete Vermittlernatur Helds, der sofort einsprang, die Situation rettete und einer Sezession der Schutzöllner oder gar noch Schlimmerem vorbeugte.

Mit diesem alternierenden Tagen war eine auf die Mitglieder des

Vereins beschränkte Abstimmung über vorgelegte Thesen der Referenten oder sonstige Anträge nicht wohl mehr vereinbar. Man wählte daher unter Aufgabe der Abstimmung den Modus, daß am Schlusse der Versammlung der Vorsitzende den Gang der Verhandlungen und die darin zutage getretenen Anschauungen kurz rekapitulierte und man es denen, die sich für die Sache sonst interessierten, überließ, die Sache an der Hand der später erschienenen stenographischen Verhandlungsberichte weiter zu verfolgen.

Wende ich mich nun der anderen Seite, d. h. der Stellung des Vereins zu der Sozialdemokratie Marx'scher Richtung (die jetzt überhaupt nur noch in Frage steht), zu, so glaube ich von vornherein darauf hinweisen zu müssen, daß der Verein für Sozialpolitik, wie seine Schriften, seine Verhandlungen und seine Beschlüsse beweisen, sicher für sich in Anspruch nehmen kann, daß sie alle (um den üblichen Ausdruck hier anzuwenden) mit einem vollen Tropfen sozialen Mies gefalbt, von sozialem Geiste durchdrungen sind. Daher konnte gelegentlich der 1874er Versammlung der Vorsitzende Prof. Dr. E. Rasse schon in seinen Eröffnungsworten sagen: „Ich hoffe, wir werden bei unseren Verhandlungen zeigen, daß wir nicht Gönner der Sozialdemokratie sind, daß wir uns aber auch nicht darauf beschränken, diese Partei in ihrer großen wirtschaftlichen Schwäche und noch größeren sittlichen Verkehrtheit zu kennzeichnen, sondern daß wir von den Symptomen zurückgreifen auf die Ursachen der zutage getretenen Krankheit, daß wir in angestrenzter Arbeit zusehen, wie man diesen Ursachen abhelfen und diese Schäden heilen kann“, und ebenso in seinem Schlußworte: „Ich glaube, es ist immerhin eine erfreuliche Sache, daß zwei die öffentliche Meinung jetzt so aufregende Fragen (Bestrafung des Kontraktbruches und Invaliden- und Alterskassen) hier in so gründlicher Weise von Männern der verschiedensten Parteien haben erörtert werden können in dem Sinne, in den wir unseren Verein gegründet haben: zu sorgen, wie wir die bis jetzt von unseren Kulturgütern fast ausgeschlossenen Klassen derselben möglichst teilhaftig machen; wie wir sie heranziehen zu den Gütern des geistigen und des wirtschaftlichen Lebens, die den gebildeten Klassen unseres Volkes eigen sind, und wie wir dadurch den Klassengegensatz und diesen Haß beseitigen, der in Deutschland in den letzten Jahren schon so große Dimensionen angenommen hat“. Dies läßt die Frage entstehen: Wie kommt es, daß der Verein sich dem Marxismus gegenüber stets ablehnend verhalten hat?

Die Beantwortung dieser Frage dürfte darin gegeben sein, daß „Sozialismus“ und „Sozialdemokratie“ zwei durchaus verschiedene Dinge sind. Hätte die Sozialdemokratie sich jemals dazu verstanden, ihre auf die materielle und geistige Hebung der Arbeiter abzielenden Bestrebungen Hand in Hand mit den sonstigen auf die geistige und materielle Hebung unseres gesamten deutschen Volkes gerichteten Bestrebungen zu verfolgen, so wäre sie der Unterstützung und des Beifalles aller der das Gleiche verfolgenden Volkskreise sicher gewesen; statt dessen hat sie vorgezogen, eine ausgesprochene, auf die gleichfalls berechtigten Interessen anderer Volkschichten keine Rücksicht nehmende Interessenvertretung ins Leben zu rufen und zu deren Förderung mit der Parole, daß alle anderen Stände dem Arbeiterstande gegenüber nur eine reaktionäre Masse seien, den Klassenhaß wachzurufen. Ein solches Vorgehen war weder sozial, noch demokratisch, und so segelte die Sozialdemokratie von Anbeginn an unter falscher Flagge, zu deren Führung ihr die Berechtigung abging.

Hinzukam, daß in die Sozialdemokratie von seiten Engels und Baukhys durch die Propaganda für die Forschungen Lewis Morgans über die Entwicklung des Staates ein gekünstelter, wesenloser, von Heimat und vaterländischer Scholle vollständig abrückender und daher unserem deutschen Denken und Fühlen durchaus fremder Staatsbegriff hineingetragen worden ist. Über die ihm dienenden Unterlagen spricht Friedrich Hegel (f. Bd. II S. 283 seiner „Kleinen Schriften“) folgendes Urteil: „Die vorstehenden Zeilen wollen vor der blinden Sinnahme von Lehren warnen, die wissenschaftlich nicht begründet sind. Die Popularisierung geht immer vom Autoritätsglauben aus; da sie nicht bis zum Erkennen vordringen kann, hält sie sich ans Glauben. Was man glauben soll, muß einfach und verständlich sein. Wie bezeichnend daher, daß ein Nebel sich gerade an das wissenschaftlich wertlose Schema der sieben Kulturstufen hält! Das ist einfach! Sechs Schnitte durch die Menschheit, sieben Kulturstufen, eine glatt über der anderen: so etwas versteht man. Das Schlimme ist nur, daß aus diesem Mißverständnis der angeblich hinter uns liegenden Entwicklung falsche Schlüsse auf die Zukunft hervorgehen. Deswegen glaubten wir, einmal auf einige schwachen Stellen der Morganschen Lehren nachdrücklich hinweisen zu sollen. Mögen doch immer die sozialistischen Schriftsteller aus der Vergangenheit zu lernen suchen: das wird nach allen Seiten Nutzen tragen; aber nur aus der Vergangenheit, wie sie war, nicht

wie ein phantastiebegabter Kopf sie sich zurechtlegt.“ Auf diesen falschen Unterlagen baut sich aber auch zu einem guten Teil die rein materialistische Geschichtsauffassung der Sozialdemokratie mit ihren Konsequenzen auf.

Alles dies war dem Wesen und den Bestrebungen des Vereins für Sozialpolitik so entgegengesetzt, daß dessen von Anbeginn an ablehnende Stellung wohl erklärlich wird.

So haben sich mir auf den Versammlungen des Vereins in Eisenach die Dinge dargestellt. Seitdem ist mehr als ein Menschenalter dahingegangen. Im Verlauf desselben ist vieles von dem, was der Verein erstrebte, zugunsten der Arbeiter in gesetzliche Formen gebracht worden. Es sei nur an die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung erinnert. Dem Volkswirtschaftlichen Kongreß war durch die Bismarcksche Zollpolitik und durch die nachfolgende kaiserliche Botschaft der Boden entzogen und der Wind aus den Segeln genommen worden, so daß er, sozusagen, aus Mangel an Stoff an Entkräftung hinübergegangen ist. Anders sein Gegensatz, die Sozialdemokratie Marxscher Richtung. Hervorgegangen aus einer einseitigen und doktrinären Auffassung der Dinge und ihres Werdens und zusammengehalten durch den Haß gegen den Staat als die Verkörperung des bisher Gewordenen, hatte sie sich in dieser Einseitigkeit weiter entwickelt mit dem Erfolg, daß sie, als ihr der Verlust des Krieges und die Revolution die Oberhand über den zusammengebrochenen Staat gab, aus vier bis fünf verschiedenen Richtungen bestand, die sich nur durch ein Mehr oder Minder der Gegnerschaft gegen das Bestehende unterschieden. Drei Jahre bereits hat der Marxismus Zeit gehabt, zu beweisen, welches Maß an aufbauender und neuschaffender Kraft ihm innewohnt. Der Erfolg? In naturgemäßer Weiterentwicklung ihrer unwahren und schemenhaften Staatsauffassung ist die U.S.P.-Richtung, die sich so gern als die Hüterin der Marxschen Lehre betrachtet, auf ihrer letzten Delegiertenversammlung dahin gelangt, sich in diesen schwersten Schicksalsstunden des deutschen Volkes offen von Volk und Vaterland loszusagen, so daß selbst in sozialdemokratischen Organen die Befürchtung zum Ausdruck gelangt, daß man auf dem besten Wege sei, der Sozialdemokratie durch Maßlosigkeiten das Grab zu schaufeln.

Da erhebt sich auch für den Verein für Sozialpolitik die Frage nach seiner Stellung zu der ferneren Entwicklung der Dinge. Meiner Auffassung nach hat die Antwort zu lauten: „E r b l e i b e s i c h s e l b s t

t r e u!" In demselben Geist, in dem er vor 50 Jahren dem Laissez faire et passer entgegentrat, wird er jetzt Front machen müssen gegen das Socialiser et égaliser sans gêne et sans génie! Denn es handelt sich für ihn, der ein gewisses Maß von gesundem und staatsklugem Sozialismus zu einer kräftigen und harmonischen Entwicklung des Volks- und Staatsganzen immer für notwendig erachtet hat, darum, diese Entwicklung nicht durch Maßlosigkeiten verschütten zu lassen, und dabei wollen wir uns das Wort unseres unvergeßlichen Adolf Held vor Augen halten: „Es verschlägt nichts, wenn das erreichte Gute seinen Urhebern nicht zugute geschrieben wird!“

Viertes Kapitel.
Zur Entstehung der Vereinschriften.

Von
Franz Boese.

Inhaltsübersicht.

	Seite
Die Anträge	57
Die Entschließung des Ausschusses.	59
Die Durchführung des Ausschussesbeschlusses	62
Der Unterausschuß	63
Die Herausgeber	66
Die Schriftenbände	69
Die Verhandlungsbände	71

Die wenigsten Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik, die nicht dem Ausschusse angehören, noch viel weniger natürlich Außenstehende, kennen die inneren Vorgänge beim Zustandekommen der stattlichen Reihe der Vereinschriften, die jetzt bei ihrem 163. Bande angekommen ist. So schien es richtig, den Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens des Vereins wahrzunehmen, um einmal eine Schilderung dieser Vorgänge zu geben.

Es handelt sich dabei selbstverständlich nur um eine kurze Skizze und um den Versuch, das Regelmäßige und Typische herauszuheben. Bei einer durch fünfzig Jahre fortgesetzten Vereinstätigkeit bildet sich natürlich eine Reihe von Übligkeiten heraus. Diese sind keineswegs unverbrüchlich, vielmehr kommen immer wieder Abweichungen von einer schon entstehen wollenden Regel vor sowohl aus Rücksicht auf die bessere Anpassung an besondere gegebene Umstände wie auch deshalb, weil die Regeln nicht allgemein genug bekannt sind und so die handelnd auftretenden Persönlichkeiten dann ihrer Vorstellung von Zweckmäßigkeit und ihrem Temperament frei folgen. Die Buntheit alles wirklichen Lebens kommt also dabei auch zum Vorschein. Aber zuletzt und zu unterst setzt sich, auf einen längeren Zeitraum hin angesehen, eine bescheidene Regelmäßigkeit dennoch durch, und sie ermöglicht erst eine Darstellung, wie sie im folgenden versucht ist.

Dabei sind die Vorgänge aus den letzten anderthalb Jahrzehnten zugrundegelegt worden. Der Verfasser war bei einer solchen Beschränkung in der glücklicheren Lage, nicht nur das vorhandene Urkundenmaterial, sondern auch sein persönliches Miterleben infolge seiner Mitarbeit an den Vereinsgeschäften in diesem Zeitraum verwerten zu können.

Die Anträge.

Die Anträge auf Inangriffnahme neuer Schriftenserien bilden den Ausgangspunkt für das Entstehen der Vereinschriften. Sie gehen ganz überwiegend von den Mitgliedern des Ausschusses aus. Da auf die Einladungen zu den Ausschusssitzungen als besonderer Punkt der Tagesordnung gewöhnlich die Beschlußfassung über neue Schriften ge-

fest wird, gehen vielfach schon vor der Sitzung schriftliche Anträge, oft in Form eines schon einigermaßen ausgearbeiteten Planes, oft wenigstens mit längerer Begründung versehen, beim Vorsitzenden ein. Zuweilen hat auch ein wissenschaftliches Problem eins der Ausschußmitglieder seit längerer Zeit beschäftigt, und dieses ist dabei zu der Auffassung gelangt, daß das Problem sich nur mit Hilfe des Vereins lösen lasse. In einem solchen Falle kommt dann die Anregung, der Verein möchte das fragliche Thema in seinen Schriften behandeln lassen, gewöhnlich schon in diesem Stadium an den Vorstand, auch wenn eine Ausschußsitzung noch nicht in nahe Aussicht genommen ist. Hieran knüpft sich zumeist ein Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden und dem Anreger und führt gewöhnlich zur Verdichtung der Anregung zu einem bestimmten Antrage für die Ausschußsitzung. Viele Anträge aber werden erst in der Sitzung selbst mündlich vorgebracht, entweder als ganz selbständige, ein Neues darstellende, oder unter Anregung durch einen schriftlich oder mündlich bereits vorgebrachten Antrag, aber unter seiner Abänderung in so weitgehendem Maße, daß die Abänderung als ein Neues gelten und die schließlich entstandene Schriftenreihe gerechterweise eigentlich auf diesen scheinbaren Abänderer, statt auf den ursprünglichen Antragsteller als Urheber zurückgeführt werden müßte. Es ist lehrreich und anregend, an der Hand der Protokolle der Ausschußsitzungen die Schicksale solcher mündlicher Anträge zu verfolgen. Die Untersuchungen über die Reform der staatswissenschaftlichen Studien gehen beispielsweise auf einen mündlichen Antrag Rathgen in der Ausschußsitzung vom 13. Juni 1919 zurück. Die weitere Umgestaltung kommt noch zur Sprache.

Es ist vorgekommen, daß die Zahl der Anträge auf neue Veröffentlichungen für eine Ausschußsitzung so groß, die planmäßige Ausarbeitung bereits so vollständig, die Begründung so ausführlich war, daß es dem Vorstande ratsam schien, das ganze Antragsmaterial drucken zu lassen. So geschah es z. B. für die Ausschußsitzung am Pfingstsonntag, den 15. Mai 1910, in der Technischen Hochschule in Dresden. Der gesamte Text der gedruckten Anträge umfaßte 7 Druckseiten im üblichen Quartformat der Protokolle. Es handelte sich dabei um folgende Anträge:

1. Rauchberg=Prag: Der Ausbau der Sozialversicherung;
2. Eulenburg=Leipzig nebst Max und Alfred Weber=Heidelberg:

- a) Internationale Untersuchung über die Gestaltung der Waren- und Geldpreise in den letzten 20 Jahren (mit besonderer Berücksichtigung des Handels und der Geldwertveränderungen),
- b) Soziale Lebensführung typischer Bevölkerungsklassen;
3. Potthoff=Düsseldorf:
 - a) Die Loslösung der Gewerbe von der Hauswirtschaft,
 - b) Der Einfluß der Spar- und Versicherungseinrichtungen auf Geldmarkt und Produktion;
4. Bonn=München: Untersuchung über die Ausbreitungsmöglichkeit der Europäer in den Kolonien, insbesondere in afrikanischen und ozeanischen Kolonien, die eine lebensfähige Eingeborenenbevölkerung besitzen.

Aber mit diesen sechs verschiedenen Gegenständen war die Tafel der Anträge für besagte Ausschusssitzung noch nicht vollständig. Es traten später noch hinzu die schriftlichen Anträge:

- a) Wilbrandt=Tübingen: Internationale Untersuchung über Wesen und Bedeutung der Konsumgenossenschaften;
- b) Fleisch=Frankfurt: Der volkswirtschaftliche Effekt der Zwangsvollstreckung.

Und außerdem wurde mündlich in der Sitzung noch eingebracht der Antrag:

- c) Bücher=Leipzig: Untersuchung der Wirkungen der Getreidezölle.

Wenn eine solche „Fülle der Gesichte“ auf den Ausschuß einströmt, wird ihm selbstverständlich die Entscheidung und Beschlußfassung schwer, besonders wenn die Antragsteller mit Zähigkeit ihre Pläne verteidigen. Die genannte Sitzung hat denn auch von vormittags 11 Uhr mit kurzer Mittagspause bis abends 5½ Uhr gedauert.

Die Entschliebung des Ausschusses.

Feste Regeln, nach denen der Ausschuß bei seiner Entscheidung über die Anträge verfährt, lassen sich schwerlich herausfinden. Die Sitzungen sind ja verschieden stark, meist aber von mindestens 20, zuweilen von 30 bis 40 und mehr Herren besucht. Das ist eine Zahl, bei der denn auch schon irrationale Momente ihren Einfluß geltend machen können. Aber auch, soweit sie rational bleiben, können sich dann die ausschlaggebenden Momente schon so stark kreuzen, kombinieren und

differenzieren, daß das Ergebnis kaum noch historisch aufgelöst werden kann.

Etwas läßt sich aber im allgemeinen doch unterscheiden. Einmal spielt immer eine wichtige Rolle die Frage, ob ein Thema zeitgemäß ist, d. h. ob ein Problem gerade im Vordergrunde der öffentlichen Erörterung steht oder eigentlich stehen müßte, wenn die öffentliche Meinung tiefer zu graben gewohnt wäre. Wer das Verzeichnis der Schriften des Vereins durchblättert, wird auf viele Fälle stoßen, durch die das Mitsprechen der Aktualitätsfrage bei der Entscheidung des Ausschusses betätigt wird. Sehr deutlich wird das z. B. bei den Bänden 105 bis 112, die „die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.“ behandeln und die alle im Jahre 1903 herausgekommen sind. Aber auch die oben schon erwähnte Pfingstjüngung von 1910 wurde bei ihrer schließlichen Entscheidung für „Untersuchungen über Preisbildung“ ganz deutlich spürbar geleitet durch die allgemein zu beobachtende Steigerung der Preise, die etwa seit 1906 begonnen hatte. Der damals neben dem Antrag Eulenburg, Nag und Alfred Weber zur Erörterung stehende Antrag Bücher über die Wirkungen der Getreidezölle sollte auch keineswegs eine Beschlußfassung zugunsten der Behandlung der Preisbildungsfrage verhindern, sondern er sollte den Preisuntersuchungen gleich von vornherein eine bestimmte Richtung geben, indem er von der Ansicht ausging, daß die damalige allgemeine Preissteigerung in den Wirkungen der Getreidezölle ihre primäre Ursache habe. Der Antrag Eulenburg-Weber vermied eine solche Vorwegnahme kausaler Erklärung der zu untersuchenden Erscheinung, aber der gleiche Ausgangspunkt von einer Tagesfrage ist trotzdem nicht zu verkennen. Der Ausschuß entschied sich für ihn, und die umfangreiche und heute noch nicht ganz abgeschlossene Reihe der Schriftenbände 139 bis 146, die den Vereinsfinanzen ziemlich verhängnisvoll wurde, ist aus diesem Beschlusse entstanden.

Ob das Moment der Zeitgemäßheit auch für die Untersuchungen über „die Ansiedlung von Europäern in den Tropen“ (Band 147/148) beim Beschlusse des Ausschusses maßgebend gewesen ist, kann fraglich erscheinen. Dafür ist es aber um so klarer wahrnehmbar in den beiden während des Krieges aufgenommenen Themen: „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten“ (Band 155) und „Die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft“

(Band 156/157). Mindestens das erste Thema hat freilich infolge des Schicksalsganges seine Aktualität mit der Vergänglichkeit der auf seine Bearbeitung verwandten Mühe bezahlen müssen.

Daneben wird der Ausschuß bei seiner Entscheidung hauptsächlich auch von der Frage geleitet, ob ein Thema nach seiner ganzen Art nicht ebenjogut oder vielleicht besser von einem einzelnen Forscher in einem selbständigen Werke behandelt werden könne, oder ob es voraussichtlich dem organisierten Zusammenwirken mehrerer Verfasser überlassen bleiben müsse und zu seiner Durchführung größerer Mittel bedürfe. Beim Wirken des Momentes der organisierten Arbeit treten dann immer die literarischen und wissenschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund. Sie haben bei der gegebenen Zusammensetzung des Ausschusses selbstverständlich das allergrößte Gewicht, und oft genug gelingt es nur mit Mühe, den arbeitsökonomischen und finanziellen Bedenken gegen allzu gründliche und allzu weit ausladende Untersuchungen über ein Thema Geltung zu verschaffen, das gerade wegen seiner unbegrenzten Möglichkeiten zur Entfaltung wissenschaftlicher Gründlichkeit besonders lockt. Wenn ein Antrag Potthoff in der Ausschußsitzung vom 18. Oktober 1921 vorschlug, einen Sammelband über „die Verflechtung der deutschen Wirtschaft“ herauszugeben und das Thema des näheren so umschrieb: „Die Abhandlungen sollen dartun, wie das Deutsche Reich zwar in verschiedene, mehr oder minder wirtschaftlich wie politisch selbständige und eigenartige Teilgebiete zerfällt, wie aber alle Teile unbedingt aufeinander angewiesen sind und unlöslich zusammenhängen“ —, dann lag bei diesem Thema freilich ein Musterbeispiel für die Notwendigkeit organisierter Arbeit vor, sicher aber auch die Gefahr, daß der Verein sich damit übernahm. Die erforderlichen statistischen Grundlagen, die empirischen Feststellungen an Ort und Stelle in allen Landesteilen wären nur schwer und nur mit einem so ausgedehnten Apparat zu beschaffen gewesen, daß er voraussichtlich die Kräfte des Vereins weit überstiegen hätte. Die vorgebrachten Bedenken gegen die Ausführung des Themas stiegten denn auch in diesem Falle. Bei den schon erwähnten Preisuntersuchungen jedoch, wenn auch, wie oben ausgeführt, das Moment der Aktualität einen wichtigen Anstoß für den Beschluß des Ausschusses bot, wirkte sich zugleich das Moment der organisierten Arbeit in vollem Maße aus. Es wurde wahrscheinlich noch wirksamer dadurch, daß der Ausschuß den Antrag Eulenburg-Weber annahm an-

statt des Antrags Bücher. Denn nun war der Weg zu rein empirischen Untersuchungen offen, die auf beliebig viele Gebiete und Untergebiete ausgedehnt werden konnten, sofern man nur die geeigneten Mitarbeiter dafür fand. Die Spaltung der Untersuchungen über die Preisbildung in solche bei agrarischen und industriellen Erzeugnissen trat ein; innerhalb beider Gebiete wurde wieder zwischen Inland und Ausland geschieden; die milchwirtschaftlichen Erzeugnisse wurden abgezweigt, deren Betrachtung allein 1480 Druckseiten der Schriften füllten, und weitere Verzweigungen wären leicht möglich gewesen. Dazu wurde das Problem noch von der Seite des Konsums gefaßt und weitere 2275 Druckseiten über die Kosten der Lebenshaltung veröffentlicht, wobei zu bemerken ist, daß die noch in Vorbereitung befindlichen Untersuchungen über den „Einfluß der Golderzeugung auf die Preisbewegung 1815 bis 1913“ das Problem der Preisbildung zuletzt auch noch von der Geldseite fassen sollen.

Die Entschließung des Ausschusses für ein Thema endet in der Regel damit, daß der Ausschuß das Thema etwas genauer zu formulieren sucht, damit bei der Durchführung der beschlossenen Untersuchungen diese oder jene naheliegenden Abwege vermieden werden, wenn die vorausgegangene Erörterung bereits die Gefahr gezeigt hat, daß solche Verjuchungen bestehen.

Die Durchführung des Ausschußbeschlusses.

Nur in großen Zügen läßt sich zumeist während der Ausschußberatung der sachliche Inhalt und Umfang eines beschlossenen Themas feststellen. Die Einzelfragen können fast immer erst bei einer Sonderberatung festgestellt werden oder derjenige, der zuletzt die Verantwortung an der Gesamtgestaltung der Untersuchung tragen wird, muß sie für sich sorgfältig erwägen und für ihre Lösung Sorge tragen. Diese Einzelentscheidungen sind oft noch schwieriger als die allgemeineren Erwägungen des Ausschusses. Denn es sind ja nicht nur durch Durchdenken die in dem Gesamtproblem enthaltenen Einzelprobleme herauszufinden, sondern es ist zu überlegen, inwieweit eine Lösung der Einzelprobleme voraussichtlich wissenschaftlich überhaupt möglich, inwieweit sie unbedingt erforderlich oder nur wünschenswert ist. Außerdem tritt hier die Mitarbeiterfrage gebieterisch auf und zieht ihre harten Grenzen. Neben der sachlichen Urteilsfähigkeit muß sich

baher in diesen Einzelentscheidungen die Kunst der fruchtbaren Kompromisse bewahren.

Als Organ für diese Überlegungen und Beschlüsse hat sich im Verein die Einrichtung des Unterausschusses herausgebildet. Hat der Hauptausschuß sich für ein Thema entschieden und es möglichst genau formuliert, dann erfolgt als letztes zumeist die Einsetzung eines solchen Unterausschusses, den der Hauptausschuß wählt, den Vorsitzenden darin bestimmt und gewöhnlich dem Unterausschuß das Recht der freien Zubwahl gibt. Einige Abweichungen von dieser Einrichtung aus der letzten Zeit sind bekannt. Die Arbeiten der Bände 155 und 156, die die mitteleuropäische Zollannäherung und die deutsche Finanzwirtschaft behandeln, sind auf Beschluß des Ausschusses ohne Unterausschuß entstanden und unmittelbar durch ein Vorstandsmitglied herausgegeben worden. Bei den Finanzschriften hatte übrigens als eine Art von Ersatz für einen Unterausschuß eine Konferenz vom 14. Oktober 1916 fungiert, die vom nachmaligen Herausgeber besonders einberufen worden war. Die Kriegsverhältnisse nötigten zu einem abgekürzten Verfahren und ebenso schreckten noch die Spuren der Untersuchungen über die Preisbildung, unter denen die Vereinsfinanzen schwer gelitten hatten. Auch die Untersuchungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutsch-Österreichs (Band 158) sind der gebotenen Eile wegen von einem österreichischen Vorstandsmitglied besorgt worden, da zwischen dem Ausschlußbeschlusse vom 13. Juni 1919 und der Vereinsversammlung vom 15./16. September des gleichen Jahres in Regensburg nur wenige Wochen lagen. Aber das waren Ausnahmen auf Grund besonderer Umstände. Sonst bildet die Einsetzung des Unterausschusses die Regel.

Der Unterausschuß.

Mindestens der Kumpf des Unterausschusses beruht also stets, wie schon gesagt, auf der Wahl durch den Hauptausschuß, und meist wird auch der Vorsitzende durch den Ausschluß bestimmt. Die Verbollständigung durch Kooptation geschieht vielfach unter dem Gesichtspunkt, mit den Kooptierten zugleich Mitarbeiter zu gewinnen.

Die erste Aufgabe des Unterausschusses ist gewöhnlich die Aufstellung eines Arbeitsplanes. Ja, es ist vorgekommen, daß der Hauptausschuß den Unterausschuß zunächst überhaupt nur mit der Aufstellung eines Arbeitsplanes oder mit dem Bericht über dessen

mögliche Gestaltung betraute und sich eine endgültige Beschlußfassung danach vorbehalt. So war es z. B. bei den Untersuchungen über die Reform der staatswissenschaftlichen Studien. Da hatte der Hauptauschuß am 13. Juni 1919 ausdrücklich erst einen Vorbereitungsausschuß niedergelegt, der am 14. September vormittags in Regensburg tagte. Auf Grund des Berichtes über diese Tagung verwandelte dann in seiner Sitzung am Nachmittage des gleichen Tages der Hauptauschuß den Vorbereitungsausschuß in einen Unterausschuß mit den üblichen Vollmachten zur Durchführung des Arbeitsplanes.

In Fällen, in denen der Antragsteller sogleich einen ausgearbeiteten Arbeitsplan mit eingereicht hat, wird dieser zumeist den ersten Beratungen des Unterausschusses zugrundegelegt. Streichungen, Erweiterungen oder auch sonstige Umgestaltungen finden dabei statt. Es wird in diesem Stadium allmählich ersichtlich, welche Gestalt die Untersuchungen über das Thema annehmen werden. Die Zahl der zu behandelnden Einzelfragen wird wenigstens annähernd festgestellt; die Gruppierung dieser Einzelfragen, d. h. ihre Zusammenfassung- oder Aneinanderreihung zum Zwecke der Übersichtlichkeit bei der Veröffentlichung, tritt klarer hervor.

Bei den Preisuntersuchungen hatte der Hauptauschuß in seiner Dresdener Pflingtsitzung keinen Vorsitzenden des Unterausschusses ernannt. Daher ergriff der Vorsitzende des Hauptauschusses die Initiative und berief zum 16. Juli 1910 eine Sitzung des Unterausschusses. In dieser wurde der Einberufer auch zum Vorsitzenden des Unterausschusses gewählt. Die Beratung des Arbeitsplanes aber führte sogleich zur Bildung von vorläufig drei Abteilungen für die zu veröffentlichenden Arbeiten (Preisbildung bei Agrarprodukten, bei industriellen Produkten und im Detailhandel); für jede Abteilung wurden einige Herren gewählt und je ein Vorsitzender bestimmt, und in den Händen dieser Vorsitzenden hat dann die Gestaltung der ganzen Serie gelegen. Das gleiche Verhältnis griff Platz, als diese Abteilungen sich später teilweise inhaltlich veränderten und vermehrten. In allen diesen Vorgängen hat man die Aufstellung eines Arbeitsplanes und zugleich auch die Vorkehrungen zu seiner Durchführung zu erblicken. In schriftlicher Form, und zwar mehr in der eines Berichtes an den Hauptauschuß für dessen Sitzung vom 4. Januar 1911, ist ein Arbeitsplan nur für die Abteilung der Industrieerzeugnisse ausgearbeitet und gedruckt worden.

Besonders schwierig, aber auch interessant, war das Zustande-

Kommen des Arbeitsplanes für die Untersuchungen, die schließlich unter dem Gesamttitel „Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufschicksal) der Arbeiter in verschiedenen Zweigen der Großindustrie“ in den Bänden 133 bis 135 veröffentlicht worden sind. Aus einer Fülle von Anträgen, die verschiedene Ziele verfolgten, sich aber teilweise inhaltlich berührten, kam der Ausschuß in seiner Sitzung vom 29. September 1907 in Magdeburg zu dem Beschlusse, „Untersuchungen über die Lebensläufe aller in der Industrie Beschäftigten“ in Angriff zu nehmen. Die der damaligen Generalversammlung folgende Ausschußsitzung vom 1. Oktober 1907 nahm dann die Einsetzung eines Unterausschusses vor, zu dessen Vorsitzenden Herr Bücher bestimmt wurde. Ein besonderes Rundschreiben des Vereins vom 18. Juli 1908 gibt davon Kenntnis, daß dieser Unterausschuß am 13. Juni des gleichen Jahres in Eisenach getagt hatte und zur Herstellung der Entwürfe für einen Arbeitsplan und für einen Fragebogen gelangt war. Beide Entwürfe wurden am 11. Oktober einer neuen Lesung unterworfen und empfingen dabei ihre endgültige Gestalt. Beide sind umfangreiche Schriftstücke, die den Mitarbeitern mannigfache und strenge Richtlinien an die Hand geben. Nicht genug damit, es hatte auch noch Max Weber eine Druckschrift verfaßt, die dann als Manuskript gedruckt worden war und 58 Druckseiten umfaßte und vor allem methodologisch den Charakter der Erhebung und das dabei zu beobachtende Verfahren festzulegen suchte. In welchem Stadium das Thema der Untersuchung allein auf die Arbeiter und nur auf die der Großindustrie, von Max Weber auch noch auf die der „geschlossenen“ Großindustrie eingeengt wurde, ist aus den vorhandenen Drucksachen nicht mehr zu ersehen.

Die Tätigkeit des Unterausschusses als Ganzen ist zumeist mit Festlegung des Arbeitsplanes erschöpft. Er einigt sich gewöhnlich höchstens nur noch über eine Zahl von Mitarbeitern und wählt den Herausgeber für die nun zu eröffnende Schriftenreihe. Findet schon in diesem Stadium eine Gliederung der zu verfassenden Arbeiten nach Gruppen statt und scheint es angemessen, für jede Gruppe einen besonderen Herausgeber zu bestimmen, so übt der Unterausschuß auch wohl noch diese Funktionen aus. Bedarf die zu schaffende Serie nur eines Herausgebers, dann wird in der Regel der Vorsitzende des Unterausschusses auch der Herausgeber; sind mehrere Herausgeber nötig, dann wählt sie meist der Unterausschuß aus seinen Mitgliedern, greift

aber auch darüber hinaus. Bei der Reihe über Auslese und Anpassung übernahm nicht der Vorsitzende des Unterausschusses, Herr Bücher, die hier besonders mühevollere Herausgeberschaft, sondern Herr Hertner wurde dazu bestimmt. Bei den Preisuntersuchungen wurden, wie schon erwähnt, die Vorsitzenden der einzelnen Abteilungen auch zu Herausgebern der in ihre Gruppen fallenden Arbeiten, und dieser Umstand trug viel dazu bei, daß die Leitung der Gesamtveröffentlichung den Händen des Vorsitzenden des Unterausschusses, Herrn v. Schmollers, so gut wie ganz entglitt und daß alle Bemühungen des Verfassers dieser Zeilen in seiner Eigenschaft als Schriftführer und Beauftragter des Vorsitzenden nur bescheidene Erfolge hatten, wenn sie sich darauf richteten, die Übersichtlichkeit des Ganzen aufrecht zu erhalten und die Fülle der Veröffentlichungen an einigen Stellen einzudämmen, an anderen behufs Herstellung der Proportionalität auf Vervollständigung hinzuwirken.

Die Herausgeber.

Nach dem Vorstehenden ist schon ziemlich klar, daß eigentlich bei dem Herausgeber alle Verantwortlichkeit für das Gelingen der organisierten wissenschaftlichen Arbeit ruht, die im Auftrage des Vereins einem Thema zugewandt wird. Bei seinem Unterausschuß findet er nachträglich gewöhnlich wenig Hilfe, wenn dieser seine Tätigkeit erst einmal als beendet angesehen hat. Überwiegend wird es aber auch so sein, daß der Herausgeber dann auf das Mitraten seines Unterausschusses wenig Wert mehr legt, wenn erst die praktische Inangriffnahme der Arbeiten begonnen hat. Denn unter Umständen müßte dann der Herausgeber die Verantwortung für Einzelheiten bei der Ausföhrung tragen, die ihm gegen seinen Willen vom Unterausschuß in diesem Stadium noch aufgenötigt werden. Gerade sehr rüthrige und ihrer Aufgabe voll gewachsene Herausgeber widerstreben einer solchen Beengung.

Erforderlich ist unter allen Umständen, daß dem Herausgeber das Thema mit seinen immanenten wissenschaftlichen und praktisch-literarischen Notwendigkeiten zugleich mit dem Arbeitsplan in Fleisch und Blut übergegangen sind. Nur so wird er in der Lage sein, bei der Auswahl der Mitarbeiter und bei der Formulierung der Einzelthemen immer die richtigsten Griffe zu tun und sich den wechselnden Lagen anzupassen.

Erforderlich ist weiter, daß der Herausgeber eine ausgedehnte Menschenkenntnis in bezug auf die in Frage kommenden Mitarbeiter besitzt. In vielen Fällen liegt die Sache so, daß die besten Sachkenner zwar bekannt, aber als Mitarbeiter nicht zu bekommen sind, weil ihnen die Rolle des bloßen Mitwirkenden inmitten einer organisierten Arbeit nicht willkommen ist. Oft sind auch die besten Sachkenner innerlich nicht frei genug, weil sie nach ihrer beruflichen Stellung nicht ganz unabhängig sind, zu viele Rücksichten nehmen müssen; zuweilen sind sie auch keine guten Schriftsteller. Da gilt es denn für den Herausgeber, die relativ besten Mitarbeiter zu gewinnen. Das ist oft eine sehr schwierige Aufgabe. Und sind die erforderlichen Mitarbeiter alle gewonnen, dann entsteht die weitere Aufgabe, sie an der Stange zu halten. Die literarische Arbeit ist keine mechanische Produktion. Es gehört Stimmung dazu, wenn sie gelingen soll. Und doch ist es erforderlich, daß der Herausgeber den Mitarbeiter verhindert, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Mit gutlichem Zureden oder mit sanfter Entrüstung, manchmal mit der Drohung auf Verzicht auf die Mitarbeit muß vielfach der Mitarbeiter zur Innehaltung des Ablieferungstermins gebracht werden. Das ist oft mühsam, besonders mühsam, wenn die Methode „gutta cavat lapidem“, also die der unablässigen Nachfrage, angewendet werden muß. Alle Redaktion ist ein Martyrium, immer für den Redakteur und oft auch für den Mitarbeiter.

Ein wenig leichter hat es der Herausgeber oft, wenn seine Mitarbeiter jüngere Kräfte sind, etwa Mitglieder seines Seminars oder des Seminars eines Kollegen, die sich mit ihrer Mitarbeit zugleich die literarischen Sporen verdienen. Solche Kräfte sind leichter beeinflussbar sowohl hinsichtlich peinlicher Innehaltung der Richtlinien des Arbeitsplanes wie bezüglich des Ablieferungstermins. Aber beim Hauptausfluß ist diese Gattung der Mitarbeiter nicht beliebt, weil die so entstehenden Arbeiten doch zumeist an den Schwächen aller Anfängerarbeiten leiden, noch nicht von einer vollen Übersicht über die Probleme getragen und vielfach etwas akademisch langweilig geschrieben sind, der Prägung und der Originalität entraten. Auch entsteht, wenn Anfängerarbeiten zugelassen sind, für den Herausgeber oft die Gefahr, daß er dreizehn und mehr auf ein Duzend gehen läßt und die Serie unförmig anschwillt aus dem Bestreben, sachlich möglichst vollständig zu sein. Immer wieder wurde daher in neuester Zeit

bei Beschlüssen des Hauptausschusses von vornherein betont, es sollten nur „erfahrene Sachkenner“ zur Mitarbeiterschaft herangezogen werden. Der Idealzustand, daß die Mitglieder eines Unterausschusses zugleich die Verfasser und Mitarbeiter an der Untersuchung sind, die unter der Leitung ihres Vorsitzenden die ganze Untersuchung nach dem selbst aufgestellten Arbeitsplane durchführen, ist bisher niemals erreicht worden.

Erforderlich ist zuletzt, daß der Herausgeber auch die Kosten der Drucklegung, also die Rücksicht auf die Vereinsfinanzen, im Auge behält. Es ist von jeher üblich gewesen, daß der Hauptauschuß für eine neu beschlossene Schriftenreihe dem Unterausschuß bzw. dem Herausgeber einen „Kredit“ eröffnet. Leider ist bisher bei solcher „Krediteröffnung“ fast niemals zugleich bestimmt worden, welche Arten von Ausgaben aus der genannten Summe gedeckt werden dürfen. Der Schatzmeister denkt dabei gewöhnlich an die Gesamtkosten für die ganze Serie, die Herausgeber aber denken gewöhnlich nur an die Honorare oder gar nur an die Aufwendungen für Fragebogen und dergleichen. Die Kosten für den ganzen Briefwechsel, einschließlich des Portos, trug bisher gewöhnlich der Herausgeber selbst, sowie er auch für seine eigene Mühewaltung keinerlei Entschädigung durch den Verein bezog, ein Zustand, von dem es fraglich ist, ob er unter den veränderten Verhältnissen wird aufrechterhalten werden können. Indessen das ist von geringerer Bedeutung. Dagegen wird in Zukunft jeder Herausgeber über die ungeheuren Kosten der Drucklegung unterrichtet werden müssen, damit er bei jedem Bogen, den er in Auftrag gibt, sich im Klaren darüber ist, welche Belastung das für die Vereinsfinanzen bedeutet. Die Kunst des Kompromisses wird also in Zukunft bei den Herausgebern wohl oder übel auch die finanziellen Rücksichten mit einschließen müssen.

Da der Unterausschuß sich nach Erledigung seiner einleitenden Aufgaben und Bestellung des Herausgebers gewöhnlich verflüchtigt und der Hauptauschuß nur selten zusammentreten kann, bleibt es dem Vorstände überlassen, die erforderliche Fühlung mit den Herausgebern aufrecht zu erhalten und sich über den Stand der Dinge zu unterrichten. Besonders der Schatzmeister hat hieran ein großes Interesse. Durch die neuerliche Einführung fester Verlagsverträge, die auf Veranlassung des Herausgebers zwischen dem Mitarbeiter und dem Verlag unter Mitzeichnung des Schatzmeisters abgeschlossen werden, hat sich die Unterrichtung des Schatzmeisters über den Stand der Dinge

gebessert. Aber auch der Vorsitzende muß, namentlich wenn mehrere Schriftenreihen nebeneinander entstehen oder eine Serie in parallele Gruppen aufgelöst ist, sich die Übersicht zu erhalten suchen und bedient sich zu diesem Zwecke zumeist des Schriftführers.

Die Schriftenbände.

Daß eine Einzeluntersuchung eines einzelnen Verfassers in einem besonderen Bande der Schriften erscheint, wie etwa die Arbeit von Leopold Caro: Auswanderung und Auswanderungspolitik in Österreich (Bd. 131), gehört zu den seltenen Ausnahmen. All das vorstehend Ausgeführte lehrt, daß eine Schriftenreihe über ein weit verzweigtes Thema unter Mitwirkung vieler Mitarbeiter die Regel ist. Für die Drucklegung kommen demzufolge zuletzt auch Rücksichten in Frage, die man die bibliothekarischen nennen könnte. Wie sollen die zu veröffentlichenden Arbeiten auf die Bände der Vereinschriften als Gesamtreihe verteilt, wie in den Bänden zusammengefaßt werden? Die namentlich beim Schriftführer immer erneut jahrein, jahraus zahlreich einlaufenden Anfragen der Bibliotheken zeigen, daß auch hier eine eigentlich schon vom Herausgeber zu lösende Aufgabe gestellt ist.

Leider hat sich keine feste Regel darüber herausgebildet, welchen Umfang ein Normalband der Vereinschriften haben soll. Die wissenschaftlichen Notwendigkeiten der Problembehandlung haben von jeher die Ausbildung fester Normen verhindert. Schriftführer und Verlag stehen bei Beginn einer Serie oft vor der unlösbaren Frage, wie viele Bandnummern sie für diese Serie offenhalten sollen. Die Reihe über Auslese und Anpassung der Arbeiter wurde ungefähr gleichzeitig mit der über das Volkspartwesen in Angriff genommen. Für die erstere wurden drei, für die letztere zwei Bandnummern der Gesamtreihe in Aussicht genommen. Hier traf das bloße Ahnungsvermögen von Schriftführer und Verlag noch einigermaßen das Richtige. Aber auch nur einigermaßen. Denn bei Auslese und Anpassung wurde dann der 1. Band (133) 417 Seiten stark, der 2. Band (134) 498 Seiten, der 3. Band (135) aber löste sich in vier Teile auf, die nacheinander 257, 244, 398 und 63, zusammen also 962 Seiten umfaßten. Der folgende Band 136 war eben schon festgelegt und gedruckt, so daß eine normalere Aufteilung des Materials der vorhergehenden Serie auf die Bandnummern nicht mehr möglich war. Noch schwieriger lag die Sache bei den hier vielzitierten Preisuntersuchungen, die gleichzeitig mit den Unter-

suchungen über die Ansiedlung der Europäer in den Tropen begonnen wurden. Schriftführer und Verlag glaubten allem Kommenden gerüstet entgegensehen zu können, als sie die Bandnummern 139 bis 146 für die Preisuntersuchungen bestimmten und hielten getrost den Band 147 für die Tropenschriften offen. Aber die Preisuntersuchungen wuchsen und wuchsen. Die ursprüngliche dritte Abteilung (Spiethoff) spaltete sich nachher in zwei Abteilungen und eine neue Abteilung über die Kosten der Lebenshaltung auf statistischer Grundlage, die ursprünglich absichtlich beiseite gelassen, dann aber wieder aufgenommen worden war, schob sich als dritte Abteilung dazwischen, während die beiden Spiethoffschen Abteilungen zur vierten und fünften wurden. Nun füllten die drei so entstandenen Abteilungen die offengehaltenen Bandnummern aus; der Band mit den Tropenschriften hatte dahinter schon begonnen. Wenn der Schriftenband der fünften Abteilung (Band 149) erscheinen wird — die vierte Abteilung ist inzwischen durch Ausschlußbeschuß gestrichen —, wird er durch die Tropenschriften und durch den von Brentano außer der Reihe der übrigen Preisuntersuchungen besorgten Band über die „Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter in einigen Teilen Bayerns“ von den ursprünglich fortlaufend gedachten Bandnummern getrennt sein. Es bestand keine Möglichkeit, diesen bedauerlichen Zustand zu vermeiden, weil die Gesamtgestaltung der Serie im Anfang zu unübersichtlich gewesen war.

Übrigens ist es für die Ordnung in der Gesamtreihe der Vereinschriften auch von großer Bedeutung, daß bei größeren Serien von vornherein ein passender und zusammenfassender Serientitel gefunden wird. Es wurde oben schon erwähnt, wie bei den Preisuntersuchungen infolge der Bildung der Abteilungen und der Bestellung mehrerer Herausgeber dem Vorsitzenden des Unterausschusses die Oberleitung der Gesamtuntersuchung entglitt. So fehlte es zuerst an einer übersichtlichen Betitelung der Serie, ihrer Abteilungen und innerhalb dieser wieder an der durch die Art der Einzelschriften doch gegebenen weiteren Untergruppierung. Eine Reihe von Bandteilen war in den ersten beiden Abteilungen schon erschienen; wie sie zueinander gehörten, war höchstens der Bandteilnummer zu entnehmen, die Betitelung der Teile ließ im Stiche; die Anfragen aus dem Mitgliederkreise und von den Bibliotheken häuften sich. In Fühlungnahme mit dem ebenfalls bedenklich gewordenen Verlag griff daher der Vorsitzende des

Unterausschusses noch einmal ein, traf mit den Herausgebern nachträglich eine Vereinbarung über die Vettitelung, und auf gemeinsame Kosten des Vereins und des Verlags, die beträchtlich waren, wurden neue Titel für die bereits erschienenen Bandteile gemäß der neuen Vereinbarung gedruckt und allen Abnehmern der Schriften zur Verfügung gestellt. Es war das eine kostspielige Nachholung von zu rechter Zeit Versäumtem.

Da der Umfang des Normalbandes sich bisher nicht herauszubilden vermochte, besteht auch keine Übung über den Umfang des äußerlich selbständigen Bandteiles. Es gibt in den Schriften abgeschlossene Bände mit selbständiger Nummer, die schwächer sind als die Bandteile einer anderen Bandnummer. Der Bandteil bildet sich innerhalb der Serien zumeist dann heraus, wenn unter Erwartung von weiterem Material an Einzelarbeiten das schon vorhandene bereits so umfangreich geworden ist, daß der Beginn der Drucklegung ratsam erscheint, oder wenn zu befürchten steht, daß die in einem Bande zusammengefaßte Materialmenge einen unförmigen Band ergeben würde. Die Schaffung der Bandteile ist also eigentlich meist ein mehr äußerliches Ordnungsverfahren. Nur gelegentlich sind auch innere Gründe für die Scheidung maßgebend gewesen. Ja, oft ist in der Not, irgendwie zu einem Abschluß zu gelangen, auch Heterogenes, in Bandteile geteilt, in den gleichen Band gekommen. So war die Einreihung der Arbeiten in Band 146, II eigentlich ein Schusterstück, der den ursprünglich viel schöner gedachten Aufbau in der dritten Abteilung der Preisuntersuchungen zu einem etwas gewaltsamen Abschluß brachte.

Die Verhandlungsbände.

Die zahlreichen Bände innerhalb der Gesamtreihe der Vereinschriften, die die Niederschrift der Verhandlungen auf den Generalversammlungen enthalten, entstehen auf Grund der stenographischen Aufnahmen. Alter Übung gemäß werden diese Bände von der Verlagsbuchhandlung redaktionell besorgt, da schon der Vater des gegenwärtigen Inhabers der Verlagsbuchhandlung ebenso ein Schriftführer des Vereins war, wie es der jetzige Inhaber ist. Die Zusammenstellung dieser Bände ist oft mühsam, weil alle größeren Reden vor Beginn der Drucklegung in Form der Übertragung in Schreibmaschinenschrift aus dem Stenogramm den Rednern zugestellt werden müssen, um bei

den erfahrungsgemäß starken Änderungen seitens der Redner — sehr viele glauben dem Stenographen nicht, daß sie wirklich so gesprochen haben, wie er es aufgenommen hat — an den hohen Korrekturkosten zu sparen. Es ist eine Sisyphusarbeit, die Übertragungen von den Duzenden von Rednern und dann die Fahnenkorrekturen von ihnen zurückzubekommen. Die Generalversammlungen finden meist Ende September statt. Beugte sich jeder Redner den selbstverständlichen Erfordernissen organisierter Arbeit, dann hätten die Verhandlungsbände immer noch vor Weihnachten herauskommen müssen. Und da überwiegend die Verhandlungen den diskussionsmäßigen Abschluß von Themen darstellen, die in vorhergegangenen Schriftenbänden behandelt worden waren, wäre rechtzeitiges Erscheinen dieser Bände meist sehr erwünscht. Oft genug aber gelang es nur mit Mühe, den Verhandlungsband noch vor dem Abschluß des Vereinsjahres am jeweiligen 31. März des darauffolgenden Kalenderjahres herauszubringen.

Beigefügt werden den Verhandlungen oft die schriftlichen Referate der hauptsächlichlichen Berichtstatter, wenn diese glauben, im mündlichen Bericht nur in kurzen Zügen vorbringen zu können, was sie zum Thema zu sagen haben. Als ein Fehler der Verhandlungsbände ist es vielleicht zu bezeichnen, daß die geschäftlichen Beschlüsse der Vereinsversammlung (Satzungsänderungen u. dergl.) bisher an Ort und Stelle im Verhandlungstexte veröffentlicht wurden, wo sie eigentlich stören und für die Nachprüfung leicht untergehen. Da abgetrennte geschäftliche Protokolle für die Vereinsversammlungen nicht üblich sind, wird es in Zukunft vielleicht empfehlenswert sein, die geschäftlichen Beschlüsse aus dem Texte herauszunehmen und sie am Schlusse der Verhandlungen in besonderer Form anzufügen.

Die Zukunft der Sozialpolitik.

Die Not der geistigen Arbeiter.

Stenographischer Bericht

der

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach 1922.

Erster Verhandlungstag.

Mittwoch, den 20. September 1922, 9^{1/2} Uhr vormittags.

Eröffnung und Begrüßung.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Heinrich Herkner, eröffnet die Generalversammlung:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre, im Namen des Ausschusses die Generalversammlung zu eröffnen. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen und danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Mit Stolz und Freude kann ich feststellen, daß nicht nur viele Mitglieder, sondern auch eine große Anzahl von Behörden und Gästen, selbst Gäste aus dem nichtdeutschen Auslande, von mir begrüßt werden können. Herzliche Depeschen und Glückwunschschreiben sind von verschiedenen Seiten eingegangen: von dem Reichsarbeitsminister Herrn Dr. Brauns, dem Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums Herrn Dr. Geib, dem preußischen Minister für Volkswohlfahrt Herrn Hirtzfelder, dem thüringischen Staatsminister Herrn Dr. von Brandenstein, dem thüringischen Landtagspräsidium, dem preußischen Ministerpräsidenten a. D. Stegerwald auch namens der christlichen Gewerkschaften, Sr. Erzellenz dem Staatsminister a. D. Freiherrn von Berlepsch namens der Gesellschaft für soziale Reform, dem Bundespräsidenten der Republik Österreich Herrn Dr. M. Hainisch, dem Herrn Reichsgerichtsrat Dahl namens der Norwegischen Vereinigung für soziale Arbeit u. a. m.

Sie sehen, daß auch viele Persönlichkeiten, welche hier nicht anwesend sind, regen Anteil an dieser Tagung des Vereins nehmen.

Zu ganz besonderer Freude gereicht es uns, daß wir wenigstens einen der Teilnehmer der ersten Eisenacher Versammlung, Herrn Stadtrat Ludwig-Wolff, in unserer Mitte sehen,

(Beifall)

und ich danke ihm besonders dafür, daß er trotz seines hohen Alters die Mühe nicht gescheut hat, zu uns zu kommen.

Schmerzlich ist es, daß die zwei anderen noch lebenden Teilnehmer an der ersten Eisenacher Versammlung, G. F. Knapp und L. Brentano, verhindert sind, bei uns zu sein. Herr Geheimrat Brentano hat mich beauftragt, sein Ausbleiben zu entschuldigen. Er steht unmittelbar vor einer schweren Augenoperation und fühlte sich unter diesen Umständen außerstande, die Reise auszuführen.

Hochberehrte Anwesende! Ich bitte Sie um die Ermächtigung, an Lujo Brentano und Georg Friedrich Knapp telegraphisch Grüße im Namen der Versammlung zu entsenden.

(Beifall.)

Ich glaube ferner, daß wir auch alle Veranlassung haben, heute dankbar an Ihre Exzellenz Frau von Schmoller zu denken; denn im Hause Schmoller hat die Wiege des Vereins gestanden. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß Sie mir die Ermächtigung erteilen, an die drei genannten Persönlichkeiten Begrüßungstelegramme zu entsenden.

Ob wir unser Bureau konstituieren können, bitte ich, noch ein Wort den ausgezeichneten Männern widmen zu dürfen, die uns seit der letzten Tagung durch den Tod entrissen worden sind. Sie alle empfinden die Schwere des Verlustes, wenn ich die Namen Otto von Gierke, Karl Rathgen, Ernst Franke und Ludwig Einzheimer ausspreche.

Gierke war einer der wenigen großen Juristen, die am Leben des Vereins Jahrzehnte hindurch tatkräftigen Anteil genommen haben; er zählte zu den jetzt mehr und mehr aussterbenden Konservativen, bei denen der Sinn für die Erhaltung des Bestehenden sich mit einem warmen sozialen Empfinden paarte. Ubergessen bleibt das Wort, das Gierke vor 25 Jahren den auf ihre „Hausherrenrechte“ pochenden Industriellen in Köln zurief, ein Wort, das außerordentlich charakteristisch für die ganze Eigenart Gierkes war: „Die Fabrik ist nicht mehr das Haus des Arbeitgebers, sondern die Fabrik ist ein großer öffentlicher Organismus.“

Karl Rathgen hat dem Verein durch seine tiefe Kenntnis weltwirtschaftlicher Verhältnisse bei der Erforschung handels- und kolonialpolitischer Probleme, ferner durch die glänzende Leitung verschiedener Generalversammlungen die größten Dienste geleistet.

Ernst Franke verdanken wir ein Standard Wort über die Lage der seemannischen Bevölkerung des In- und Auslandes; er hat für

die wissenschaftliche Behandlung der männlichen Arbeiterfrage erst die Grundlagen geschaffen, ebenso wie Knapp und Weber sie für die Landarbeiter darboten. Ernst Francke hat ferner die Leitung der uns nahestehenden Gesellschaft für soziale Reform, der „Sozialen Praxis“ und des „Bureaus für Sozialpolitik“ so wirksam durchgeführt, daß der Verein eine dankenswerte Entlastung erfuhr und sich mehr und mehr auf seine großen wissenschaftlichen und Forschungsaufgaben konzentrieren konnte. Mit Ernst Francke ist der erfolgreichste bürgerliche Sozialpolitiker Deutschlands aus dem Leben geschieden, der auch weiterhin im Auslande der größten Beliebtheit und Hochachtung sich erfreut hat.

Francke und Sinzheimer hätten als Herausgeber der Bände über die geistigen Arbeiter auf dieser Tagung als Referenten auftreten sollen, und insofern greift ihr Tod auch unmittelbar in die Geschichte der gegenwärtigen Generalversammlung ein. Ihr Tod ist auch die Ursache dafür, daß in dem Erscheinen dieser Schriften, deren Vorbereitung ihnen anvertraut worden war, eine so überaus beklagenswerte Verspätung eingetreten ist. Ich darf hier gleich einschalten, daß an Stelle von Ludwig Sinzheimer Verlagsbuchhändler Oskar Siebeck die große Freundlichkeit hatte, in letzter Stunde noch ein Referat zu übernehmen. Hochverehrte Anwesende! Sie haben sich von Ihren Sitzen erhoben und dadurch bezeugt, daß Sie gewillt sind, das Andenken dieser ausgezeichneten und hochverdienten Männer alle Zeit in Ehren zu halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bei uns üblich, daß die Generalversammlung selbst ihr Bureau konstituiert. Der Ausschuß hat in der Regel für die Konstituierung des Bureaus Vorschläge gemacht. Das ist auch in diesem Falle zutreffend. Der Ausschuß empfiehlt Ihnen für die Leitung unserer Generalversammlung als Präsidenten die Herren Geheimrat Diehl, Exzellenz von Mostiz und Geheimrat Eckert, als Schriftführer die Herren Professor Mann und Professor Heyde.

Wenn sich Widerspruch nicht erhebt, nehme ich an, daß Sie diese Vorschläge gutheißen, und ich bitte nunmehr den ersten Präsidenten, Geheimrat Diehl, die weitere Leitung der Verhandlungen zu übernehmen.

Präsident Geheimrat Diehl! Ich danke Ihnen für die Wahl, die auf mich gefallen ist, und ich hoffe, daß die Versammlung unter

meiner Leitung einen guten und friedlichen Verlauf nehmen wird. Ich bitte die Herren, die mit mir gewählt sind, an diesem Tische Platz zu nehmen.

Ich gebe zuerst das Wort dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums.

Geheimrat Feig (Vertreter des Reichsarbeitsministeriums): Der Herr Reichsarbeitsminister bedauert lebhaft, durch eine andere dringende dienstliche Reise verhindert zu sein, Sie persönlich zu begrüßen. Er hat mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, Ihnen seine Grüße zu überbringen und die Glückwünsche zu wiederholen, die er bereits schriftlich dem Herrn Vorsitzenden zum Ausdruck gebracht hat. Wer, meine Damen und Herren, hätte größeren Anlaß, mit Dank und Genugtuung auf die vergangenen 50 Jahre der Wirksamkeit des Vereins für Sozialpolitik zurückzublicken, als der deutsche Minister für Sozialpolitik? Freilich! Welch ein Wandel ist in dem Zeitpunkt eingetreten, in dem dieses deutsche Amt für Sozialpolitik, das heißt Arbeitsamt, errichtet wurde. Vor 1914 größte Möglichkeiten einer weitgehenden Sozialpolitik, aber nur zögernder Fortschritt — nach dem Zusammenbruch größte Bereitwilligkeit zu weitgehenden sozialpolitischen Maßnahmen bei furchtbarem Darniederliegen der Wirtschaft. Dennoch muß heute mehr denn je Sozialpolitik getrieben werden, freilich vielleicht in einem weiteren Wirkungskreise und mit anderen Mitteln. Denn nicht mehr gilt es nur der Hebung einer Volksschicht, sondern fast alle Schichten des deutschen Volkes sind heute notleidend, ja das ganze Volk seufzt unter einem schweren Joch. Von diesem Joch es zu erlösen, dazu ist freilich die Sozialpolitik im letzten Sinne nicht befähigt; wohl aber ist es der sozialen Forschung möglich, die Tatsachen klar zu legen und damit Einfluß zu gewinnen auf die nationale und internationale Politik. Die Tatsachenforschung ist ja auch bisher das Mittel des Vereins für Sozialpolitik gewesen: kein Interessenaufgebot, keine politische Werbetätigkeit. Und wenn der Name des Vereins für Sozialpolitik vielfach als sich nicht ganz deckend mit seinem tatsächlichen Wirken befunden worden ist, so ist doch immer die Sozialpolitik Ausgangspunkt und Endziel seiner Aufgaben: der Tatsachenforschung, gewesen. Sie hat die Geister aufgerüttelt und damit mittelbar zu politischem Handeln geführt. Wenn jetzt die Macht der Verhältnisse Sozialpolitik und internationale Politik immer enger zu einem gemeinsamen

Strom zusammenführt, so rückt damit auch immer mehr die Tätigkeit des Vereins für Sozialpolitik in den Mittelpunkt unseres nationalen Daseins. Darum ist es heute erst recht notwendig, daß der Verein für Sozialpolitik sich betätigt, würdig der großen Leistungen seiner Vergangenheit. Erforschung und Verbreitung der Wahrheit sind die einzigen Waffen geblieben, die dem deutschen Volke auf seinem Leidenswege verblieben sind. Möge der Verein für Sozialpolitik diese Waffen siegreich führen zum Heile unseres Vaterlandes.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich gebe das Wort Herrn Ministerialrat Otto, als Vertreter des thüringischen Staatsministeriums.

Ministerialrat Otto (Vertreter des thüringischen Staatsministeriums): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Staatsminister Frölich hat mich beauftragt, für die Einladung zu Ihrer Jubiläumstagung bestens zu danken. Leider ist es ihm nicht vergönnt, hier zu erscheinen. Er läßt die Versammlung herzlich grüßen und wünscht den Verhandlungen besten Erfolg.

Wenn auch die wirtschaftliche Lage äußerst ernst ist, ja fast trostlos erscheint, so wollen wir doch nicht verzweifeln. Wenn uns auch alles genommen werden soll, so wird man uns doch eins nicht rauben können: und das ist der Glaube an eine bessere Zukunft. Mögen Ihre Verhandlungen dazu beitragen, diesen Glauben zu stärken.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Oberbürgermeister Janzon.

Janzon (Oberbürgermeister von Eisenach): Meine Damen und Herren! Namens der Stadt Eisenach möchte ich dem Verein die allerbesten Glückwünsche zu seiner Jubiläumstagung aussprechen. Wir hätten ihm gern einen anderen Empfang bereitet; aber ich glaube es gerade Ihnen nicht sagen zu müssen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, auch der Städte, nicht dazu angetan sind, um von uns aus Ihnen einen feierlicheren und gastfreundlicheren Empfang zu bereiten. Ich hoffe, daß jeder von Ihnen zufrieden ist und sich in die heutigen traurigen Verhältnisse findet, die auch über unsere liebe Wartburgstadt gekommen sind.

Vor 50 Jahren sind eine Anzahl führender Gelehrter zusammengekommen, um einen Verein zu gründen zum Nutzen unseres deutschen Volkes. Es ist wohl kein Zufall, daß sie sich gerade hier in Eisenach zusammengefunden haben, und ich bin überzeugt, daß aus unserem Eisenach und unserer Wartburg die zwei Monumente zu den Gründern gesprochen haben, die hier so oft schon deutsche Kongresse ermahnt haben: einmal der menschliche Edelmut, der Wille des Menschen zu helfen, die menschliche Nächstenliebe, und dann die Notwendigkeit der Erkenntnis, unserem Volke helfen zu müssen, — zwei Monumente, die aus unserer Wartburgstadt Ihnen entgegentreten, einmal in der Person der heiligen Elisabeth, die es nicht vergaß, obgleich sie im Glücke lebte, an die Armut anderer zu denken; die zum erstenmal wenigstens in die Erscheinung trat, indem sie das, was sie hatte, anderen mitteilte; das andere große Monument, dem armen Volke zu helfen, es vorwärts zu führen, das so recht stark spricht aus dem großen Gelehrten Dr. Martin Luther, der aus seiner Schrift Kraft und Wissen fand, um einen großen Teil des deutschen Volkes aufwärts, vorwärts zu führen in der Zeit bitterster Zerrwürfnisse.

Vor 50 Jahren fanden sich Männer zusammen, in einer Zeit, wo Deutschland sich bewußt war der erhöhten Kraft, die es hatte durch die große Einheit des deutschen Volkes im Deutschen Reich, zu einer Zeit, als jeder für sich vorwärts strebte, als das deutsche Wirtschaftsleben einen Aufschwung nahm, wie es unerhört schien, — damals sagten sich deutsche Gelehrte, Historiker, Nationalökonomien, daß doch noch die Notwendigkeit besteht, in sozialer Beziehung zu helfen. Und die Jahrzehnte des Bestehens des Vereins haben bewiesen, wie notwendig und wie wichtig dieser Gedanke war. Wenn ich nur die Namen nenne: Wagner, Schmoller, Gierke und Lujo Brentano, Namen von Männern, deren Schüler auch ich gewesen bin und von denen ich persönlich weiß, wie es hinausging in die Welt, in die deutsche Jugend der Gedanke: Hier muß eingeseht werden, vergeßt nicht über eurem Wohl, was eurem Volke nottut; und die Geschichte hat es gelehrt, wie die Sozialpolitik immer mehr zur Aufgabe der Gemeinden, der Staaten und des Reiches geworden ist, — ein Verdienst mit Ihres Vereins.

Und weiter, verehrte Damen und Herren! Wenn wir gerade so zurückblicken und das Damals mit dem Heute vergleichen, so müssen wir zu der Erkenntnis kommen, daß uns besonders heute noch mehr nottut diese Erkenntnis als damals und heute in der unglaublichen

Zerrüttung unseres deutschen Wirtschaftslebens, in dem Niedergekämpftwerden von erbitterten Feinden — die es noch heute sind —, wo so ungezählte Deutsche mit frischem Mute, zum Teil mit Fanatismus, Wege suchen, die unser Deutschland wieder vorwärts bringen sollen. Gerade in der Zeit tut es not, daß Männer mit geschichtlicher Kenntnis, mit einem Blick, der über der heutigen Zeit steht, sich der Sache annehmen und die Wege suchen, die geeignet sind, unser deutsches Volk vorwärts und aufwärts zu führen.

Möge der Verein, die Männer des Vereins, diese Wege finden. Mit diesem Wunsche und mit einem herzlichen Willkommengruß seitens der Stadt Eisenach und endlich mit meinen Glückwünschen möchte ich schließen.

(Beifall.)

Präsident: Ich gebe das Wort Erzellenz Ritter von Wittek als Vertreter des Ministeriums für soziale Verwaltung in Österreich.

Erzellenz Ritter von Wittek (Vertreter des Ministeriums für soziale Verwaltung in Österreich): Hochverehrte Versammlung! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung, Richard Schmitz, hat mich beauftragt, dem geehrten Vorstande für die freundliche Einladung zu danken, die er an den genannten Minister gerichtet hat, und zwar in richtiger Erfassung der besonderen Berufstellung, welche das österreichische Ministerium für soziale Verwaltung vor den übrigen Zentralstellen des Bundes hat. Die Eigenart dieses Ministeriums ist die, den Gedanken sozialer Fürsorge, die sozialpolitische Entwicklung in den verschiedenen Abteilungen des Regierungsapparates zu verfolgen, zu beobachten und durch sein Einschreiten zu fördern, und deshalb fühlt der Herr Minister für soziale Verwaltung eine enge Beziehung zu dem geehrten Verein, eine Beziehung, die sich aus der Übereinstimmung der Bestrebungen herleitet und die in der achtsamen Begleitung und Verfolgung der Tätigkeit des Vereins schon von langem her ihren Ausdruck gefunden hat. Der Herr Bundesminister ist leider durch Amtsgeschäfte verhindert, der freundlichen Einladung Ihres Vorstandes Folge zu leisten. Er hat mich infolgedessen ersucht, der ich dem Verein als Ausschußmitglied durch eine lange Reihe von Jahren angehöre, seine Gedanken und seine Entschuldigung hier vorzubringen und seine Vertretung bei der heutigen

Jubiläumstagung des Vereins zu übernehmen. Ich bin diesem Ersuchen gefolgt und erlaube mir, Ihnen mitzuteilen, daß von seiten der österreichischen Regierung und von seiten aller derjenigen, welche im Dienste der sozialpolitischen Ideen in unserem Staatsleben praktisch tätig sind, hervorragend die grundlegende Tätigkeit des Vereins für Sozialpolitik voll und ganz gewürdigt wird. In allen Belangen, welche diesem Kreise angehören, sind die wissenschaftlichen Arbeiten, die durch die von Ihnen herausgegebenen Schriften verbreitet werden, die überaus lehrreichen Verhandlungen bei den Versammlungen des Vereins zum Gegenstand des eifrigen Studiums gemacht worden. Die österreichische und die deutsche Forschertätigkeit begegnen sich auf diesem Felde: führend voran die deutsche Gründlichkeit, anschließend daran die wärmere Eigenart des österreichischen Stammes. In diesem Zusammenwirken erblicken wir die Gewähr für eine schöne und zukunftsreiche Entwicklung des Vereins, für die Förderung und Verbreitung der Ideen, die dem Verein vorschweben und die wir trotz der Not und Bedrängnis der Zeit als unsere Ideale festhalten wollen.

Es sei mir daher gestattet, im Namen des Herrn Bundesministers für soziale Verwaltung den wärmsten aufrichtigsten Glückwunsch zu dem denkwürdigen Jubelfeste des Vereins hier zum Ausdruck zu bringen, den innigen Wunsch für das fernere Gedeihen und Blühen des Vereins; und ich möchte diesen Wunsch in ein Wort zusammenfassen, das ich in der so sehr belehrenden und anregenden Festschrift Ihres Vereins gefunden habe. Es ist das Wort: „Möge auch in Zukunft der Verein für Sozialpolitik sich treu bleiben.“ Mit diesem Wunsche verbinde ich persönlich meine wärmsten Glückwünsche zu der heutigen Versammlung, deren Verhandlungen der regsten Anteilnahme der österreichischen Regierung sicher sein dürfen. Gestatten Sie mir, mit dem alten Spruch zu schließen, der auch hier von alters her als treues Geleitwort gern gehört wird: Dem Verein für Sozialpolitik zum 50 jährigen Bestandsjubiläum ein herzliches Glückauf!

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich glaube, in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich den verschiedenen Rednern, die uns heute begrüßt haben, unseren herzlichen Dank ausspreche. In ganz besonderem Maße gilt das für den letzten Redner, der uns die Grüße von Österreich gebracht hat. Wir leben mit Österreich in einer Not- und Schicksalsgemeinschaft, und

ich möchte jede Gelegenheit benutzen, um zu sagen, wie warm wir die Gefühle unsererseits erwidern, und gerade in diesen schweren Zeiten, die Ihr Land durchmacht, werden wir unsere Freundschaft doppelst und dreifach beweisen wollen. Und besonders dankbar begrüße ich den Herrn Oberbürgermeister von Eisenach und danke ihm, daß er uns in dieser schweren Zeit hier empfangen hat. Wenn es für Privatpersonen heute kein Vergnügen ist, Logiergäste aufzunehmen, so gilt das in besonderem Maße für städtische Korporationen und Gemeinden und gerade für Eisenach. Auch Ihnen nochmals herzlichen Dank für die freundliche Aufnahme. Und nun bitte ich unseren Herrn Vorsitzenden, das Wort zu seinem Referat zu nehmen.

Der Verein für Sozialpolitik in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Geheimrat Prof. Dr. Herkner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir würden uns an den besten Überlieferungen des Vereins für Sozialpolitik versündigen, wenn wir uns heute nur dem Selbstlob und der eiteln Festesfreude hingeben wollten. Gerade in diesen Tagen ist dem Verein erst wieder so große Anerkennung gespendet worden, daß es wirklich zu viel des Guten wäre, wenn auch die eigenen Organe des Vereins nur bei den Erfolgen, die der Verein zweifelsohne im Laufe dieser 50 Jahre erzielt hat, verweilen wollten.

Der Verein hat im Gegensatz zu manchen anderen Kongressen immer streng daran festgehalten, auf alle vergnüglichen Veranstaltungen bei seinen Zusammenkünften zu verzichten und nur ernste Arbeit zu leisten. Weniger denn je kann heute in dem verarmten, mißhandelten Deutschland, wo es sich um Sein oder Nichtsein unserer Nation handelt, von diesen Grundsätzen abgewichen werden. Der Umstand, daß ein halbes Jahrhundert verfloßen ist, seitdem der Grundstein zu diesem Verein gelegt wurde, bildet für uns eine beherzigenswerte Mahnung zu strenger Selbstkritik. Für Tote gilt das Wort: Nil nisi bene. Der Verein ist nicht tot; er lebt und wird, wenn Sie die erforderliche Unterstützung gewähren, hoffentlich nach abermals 50 Jahren in dieser schönen Wartburgstadt seinen hundertsten Geburtstag feiern.

Wenn wir uns also Rechenschaft ablegen wollen über den letzten Sinn unseres eigenen Tuns, soweit es im Verein zum Ausdruck kommt, so verfolgen wir damit den Zweck, die Beantwortung der Frage zu erleichtern, ob der Verein wirklich noch eine Existenzberechtigung be-

sicht, oder ob er seine Aufgabe erfüllt hat und nunmehr wert ist, zugrunde zu gehen, beziehungsweise unter welchen Bedingungen er hoffen darf, auch weiterhin eine bedeutungsvolle Funktion im öffentlichen und wissenschaftlichen Leben auszufüllen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon unendlich viel im In- und Auslande über den Verein für Sozialpolitik geredet und geschrieben worden. Trotzdem glaube ich, daß nur eine relativ geringe Zahl von Personen genau weiß, was der Verein eigentlich ist. Aus zahlreichen Zuschriften von Mitgliedern und solchen, welche Mitglieder werden wollen, ersehe ich immer von neuem wieder, wie irrig die Vorstellungen sind, die man sich über das Wesen des Vereins gebildet hat. Ich kann allerdings auch vollkommen begreifen, daß über die Eigenart des Vereins so viele Irrtümer entstanden sind. Selbst denjenigen, die schon seit Jahrzehnten einen unmittelbaren und regen Anteil an dem Leben des Vereins genommen haben, fällt es nicht immer ganz leicht, den Verein zutreffend zu beurteilen. Er ist ein soziologisch höchst interessantes, aber keineswegs ein rationales Gebilde, ein Gebilde ganz eigener Art. Er hat nirgends seinesgleichen. Er ist einem großen Dom vergleichbar, an dem verschiedene Generationen mit verschiedenen Idealen und Erfolgen gebaut haben, und in dessen Kapellen die Gläubigen nicht nur einer Konfession zu verschiedenen Heiligen beten. Er bedeutet kein Werk von einheitlichem Stil und leicht verständlicher Formensprache. Er stellt heute etwas anderes dar, als er in den ersten Jahren nach der Gründung gewesen ist. Er vereint nicht nur verschiedene Funktionen, sondern im Wandel der Zeiten haben sich Funktionen in bezug auf ihre Bedeutung wesentlich verändert. Immer haben im Verein verschiedene Auffassungen darüber bestanden, was er in erster Linie zu tun habe, und auf welche Weise er seine Aufgabe am besten erfüllen kann. Die ganze Geschichte des Vereins ist nichts anderes als eine Kette von Kompromissen. Die Übereinstimmung seiner Mitglieder zeigte sich oft mehr in negativen als in positiven Zielen. Der Verein als solcher hat niemals ein bestimmtes sozialpolitisches Programm aufgestellt. Die Statuten des Vereins enthalten nicht einmal ein ausdrückliches Bekenntnis zu der Idee der sozialen Reform im allgemeinen. Der Verein hat stets jeden, der beitreten wollte, ohne weiteres aufgenommen; trotz seiner Firma hat der Verein seine Wirksamkeit niemals auf das Gebiet der Sozialpolitik begrenzt. Sogar schon seine erste Veröffentlichung betraf eine Frage

der Wirtschaftspolitik: die Reform der Aktiengesellschaften, und seine dritte Veröffentlichung die Probleme der Personalbesteuerung. Er ist selbst über Wirtschafts- und Finanzpolitik hinausgegangen. Ich erinnere an die Untersuchungen über Wirtschaftskrisen, Preisbildung, den Begriff der Produktivität und die Zulässigkeit der Werturteile. Schon die Bezeichnung „Verein für Sozialpolitik“ gibt somit eine durchaus unzutreffende Vorstellung von der Arbeit des Vereins. Noch mehr führt die Bezeichnung irre, welche ihm von gegnerischer Seite oft zuteil geworden ist, wenn sie ihn einen „kathedersozialistischen“ Kongreß nannte. Dieser Name ist dann auch von vielen ahnungslosen Gemütern gutgläubig angewendet worden. Wenn Sie zum Beispiel den Artikel über Eisenach im großen Meyerschen Konversationslexikon, Ausgabe 1905, nachschlagen, so können Sie lesen: „Am 6. und 7. Oktober 1872 fand in Eisenach eine Zusammenkunft deutscher Nationalökonomien statt, welche die Gründung einer neuen sozialistischen Partei beschloß.“ Dieser Ausdruck „Kathedersozialismus“ kann überhaupt nur verstanden werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß extreme Freihändler zu Anfang der 70er Jahre jeden, der den Grundsatz der Staatsintervention nicht radikal verwarf, zum Sozialisten stempeln wollten. Tatsächlich hat die Führung des Vereins ganz und gar in den Händen derjenigen Sozialpolitiker gelegen, denen es gerade darauf ankam, im Gegensatz zum Sozialismus sozialliberale Grundsätze in der deutschen Politik zur Geltung zu bringen. Adolf Wagner, der wenigstens in der Theorie sozialistischer Gedankengänge weit entgegenkam, ist bald nach der Gründung des Vereins, an der er hervorragenden Anteil genommen, wieder ausgetreten, weil der Verein eben keine kathedersozialistische Politik treiben wollte. Aber auch dann, wenn sozialistische Überzeugungen im Schoße des Vereins gepflegt worden wären, würde die Bezeichnung seiner Mitglieder als „Kathedersozialisten“ wenig glücklich gewesen sein. Von den 158 Teilnehmern an der ersten Eisenacher Versammlung waren nur 24 Hochschulprofessoren. So sehr schon die angedeuteten Umstände dazu führten, daß man über das Wesen des Vereins nur schwer ins Klare kommen konnte, vor allem war es doch die Vereinigung von praktisch-politischen mit rein wissenschaftlichen Aufgaben, welche immer und immer wieder zu falscher Beurteilung geführt hat. Kein Zweifel, daß ursprünglich politische Ziele durchaus im Vordergrund standen. Hier und da gab man sich sogar der Hoffnung hin, der Verein werde, wie

einst der Nationalverein, den Keim für eine neue Parteibildung abgeben. Von heißem Drange nach unmittelbarer politischer Wirksamkeit befeelt, hat der Verein Richtlinien für die Gesetzgebung aufgestellt, darüber debattiert, abgestimmt und seine Beschlüsse bei den gesetzgebenden Faktoren zur Geltung zu bringen gesucht. Diese Abstimmungen konnten aber bei einem Verein, der allen offen stand und dessen Mitglieder keineswegs auf allen Versammlungen vollzählig vertreten waren, nur ein Zufallsprodukt darstellen. Hier durften verständigerweise die Stimmen nicht gezählt, sondern nur gewogen werden nach Maßgabe der Gründe und Persönlichkeiten, die hinter ihnen standen. Und in der Tat, schon auf der Generalversammlung 1883 wurde von dem damaligen Vorsitzenden Erwin Rasse erklärt, man habe auf Abstimmungen verzichten müssen, da sich der Verein sonst von bestimmten Interessen und Parteien nicht frei zu halten vermocht hätte oder überhaupt der Auflösung anheim gefallen wäre. So ist der berühmte § 14 der Statuten zustande gekommen, der besagt: „Die Vereinsversammlung wie der Ausschuß fassen nur über Vereinsangelegenheiten, nicht über Thesen wissenschaftlichen oder politischen Inhalts Beschluß.“ Damit war eine tiefe Zäsur, eine entscheidende Wendung in der Entwicklung des Vereins erfolgt, die aber von Außenstehenden wenig beachtet worden ist. Seitdem ist es durchaus unzutreffend, zu sagen: der Verein hat in wissenschaftlichen oder politischen Fragen diese oder jene Stellung eingenommen. Man kann korrekterweise nur erklären, daß eine mehr oder minder große Zahl von Vereinsmitgliedern diese oder jene Auffassung vertreten hat. In dem Maße, als auf unmittelbare politische Wirksamkeit verzichtet wurde, trat das wissenschaftliche Interesse in den Vordergrund. Die Generalversammlungen verloren im Vergleich zu den Schriften und Publikationen an Interesse. Diese Schriften sollten und sollen noch durch die Aufklärung tatsächlicher Verhältnisse und kausaler Zusammenhänge eine wissenschaftliche Vorarbeit für eine gedeihliche Lösung wirtschaftlicher, sozialer und finanzpolitischer Fragen leisten. Mit der Veröffentlichung von jetzt mehr als 160 Bänden hat der Verein ein Werk vollbracht, das ihm in der Geschichte der deutschen wie wissenschaftlichen Nationalökonomie überhaupt einen Ehrenplatz sichert. Man kann darüber streiten, wie stark der Einfluß gewesen ist, welchen der Verein auf den Gang der Gesetzgebung ausgeübt hat; man kann aber nicht leugnen, daß unsere ganze sogenannte „praktische“ oder „spezielle“

Nationalökonomie zum großen Teil auf den breiten, massigen, wuchtigen Fundamenten ruht, welche die Vereinsarbeit errichtet hat. So viel ich sehe, sind es die folgenden Umstände gewesen, welche diesem Teil unserer Arbeit eine so große Bedeutung verliehen haben:

Unsere großen alten Akademien der Wissenschaften haben bekanntlich von der Existenz der Sozialwissenschaften bis jetzt noch keine Notiz genommen. Nicht als Nationalökonomien, sondern wegen irgendwelcher Verdienste um wirtschafts- oder verwaltungsgeschichtliche Forschungen gehören einzelne Fachgenossen diesen Akademien an. Von den Geldmitteln der Akademien ist niemals etwas für die Förderung nationalökonomischer Zwecke verausgabt worden. Der Nachteil, welcher den Sozialwissenschaften aus diesen Verhältnissen erwuchs, ist für uns abgeschwächt worden dadurch, daß der Verein uns eine Akademie der Sozialwissenschaften zu ersetzen suchte. Solange eine solche nicht besteht, wird schon deshalb der Verein vom Standpunkt unserer Wissenschaft kaum zu entbehren sein.

Der Verein hat mit seinen Erhebungen aber auch unserem öffentlichen Leben unschätzbare Dienste geleistet. Während das englische Parlament von alters her durch seine berühmten Enqueten die Tatbestände für gesetzgeberische Aktionen in vorbildlicher Weise aufklärt, haben wir auch heute noch dem englischen Verfahren nichts Ebenbürtiges an die Seite zu stellen. Auch diese Lücke hat der Verein zu schließen versucht, soweit es private, mit den bescheidensten finanziellen Kräften ausgestattete Erhebungen überhaupt zu tun imstande waren. Unser unvergeßliches und leider viel zu früh entrißenes Mitglied Max Weber hat in glänzenden Ausführungen dargetan, wie sehr das politische Niveau eines Volkes davon abhängt, daß die zuverlässige Kenntnis der wichtigsten Tatsachen nicht allein auf die Bürokratie beschränkt bleibt. Das wäre bei uns der Fall gewesen, wenn der Verein nicht eingetreten wäre, und insofern hat sich der Verein durch seine wissenschaftliche Arbeit also auch um die politische Erziehung unseres Volkes verdient gemacht.

Auf diese Weise ist ferner die wissenschaftliche Nationalökonomie in einer Weise gefördert worden, daß ihr auch vom Ausland eine selbständige Stellung neben der angelsächsischen und französischen Wissenschaft allmählich zuerkannt wurde. Ich darf auf Grund einwandfreier Informationen sagen, daß für einzelne Gründer des Vereins diese Hebung und Reform der Wissenschaft sogar viel wichtiger als

die sozialpolitische Betätigung gewesen ist. Die deutschen Universitäten, sagte man, hätten auf keinem anderen Gebiet so wenig Eigentümliches zutage gefördert wie in der Nationalökonomie. Es existiere keine gediegene Überlieferung in unserem Fache. Wenn die Gegenwart eine solche für die Zukunft schüfe, mache sie sich sehr verdient. Die Technik sei sehr wenig, aber eine Wissenschaft ohne Technik sei noch weniger, sei gar nichts. Für Gelehrte dieser Richtung war die Arbeiterfrage keine Sache der Emotion, des Willens und Gemütes, sondern nur eine Sache des Intellekts, nur als wissenschaftliches Problem interessant. Sie wollten von einem Verein für „soziale Reform“ — und diese Bezeichnung kam damals in Frage — nichts wissen. Man könne die Gesellschaft nicht umbilden und dürfe deshalb auch nicht einen so hochtrabenden Namen annehmen. Möglich sei nur die allmähliche Umbildung der öffentlichen Meinung durch eine Reform unserer Wissenschaft. Man müsse aus den Bibliotheken in die Archive gehen und unsere wissenschaftlichen und sozialen Zustände als eine Schöpfung der Verwaltung erfassen lernen. Man habe sich von dem auf Abwege führenden Vorbild der englischen Nationalökonomien und ihren angeblichen Naturgesetzen des Wirtschaftslebens ganz zu befreien und durch eigene Erforschung der wirtschaftlichen Verwaltung eine originale deutsche Wirtschaftswissenschaft zu begründen. Der vornehmste Vertreter dieser Richtung ist Georg Friedrich Knapp gewesen, und seine berühmten Werke über die Bauernbefreiung und die staatliche Theorie des Geldes lassen deutlicher erkennen, als ich es hier auseinandersetzen kann, worauf es ihm und Gleichgesinnten bei der Begründung einer selbständigen deutschen Nationalökonomie im Gegensatz zu den englischen Klassikern ankam. Von dieser Seite wurde auch 1887 bereits die Umbildung des Vereins in einen „Verein für Sozialwissenschaft“ empfohlen. Dieser Verein sollte in zwei Sektionen gegliedert werden, in eine sozialpolitische und eine wirtschaftsgeschichtliche. Die Generalversammlung sollte von beiden Sektionen abwechselnd vorbereitet und geleitet werden. Andere führende Persönlichkeiten des Vereins suchten sich bei der Ablehnung der klassischen Ökonomie und ihren Methoden von so schroffen Einseitigkeiten fernzuhalten. Sie haben die Existenz natürlicher Gesetzmäßigkeiten des wirtschaftlichen Lebens, über die sich auch die Staatsgewalt nicht ungestraft hinwegsetzen darf, zugegeben und gefordert, daß man sich der natürlichen Gesetze bediene, um unter Ersparnis von Schmerz und Erbitterung die Entwicklung

ihrem natürlichen Ziele entgegenzuführen. Aber auch die Anhänger dieser vermittelnden Richtung erblickten die Hauptaufgabe der Wissenschaft in einer intensiveren Pflege der Tatsachenforschung.

Deutlicher als im Inlande selbst hat man im Auslande gefühlt, daß mit Gründung des Vereins die Entwicklung einer besonderen deutschen Schule der Nationalökonomie angestrebt wurde. Kein geringerer als Charles Gide in Paris hat es ausgesprochen: von einer besonderen deutschen Schule der Nationalökonomie könne erst seit dem Gienacher Kongreß die Rede sein. Bis dahin habe sich die deutsche Nationalökonomie nicht wesentlich von der englischen Nationalökonomie unterschieden und deshalb auch kein Interesse im Auslande erweckt. Erst jetzt begannen zahlreiche Ausländer, auf deutschen Hochschulen Nationalökonomie zu studieren. Sie haben sich dann vielfach im Sinne der deutschen Schule in ihrer Heimat betätigt und nicht selten durch Beiträge zu den Vereinschriften es uns ermöglicht, unsere Erhebungen auf das Ausland zu erstrecken. So hat die durch den Verein geschaffene wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft zu einer lebendigen Wechselwirkung, einem segenspendenden Ideenaustausch zwischen den in- und ausländischen Fachgenossen geführt, das Ansehen der deutschen Wissenschaft im Auslande gehoben und dadurch einen auch national bedeutenden Erfolg erzielt.

Meine Damen und Herren! Man darf das alles ruhig anerkennen, auch wenn man, wie ich es tue, persönlich auf dem Standpunkt steht, daß dieses Streben nach einer besonderen deutschen Nationalökonomie in dem Sinne, die klassische Theorie teils durch die Geschichte der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Verwaltung, teils durch soziologische Analysen zu ersetzen, den Keim zu verhängnisvollen und gefährlichen Einseitigkeiten in sich barg. Immerhin wird man scharf zwischen dem Verein und seinen einzelnen Mitgliedern unterscheiden müssen. Der Verein wollte und konnte niemals zugunsten einer bestimmten methodologischen Richtung in unserer Wissenschaft Stellung nehmen. Wir finden unter seinen repräsentativen Mitgliedern stets Männer verschiedener Richtungen: neben Anhängern der älteren und jüngeren historischen Schule und der deskriptiv-statistischen Methode auch Theoretiker, neben Individualisten auch Sozialisten, neben Politikern und Vertretern der Werturteile auch grundsätzliche Gegner jeder Wertung, neben Schutzöllern Freihändler, neben Metallisten Nominalisten usw.

Wenn die Führung mehr bei den Anhängern der induktiven Methode lag, so deshalb, weil für die tatsächlichen Ermittlungen, um die sich der Verein vor allem bemühte, natürlich die deskriptiv=statistische Methode zur Anwendung kommen mußte. Im übrigen ist der Verein gerade deshalb für die wissenschaftliche Entwicklung seiner Mitglieder so wichtig und nützlich geworden, weil er keine wissenschaftliche oder politische Sekte gebildet hat, sondern den Vertretern verschiedener Richtungen eine ausgezeichnete Gelegenheit bot, sich aneinander zu messen.

Indem der Verein in seinen für bestimmte Erhebungen eingesetzten Unterausschüssen Volkswirte zu gemeinsamer Arbeit vereinte, hat er deren persönliche Bekanntschaft gefördert. Ich brauche nicht auszuführen, wie nützlich es ist, seine Fachgenossen nicht nur aus ihren gelehrten Arbeiten oder ihrer praktischen Wirksamkeit, sondern auch als Persönlichkeit kennen zu lernen. Ja ich bin überzeugt, daß mancher Fachgenosse, der zu den Ausschußverhandlungen sich eingefunden hat, nicht nur gekommen ist wegen der Bedeutung der Verhandlungsgegenstände, sondern daß es ihm auch sehr darauf ankam, dadurch mit einer größeren Zahl von Fachgenossen in Berührung zu treten. Der Verein hat somit als volkswirtschaftliche Fachvereinigung gedient, und da heute ein nicht geringer Teil der im Vereinsleben hervortretenden Mitglieder Hochschullehrer sind, lag es nahe, den Verein zur Vertretung der besonderen Interessen zu verwenden, welche mit der Ausübung eines volkswirtschaftlichen Lehramtes verknüpft sind. Es sind Fragen des Lehrbetriebes und Prüfungswezens behandelt worden. Solange keine andere Organisation für diese Aufgabe besteht, wird sich der Verein der Erörterung derartiger Fragen nicht entziehen können. Da aber nur ein Fünftel oder ein Sechstel der Mitglieder volkswirtschaftliche Dozenten sind, kann sich der Verein nicht ohne weiteres als Dozentenverein betätigen. Auf keinen Fall kann daran gedacht werden, die Mitgliedschaft auf gelehrte Volkswirte zu beschränken. Im Gegenteil, die Beziehungen zwischen den gelehrten und praktischen Volkswirten müßten im beiderseitigen Interesse noch weit sorgfamer gepflegt werden, als es bis jetzt hat geschehen können. Sollte ein besonderer Dozentenverein zustande kommen, so würde der Verein für Sozialpolitik, sofern sich diese Dozentenvereinigung eben auf die den Dozenten als solchen eigentümlichen Aufgaben beschränkt, in dieser Gründung nur eine willkommene Entlastung und Ergänzung erblicken, ähnlich, wie es der Fall

gewesen ist, als die Gesellschaft für soziale Reform neben dem Verein ins Leben trat.

Ich hatte erklärt, daß ich die Wirksamkeit des Vereins einer kritischen Betrachtung unterziehen wollte, und muß daher feststellen, daß es dem Verein nicht gelungen ist, alle Fachgenossen in sich aufzunehmen. Es haben stets einige Fachgenossen dem Verein nicht nur nicht angehört, sondern auch direkt im Gegensatz zum Verein gestanden. Einzelne Kollegen erblicken darin einen empfindlichen Mangel. Da der Verein als solcher seine Mitglieder weder auf eine Politik noch auf ein wissenschaftliches Bekenntnis verpflichtet, bietet er tatsächlich für jeden Fachgenossen, gleichgültig, auf welchem Standpunkte er stehen mag, die Möglichkeit, ihm anzugehören. Aber es ist nicht jedermanns Sache, an einer Vereinigung teilzunehmen, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit auf einem anderen politischen oder wissenschaftlichen Standpunkt stehen. Die sachlichen Gegensätze können zu persönlichen Verstimmungen führen, und dadurch kann die Kooperation im Rahmen einer und derselben Organisation peinlich erscheinen. Ich glaube aber nicht, meine Damen und Herren, daß es je gelingen wird, einen Verein zu konstruieren, der mit derartigen Schwierigkeiten nicht zu kämpfen haben wird. Diese haften nicht an einer bestimmten Organisationsform, sondern liegen in der Natur des Menschen und werden sich immer und überall durchsetzen.

Ich darf damit die Charakterisierung des Vereins beenden und zusammenfassen: Der Verein ist entstanden als eine sozial- und wirtschaftspolitische Gesinnungsgemeinschaft und Propagandagesellschaft; er ist je länger, je mehr eine wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft geworden, eine Gemeinschaft, um wissenschaftliche Arbeiten, welche der Organisation bedürfen, weil sie die Kräfte des einzelnen überschreiten, möglich zu machen. Bei der Auswahl der Gegenstände, welche erforscht wurden, sind die Bedürfnisse unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens maßgebend gewesen. Oberstes Ziel war, mit den der Wissenschaft eigentümlichen Mitteln Klarheit und Wahrheit zu verbreiten, das Verantwortungsgefühl zu vertiefen und dadurch mittelbar und unmittelbar unserem Vaterlande zu dienen.

Hat dieser Verein nun aber auch noch für die Gegenwart und die Zukunft eine Existenzberechtigung, oder anders ausgedrückt: Nach welcher Richtung müßte er sich entwickeln, um der Gegenwart und der

Zukunft ebenso ersprießliche Dienste zu leisten, wie er sie in der Vergangenheit geleistet hat?

Meine Damen und Herren! Es gibt drei Wege, welche der Verein betreten kann:

1. Er kann wieder den politischen Charakter annehmen, den er bei seiner Gründung befeffen hat;
2. er kann die politische Betätigung ganz abstreifen und sich in einen Verein für Sozialwissenschaft verwandeln, und
3. er kann, wie er es bisher getan hat, beide Arten der Wirksamkeit pflegen und diejenige in den Vordergrund stellen, welche den aktuellen Bedürfnissen jeweils am besten gerecht wird.

Es sind namentlich unter den jüngeren Fachgenossen Stimmen laut geworden, welche mit Entschiedenheit fordern, daß die gelehrte Nationalökonomie einen stärkeren Einfluß auf unsere Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik ausüben soll. Man klagt darüber, daß die Wissenschaft bescheiden abseitsstehe, sich auf akademische Lehre und Forschung beschränke und das Kampffeld den Parteipolitikern und reinen Praktikern überlasse. Man ruft nach der objektiven Wissenschaft als der Führerin aus dem Labyrinth und dem Elend der Gegenwart. Man ist davon fest überzeugt, daß die Übereinstimmung in den Ansichten der nationalökonomischen Gelehrten viel größer sei, als angenommen wurde. Sie komme nur nicht zum politisch wirksamen Ausdruck, weil Ort und Gelegenheit zur Aussprache und zur Formulierung des Feststehenden und gemeinschaftlich Anerkannten fehlten. Wenn der Verein diesem Bedürfnisse nicht entspräche, so müsse auf anderem Wege Abhilfe versucht werden. Man beklagt also die Entwicklung, der zufolge der Verein die politische Stellungnahme zugunsten der wissenschaftlichen Forschung zurückgedrängt hat. Man will gegenüber der Not der Gegenwart zu dem Plan zurückkehren, welchen die Stifter des Vereins ursprünglich aufgestellt hatten. Also zurück zu dem Verein von 1872! Innerhalb dieser Gruppe gibt es Fachgenossen, welche wünschen, der Verein für Sozialpolitik möchte werden, was sein Name besage: eine politisch aktive Vereinigung nur für diejenigen, die in der Sozialpolitik ihr gemeinsames Problemgebiet haben. Der Verein soll sich also die Ziele setzen, welche er schon nach den Wünschen der von Lujo Brentano bei der Gründung vertretenen Richtung erstreben sollte. Brentano hat stets in der Einbeziehung von anderen als sozialpolitischen Fragen in die

Bereinstätigkeit eine Verzerrung und Entartung seines Programmes erblickt.

Ich möchte hier sofort die Bemerkung einschalten, daß mir, wenn man für eine stärkere Betonung der politischen Tätigkeit des Vereins sich entscheiden sollte, die Absonderung der Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik heute weniger denn je möglich erscheint. Eine erfolgreiche Produktions- und Valutapolitik ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen die weitaus beste Sozialpolitik, die überhaupt getrieben werden kann.

(Zurufe: Sehr gut!)

Im übrigen kann ich die Stimmung, welche zur aktiven Politik drängt, durchaus verstehen. Ich darf sagen, daß auch mich selbst diese Fragen schon seit längerer Zeit tief bewegen. Aber ich muß auch bekennen, je mehr, je länger ich über die Möglichkeiten einer intensiveren politischen Betätigung nachdenke, desto gewichtiger scheinen mir die Argumente, welche dagegen in Betracht kommen. Ich will nicht bei den scharfen Gegensätzen verweilen, welche zwischen der „Wissenschaft als Beruf“ und der „Politik als Beruf“ bestehen, und die Max Weber scharfsinnig und geistvoll dargelegt hat. Wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, daß der Verein diese Wege schon bestritten hatte, daß er sich eben gezwungen sah, sie wieder zu verlassen. Sie erwidern vielleicht, es könne heute und in der Zukunft sehr wohl möglich werden, was in den 70er Jahren als unausführbar anerkannt werden mußte. Ich für meine Person glaube im Gegenteil, daß damals die Voraussetzungen für eine gedeihliche politische Wirksamkeit des Vereins unvergleichlich günstiger lagen als heute. Ich meine, daß man die ganze Idee, einen politisch-wissenschaftlichen Verein zu gründen, überhaupt nur aus den damaligen Verhältnissen heraus verstehen kann. Nach der Auffassung der Vereinsgründer sollte Deutschland in der Hauptsache von einem wissenschaftlich hochgebildeten, über den Klasseninteressen und Parteien stehenden Beamtentum regiert werden. Obwohl die tonangebenden Männer alle den liberalen Parteien angehörten, wollten sie von parlamentarischer Regierungsweise nichts wissen. Unter diesen Umständen kam es darauf an, das Beamtentum zu erziehen und dann die Pläne eines sozial- und wirtschaftspolitisch erleuchteten Beamtentums nach Umbildung der öffentlichen Meinung politisch realisierbar zu machen. Dabei waren damals die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse weit einfacher und übersichtlicher, als sie heute gestaltet sind. Unter den gelehrten Gründern des Vereins

herrschte in den wichtigsten sozialpolitischen Fragen weitgehende Übereinstimmung. Nicht die sozialpolitischen, sondern die handelspolitischen Streitfragen drohten den Verein zu sprengen.

Ganz anders heute! Unsere Zustände sind so verworren, so schwer aufzuklären, daß schon wegen der unsicheren Erfassung der bloßen Tatbestände für Meinungsverschiedenheiten ein weit größerer Spielraum offen bleibt als in früheren Zeiten. Es ist daher nicht verwunderlich, daß gelehrte Nationalökonomien sich auf alle politischen Parteien verteilen und nicht wie einst alle derselben Partei angehören. Ferner wird niemand mehr glauben, daß ein über den Parteien stehendes Beamtentum je wieder die Regierung an sich reißen kann. Am allerwenigsten die staatliche Bürokratie, so zahlreich sie auch geworden sein mag. Sehr viel größere Macht besitzt die Bürokratie der großen wirtschaftlichen Verbände, der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Arbeitgeber und Unternehmer, besitzt die Bürokratie der Parteien und die von den Parteien und Verbänden kontrollierte Presse. Diese Bürokratien stehen aber nicht über den Klasseninteressen, sondern finden im Gegenteil in der Vertretung der Sonderinteressen die Grundlage ihrer materiellen Existenz. Es ist ihr Beruf und ihre Lebensaufgabe, die öffentlichen Meinungen, die Presse, die Massen im Sinne der Tendenzen ihrer Organisationen zu beeinflussen und andere Bestrebungen rücksichtslos zu bekämpfen. Wie soll nun gegen diese gewaltigen Mächte ein Häuflein problematisierter, mit Amtspflichten überhäufter Professoren aufkommen? Woher sollen die ungeheuren Mittel, woher Zeit und Kraft kommen, um eine erfolgreiche Bearbeitung der Massen und öffentlichen Meinung durchzuführen? Wie soll sich die dünne Stimme der Theorie Gehör verschaffen, Beachtung erzwingen?

Meine Damen und Herren! Trotz alledem, ich glaube an die Macht der Wissenschaft, aber nur derjenigen Wissenschaft, der es gelungen ist, die wirklichen Ursachen zu ergründen. Ich bezweifle, daß wir heute in der Erkenntnis der Wahrheit weit genug vorgeschritten sind, um uns auf die Macht der Wissenschaft als solcher verlassen zu dürfen. Mögen andere Wissenschaften durch den Krieg und die Niederlage relativ geringere Verluste erlitten haben, unsere Wissenschaft ist in eine geradezu trostlose Lage versetzt worden. Seit Jahren sind wir, erst durch den Krieg, jetzt noch mehr durch die Valutablokkade, von dem geistigen Kontakt mit der Wissenschaft des Auslandes abgesperrt worden. Im Inlande fehlen die Mittel, um ernste Forschungen zu

drucken und zu kaufen. Die Zahl der Nationalökonomie-Studierenden hat derart zugenommen, daß bei der fehlenden Arbeitsteilung unter den Lehrkräften Vorlesungen, Seminarbetrieb und Examina unsere besten wissenschaftlichen Köpfe der eigenen produktiven Arbeit vollständig entziehen. Dabei ist die amtliche Berichterstattung unvollkommener denn je, und manches wird absichtlich der öffentlichen Kenntnis vorenthalten. Ich will auch keineswegs verschweigen, daß die von einzelnen Mitgliedern ausgegangenen Bestrebungen, die Methode und Lehre der Klassiker durch das Studium der Verwaltung und soziologischen Analysen zu ersetzen, verheerend gewirkt haben. Es ist zu einer Überschätzung der Macht des Staates im Verhältnis zu den natürlichen Gesetzen des Wirtschaftslebens gekommen,

(Zurufe: Sehr gut!)

die sich nunmehr bitter rächt. Nachdem die einst starke Staatsgewalt ohnmächtig und zerfahren dasteht, ohnmächtig gegenüber dem Auslande, ohnmächtig gegenüber den herkulischen Organisationen der Sonderinteressen im Inlande, weiß man nicht mehr aus und ein. Es ist betäubend, wie wenig die deutsche Wissenschaft bis jetzt zur wirksamen Kritik an den wirtschaftlichen Ideen beigetragen hat, welche dem Versailleser Friedensdiktat zugrunde liegen. Ein guter Teil unserer Volkswirte war eben selbst von dem Wahne beherrscht, daß ein siegreicher Staat mit Gewalt alles machen könne. Es fiel ihnen daher nicht leicht, als sich die Gewaltpolitik gegen uns kehrte, Anschauungen und Theorien wirksam zu bekämpfen, von denen sie selbst noch mehr oder weniger beherrscht wurden. Erst muß sich unsere Wissenschaft aus dieser gegenwärtigen Not wieder emporarbeiten, ehe sie Anspruch erheben kann, die Politik zu leiten. Man muß aus der vorherrschenden merkantilistischen Denkweise herauskommen und wieder freihändlerisches Denken lernen. Die Notwendigkeit, unsere Jugend wieder freihändlerisch denken zu lehren, ist von einem Manne kurz vor seinem Tode betont worden, von dem Sie diese Auffassung wahrscheinlich nicht erwarten würden. Es war in den letzten Zeiten seines Lebens, daß Erzellenz Schmoller mir gegenüber mit großer innerer Bewegung sagte: Unsere jüngere Generation kann nicht mehr freihändlerisch denken.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Es ist eine erschütternde Tragik unseres Schicksals, daß auch diese Rettung der Wissenschaft durch unser Elend fast unmöglich erscheint. Ich will nicht auf das Gebiet übergreifen, welches uns morgen be-

schäftigen soll; aber ich muß sagen, wie furchtbar die wissenschaftliche Arbeit unseres Vereins unter den herrschenden Zuständen leidet. Die Vereinsarbeit ist Kollektivarbeit; sie setzt voraus, daß die Fachgenossen, welche sich zu einer Arbeit verbinden, oft und leicht miteinander in persönliche Berührung treten können. Insofern hat schon die wenigstens im Verhältnis zu unseren Einkommensverhältnissen ungeheure Steigerung der Reisespesen uns die schädlichsten Beschränkungen auferlegt; während früher aus allen Teilen des Reiches gut besuchte Ausschußsitzungen zwei- bis dreimal im Jahre stattfinden konnten und daneben noch zahlreiche Unterausschußsitzungen stattfanden, ist es heute kaum möglich, einmal im Jahre eine Ausschußsitzung zustande zu bringen, und bei der Zusammensetzung der Unterausschüsse muß darauf gesehen werden, daß die Mitglieder nahe Nachbarn sind, sonst ist jede gemeinsame Arbeit aussichtslos.

Noch mehr lähmen uns die Kosten, welche die Herausgabe der Vereinsarbeiten verursachen. Nicht die Autorenhonorare sind es, die in Betracht kommen. Das übliche Honorar beträgt 300 Mk. pro Druckbogen; es wird einem Gelehrten, der Monate für die Vereinsarbeit aufgewendet hat, eine Vergütung geboten, die kaum dem Tageslohn eines Handarbeiters entspricht. Deutsche Gelehrte stellen noch immer in bewunderungswürdiger Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft ihre Arbeit dem Verein fast kostenlos zur Verfügung. Auf die Mitarbeit von Ausländern müssen wir freilich zumeist verzichten; denn wir sind nicht imstande, auch nur ihre allerbescheidensten Forderungen zu erfüllen. Was uns immer und immer vor den Abgrund des Bankrotts stellt und jede Initiative lähmt, das sind die Druck- und Papierkosten. Im vorigen Herbst haben wir eine fünf Bände umfassende Bearbeitung des Zentralproblems unserer gegenwärtigen Lage, des Valutaproblems, beschlossen. Die Arbeiten sind an die besten Kräfte verteilt und in der Ausführung begriffen. Als die Arbeiten organisiert wurden, glaubten wir, die veranschlagten Ausgaben durch die Einnahmen einigermaßen decken zu können. Mittlerweile sind alle Grundlagen unserer Berechnung umgestürzt worden, und wir werden vor einem ungedeckten Defizit von einigen Hunderttausend Mark stehen, wenn Sie sich nicht entschließen, an Stelle der festen Beiträge die Deckung der Kosten durch ein Umlageverfahren eintreten zu lassen. Aus dem jetzt manchem steril und kraftlos erscheinenden Boden des Vereins wird eine reife Produktion erblühen, sobald Sie diesem Boden eine reichlich

fließende Geldquelle erschließen helfen. Im Verhältnis zu dieser Not sind alle anderen Schwierigkeiten, mit denen die wissenschaftliche Arbeit des Vereins zu kämpfen hat, bescheiden zu nennen.

Vor uns liegt ein unübersehbares Arbeitsfeld. Wer besitzt eine zutreffende Vorstellung von den Zuständen der Außenhandelskontrolle und ihren Wirkungen? Wer weiß über die Wirkungen des Achtstundentages zuverlässige Auskunft zu erteilen? Wer über die Wirkung des Betriebsrätegesetzes, über die Wirkungen der Steuergesetzgebung, über die Zustände der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, über die Ursachen des Produktionsverfalls, über die Politik der Reichsbank usw.? In unserer Wissenschaft und Literatur, in unseren Handbüchern und vermutlich in einem großen Teile der Vorlesungen finden Sie über alle diese Dinge noch recht wenig. Wir leben noch viel zu sehr in den Vorstellungen und Zuständen der Vorkriegszeit. Wir machen uns nicht genügend klar, wie durch den Zerfall der Valuta alles zerrissen und zerlegt, alles auf den Kopf gestellt worden ist. Aus all diesen Gründen vertrete ich den Standpunkt, daß unsere erste, vornehmste, wichtigste Aufgabe darin besteht, unsere Wissenschaft erst so zu fördern, daß sie allmählich wieder den Weg, den wir zu beschreiten haben, so hell bestrahlen kann, als es die deutsche Wissenschaft 1872 vermochte.

Ich glaube ferner, daß auch heute noch keine andere Einrichtung vorhanden ist, welche diese Aufgabe besser lösen kann als unser Verein. Er darf wahrhaftig sein und voraussetzungslos Wissenschaft betreiben; er ist heute noch vollkommen unabhängig; er vertritt keinerlei Sonderinteressen; er leidet an keinerlei Überorganisation und Bürokratisierung. Er gibt der Entfaltung jeder Persönlichkeit freien Spielraum, da auch im Verein jeder nur für sich selbst verantwortlich ist. Glauben Sie ja nicht, daß etwa der Reichswirtschaftsrat einen erheblichen Teil dessen leisten kann, was früher der Verein für Sozialpolitik getan hat. Er ist zwar ein Gremium von hervorragenden Sachverständigen; aber ein nicht kleiner Teil von ihnen ist einseitig interessiert. Der Reichswirtschaftsrat verfügt weder über eine ausreichende Zahl sozialwissenschaftlich geschulter Kräfte, noch über die erforderliche Zeit, um an Stelle des Vereins zu treten. Es kommen in ihm sogar Tendenzen zum Ausdruck, welche die wissenschaftliche Kritik herausfordern. Man kann dem Reichswirtschaftsrat oder den in ihm ausschlaggebenden Vertretern der großen Verbände unmöglich

Schriften 163. — Verhandlungen 1922. 7

zumuten, die großen Gefahren unbefangen zu beurteilen, mit welchen unser Staat und unser Wirtschaftsleben gerade durch die Übermacht dieser Verbände bedroht wird. Und darauf kommt es an. Täuschen wir uns nicht! Die Staatsgewalt läuft Gefahr, der Auflösung, der Überwucherung durch die Verbände anheimzufallen. Schon während des Krieges hat man davon gesprochen, daß der deutsche Staat in G. m. b. H.s zerfalle. Wie reizend bergab ist es aber seither gegangen! Heute kehren sich selbst organisierte Beamte, welche verpflichtet waren, ihre ganze Kraft für die Befestigung des Staates einzusetzen, gegen den Staat. Er erscheint nur noch als Arbeitgeber, der keine andere Existenzberechtigung hat als die, für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß unser Staat den Verbänden untertänig wird, wie einst das Stadtrégiment den Zünften.

(Zurufe: Sehr gut!)

Der Umstand, daß unser Verein zur Zeit die einzige Stelle in Deutschland ist, in welcher noch kollektive Arbeit für eine voraussetzungslöse soziale wissenschaftliche Forschung betrieben werden kann, legt uns auch die Pflicht auf, vor allem diese Arbeit zu leisten. Von sekundärer Bedeutung ist die Frage, auf welche Weise wir die Ergebnisse unserer Arbeit am besten für die politische Praxis nutzbar machen können. Diese Frage wird von Fall zu Fall verschieden zu beantworten sein. In der unübersichtlichen Lage, in der wir uns heute befinden, werden wir gut daran tun, uns alle Wege offen zu halten. Ich denke nicht nur an die Mittel, deren wir uns bisher bedient haben, sondern es können auch andere Veranstaltungen in Betracht kommen. Vielleicht empfiehlt es sich, die praktisch wichtigsten Ergebnisse unserer Arbeit nicht nur in Form dickleibiger Bände, sondern durch populär geschriebene und kurz gefaßte Flugchriften unter den Massen zu verbreiten.

(Zurufe: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Ich kann es aus den angegebenen Gründen nicht für zweckmäßig erachten, den Verein entweder nur auf politische noch ausschließlich auf wissenschaftliche Arbeit festzulegen. Bewahren wir ihm die Möglichkeit, jederzeit dasjenige zu tun, was dem Wohl des Vaterlandes am besten dient; erhalten wir ihm die Beweglichkeit, deren er sich bisher erfreute. Sie bietet den besten Schutz gegen Versteinerung und Verknöcherung. Sie erlaubt uns jeweils der „Forderung des Tages“ in dem höheren, Goethe

vorschwebenden Sinne des Wortes zu genügen, wie die Stifter des Vereins 1872 der „Forderung des Tages“ genügten. Dann dürfen wir hoffen, wenigstens dasjenige, was in unserer Macht steht, es mag viel oder wenig sein, zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, zur Wiederherstellung des Ansehens, der Unabhängigkeit und Freiheit unseres geliebten Vaterlandes beizutragen.

(Stürmischer Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Der reiche Beifall, den Sie unserem Herrn Redner gespendet haben, enthebt mich wohl der Notwendigkeit, ihm noch besonders unseren Dank auszusprechen für die so inhaltsreichen, klar abgewogenen und formvollendeten Worte, die wir heute in seiner Rede von ihm gehört haben. Ich möchte noch ein Wort des besonderen Dankes hinzufügen dafür, daß unser Herr Vorsitzender trotz der enormen Überlastung mit der Vorbereitung des Kongresses Zeit und Mühe nicht gescheut hat, dieses große schwierige Referat zu übernehmen, und ich glaube, hinzufügen zu dürfen, daß alle Vereinsmitglieder sich nichts anderes wünschen können, als auf unserer Jubiläumstagung unseren Herrn Vorsitzenden als ersten Redner gehört zu haben. Nochmals herzlichen Dank.

(Starker Beifall.)

Ich erteile jetzt Herrn Professor Stein das Wort.

Professor Dr. Stein: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es könnte heute überflüssig erscheinen, der Wirtschaft innerhalb der Sozialpolitik zu ihrem Recht zu verhelfen in einer Zeit, die durch Krieg und Nachkriegszeit einen Anschauungsunterricht in den Wirtschaftswissenschaften und in der Sozialpolitik erlebt hat wie keine zuvor, einen Anschauungsunterricht, der angefangen hat mit den Höchstpreisen, mit der Zwangsbewirtschaftung und Beschlagnahme, und der in der Nachkriegszeit den einfachsten Mann in die Geheimnisse der Valuta und des Dollarstands eingeführt hat, dank der eigentümlichen erzieherischen Tätigkeit der deutschen Zeitungen, die im Handelsteil vor der Spekulation warnen und auf der ersten Seite breit die Kurse der Auslandsdevisen tagtäglich veröffentlichen, in einer Zeit, in der die Sozialdemokratie die herrschende, wenngleich nicht die regierende Partei ist, in einer Zeit, in der die Gewerkschaften eine, vielleicht die letzte, stärkste Stütze unseres wirtschaftlichen und staatlichen Lebens sind, und gleich-

7*

sam als Vertreter der öffentlichen Interessen der Masse ihre Forderungen und Wünsche der Reichsleitung vortragen, in einer Zeit, in der man zum Zwecke der Intensivierung der Wirtschaft die Sozialisierung der Betriebe forderte, und für die gerade in den letzten Tagen in der Festnummer der Sozialen Praxis zur heutigen Tagung, die seit einem Menschenalter unter Francés Leitung die Gedanken und Forderungen der Sozialpolitik mit Wucht und Schärfe vertreten hat, ein naher Freund und Mitarbeiter Francés, Zimmermann, zu dem, wenn auch mit manchen Einschränkungen umzäunten Ergebnis gekommen ist, „daß unter gewissen Umständen bei besonderer Wertung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eine gute Wirtschaftspolitik nicht bloß die beste, sondern überhaupt die einzig brauchbare Sozialpolitik“ sei. Wenn das von dieser Seite an dieser Stelle ausgesprochen wird, könnte es wahrlich im Zusammenhang der geschilderten Entwicklung überflüssig erscheinen, heute über die wirtschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik ausführlich zu sprechen und den Nachweis der Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik zu führen. Aber wenn man sich vor Augen hält, wie trotz des unausgesetzten Nebens von Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit unsere Wirtschaft tagtäglich außen- und innenpolitisch verzwängt wird, wenn man das Chaos der Meinungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet überschaut, das in der Presse, in den Parteien und in den Parlamenten herrscht, und wenn man schließlich beachtet, daß auch die Gewerkschaften in ihren lezt hin erhobenen Forderungen im wesentlichen zur Ordnung unserer Wirtschaft vom Standpunkt des Lohnempfängers und Verbrauchers zu den Fragen der Wirtschaft Stellung nehmen, obwohl die Produktion den Kern der Wirtschaft ausmacht, so kann einem doch der Gedanke kommen, daß wir so viel von Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit reden, weil wir von beiden so wenig besitzen und haben.

Aber man könnte dann die andere Frage stellen: Ist es im Kreise des Vereins für Sozialpolitik notwendig, über die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik zu sprechen? Gehört das nicht zu dem A b c für jeden Volkswirtschaftler, ist nicht die Theorie, die Bestimmung der Begriffe und die Abgrenzung der Gebiete zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik einigermaßen leidlich erfolgt? Trotz allem bin ich zur Bejahung der Frage gekommen, und zwar im Rückblick auf Anlaß und Sinn der Tagung vor fünfzig Jahren, und gerade deshalb habe ich mich für befugt gehalten, auch als Mann der sozialen Praxis,

der nur im Nebenamt ein Lehramt bekleidet, im Kreise von Fachgelehrten zu sprechen. Ich werde nicht als Wissenschaftler, sondern aus meinem Erfahrungsbereich der wirtschaftlichen und sozialen Arbeit über dieses Thema sprechen, und ich nehme das Recht, an diesem Ort und in diesem Kreis über diese Frage zu sprechen, daraus, daß, worauf auch schon von Professor Herkner hingewiesen worden ist, 1872 die Gelehrten nur einen Bruchteil der Eisenacher Versammlung ausmachten, und daß die Veranstalter mit bewußter Absicht Männer der Praxis hinzugezogen hatten.

Der Leitgedanke der Tagung vor fünfzig Jahren war, gegen den Strom zu schwimmen, der herrschenden Meinung eine neue Auffassung von Staat und Wirtschaft entgegenzusetzen. Wenn auch nicht der Vorschlag Schönbergs, in dem Verein für Sozialpolitik „eine zwischen den Extremen vermittelnde Partei der Mitte“ zu schaffen, Zustimmung fand, so zielten doch die Gedanken der Veranstalter weiter und höher als nur auf die Abhaltung einer sozialen Konferenz. Die Mehrzahl von ihnen gehörte zu den liberalen Parteien der Mitte, der stärksten parlamentarischen Macht des damaligen Deutschlands. In diesen bürgerlichen Parteien dem sozialen Gedanken Eingang und Einfluß zu verschaffen, eine neue sozialliberale, ja man kann ruhig im Sinne Schmollers sagen: soziale, demokratische, politische Anschauung zu schaffen, und dadurch das neue deutsche Reich in der Masse zu „verankern“ war Zweck und Absicht der Eisenacher Tagung 1872.

Deshalb unternahm die junge Generation der damaligen Volkswirtschaftler das Wagnis, gegen den Strom der öffentlichen Meinung zu schwimmen, gegen den Dogmatismus der herrschenden Manchester Schule anzukämpfen, der in dem Egoismus, in dem freiwaltenden Eigeninteresse das Schwungrad der Wirtschaft sah, der an die innere Gesetzmäßigkeit und Folgerichtigkeit der Wirtschaft als an die Heilungskraft aller sozialen Schäden glaubte, und für den die Wirtschaft ausschließlich eine Produktionsfrage war. Die „Jungen“ entdeckten in der Wirtschaft wiederum den Menschen und wollten ihm in der Wirtschaft und im Staat zu seiner Geltung und seinem Rechte verhelfen.

Heute stehen wir ebenfalls in der öffentlichen Meinung im Zeichen eines Dogmatismus, und zwar eines sozialen und eines sozialistischen Dogmatismus. Er ist zur Macht emporgestiegen, nachdem er geschichtlich und gedanklich längst seine Höhe überschritten hat. So ist er im Augenblick seiner Verufung zur Herrschaft innerlich erschüttert, nach

außen unsicher in seinem Wollen und dilettantisch und widerspruchsvoll in seinem Tun. Für ihn war das Soziale nicht eine andere Betrachtungsweise wirtschaftlicher Vorgänge, sondern eine höhere, die sich nicht allein auf die bessere Einsicht, sondern auf die sittlich höhere Gesinnung gründete. Soziale Erkenntnis und Gesinnung soll das Interesse der „Allgemeinheit“, der „Gesamtheit“, gegenüber den Eigen- und Sonderinteressen vertreten. Verbunden damit war und ist der Glaube an die Allmacht der organisierten Wirtschaft, die nicht Staat sein soll, und die doch im letzten Grunde, so wie sie sich praktisch auswirkt, nichts anderes sein kann und keine andere Form annimmt als die des Staates. Aus dieser Enge der Betrachtung schöpfte der Geist sozialer Gesinnung und des Sozialismus die ungeheure Kraft der Leidenschaftlichkeit und den Schwung der Bewegung. Das hat ihn in den Jahrzehnten des Kampfes über alle Schwierigkeiten, Gegensätzen und Nöte hinübergetragen. Aber diese Enge der Betrachtungsweise führte notwendig zu einer Verengung der Gedanken, der Begründung und Handlungsmöglichkeiten, zu einer Selbstgerechtigkeit des Urteils und zu einer falschen Einstellung zu Wirtschaft und zu den wirtschaftenden Personen, die man als Vertreter des eigenen Interesses, des privaten Profites, als Vertreter des Vorrechtes gegenüber dem Gedanken der Gerechtigkeit ansah. Wer kämpfen will und kämpfen muß, kann nicht anders als einseitig sein, und ebenso notwendig und natürlich war es und ist es, daß die Arbeiterchaft ihren Emanzipationskampf als einen Befreiungskampf zum Heile des ganzen Volkes, nicht bloß im Interesse einer Klasse, empfand, sich als die Verkörperung der Gesamtheit fühlte und bezeichnete. Dazu kam, daß das Haupt des Proletariats die Märtyrerkrone des von der Wirtschaft Geschädigten, des gesellschaftlich im Schatten Stehenden, des politisch Unterdrückten schmückte, und daß das Eintreten für die Arbeiterchaft für viele ein Opfer und eine Schädigung war; deshalb wuchs die Arbeiterfrage zu der sozialen Frage, und deshalb war das Wort in dem Einladungsschreiben zur Eisenacher Versammlung vom „sittlichen Pathos“ kein Zufall und kein Mißverständnis, wie es nachher entschuldigend und erklärend gesagt wurde, sondern entsprach dem letzten und tiefsten Grunde der Gesinnung der Einladenden. Wenn Schmoller davon sprach, daß sie als Realisten gegenüber den Dogmatikern der Wissenschaft aufgetreten seien, und daß man ihre Richtung auch als die der psychologischen Nationalökonomie bezeichnen könne, im letzten Grunde

war die ethische Nationalökonomie ihr Leitgedanke, und deshalb ist dieses „mißverständliche“ Wort des sittlichen Pathos nicht bloß für die damalige Zeit, sondern bis auf den heutigen Tag für fast jeden echten Sozialreformer und Sozialisten, welcher Richtung er auch angehörte, die Begründung seines Tuns gewesen.

Und nun von dem Damals zu dem Heute. Damals war es notwendig, in der Wirtschaft den Menschen zu entdecken; heute gilt es, hinter dem Menschen die Wirtschaft wieder zu sehen, und neben und vor der Verteilung das Produktionsproblem in seiner ganzen Wucht und Kraft, seiner brutalen Rücksichtslosigkeit des Schaffens von Erträgen zu erkennen. Wenn es damals galt, gegenüber dem naturgesetzlichen Walten der freien Kräfte der Wirtschaft das Recht und die Pflicht des Staates festzustellen, in die Wirtschaft um des Menschen willen regelnd einzugreifen, so ist heute notwendig, gegenüber dem Staat, der versucht, die wirtschaftlichen Dinge ausschließlich zu regeln oder zu meistern, festzustellen, daß neben ihm, vielleicht vor ihm, die freiwilligen Kräfte in der Wirtschaft und nicht minder in dem sozialen Leben stehen. Wir müssen wieder Vertrauen gewinnen zu den lebendigen Gesundungskräften, die in jeder Wirtschaft und jedem sozialen Körper stecken.

Das Reich der Wirtschaft ist das der Beschaffung und Verwaltung der Güter; das der Sozialen ist der Mensch und seine Verbände von der Familie bis zum Staat. Beide Reiche sind untrennbar eins in der Erfüllung des beiden gesetzten Zweckes: die Erde zu nutzen und sich untertan zu machen um des Menschen willen. Diese unlösbare Zusammengehörigkeit von Wirtschaft und Volk findet für uns Deutsche ihren sprachlichen Ausdruck in dem Begriff der Volkswirtschaft.

Jede wirtschaftliche Handlung, von der größten bis zur einfachsten, von der Schaffung einer neuen Industrie bis zur Verfeinerung eines Arbeitsverfahrens hat ihre mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen im Sozialen, und jede soziale Handlung, von der einfachsten, von der Gabe eines Almofens an einen Bettler, bis zur gewaltigsten, dem Kampf der Klassen, und zur sozialen Revolution, findet ihren tiefsten Untergrund und ihren letzten Niederschlag in der Wirtschaft. Die Wirtschaft ratifiziert erst die Gesetze der Sozialpolitik, und ohne ihre Zustimmung ist jedes sozialpolitische Gesetz nur Schein und Papier.

Nicht die Gesinnung entscheidet über Wert und Größe einer sozialen Tat, sondern Einsicht und Leistung. Die Gesinnung ist etwas,

was man hat, oder was man nicht hat. Mann kann sie vielleicht ausbilden, höher steigern. Sie ist aber weder lehrbar noch erlernbar, und auch nicht durch eine Mitgliedskarte zu einem sozialen Verein oder einer sozialen Partei nachweisbar oder zu erwerben. Soziale und wirtschaftliche Einsicht ist dagegen zu lehren und zu lernen.

Eine der eindringlichsten Erfahrungen einer über fünfundzwanzig Jahre sich erstreckenden Tätigkeit in der praktischen sozialen Arbeit ist, daß nichts schädlicher war und ist, als die Trennung von Wirtschaft und sozialer Tätigkeit, daß die soziale Arbeit angesehen und betrieben wurde, als hätte sie hinter der Wirtschaft herzugehen und hier und da ein soziales Pflästerchen oder eine soziale Etikette aufzukleben. Das hat den sozialen Dilettantismus großgezogen. Worauf es ankommt, ist in allem und jedem zugleich wirtschaftlich und sozial zu denken und zweckbewußt zu handeln. Der Ingenieur soll, wenn er eine Maschine entwirft, hinter und bei der Maschine den Menschen, der mit ihr arbeitet, vor sich sehen, der als Verwaltungsbeamter die Fluchtlinien festsetzt, einen Bauungsplan entwirft, soll die Menschen vor sich sehen, die in den Vierteln hausen und arbeiten werden. Und es muß selbstverständlich werden, daß die Kenntnis der Lebensverhältnisse und Anschauungen der Arbeiter seiner Fabrik Kenntnis der Arbeiterverhältnisse überhaupt und der Arbeiterbewegung, die Kunst des Umgangs mit den Arbeitern, als das Abc der Unternehmertätigkeit erkannt wird.

Das galt im reichen Deutschland der Vorkriegszeit, das eine Unsumme von Neben- und falschen Wegen zuließ mit Opfern, die aus dem Ertrag einer erfolgreichen Wirtschaft leicht bestritten werden konnten. Das gilt heute erst recht. Im Weltbeben des Krieges und der Nachkriegszeit ist gleichsam wieder das Urgeftein unseres Daseins, die Wirtschaft offengelegt worden, hat sich uns allen der Satz eingepägt, daß wirtschaften notwendig ist und nicht das Leben des einzelnen Menschen, ja nicht einmal das Leben einer ganzen Generation. Wir müssen möglicherweise eine ganze Generation unterackern, um der kommenden Generation das Leben zu bereiten. Über dem feichten Gerede von dem Vorwalten der allgemeinen Interessen erhebt sich Gehorham heischend über unserem ganzen Volk das Gebot des Opfers, daß die Gegenwart sich opfern muß als Erbträger zugunsten der Zukunft, der kommenden Generation. Wirtschaften heißt vorsorgen, heißt für die Zukunft arbeiten, den kommenden Geschlechtern Weg und Feld bereiten, auf daß wir einmal von unseren Nachfahren treu befunden werden, weil wir

das Erbe der Väter ihnen ungeschmälert überantwortet haben. Das auszusprechen, ist heute doppelt und dreifach notwendig in einer Zeit, die allein vom Augenblick beherrscht wird, die von der Hand in den Mund lebt und das Erbe aufzehrt, statt Erbe erhält und sammelt, die, wirtschaftlich gesprochen, tagtäglich Kapital in Geld verwandelt, statt Geld in Kapital.

Wir stehen, wie vor fünfzig Jahren, wiederum vor einer Neuordnung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Damals war Deutschland arm; aber dieses arme Deutschland war voller Hoffnung. Es fühlte in sich das Erwachen der Kraft. Unser Staat war stark geworden, überstark, und alle sonnten sich im Glanze des Erfolges. Ein norwegischer Dichter und feiner Psychologe spricht in einer seiner Novellen von dem Lächeln des Siegers von Sedan auf den Lippen des Deutschen nach dem Siebziger Kriege, und dieses Siegerlächeln durchdrang damals unser Tun zum Guten wie zum Schaden unseres öffentlichen Lebens. Heute sind wir verarmt, das ist etwas ganz anderes als arm sein, aus dem Reichtum in die Armut gestürzt. Wir sind unter der Gewalt des Feindes und Objekte seines Willens. Der alte Staat ist gestürzt, der neue ist ein Rothbau. Unsere Verwaltung befindet sich im völligen Umbau; die deutsche Revolution war als soziale empfunden und gedacht. Seitdem bei uns der Sozialismus als politische und soziale Macht lebte, war das verheißen und verkündet. Und nun war sie da. Die Sozialdemokratie wurde die herrschende Partei, die Gewerkschaften zu den stärksten Mächten unserer Wirtschaft, unseres Staates und unserer Gesellschaft, eine der letzten Stützen und Träger unseres staatlichen Zusammenhangs. Und nun erhebt sich, gewollt oder ungewollt, die Frage nach dem Ertrag der Revolution. Es ist schon bald nach dem Beginn der Revolution gesagt worden, daß sie sich in eine Reihe von Lohnkämpfen aufgelöst habe. Die Wellen der Lohnerhöhungen sind sich seitdem in immer kürzeren Zwischenräumen steigend gefolgt; aber sie erweisen sich als eine Jagd nach einem Trugbild. Je höher die Löhne stiegen, um so tiefer sank der Gehalt, die Kaufkraft, des Lohnes. Es bleibt, wenn wir vom Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien und vom Verbot der Selbstversicherung der Hausangestellten absehen, als wichtigstes und einziges der Achtstundentag. Aber auch er ist nicht gesetzlich gesichert; seine Rechtsgrundlage beruht auf der Verordnungsgewalt des Demobilisierungskommissars. Daran schließt sich das Reich der Planungen und Verordnungen auf

allen Gebieten des sozialen Lebens von der Vorbereitung eines neuen Arbeitsrechts, von den Plänen der Sozialisierung ganzer Industrien und der Neuordnung unseres Siedlungs- und Wohnungswesens bis zu einfachen Verwaltungsmaßnahmen. An neuen sozialen Gesetzen, Verordnungen und Institutionen ist kein Mangel. Wie steht's aber mit neuem sozialen Geist, und wie steht es mit der lebendigen Bewährung aller dieser Kräfte, Gesetze, Verordnungen und Institutionen in der Wirklichkeit der Wirtschaft? Das Schema ist leicht, und es triumphiert die lückenlose Durchorganisation von der untersten Stelle der Gemeinde bis zu der obersten Reichsstelle. Die Kriegswirtschaft mit ihrer Absicht der lückenlosen Durchorganisation hat uns das Grauen vor diesem schematischen Aufbau gelehrt, dem Zimmermann den Ausdruck verleiht: Ist die neue deutsche Sozialpolitik in ihren Gesichtspunkten und Methoden überhaupt neu und wesentlich anders als im alten Vorkriegsdeutschland? und das einem Manne wie Erkelenz den Aufschrei von der Versteinigung der Sozialpolitik abnötigt, und das Lindemann von dem Zentralisationsfanatismus der Massen sprechen läßt. Von dem gesamten Ertrag von fertigen und halbfertigen sozialen und sozialistischen Planungen und Verordnungen bleiben für mich als Keime neuer Formen und neuer Möglichkeiten nur zwei: das eine, das noch vor dem Tore der Revolution steht, die Arbeitsgemeinschaft. Viel umfeindet und umstritten, heute nur durch Kompromisse notdürftig am Leben erhalten und trotzdem wahrscheinlich wegweisend für die Neuordnung unserer Wirtschaftsverfassung, und das andere der Betriebsrat, ebenfalls viel umfeindet, von den Arbeitern vielfach verworfen und beargwöhnt, von den Unternehmern zu einem Teil abgelehnt, zum anderen als Mädchen für alles mit Kleinlichen und unangenehmen Dingen belastet. Und trotz alledem steckt auch darin ein Neues für eine grundsätzliche Umgestaltung unserer Betriebsverfassung.

Aber es geht um viel, viel mehr als um dieses oder jenes sozialpolitische Gesetz. Vieles von dem, was getan wird, ist bitter notwendig. Wir müssen und wollen dankbar die Arbeiten und Mühen anerkennen, die von den für unsere Sozialpolitik verantwortlichen Stellen geleistet werden, so kritisch man auch dieses Schaffen von Organisationen und Institutionen betrachten mag, die an Stelle des Lebens die Einrichtung, an Stelle des Menschen den Beamten setzen, — aber darüber hinaus besteht für uns alle, einerlei ob wir sozialpolitisch arbeiten wollen

oder nicht, ob wir uns zur Sozialreform bekennen oder nicht, ob wir Sozialisten oder Individualisten uns nennen, das Gebot der völligen Neuordnung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens, indem wir die harten Folgerungen ziehen aus dem, was wirtschaftlich aus unserem Land und aus unserem Volk geworden ist.

Ich brauche Ihnen nicht den Weg durch die Papierwolken über das Geld zur Wirtschaft zu weisen. Diese Einsicht in die Dinge ist in diesem Preis selbstverständlich. Draußen in der Öffentlichkeit herrscht noch das Grauen vor den großen Zahlen der Papiergeldwirtschaft. Ins Ungeheuerliche verzerren die Nebel unseres zu Papier verflüchtigten Geldes die wirtschaftlichen Dinge und Tatsachen, zeigen uns Szenen der wirtschaftlichen Blüte und der Teuerung. Erst allmählich dämmert die Erkenntnis, daß hinter dem wesenlosen Schein und den Scheinen des Papiers die Not der Verarmung unserer Wirtschaft und der Verschleuderung unserer Habe liegt. Soweit uns Zahlen zur Verfügung stehen, zeigen sie unwiderleglich trotz der Unterbrechung im Jahre 1921 in sich verstärkender Wucht die Verarmung unserer Wirtschaft, den Rückgang der Erzeugung und des Verbrauchs.

Ich brauche hier nicht die Zahlen im einzelnen aufzuführen und kann mir in diesem Preis den Hinweis ersparen, daß viele unsicher und ungenau sind. Aber auch bei vorsichtigster Auswahl und Wägung der Ziffern weisen sie einzeln wie in ihrem Zusammenhange auf die beiden Brennpunkte unserer Lage: die Verarmung unserer Wirtschaft und die Verarmung unseres Volkes. Unsere Wirtschaft ist durch Krieg, Kriegsausgang und Revolution aufs schwerste erschüttert in ihrer Leistungsfähigkeit und in ihrer Leistung wesentlich geschwächt. Ich schätze die Minderung der Leistung und des Ertrags auf mindestens 40 %. Damit sind Arbeits-, Nahrungs- und Lebensraum eines jeden Deutschen enger geworden. Die Einengung des Lebens für Volk und jeden einzelnen Volksgenossen ist die soziale Seite der Verarmung der Wirtschaft. Die Einschnürung der Lebensmöglichkeiten, die Verengerung der Lebensaussichten haben zunächst die sozialen Schichten gespürt und erlitten, deren Daseinsbedingungen in den reichen Erträgen einer blühenden, voranschreitenden Wirtschaft ruhten, die „Spitzen“ der Gesellschaft und die Schichten der geistigen Berufe. Die Not der Armut hat aber rasch weiter und tiefer gegriffen und die Schichten des Mittelstandes und der Arbeiterschaft erfaßt. Sie wird auch die Massen und auch die Jugendlichen in ihren Bann zwingen, und dann wird erst

das tragische Geschick unseres Volkes erfüllt sein. Nur an einem Beispiel sei die soziale Wirkung unserer wirtschaftlichen Armut aufgezeigt. Wir sind nicht bloß durch den Stand unserer Währung durch die Sperrung des Auslandes gegen Einwanderung überhaupt und die Einwanderung von Deutschen im besonderen an unser Land gebunden, sondern auch in der Heimat sind durch das Darniederliegen der Bautätigkeit, die Zwangsbewirtschaftung des Wohnungswesens, die Verteuerung des Reisens und der Frachten innerstaatliche „Zoll- und Grenzschranken“ aufgerichtet worden, ist für uns Deutsche eine Schollenpflichtigkeit entstanden. Das ist aber nur ein Zeichen der Proletarisierung nicht nur der einen oder anderen Schicht, sondern des ganzen Volkes. Wo sind denn noch die Goldkapitalisten in Deutschland als soziale Schicht? Wie viele Goldkapitalisten haben wir im heutigen Deutschland? Ich lebe in der einst so reichen Stadt Frankfurt. Wir hatten vor dem Krieg 300 bis 400 Mark-Millionäre. Wieviel haben wir heute? Dem Papiervermögen nach gezählt zehntausende, nach dem Papiereinkommen berechnet fast die gesamte verdienende Bevölkerung; aber dem inneren Wert nach, wieviele haben wir da? Ich sprach mit einem Manne, der die Steuerverhältnisse auf das genaueste kennt. Er schätzte die Zahl der Privatpersonen, die heute noch Goldmillionäre sind, auf drei von den 300 bis 400.

(Widerspruch und Zustimmung.)

Wir leben in einer wirtschaftlichen und sozialen Revolution, die noch lange nicht ihr Ende, wahrscheinlich noch nicht einmal ihre Höhe erreicht hat. Wirtschaftliche und soziale Revolutionen haben im Gegenteil zu den politischen Revolutionen die Eigentümlichkeit, daß sie nicht nur Könige verjagen, sondern daß sie auch den Sessel des Bankdirektors und den Sessel des Schusters erschüttern, daß sie alle und jeden in ihren Bann ziehen. Zur Verarmung der Wirtschaft, zur Proletarisierung des Volkes kommt als drittes, was heute in seinen Anfängen als Überfremdung unserer Wirtschaft bezeichnet wird. Aber diese Überfremdung wird erst dann zu einer wirtschaftlichen und sozialen Macht werden, wird nicht nur Überfremdung, sondern Durchfremdung unserer Wirtschaft sein, wenn wir zur Stabilisierung unserer Währung gekommen sein werden. Sie wird erst möglich sein, wenn es vorher zu einer Stabilisierung unserer Verpflichtungen gekommen sein wird. Aber wenn die Stabilisierung unserer Währung Wirklichkeit geworden sein wird, dann werden wir vor den zwei Tatsachen stehen: das ausländische

Kapital sucht Anlage in deutschen Werten und Betrieben, und die deutsche Wirtschaft braucht das ausländische Kapital, weil ihr eigenes Geldblut zu Wasser geworden ist, und weil wir, da wir unser eigenes Kapital vorher im Verbrauch verzehrt haben, fremdes Kapital heranziehen müssen. So ist es ein vergebliches Bemühen, durch Gesetze, Verordnungen oder Satzungsbestimmungen in Gesellschaftsverträgen unsere Betriebe, seien es Schlüsselindustrien oder andere, vor der Überfremdung zu schützen. Glaubt in diesem Kreis einer, daß das möglich ist, wirtschaftliche Zwangsläufigkeiten durch papierne Bestimmungen aufzuhalten? Wer das lebensnotwendige Kapital gibt, sei es durch Beteiligung oder durch Rohstofflieferungen oder durch Kredit, hat die Entscheidung über die Betriebe mit und ohne Paragraphen.

Wir werden ein Volk von Proletariern werden, das Fremden zinst und für Fremde arbeitet. Es nützt nichts, vor Hartem die Augen zu schließen. Das Suchen nach Schuldigen ist ebenso ohne Sinn und Ziel wie Entrüstung oder Klage oder Anklage. Es gibt nur eins, die Dinge und Entwicklungen erkennen und darnach handeln. Verarmung und Durchfremdung unserer Wirtschaft, Proletarisierung des Volkes unter fremder Zinsherrschaft, diese drei bestimmen unser Schicksal. Deshalb ist unser Lebensziel so einfach geworden, und deshalb ist für uns Wirtschaft und Sozialpolitik eins geworden. Durch Wirtschaft müssen wir überhaupt erst wieder unsere Freiheit, unsere äußere und innere, gewinnen. Die einfachsten natürlichen Bedingungen des Daseins in seinem ursprünglichen leibhaften Sinn sind für uns heute Inhalte unserer Politik und unseres Tuns geworden. Unsere Weltpolitik, unsere Wirtschaftspolitik und unsere Sozialpolitik ist heute auf eine einfache Formel gebracht: die Organisierung des Feldzugs gegen Hunger und Kälte. Wir brauchen Brot, wir brauchen Kohle, wir brauchen Kleidung, und wir werden in nicht allzu ferner Zeit Arbeitsgelegenheit für die Masse brauchen. Wie stehen nun die unsere Sozialpolitik bestimmenden Mächte zu dieser Frage? Die Arbeiterschaft und ihren Führern fällt heute die erste Entscheidung zu. Sie hat wesentlichen Anteil an der Staatsherrschaft. Das verpflichtet nicht bloß zum Herrschen, sondern auch zu regieren, Verantwortung erfüllen.

Ein Teil der Führer erkennt wohl die Schwere der Aufgabe; er sieht und fühlt die Verantwortung. Aber die Meinung der Masse, soweit sie aus der Presse und aus Versammlungen erkennbar wird, hallt noch wider von den alten Schlagworten des Klassenkampfes, von

den alten Anklagen gegen Kapitalisten und Bürgertum, wird beherrscht von dem Ruf nach Schuld und Schuldigen. Für sie besteht noch die wirtschaftliche und soziale Welt des Deutschlands vor 1914. Wir müssen alle unsere alten Lehrbücher verbrennen, müssen erkennen, daß das heutige Deutschland nicht das Deutschland von 1914 moins les dynasties, sondern ein völlig anderes Deutschland ist. Ich frage noch einmal: Wo sind heute unsere deutschen Goldkapitalisten als soziale Schicht? Welche wirtschaftliche und soziale Macht bedeuten die wenigen, die wir haben, gegenüber den ausländischen Kapitalisten? Worin unterscheidet sich denn heute sozial, wirtschaftlich und finanziell das deutsche Bürgertum von der Arbeiterschaft? In der Berufsstellung, ja, im Einkommen stehen die „Bürger“, soweit sie Arbeitseinkommen beziehen, auf der Grundlinie des Daseinsmindest, also fast gleich den Arbeitern. Die eigentlichen „Kapitalisten“, die ausschließlich vom Kapitalzins lebenden Schichten, sind in weitem Umfang in ihrem Einkommen unter die Arbeiterschaft, in die Schicht der Armen, gesunken. In ihrer Lebenshaltung leben die Bürger in der Wohnung und auf Grund alten guten Hausrats besser als die Arbeiter; aber stärker als für die Arbeiter ist für die in den geistigen Berufen wirkenden bürgerlichen Schichten die Schollenpflichtigkeit und die Verengung des Lebenspielraums, die Abschnürung der Lebensmöglichkeiten zum Fluch geworden.

Was haben wir heute und was wird künftig an Arbeitsmöglichkeiten und Aufstiegsmöglichkeiten für unseren geistigen Nachwuchs sein? Ich stehe jedesmal mit Scham und Sorge in den Vorlesungen vor den jungen Studenten in der quälenden Frage: Was soll aus ihnen werden? Ich bringe Duzende von Malen eher Leute, die nicht studiert haben, in Stellungen unter, als einen, der sein Doktorexamen gemacht hat. Ihm sind viele Arbeitsmöglichkeiten verbaut, weil man glaubt, er sei zu anspruchsvoll, und wer unter uns weiß nicht, wie weit ein Doktor heute schon seine Ansprüche herabzusetzen bereit und genötigt ist.

Heute herrscht unsere Arbeiterschaft; sie muß auch die Pflichten des Regierens erkennen und erfüllen und muß in Erkenntnis der vollen Verantwortung an die Lösung ihrer geschichtlichen Aufgabe gehen. Sie muß produktiv denken, nicht nur wirtschaftlich konsumtiv. Sie darf sich nicht bloß als Lohnempfänger und Verbraucher fühlen, sondern als Mitarbeiter. Mitunternehmer sein wollen, heißt mit der Verantwortung tragen, und das heißt auch kapitalistisch denken und den Kapitalismus verwenden müssen, wenn und soweit er zur Lösung einer

Aufgabe notwendig ist. Wir sollten aus den Erfahrungen der Bolschewisten lernen, die in der Theorie den Kapitalismus bis aufs Blut bekämpfen, und mit den Kapitalisten und den großen Finanzmächten Verträge schließen. Lenin ist seit Jahr und Tag noch weiter gegangen. Seine Reden sind Auseinandersetzungen und Empfehlungen wissenschaftlicher Betriebsführung und lesen sich wie Seminararbeiten bei einem betriebswissenschaftlichen Seminar. Die Wirtschaft setzt ihre Gebote mit brutaler Gewalt durch; sie gibt nichts auf Pathos, sondern sie fragt allein: Was ist wirtschaftlich zweckmäßig und finanziell möglich?

Sehen und aussprechen das, was ist, das ist die eine Forderung, die seit Lassalle als Schlagwort, seltener als Gebot unserer Arbeiterschaft und ihren Führern geläufig ist. Die andere, nach dieser Erkenntnis zu handeln und den Mut zur Verantwortung und die Zivilkurage zu bewähren, auch wenn dabei das ganze alte Handwerkszeug an Agitationschriften und Lehrbüchern in Bruch geht, wenn der ganze Chorderer, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, „Verrat“ schreit. Denn sonst kommt rascher als wir ahnen ein Tag, an dem die Masse das in die Tat umsetzt, was der genialste soziale Agitator, den wir in Deutschland gehabt haben, Büchner, gegen die demokratischen Radikalen seinerzeit in die Worte gekleidet hat: Es ist wichtiger, daß der Bauer seine Kartoffeln schmelzen kann, als daß ein Literat ein Buch zensurfrei veröffentlichen kann. Dann werden die Massen sagen: Was nutzen uns politische Rechte; wir wollen Brot und Kleidung. Uns hungert, und ihr gebt uns Papier. Sie werden dann zum offenen Kampf schreiten; aber Kampf — äußerer und noch mehr innerer Krieg — ist die unzweckmäßigste Form der Wirtschaft, und von allen Beschlagnahmen ist die des wilden Nehmens die kostspieligste, uneinträglichste und ungerechteste Form der Gütererfassung und Güterverteilung. Deswegen ist es notwendig, daß die Führer der Arbeiterschaft, die heute unsere Geschicke mit bestimmen, den Zusammenhang der Wirtschaft und des sozialen Lebens, die Erfordernisse der Wirtschaft als des Grundes aller sozialen Arbeit sehen und erkennen, und daß sie aus den Tatsachen in ihren Regierungsmaßnahmen die Folgerungen ziehen, auch wenn es gegen die Gedanken und Vorstellungen geht, an denen sie ihr Leben lang gehangen habe; denn vor den höchsten sozialistischen Forderungen steht der Mensch in seiner Not. Die Welt der Wirtschaft steht unter dem Gesetz der Zweckmäßigkeit. Nicht darauf kommt es

an, ob eine Maßregel sozialistisch oder individualistisch ist, sondern ob sie zweckmäßig oder unzweckmäßig ist. Das gilt es im großen wie im kleinen. Deshalb ist zu prüfen und festzustellen, auch in den organisatorischen Fragen, ob die Erfüllung einer wirtschaftlichen Aufgabe in der Form der öffentlichen oder der privaten Unternehmung zu erfolgen hat.

Nur eine Frage dazu: Wird jemand, dadurch, daß er Angestellter, Beamter eines bis dahin privaten, nunmehr öffentlichen Unternehmens geworden ist, aus der Sphäre des eigenen Interesses in die des Allgemeininteresses hinaufgehoben? Wir hatten im alten Staat ein Beamtentum in jahrhundertelanger Auswahl, Zucht und Arbeit ausgebildet und geformt, bei dem die eigennützigen Gedanken, die vorhanden sind, wo Menschen sind, stark gefesselt und gebunden waren. Aber ist das heute überhaupt oder schon denkbar? Ich will keinen Stein auf unser heutiges Beamtentum werfen. Aber man muß auch diesen Dingen offen ins Auge sehen und sie offen aussprechen. Ist heute unser Beamtentum irgendwie nicht eigeninteressiert, ist es nicht nur anders eigeninteressiert wie ein Mann der Privatwirtschaft? Ist nicht sowohl für das öffentliche als auch für das Privatbeamtentum der gesamte Klassenkampf übergegangen in einen Gehaltsklassenkampf? Ist es nicht eine der wichtigsten Fragen, mit welchen sich heute neun Zehntel der Beamten und Angestellten in einem guten Teil ihrer Arbeitszeit beschäftigt, festzustellen, wieviel mehr an Gehalt die andere Gruppe bezieht, und wieviel die eigene Gruppe zu beanspruchen hätte? Ist nicht das geistige Leben weiter Schichten so verarmt und verengt, daß ein erheblicher Teil der öffentlichen und privaten Auseinandersetzungen, so weit sie nicht von den Klagen über Preise ausgefüllt sind, um die Frage geht, in welcher Gehaltsklasse man ist? Ich erwarte den Zeitpunkt, wo jeder, der früher auf seiner Visitenkarte sich als „Leutnant der Reserve“ bezeichnete, nunmehr daraufsetzen wird: Mitglied der Klasse soundsoviel, Stufe soundsoviel, mit Anwartschaft der Klasse soundsoviel und Stufe soundsoviel.

(Weiterkeit.)

Nicht bloß der Beamte, auch der private Unternehmer ist in weitem Umfange Wahrnehmer öffentlicher Interessen, auch dann, wenn er nicht, wie der alte Krupp, von dem Gedanken erfüllt ist, daß jede Arbeit dem Gemeinwohl dienen solle. Auch der Unternehmer, der nichts anderes vor Augen hat als seinen Profit, kann in der Wirtschaft nicht

aus sozialer Gesinnung oder Absicht, nicht aus Eid und Amt, sondern durch Tat und Leistung wertvollste soziale Dienste leisten. Der landwirtschaftliche Großunternehmer, der durch Züchtung einer neuen Kartoffelsorte erreicht, daß der Ertrag unseres Ackers von 80 auf 150 Zentner je Morgen steigt, der Fabrikant, der eine neue Industrie ins Leben ruft, neue Arbeitsgelegenheit schafft, verrichtet wichtigste soziale Dienste, auch wenn er es tut, um 20 % und mehr zu verdienen. Deshalb müßte es einer sozialistischen Regierung aus dem Gebot der Sozialpolitik, so bald und so weit für die Wirtschaft überhaupt oder einen Industriezweig erkannt oder durch Erprobung oder Erfahrung festgestellt ist, daß die private Unternehmungsform die wirtschaftlich zweckmäßige und überlegene ist, dazu kommen, privates Unternehmertum wirtschaftlich und sozial sicherzustellen, damit es die ihm gesetzten wirtschaftlich wichtigen und unentbehrlichen Aufgaben erfüllt.

Vor fünfzig Jahren war es die Absicht der Gründer des Vereins, gegen den Strom der öffentlichen Meinung zu schwimmen, in der Öffentlichkeit zu kämpfen. Es ist anders gekommen. Warum und wie hat Herr Geheimrat Herkner dargelegt. Schmoller hat später die Aufgabe des Vereins dahin bezeichnet, daß er, gleich dem „Chor in der antiken Tragödie“, die Ereignisse der Zeit begleitet, „ruhig und leidenschaftslos zur Seite stehend, für das Wahre und Gute, für das Billige und Gerechte eintreten“ solle. Wer die Geschichte unserer Nationalökonomie, die Anteilnahme und Einwirkung der Wirtschaftswissenschaft und ihrer Träger auf unser öffentliches Leben und unsere Wirtschaft kennt — gestatten Sie es mir, daß ich als Mann der Praxis das offen sage —, muß mit Bedauern feststellen, daß die nationalökonomische Wissenschaft in weitem Umfang abseits der öffentlichen Meinung steht, fremd zur praktischen Wirtschaft steht, wie diese fremd ihr gegenübersteht, daß sie in der Wirtschaft wie in der Verwaltung nicht zu der ihr gebührenden Wirkung gekommen ist. Die Gründe hierfür darzulegen, gehört weder hierher noch zu meinem Amt und Aufgabe. Nachdem 1872 die junge Generation der Hochschullehrer — und es ist bezeichnend, daß es der junge Straßburger Professor Schmoller gewesen ist, der die Fahne trug und aufrollte, erfüllt von dem Gründungsgedanken der neuen Straßburger Universität und des neuen Reiches, zum erstenmal von dem Katheder zur Rednertribüne, aus dem Hörsaal zur Versammlung gegangen war —, entsinne ich mich nur einmal, daß nationalökonomische Professoren in größerer Zahl unter

das Volk gegangen sind; es war in der Zeit der Flottenvorlage. Damals rangen eine Reihe von nationalökonomischen Professoren auf den Rednertribünen der Massenversammlungen mit den Vertretern der Arbeitererschaft um die wirtschaftliche Begründung des Baues einer Flotte. Heute handelt es sich nicht mehr um die eine oder andere politische oder wirtschaftliche Frage. Heute geht es um Leib und Leben unseres Volkes und eines jeden von uns, um unser und unseres Volkes Dasein. Ich erkenne alles, was die nationalökonomische Wissenschaft auf dem Gebiet der Forschung geleistet hat, leistet und noch zu leisten berufen ist, in vollem Umfang an; ich bin mir durchaus klar, daß es eine Zahl von Gelehrten gibt, die ausschließlich der Forschung dienen wollen, und nur so dem Volke dienen können. Ich verkenne nicht die Gefahren, die sich für die Reinheit und Feinheit der wissenschaftlichen Mittel und Methoden aus der Anteilnahme an dem harten Kampfe des Alltags ergeben können und werden. Ich will und kann auch nicht fordern, daß der Verein für Sozialpolitik als solcher eine Schwenkung in seiner Richtung vornehmen soll. Aber wenn es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes geht, darf dann die nationalökonomische Wissenschaft Chor bleiben, muß sie nicht aus den Hörsälen in die Öffentlichkeit treten, läuft sie sonst nicht die große Gefahr, daß das Leben an ihr vorbeigeht, daß sie lebensfremd wird, und daß sie dann dem Leben und unserem Volke überhaupt nichts mehr zu sagen hat? Wo war und was galt denn die nationalökonomische Wissenschaft während des Krieges und der Nachkriegszeit? Müssen wir denn von fremden Nationalökonomien unser Volk wirtschaftlich belehren lassen?

(Sehr richtig.)

Gehört der nationalökonomische Professor, soweit er es vermag, nicht hinein in das Leben der Wirtschaft und des sozialen Tuns? Weileibe nicht, um die Wissenschaft volkstümlich zu lehren. Das konnte man früher tun und auch nur mit beschränkter Wirkung. Die Arbeitererschaft war und ist kein Schulkind, und ist es heute weniger denn je. Sie ist heute Herrscher geworden; sie will regieren und sie soll regieren.

Es ist aber uraltes Schicksal der Personen und Schichten, die in der Herrschaft sind, daß sie weder die Wahrheit hören wollen, noch daß sie die Wahrheit zu hören bekommen. Wenn Schmoller dem Verein für Sozialpolitik die Aufgabe gestellt hat, Lehrmeister des Beamtentums des alten Staates zu sein, so möchte ich als Aufgabe dem Verein setzen: Lehrmeister der Herrscher des neuen Staates zu sein. Professor sein

heißt Bekenner sein. Seien Sie Bekenner der Wahrheit für die, die im Regiment sind. (Stürmischer Beifall.)

Es folgen hier zu Punkt 5 der Tagesordnung die geschäftlichen Erörterungen sowie die Beschlüsse der Vereinsversammlung, über die am Schlusse der Verhandlungen berichtet wird.

Professor Seibt: Meine Damen und Herren! Noch stehen wir am Anfang unserer Verhandlungen; aber wer aufmerksam auf die Klänge geachtet hat, die gestern schon und heute noch verstärkt hindurch sich zogen durch unsere Verhandlungen, der ist vielleicht bereits auf ein leitendes Motiv aufmerksam geworden, welches möglicherweise das Hauptmotiv werden wird, unter dem auf unserer Tagung verhandelt werden wird. Ich meine das Motiv: Denkt nicht so sehr an die Konsumtion, sondern denkt heute an die Produktion! Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich mir erlauben, Ihnen heute in ganz kurzen Zügen ein Gesamtbild unserer deutschen, und wenn möglich, auch noch der österreichischen Wirtschaft vorzuführen, indem ich in Anbetracht der kurzen Zeit, die zur Verfügung steht, weniger auf die Vorführung von Material als auf die Herauslösung der inneren Zusammenhänge bedacht sein werde.

Unser Wirtschaftsleben wird beherrscht von der Geldentwertung. Der grundlegende Einfluß, den die Geldentwertung auf unser Wirtschaftsleben ausübt, liegt darin, daß sie kapitalvernichtend wirkt. Daß der Geldgläubiger, der ausgeliehen hat, am Sachwert seines Vermögens verliert, ist augenscheinlich. Wer früher eine halbe Million besessen hat, konnte von den Zinsen leben; heute nicht mehr, aber sagt man: gewinnt nicht der Schuldner ebensoviel wie der Gläubiger verliert, wirkt eine allgemeine Herabminderung der Schulden nicht erleichternd, wie ein Schuldenerlaß der Großen an die Kleinen? Mit Sozialpolitik hat die Schuldenerleichterung heute außerordentlich wenig zu tun. Gläubiger und Schuldner stehen einander nicht in ähnlicher Weise gegenüber wie Besitzende und Nichtbesitzende. Ein anderer Gegensatz kommt diesem Gegensatz weit näher, nämlich der Gegensatz zwischen Unternehmern und Nichtunternehmern. Unsere Unternehmer sind in höherem Maße Schuldner und die Nichtunternehmer in höherem Maße Gläubiger. Die Unternehmer sind Schuldner als Hypothekenschuldner gewerblicher Anlagen in der Landwirtschaft, auch im Hausbesitz. Sie sind Schuldner als Ausgeber von Schuldobligationen, ferner, indem

sie Wechselkredite, Bankkredite usw. in Anspruch nehmen. Die Angestellten, die geistigen Arbeiter, die Beamten sind überwiegend Gläubiger. Man wird einräumen müssen, daß im großen und ganzen die Sparer, die Versicherungsnehmer weniger vermögenden Klassen angehören als diejenigen, die aus den Sparkassen, Versicherungsunternehmen usw. Hypotheken empfangen. Ich will das nicht weiter ausführen. Man kann den Gesamtbetrag der ausgeliehenen Hypothekengelder in Deutschland auf etwa 65 Goldmilliarden schätzen und annehmen, daß mehr als ein Drittel des gesamten deutschen Volksvermögens ausgeliehen ist, wobei ich Aktien und andere Gesellschaftsanteile einrechne, und sich zum größten Teil als fremdes Geld in den Händen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmer nebst den Hausunternehmern befindet.

Ich gehe weiter. Daraus nun, daß die Unternehmer fortdauernd in ihrer gewaltigen Schuldenlast erleichtert werden, entsteht die Scheinblüte unserer Industrie oder, man darf es so ausdrücken, die Schwindsuchtblüte unserer Industrie. Die fortdauernde Erleichterung der Schuldenlast des Unternehmertums ermöglicht es, unter volkswirtschaftlichen Verlusten privatwirtschaftlich rentabel zu arbeiten. Nehmen wir ein Beispiel. Ein Sägewerk hat sich 1 Million Mark von einer Bank geliehen; es kauft einen Wald; dieser Wald wird gefällt, es werden Bretter geschnitten, die Bretter werden verkauft, und nach Abschluß des gesamten Geschäftes sind 2 Millionen in der Kasse des Sägewerks. Daraus wird die eine Million an die Bank zurückgezahlt. Inzwischen aber ist der Wert der Mark auf ein Viertel gesunken; demnach stellt sich das Verhältnis folgendermaßen dar. Das Sägewerk hat 1 Million Papiermark gewonnen, das sind 250 000 Goldmark. Die Bank hat zwar ihre Million zurückbekommen, die aber nur noch $\frac{1}{4}$ Million Goldmark wert ist, folglich macht ihr Verlust 750 000 Goldmark aus. Der Verlust der Bank ist größer als der Gewinn des Unternehmers, nämlich um 500 000. Diese 500 000 Goldmark sind der volkswirtschaftliche Verlust, indem das Sägewerk in der Lage gewesen ist, zu billigeren Preisen zu liefern, als es möglich gewesen wäre, wenn die Geldentwertung nicht eingetreten wäre. Dabei macht es keinen Unterschied aus, ob die Bretter ins Ausland gegangen sind oder nicht. Im Falle der Ausfuhr liegt eine Wertverschleuderung ans Ausland, im Falle der Verwendung im Inland ein Überverbrauch im Inland vor. Das Maß des Kapitalschwundes bleibt das gleiche. Indem die

Unternehmer durch den Wettbewerb sich in ihrem Gewinn beschränken und nur auf die privatwirtschaftliche Rentabilität Rücksicht zu nehmen haben, ermäßigen sie die Preise unter diejenigen Grenzen, welche innegehalten werden müßten, damit ein volkswirtschaftlicher Verlust nicht entsteht. Und nicht bloß auf Kosten ihrer unmittelbaren Gläubiger werden die Unternehmer gestärkt, sondern auch Verluste mittelbarer Gläubiger laufen in reichem Maße unter. Die Produktivkraft der Unternehmungen wird dadurch gestärkt, daß inländische Rohstoffe unter dem Weltmarktpreis geliefert werden, daß die Arbeitskräfte billiger bezahlt werden können, weil allerhand zur Verbilligung der Lebensmittel, zur Erleichterung der Lage der arbeitenden Klassen — man denke nur an die Mieten — erfolgt. Auch diese Verluste gehen in die Unternehmung über und ermöglichen billigere Preise. Nicht nur seine eigentlichen Gläubiger, und ferner nicht bloß die mittelbaren Gläubiger werden in dieser Weise geschädigt, sondern auch — welche Ironie — sich selber schädigt der Unternehmer zum Teil in gleicher Weise. Denn seinem Geschäft gegenüber erscheint der Unternehmer als Gläubiger. Das Geschäft ist buchungsgemäß der Schuldner, der Unternehmer der Gläubiger, und indem nun das Geschäftskapital sich mit der Entwertung der Mark gleichfalls entwertet, während die Vorräte, Waren usw. im Preise steigen, erleidet der Geschäftsinhaber als sein eigener Gläubiger die gleichen Verluste. Denn die steigenden Preise blähen die Werte der Aktivseite auf, so daß sie diejenigen der Passivseite, wo sich das Stammkapital findet, übersteigen. So entsteht ein rechnerischer Überschuß, der als Geschäftsgewinn gilt. Zwar erlaubt das Gesetz, gewisse Werte auf der Aktivseite durch Festhaltung älterer Anschaffungs- und Herstellungswerte niedrig zu halten, auch kann neuerdings die Passivseite mit einem Werkerhaltungsfonds belastet werden, wodurch die Geldentwertung etwas ausgeglichen wird; aber grundsätzlich gehen unsere Bilanzen und unsere Gewinn- und Verlustrechnungen davon aus, daß die frühere Goldmark, die ältere Papiermark und die jüngere Papiermark einander gleichgesetzt werden. Bei den Aktiengesellschaften empfangen die Direktoren ebenso ihre Tantiemen von den Scheingewinnen wie von den wirklichen Gewinnen. Privatwirtschaftlich gesehen hätten sie kein Interesse, auf die Zurückhaltung von Gegenwerten gegenüber der Entwertung bedacht zu sein. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß dies in großem Umfange geschieht. Ich nehme an, daß fast unsere gesamte Industrie, daß fast alle unsere Aktiengesell-

schaften mit volkswirtschaftlichen Verlusten gearbeitet haben und in großem Umfange auch mit privatwirtschaftlichen Verlusten. Wenn Sie heute den Wert einer Aktie in Goldmark umrechnen und vergleichen, was dieser Betrag bedeutet gegenüber dem früheren Wert der Aktie in Goldmark, so werden Sie zu erstaunlichen Ergebnissen kommen. Beispielsweise beträgt der Wert einer Aktie der Deutschen Bank heute nicht viel mehr als früher eine einzige Jahresdividende der Deutschen Bank, wenn Sie sie in Goldmark umrechnen. In diesem Kursstand liegt doch ein Bekenntnis dazu vor, daß die früheren Goldwerte stark ausgelaugt sind.

Es ist mir nun unmöglich, in dieser Weise meinen Gedankengang weiter zu verfolgen. Ich kann also nur kurz sagen: Der Handel arbeitet gleichfalls in derselben Weise mit volkswirtschaftlichen, teilweise, namentlich infolge der Preistreibereigesetzgebung, selbst mit privatwirtschaftlichen Verlusten. Bei der Landwirtschaft wurden im ganzen ebenso volkswirtschaftliche Verluste herbeigeführt. Der Hausbesitz arbeitet vorläufig ebenfalls volkswirtschaftlich, größtenteils auch privatwirtschaftlich, mit Verlusten.

Wenn wir das volkswirtschaftliche Sachkapital durchsehen in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft, so würden wir erhebliche volkswirtschaftliche Minderwerte heute feststellen müssen. Der Produktionsapparat ist also herabgewirtschaftet, und dies bedeutet eine Verminderung der Produktivität. Die Verminderung der Produktivität hat aber noch andere Gründe. Hier wären Ausführungen zu machen über die Herabminderung der Arbeitsleistung, über den Geist, der in der Arbeiterschaft herrscht. Die Höhe der gezahlten Löhne ist angesichts der Minderung der Leistung aus unter volkswirtschaftlichen Zubeußen, das heißt unter Kapitalchwund der Wirtschaft erreichbar.

Ich hätte gern wenigstens noch von dem Kredit, der Spartätigkeit und dem Kapitalmangel gesprochen, hätte weiter zu zeigen gewünscht wie in Oesterreich eine Gegenwehr der Wirtschaft eingesetzt hat, um diese Schädigungen los zu werden, wie sich dies auch in Deutschland in den Anfängen herausbildet, wie das aber zur Folge hat, daß das Papiergeld von der Wirtschaft abgestoßen wird, immer weiter herabsinkt, und wie schließlich der Staat selbst an dem Papiergeld stirbt, nachdem er die Wirtschaft damit vergiftet hat.

Geheimrat Julius Wolf: Meine verehrten Herren! Der Aufruf des Herrn Präsidenten kommt mir etwas unvernünftig, da ich mich

nicht so früh an der Reihe glaubte. Meine Absicht, als ich mich heute vormittag zum Wort meldete, war die, an einige Bemerkungen anzuknüpfen, welche in der Rede des Herrn Vorsitzenden des Vereins gefallen waren und die mir engen Bezug auf das Thema, das weiterhin hier verhandelt wurde, zu haben schienen. Ich habe in dem überaus reichen Material, das Herr Geheimrat Hertner hier in seiner Rede geboten hat, die mir wirklich einen würdigen Abschluß zu bieten schien für die erste fünfzigjährige Periode des Vereins und eine Einleitung, einen wirklichen Auftakt für das nächste halbe Säkulum desselben — ich habe aus dieser Rede neben vielen anderen zumal folgende Gesichtspunkte auf mich wirken lassen, die mir unter bestimmten Gesichtspunkten und unter Bezugnahme auf das hier zu behandelnde Thema einer Unterstreichung wert und würdig erschienen. Herr Geheimrat Hertner hat gegen Schluß seiner Rede auf Äußerungen Schmollers Bezug genommen, die da sagten, daß die weitere Arbeit in der Nationalökonomie einer freihändlerischen Orientierung bedürfen werde. Als ich den Vorsitzenden des Vereins darüber befragte, wie diese Äußerung wohl gemeint gewesen sei, da erfuhr ich, daß sie dahin zu interpretieren sein dürfte, daß die Methode der klassischen Nationalökonomie weiterhin stärker in den Vordergrund zu rücken sein werde bei der Bearbeitung nationalökonomischer Probleme als in letzter Zeit oder in den ersten fünfzig Jahren des Vereins für Sozialpolitik. Das zu unterstreichen scheint mir in der Tat nicht ohne Wert zu sein.

Die andere Äußerung, die mir der Aufmerksamkeit wert scheint, war der Hinweis darauf, daß die Macht der Gewerkschaften heute in Deutschland einen Grad erreicht hat, daß man von ihnen sozusagen als einem Staat im Staate sprechen kann. Daß eine Äußerung ähnlich dieser an solcher Stelle fiel, hat auf mich einen besonderen Eindruck gemacht, und ich bin keineswegs sicher, daß sie eine Übertreibung enthält. Ich glaube, es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir aussprechen, daß, ungefähr was die Adels- und Militärkaste im Vorkriegsdeutschland war, die damit bezeichnete Kaste heute geworden ist. Das soll nicht mißverstanden werden. Ich will weder dem Koalitionsrecht als solchem nahe treten, noch die Gestion der Gewerkschaften tadeln; aber ob das der Arbeiterschaft gewährte Koalitionsrecht im Interesse des Staatsganzen nicht einer Überprüfung bedarf, genau so wie das den Unternehmern gewährte Koalitionsrecht, das Recht der Syndizierung, der Kartellierung, der Trustsbildung, das scheint mir allerdings eine Frage.

Zu welchem Ergebnis sie führen wird, muß selbstverständlich offen bleiben.

Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Frage als solche aushebe auf die Gefahr hin, Opposition bei Ihnen auszulösen, so verkenne ich nicht, in keiner Weise, daß von den Gewerkschaften — wenn sie auch Staat im Staate sind; denn das sind sie heute — vor allem eine so verhängnisvolle außenpolitische Wirkung niemals ausgehen kann, wie sie von der Adels- und Militärkaste ausgegangen ist. Wir wissen ja, daß an den kriegerischen Mißerfolgen Deutschlands nicht zuletzt die Führung auch des politischen Geschäfts durch deutsche Generäle ihre Schuld getragen hat. Die Gewerkschaften haben nicht die Absicht, außenpolitisch in dieser Weise tätig zu werden; aber innenpolitisch ist die von ihnen drohende Gefahr nicht zu unterschätzen, die Gefahr, daß sie dem Ganzen die Richtung geben, wenn sie auch nur ein Teil des Ganzen sind. Es liegt mir, ich muß das wiederholen, durchaus fern, irgendwie dem Koalitionsrecht nahetreten zu wollen, und auch das betone ich nochmals, daß ebenso wie es einer gewissen Kontrolle auf der Seite der organisierten Arbeiter bedarf, eine Kontrolle auf Seite der organisierten Unternehmer nicht zu umgehen ist.

Des weiteren, meine Damen und Herren, scheint es mir nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß, wenn ich zwischen den Zeilen der hier gehaltenen überaus gehaltvollen Rede richtig gelesen habe, diese Rede nicht zuletzt ein Bekenntnis zum bürgerlichen, zum individualistischen Wirtschaftsstaat gewesen ist. Ein Bekenntnis von dieser Stelle scheint mir wieder von nicht zu unterschätzender Bedeutung zu sein. Es ist mit vollem Recht von Ihrem Herrn Vorsitzenden darauf hingewiesen worden, daß auch die Männer, die an der Wiege des Vereins für Sozialpolitik gestanden haben: Schmoller, Wagner, Brentano, im Herzen legten Endes Anhänger der individualistischen Idee gewesen sind, wenn sie auch hin und wieder — das scheint mir auch zur Ehre der Wahrheit ausgesprochen werden zu müssen — der Zweifel anwandelte, ob nicht der sozialistische Staat sozial Besseres als der individualistische zu leisten vermöchte. Diese Zweifel scheinen heute weggeschauert zu sein, und daß sie es sind, das dünkt mich eine Tatsache von Bedeutung auch in der Geschichte des Vereins für Sozialpolitik. Wir haben ja währenddessen die Probe auf das Exempel machen sehen. Ich denke an das Exempel, das in dem großen Nachbarreich gemacht worden ist. Ich erinnere daran, daß Bismarck einmal die Äußerung

tat, daß er gern bereit wäre, eine preußische Provinz der Sozialdemokratie als Versuchsfeld zu überlassen. Die Sache ließ sich aus einleuchtenden Gründen nicht ins Werk setzen. An Stelle der preußischen Provinz hat sich aber das russische Niesenreich, um die Sache so zu formulieren, der Menschheit für das Experiment zur Verfügung gestellt, und es kann heute wohl gesagt werden, daß das Experiment mißglückt ist. Auf das Nähere der Umstände kann nicht eingegangen werden. Ob die Herren drüben immer noch daran denken, den sozialistischen oder kommunistischen Wirtschaftsstaat früher oder später aufzurichten, weiß ich nicht. Tatsache ist, daß sie es heute mit anderen Kombinationen versuchen. Ob da alles aufrichtig gemeint ist, das entzieht sich unserer Kontrolle. Ich habe bisher nicht zu dieser Annahme geneigt; aber ich bin dessen sicher, daß die Entwicklung in den nächsten Jahren weiter gegen den sozialistischen Staat zeugen wird.

Meine Damen und Herren! Ein letztes Wort; denn es sollten nur einige aphoristische Äußerungen sein, die ich Ihnen biete. Selbstverständlich ist, daß der individualistische Wirtschaftsstaat, für den zwischen den Zeilen der Herrnerschen Rede ein Bekenntnis abgelegt worden ist, sozialer, ja, wenn Sie wollen, sozialistischer Korrekturen bedarf. Was bisher im Laufe des letzten Jahrhunderts darin geleistet worden ist — Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung usw. —, war bei aller Bedeutsamkeit doch mehr Arbeit an der Fassade; wir müssen sehr viel tiefer greifen. Wir müssen, wie die Russen von dem sozialistischen Wirtschaftsstaat in den individualistischen sich hinentwickeln zu wollen oder doch zu müssen scheinen, einen Schritt über den individualistischen Wirtschaftsstaat hinaus zu einem viertelsozialistischen Wirtschaftsstaat hin tun. Ich erinnere, um einigermaßen deutlich zu sein, an die Versuche, welche von jener Theorie der Grundrente ausgehen, die wir Ricardo verdanken, Versuche, die, wenn auch theoretisch richtig fundiert, praktisch vielfach fehlgegangen sind, aber doch weithin Nutzen gestiftet haben. Ich bekenne gegen die modernen Bodenreformer, daß ich Anhänger des Systems der Mietzkaserne bin, der hygienischen Mietzkaserne, weil sie ein Minus an Kosten gegenüber anderen Siedelungen darstellt. Aber wie hier wird auch sonst in wesentlichen Dingen sozialistisch Hand anzulegen sein. Trotzdem aber und eben darum scheint mir von größter Bedeutung, daß von dieser Stelle hier das Bekenntnis zum individualistischen Wirtschaftsstaat abgelegt worden ist, dessen Anhänger und Verfechter, gelegentlich auch gegen die härtesten Angriffe, ich mich seit Jahrzehnten nenne.

Gothein=Heidelberg: Unter dem, was Stadtrat Stein ausgeführt hat, hat vieles aus unser aller Herzen gesprochen. Er hat die Verarmung Deutschlands dargestellt — ich möchte lieber sagen, die drohende Verarmung. Die wichtigsten aller produktiven Kräfte, die Arbeitskraft, ist uns, wenn auch etwas gemindert, im wesentlichen erhalten geblieben, und unser Grund und Boden ist uns erhalten geblieben; auch er ist nicht überfremdet. Aber es ist eine Aufgabe, nachzuprüfen, wie weit unsere Produktionsfähigkeit eingeschränkt ist, wie weit die Proletarisierung ein Schreckgespenst, wie weit sie Wirklichkeit ist. Dazu gehören andere Unterlagen, als wir sie gegenwärtig beschaffen können. Ich möchte mich nicht so pessimistisch wie Stadtrat Stein in diesem Punkte aussprechen. Er wird mich nicht zu der Überzeugung bringen, daß nur noch drei Goldmarkmillionäre in Frankfurt vorhanden seien.

Viel wichtiger als das ist die prinzipielle Stellungnahme, und auch der erste Herr Medner hat betont, der Verein für Sozialpolitik scheine in dieser Tagung unter dem Zeichen einer bestimmten Ansicht zu stehen, nämlich, daß die Aufgabe überall ist: die Wirtschaft zu betonen, die Wirtschaft, die es auf Roherträge, gleichviel, wie sie zustande gekommen sind, abgesehen hat, und daß die Sozialpolitik erst als Folgerung hieraus erscheinen kann. Das war der letzte Sinn der Ausführungen Steins, daß wir von der Technik allein zu erwarten haben, daß jeder, der die Produktivität der Landwirtschaft hebt, daß jeder, der eine technische Neuerung einführt, recht eigentlich sozialpolitisch arbeitet. Wer möchte das als solches bestreiten? Aber mit der Technik allein, mit der bloßen Hebung der Möglichkeit der Steigerung der Roherträge ist es nicht geschehen.

(Sehr richtig.)

Das haben wir alle gelernt. Die Technik löst die Aufgaben, die ihr zugeschoben werden, die Technik arbeitet nicht, gibt uns nicht die freien Gedanken. Die größten technischen Fortschritte können keinen wirtschaftlichen Erfolg haben, wenn die Zeit nicht gekommen ist, wenn die volkswirtschaftlichen und sozialen Vorbedingungen für sie nicht gegeben sind. Wenn man auf die Technik allein verweist, bewegt man sich in einem *circulus vitiosus*.

Wichtiger ist die andere Frage. Sind die sozialpolitischen Forderungen nur eine Konsequenz der wirtschaftlichen Vorgänge? Oder sind umgekehrt die wirtschaftlichen Vorgänge zum großen Teil durch die

sozialen Grundlagen bestimmt? Ich glaube, in dieser Beziehung hat die Wissenschaft — das wollen wir bürgerlichen Nationalökonomern gern anerkennen — ihre frühere Stellung geändert. Früher erschien das Verteilungsproblem als eigentliches Problem. Ich erinnere an Ricardo. Es werden Gesetze aufgesucht, nach denen sich die Verteilung vollziehen kann. Eine derartige Position haben wir verlassen, und sie ist in Zukunft unmöglich, sondern wir wissen jetzt: es sind die sozialen Bedingungen, von denen die Wirtschaft bestimmt ist. Die Art und Weise, wie die Produktionsmittel besessen werden und angewendet werden, in welcher Weise die Reinerträge der Wirtschaft verwendet werden zur weiteren Produktion in der Hand bestimmter Produzenten, das erscheint uns wirtschaftlich ebenso wie praktisch als die eigentliche Grundfrage, und daraus folgt für die Zukunft, daß wir das Verteilungsproblem nicht bloß als ein Resultat wirtschaftlicher Bewegung betrachten können, sondern daß wir nach wie vor an der wissenschaftlichen Errungenschaft, die wir in der letzten Generation gemacht haben, festzuhalten haben.

Die Rolle des Kapitals ist in der Tat eine noch wichtigere als in der Vergangenheit. Wir werden in der Tat darauf sehen müssen, daß der Prozeß der Güterproduktion durch genügende Sammlung und richtige Verwendung des Kapitals auf der Höhe bleibt. Wir werden auch sozialpolitische Maßregeln danach zu werten haben. Sie müssen den Befähigungsnachweis danach bringen, daß sie die Produktionsvermehrung mit sich führen. Aber man darf nicht die Frage so stellen: Ist es möglich, die sozialen Errungenschaften der Vergangenheit aufrechtzuerhalten gegenüber der Verarmung und dem Mangel an Kapital. Gewiß, wir wollen das Kapital sicherstellen, es nicht erschöpfen lassen durch ungeeignete finanzpolitische Maßregeln. Wir müssen uns fragen, wie wir das Kapital ergänzen können durch die Heranziehung fremden Kapitals, wie weit es notwendig und wie weit es zu vermeiden ist, dieses am Gewinn zu beteiligen. Das müssen wir behandeln. Das wichtigste aber ist nach wie vor, unsere Arbeitskraft zu erhalten, auf der Höhe zu halten, und in dieser Beziehung dürfen wir in keinem Falle rückwärts hinter das, was wir erreicht haben, zurückweichen. Ich glaube, das wird überall als *conditio sine qua non* angesehen. Wir dürfen die Sozialpolitik nicht als Konsequenz eines Rohertrages, welchen die Volkswirtschaft erzielt, ansehen — nein, wir müssen ihr die grundlegende Stellung nach wie vor einräumen.

Da hört man vielfach die Fragen: Wie steht es mit der Arbeiterschutzgesetzgebung? Ich bin auch nicht Anhänger einer absoluten Gleichmacherei. Was ich an dem Achtstundentag auszufehen habe, ist, daß er jeden Beruf über einen Kamm schert, und gerade im Bergbau habe ich gesehen, in welcher Weise Schwerarbeiter sofort auch das arge Mißverhältnis empfinden, das darin besteht, daß die Arbeit des Gelegenheitsarbeiters mit der ihrigen gleichgesetzt wird. Aber der Grundgedanke, den man gehabt hat, ist, daß die Arbeitsleistung nicht erschöpft werden darf, daß man die Arbeitskraft aufrechterhalten soll. Hier wird die Technik und Hygiene, die für uns als Hilfswissenschaften anzusehen sind, nicht das letzte Wort zu sprechen haben, aber die wichtigste Grundlage zu geben haben. Hier dürfen wir durch eine bloße Einschränkung nicht rückwärts gehen.

Wiel wichtiger ist die Frage, wie es in Zukunft mit der Arbeiterversicherung gehalten werden soll. Die Revolution ist in vielen Punkten am anderen Ende angekommen, als von dem sie ausgegangen ist, und wird in manchen Punkten in dieser Weise noch Erfahrungen machen. Das wäre doch die blutigste Ironie der Weltgeschichte, wenn wir gegen die Errungenschaften der Bismarckschen Ära hinter die Arbeiterversicherung zurückträten. Wie denkt man sich das, daß die Arbeiterversicherung in dem bisherigen Umfang nicht wird aufrechterhalten werden können. Will man jemals wieder zur alten Armenpflege zurückkehren? Soll wiederum die öffentliche Organisation ganz zurückgezogen werden und einzig und allein den Gewerkschaften etwa hier freie Hand gelassen werden? Das war einst Brentanos Ideal; aber ich glaube, er hat es aufgegeben, diese Übertragung englischer Verhältnisse, nachdem wir die feste staatliche Organisation geschaffen haben, als das Richtige für Deutschland anzusehen. Mir scheint, daß die, die weiter fortschreiten wollen, sich hüten sollten, an den Errungenschaften der früheren Zeit zu rütteln. Und so steht es überall. Die Kritik, die Stadtrat Stein geübt hat an den Versuchen der Gegenwart, war berechtigt. Vieles ist Papier geblieben; aber das wird immer und immer so sein. Auch derartige Papierbestimmungen haben belehrend gewirkt. Was die Sozialisierungskommission und die Siedelungsgesetze im einzelnen verfügt haben, läßt sich nicht durchführen; aber es ist notwendig, daß diese Dinge sorgfältig besprochen werden. Geht man ins einzelne, so wird man bei der Siedelungsgesetzgebung sicher wesentliche Fortschritte sehen, und gerade die Erörterungen der Sozialisierungskommission,

von denen ich nicht entzückt bin, sie haben auf das sorgfältigste erörtert, was möglich und was unmöglich ist.

Und so bleibt der Name „Verein für Sozialpolitik“ kein zufälliger. Wir werden nie ein bloßer Verein für die Hebung der deutschen Volkswirtschaft sein, und insoweit wir es sind, wird die sozialpolitische Grundlage der Tradition des Vereins für uns die Unterlage zu bilden haben. (Starker Beifall.)

Professor Grünberg: Ich kann leider nur leise sprechen, weil ich mich erkältet habe; aber ich will versuchen, durchzudringen. Als ich heute vormittag neben meinem alten Freund und Kollegen Julius Wolf saß und die Reden der Herren Herkner und Stein anhörte, sagte ich zu ihm: Merkwürdig, wie trotz einer gewissen Unfähigkeit, entwicklungsgeschichtlich zu denken, die Herren dennoch von marxistischem Gift infiziert sind. Wenn ich sage marxistisches Gift, so sei hervorgehoben, daß ich das natürlich nur im Hinblick auf den Standpunkt der anderen aussage. Ich persönlich stehe auf marxistischem Boden; aber es hat keinen Sinn, von ihm aus in diesem Kreise die Diskussion zu führen. Zur Sache selbst: Ich bin nicht der Meinung, der Professor Wolf Ausdruck gegeben hat, daß in den Ausführungen der Herren Herkner und Stein ein Bekenntnis zum individualistischen Staat schlechthin enthalten gewesen sei. Ich will das scharf betonen. Jedenfalls wäre ein solches Bekenntnis nicht auch ein solches des Vereins, der von jeher und auch heute noch Mitglieder der verschiedensten Auffassungen in sich vereinigt und hoffentlich auch künftig vereinigen wird als ein Rahmen, innerhalb dessen jeder seine Meinung nach bestem Wissen und Gewissen subjektiv voraussetzungslos — wenn auch eine objektive Voraussetzungslosigkeit nicht existiert — ausspricht. Aber ich möchte auch nicht zugeben, daß die Ausführungen, namentlich unseres Vereinsvorsitzenden, obschon es stark darnach geklungen hat, so individualistisch gewesen seien, wie Professor Wolf feststellen zu können geglaubt hat. Er selbst wünscht das — und was man wünscht, das hört man gern auch aus anderer Worten heraus. Ich von meinem Standpunkt aus wieder, betone — gewiß mit im Namen vieler Anwesender —, daß, wenn hier individualistisch-bürgerliche Anschauungen zum Ausdruck kommen, sie als gleichberechtigt neben anderen angesehen zu werden haben, daß aber das gleiche auch von sozialistischen Anschauungen neben den individualistisch-bürgerlichen im Schoße des Vereins

gilt. Das macht ja den Wert des Vereins aus: er ist eine Tribüne für die volkswirtschafts- und gesellschaftliche wissenschaftliche Arbeit im guten Glauben, und das soll er auch bleiben. Nun will ich, wie schon bemerkt, zu dem auf der Tagesordnung stehenden Problem nicht als Sozialist sprechen. Das hätte keinen Sinn; denn Sie stehen der großen Mehrheit nach, wenn nicht auf individualistisch-bürgerlichem Boden in Wolfs Sinne, so doch sicherlich nicht auf sozialistischem im Sinne von Karl Marx. Gerade deshalb verdient eine sehr interessante Tatsache aus den vorangegangenen Reden festgehalten zu werden, die ich durch zwei Sprichwörter kennzeichnen möchte: Qui mange du Pape en meurt das eine. Sogar Herr Wolf mit seinem entschiedenen Bekenntnis zum individualistisch-bürgerlichen Staat will mindestens einen Viertelsozialismus. Dieses eine Viertel ist jener kleine Finger, den auch Herr Wolf hinstreckt, ohne zu bedenken, was von diesem kleinen Finger her für Reflexwirkungen sich für die ganze Hand oder für jene ergeben, welche mit ihm bloß einen Viertelsozialismus wollen. Und das zweite: Nolentem fata trahunt!

Es ist hier namentlich von Herrn Herkner in seinem einleitenden Referat die Frage behandelt worden, was nun, nach fünfzigjähriger Wirksamkeit, aus dem Verein für Sozialpolitik werden solle, während dann Herr Stein sozusagen an diese formale Frage angeknüpft oder anzuknüpfen versucht hat die ebenfalls in eine Frage gekleidete materielle Antwort: Sollen wir Sozialpolitik treiben oder nicht? Wenn er noch formal an Sozialpolitik denkt, so will er offenbar eine Sozialpolitik ohne Inhalt. Es ist dabei geklagt worden über die Macht der Verbände, und Professor Herkner hat unter Beifall hervorgehoben: der heutige Staat sei offenbar in Gefahr, sich zu zerlegen, ausgehöhlt zu werden, und wie einst der Stadtstaat des Mittelalters aus den Händen von patrizischen Geschlechtern in die Hände der Zünfte übergegangen ist, nun seinerseits in die Hände der großen Interessentenverbände überzugehen. Herr Stein hat zu diesem Punkt im wesentlichen den Nachdruck gelegt auf die „Herrschaft der Arbeiterorganisationen“, obgleich auch eine Verbeugung vor ihnen nicht gefehlt hat: und er hat ihnen insbesondere vorgeworfen, daß sie „herrschen, aber nicht regieren“, und die Schäden, die aus dieser Herrschaft für den Staat erwachsen. Ja, es ist nun einmal so. Und wie will man es verhindern? Haben die Patrizier in den mittelalterlichen Städten nicht den Versuch gemacht, mit diplomatischen Künsten und mit Waffen-

gewalt ihre Herrschaft zu behaupten? Es ist nicht gelungen. Wenn die Tage erfüllt sind für eine Herrschafts- oder Organisationsform, welche immer es sei, dann schwindet sie dahin, sie ändert sich, sie schrumpft zusammen, Teile von ihr gehen in die neue Zeit über, die jedoch im wesentlichen eine anders geartete ist als die Vergangenheit, die sie abzulösen bestimmt ist. Wie es einst war, so ist es heute auch. Der Staat — wir sehen es alle Tage, und nicht nur bei uns klagen die einen und konstatieren die anderen mit einer gewissen Beklemmung, trotzdem sie selbst den Interessentenv Verbänden zugehören — der Staat kapituliert fortwährend; er weicht zurück. Geschieht es, weil die Staatslenker ihre Nervenkraft verloren haben? Ist die Macht bloß zurückzuführen auf das Vorhandensein starker Persönlichkeiten, und schwindet sie, weil uns solche fehlen? Beruht es hierauf allein etwa auch, wenn die Wirtschaft eine vom Standpunkt der bisherigen Ordnung aus gesündere wird? Das kann doch wohl kaum behauptet werden! Ich habe kürzlich in Wien einen Vortrag gehalten, in dem ich — trotzdem ich als Marxist nicht prophezeien kann und will — aber in der Überzeugung, daß ich eben nicht prophezeie, sondern bloß die mir und allgemein sichtbaren Entwicklungslinien verlängere (die freilich vielleicht plötzlich auch umschlagen könnten),

(große Heiterkeit)

vorausgesetzt oder — um das Wort zu gebrauchen — „prophezeit“ habe, daß meiner festen Überzeugung nach in England innerhalb von fünfzehn Jahren die großen gewerkschaftlichen Verbände, nach erfolgtem ähnlich festem Zusammenschluß wie auf dem Kontinent, einfach die Kontrolle über das Wirtschaftsleben übernehmen werden. Das Vorhandensein und die Funktionierung der großen Interessentenv Verbände ist etwas anderes als der Liberalismus, etwas anderes als der Kollektivliberalismus von Brentano. Manche mögen die Entwicklung beklagen, sie aus der Welt wünschen: allein ihr gegenüber die Augen verschließen oder gar hoffen und empfehlen, es möchte der „Staat“ den Einfluß der Interessenorganisationen zurückdrängen oder gar nullifizieren, heißt einfach in den Abgrund hineinmarschieren. Wo wäre übrigens heute die Autorität, die staatliche Autorität, um jenen mächtigen Verbänden der Industrie und der Arbeiter entgegenzutreten? Höchste Kurzsichtigkeit ist es also auch, sich dabei speziell gegen die Arbeiter zu kehren. Wir müssen, meint Professor Wolf, das Koalitionsrecht — beider Teile, der Unternehmer wie der Arbeiter — revidieren. „Revidieren“ nur!

Ich für meine Person gebrauche gern, wo ich es kann, deutsche Worte statt Fremdworte. Revidieren bedeutet doch bei Herrn Professor Wolf offensichtlich beschränken. Er will es nur nicht gestehen. Worin, wenn nicht in einer Einschränkung, soll die Revision des Koalitionsrechts bestehen? Will man sie aber: wo sind die Machtmittel? Wir wissen alle, ob wir nun sozialistisch oder sozialpolitisch oder staatssozialistisch orientiert sind, daß sie nicht vorhanden sind. Wir alle wissen heute, und es war mir sehr interessant, daß auch Herr Stein das besonders hervorgehoben hat, trotzdem er zu anderen Schlüssen gekommen ist als ich, daß die gesellschaftlichen Machtverhältnisse für die Struktur des Rechts entscheidend sind. Als junger Jurist schon habe ich gelernt und ward mir klar, daß Rechtsfälle nichts anderes sind als die Formulierung von Lebensverhältnissen mit zwingender Gewalt und in Geltung und Durchsetzbarkeit daher nur, so lange die zwingende Gewalt hinter diesen Formeln steht. In dem sehr schönen Aufsatz, den Knapp zu unserer Tagung geschrieben hat, steht allerdings der Satz: Sozialismus ist künftige Rechtsgeschichte. Das ist wahr in dem Sinne, daß man sagen kann: der Sozialismus ist die Erkenntnis, daß das aus der Vergangenheit überkommene Recht zur Rechtsgeschichte wird, und daß nun eine neue Phase des Rechts beginnt. Der Staat — das, was wir Staat nennen und was als ein ewig Unwandelbares zu verehren man uns seit hundert Jahren gelehrt hat —, der Staat ist ein Ergebnis geschichtlichen Werdens und geschichtlichen Vergehens; und ich meinerseits sehe heute, wenn ich die Dinge nicht etwa als Sozialist im Sinne einer Weltanschauung und Gefinnung, sondern rein als Wissenschaftler betrachte, bemüht, die bewegenden Kräfte innerhalb unserer Lebensgemeinschaft, nicht bloß unserer Wirtschafts-, sondern auch unserer allgemeinen Gesellschaftsgemeinschaft zu erkennen und nach Möglichkeit zu erfassen, daß eben aus der Gemeinschaftsorganisation und ihrer bisher überkommenen politischen Formulierung allmählich etwas anderes wird. Und was aus ihr wird, scheint mir der Sozialismus zu sein, nur der Sozialismus sein zu können.

Um auf das „marxistische Gift“ zurückzukommen, von dem ich eingangs gesprochen habe. Sehr merkwürdig tritt es in den Ausführungen des Herrn Professor Seibt zutage. Die Unternehmer, sagt er, haben eine doppelte Funktion. Sie sind erstens Unternehmer und zweitens Gläubiger ihres eigenen Unternehmens. In letzter Eigenschaft entleeren sie das Unternehmen um ihrer privatwirtschaftlichen

Bereicherung willen. Das drückt man bei uns in Österreich so mit der Formel aus: die Exportunternehmer lassen den Erlös für ihre exportierte Ware in ausländischer Valuta draußen stehen. Wie man nun diesen Vorgang nennen mag: der Hinweis auf ihn macht im wesentlichen den Inhalt der Ausführungen von Herrn Professor Seibt aus. Es ist sicherlich Wahres darin. Nicht das aber interessiert mich hauptsächlich, sondern mich interessiert, unter dem Gesichtspunkt „marginischer Vergiftung“, daß auch er offenbar das Unternehmen als etwas anderes betrachtet als das Eigentum des Unternehmers, und demgemäß sozusagen den Unternehmer als ungetreuen Beamten in seinem eigenen Unternehmen, als einen Kassierer etwa, der die Kasse leert und abschreibt. (Sehr gut!)

Ja, das ist eine Auffassung des Unternehmers, die mit dem Individualismus nichts mehr zu tun hat.

(Sehr richtig!)

Mit Recht ist heute von Professor Herkner jenes schöne Wort von Gierke zitiert worden: die Fabrik sei kein Haus mit soundsoviel Werkzeu- gen, die dem oder jenem Unternehmer gehören, sondern die Fabrik sei ein sozialer Organismus, woraus dann folgt, daß der Fabrikant ein sozialer Funktionär ist. Wenn nun speziell mein Kollege Wolf in solcher Auffassung jenen bürgerlichen Individualismus erblickt, zu dem er sich bekennt, so stimme auch ich vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft aus dem vollkommen bei. Aber es scheint, als ob Herr Wolf etwas anderes dabei meinte. Und nun, da ich, nach zweimaliger Verlängerung meiner Redezeit, schließen muß, komme ich noch zu jenen zwei Fragen, die eindringlich heute hier verhandelt worden sind. Was, wurde erstens gefragt, soll aus dem Verein für Sozialpolitik werden; und zweitens: wie soll er sich, wenn man ihn weiter funktionieren läßt, zu der Frage der Sozialpolitik stellen? — eine Frage, die auch schon gestern aufgeworfen worden ist, und die eigentlich, mit dem Zweifel an der Möglichkeit weiterer Fortführung der Sozialpolitik, auf deren Unmöglichkeit schließt. Nun, ich stimme den Auffassungen zu, die unser Vereinsvorsitzender, Professor Herkner, heute mit wichtigen Argumenten vertreten hat: daß der Verein auch weiterhin nichts anderes sein kann und sein soll, als er bisher gewesen ist, das heißt eine Tribüne, ein Rahmen, innerhalb dessen Wissenschaftler, subjektiv vom Streben nach Voraussetzungslosigkeit erfüllt, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach allen Seiten hin untersuchen,

um auf diese Weise für sich und mittelbar für die anderen, für die Volksganzheit Klarheit zu schaffen über die Wege, auf denen das Werden der Geschicke sich vollzieht. Politisch soll er nicht werden. Weder negativ politisch, wie es eigentlich Herr Stein möchte, noch auch positiv politisch, wie mancher andere es will. Er soll sein, was er bisher gewesen ist. Herr Stein hat auch die Zweifel, die Bedenken, die Sorgen, die Geheimrat Herkner in seinem Abriß über die Geschichte des Vereins formell zum Ausdruck gebracht hat, materiell auszufüllen versucht. Was dazu vom Standpunkt fortschrittlichen, bürgerlichen, sozialpolitischen Denkens zu sagen ist, das hat in vortrefflicher Weise mein verehrter Kollege Gothein getan. Ich will deshalb meinerseits diesen Punkt unbesprochen lassen, trotzdem ich prinzipiell viel weiter gehe als Herr Gothein, und Ihre Geduld nicht weiter in Anspruch nehmen.

(Starker Beifall.)

Professor Adolf Günther: Meine Damen und Herren! Man hat heute nicht mehr oft Gelegenheit, unmittelbar nach einem „reinen Marxisten“ zu sprechen, und noch seltener Gelegenheit, einzustimmen in manches, was von dieser Seite vorgetragen wird, freilich mit dem Vorbehalt, daß die eigentlich marxistischen Probleme vom Vorredner nicht berührt worden sind. In der Zeit von zehn Minuten ist es nun freilich nicht möglich, auch nur eines der wesentlichen theoretischen Kapitel der Sozialpolitik zu behandeln.

Ich darf anknüpfen an das, was wir gehört haben, zumal an die Ausführungen von Geheimrat Herkner, wonach in der Macht der Gewerkschaften und anderer Berufsverbände etwas enthalten ist, was bedenklich sei. Es handelt sich dabei nicht um den allgemein-entwicklungsgeschichtlichen Gedanken, daß neue Machtverhältnisse vordringen — das entspräche im wesentlichen der marxistischen Auffassung —, sondern der Sozialpolitiker hat das Folgende festzustellen: Es mag richtig sein, daß ganz neue Methoden der Machtanwendung zur Anwendung gelangen; aber was vom Standpunkt der Sozialpolitik abgelehnt werden muß, ist eine gewisse ethische Verbrämung von politischen und Machtbewegungen, ein ethisches Mäntelchen, das man sich umhängt, und das vielfach aus der bürgerlichen Sozialpolitik übernommen wird.

Vielleicht haben wir im Verein für Sozialpolitik selbst ein wenig Schuld daran, daß Sozialpolitik in diesem Sinne sich eingebürgert hat,

daß heute z. B. ein Streik von einer beliebig gutbezahlten Arbeiterschicht mit ethisch-sozialpolitischen Gründen verteidigt wird, daß man von Hungerlöhnen redet, wo man weiß, daß die Verhältnisse in diesem Stande wesentlich bessere sind als beim großen Durchschnitt. An diesem Beispiel möchte ich zeigen, daß eine gewisse, beabsichtigte oder unbeabsichtigte, Unehrllichkeit in den Kampf sich eingeschlichen hat, nicht nur auf Arbeiterseite; aber auf dieser Seite in besonderem Umfange. Es wird dabei mit Motiven gearbeitet, die sozialpolitisch nicht im marxistischen Sinne sind, sondern die entstanden sind im Schoße der bürgerlichen Sozialpolitik. Das bedeutet eine Verschiebung und Undurchsichtbarmachung der tatsächlichen Zustände, die kaum ertragen werden können vom Standpunkt gerade der Sozialpolitik. Eine Demaskierung ist notwendig, eine Anerkennung von Machtverhältnissen, wo sie vorliegen, ein Hintwegweisen der Ethik aus diesen Gebieten.

Hier wären freilich theoretische Ausführungen notwendig, die unterbleiben müssen. Nur einige kurze, methodische Hinweise:

Ich glaube, daß die Disziplin der Sozialpolitik, wie sie heute gelehrt oder auch nicht gelehrt wird, im allgemeinen nicht mehr allzulänglich als Sonderdisziplin bestehen bleibt. Es ist richtig, wenn es der Ausschuß ablehnt, einen Sonderausschuß für Sozialpolitik einzusetzen. Die Stoffe strömen in andere Gebiete über, die Rechtswissenschaft wird in dem Maße, in welchem soziale Gedanken im Recht sich durchgesetzt haben, mehr und mehr Teile der Sozialpolitik übernehmen, und was noch wichtiger ist, gewisse besonders schwierige ihrer Gebiete gehen in eine erweiterte Privat- und Betriebswirtschaftslehre über. Heute sehen wir bereits, daß hervorragende Privatwirtschaftler dieses sozialpolitische Moment betonen, und in der Tat, die Unternehmung als Kombination von Arbeit und Kapital, als die stets wechselnde Beziehung zwischen diesen zwei Größen, muß die Instanz sein, welche mit spricht bei sozialpolitischen Fragen und bei der Anwendung der sozialpolitischen Gesetze. Es mag ein Verlust für die Wissenschaft sein, wenn das Lehrgebäude der Sozialpolitik, kaum errichtet, auf diese Weise teilweise anderen Disziplinen übertragen wird; aber ausdrücklich muß ich sagen, daß ich nur von der Bearbeitung durch Juristen und Betriebswirtschaftler jene Vertiefung der sozialpolitischen Linie erwarte, die mir dringlich erscheint.

Ein weiteres Moment, das eng damit zusammenhängt und auch in gewissem Sinne anschließt an manches in den Referaten Gehörte:

Immer Klang eines durch, was auf eine kurze Formel, auf eine Phrase gewissermaßen gebracht werden kann: es gibt keine Einrichtung, es gibt keine Institution, die als solche sozial oder sozialpolitisch ist. Immer sind es die Menschen, immer die Zwecke, die damit verbunden werden, niemals die Einrichtungen als solche, und eine institutionelle Denkart muß ersetzt werden durch eine funktionelle. Aber diese funktionelle Denkart hat naturgemäß ihre eigenen Gesetze. Und wenn gesagt worden ist, es handle sich um soziale Organismen, so fühlt man sich versucht, mit Menger zu beanstanden, daß hier zwei Unbekannte miteinander verglichen wurden, und die eine durch die andere erklärt werden sollte. Das Wort Organismus hat leider an sich nicht den Erklärungswert, den wir anstreben, sondern erst durch langwierige Arbeit wird es möglich sein, den zunächst nur heuristisch brauchbaren Begriff des Organismus zu einem theoretisch fundierten zu gestalten. Es ist an sich richtig, wenn man einen großen Teil der Ausführungen der Herren Referenten und Diskussionsredner bezeichnet als Ausführungen über die Grenzen der Sozialpolitik; so weit sind wir heute in der Tat, daß wir diese Grenzen anerkennen; da kann viel unterschrieben werden von dem, was in dem Referat von Professor Stein zum Ausdruck kam. Aber die Anerkennung von Grenzen bedeuten doch immer eine gewisse quantitative Auffassung von Sozialpolitik, die ich nicht ohne weiteres billigen möchte. Grenzen kann ich geben einem räumlichen Etwas; aber mir scheint, als ob die Sozialpolitik nicht quantitativ, sondern qualitativ bewertet werden müsse, als ob eine neue Form des sozialen Denkens entstehen müsse, und als ob es nicht möglich wäre, eine soziale Funktion (im Gegensatz zur Institution) schlechthin als begrenzt zu bezeichnen.

Am wenigsten wird es zulässig sein, die Sozialpolitik auf die Bedürfnisse der sozialpolitischen Beamtschaft abzustellen. Diese sozialpolitische Bürokratie ist ein ungeheures Schwergewicht geworden, und sehr viel Sozialpolitik wird heute um derentwillen getrieben, welche von der Sozialpolitik mehr oder weniger leben. Das ist verständlich; aber das hat auch seine Grenzen. Die Grenzen sind gegeben dadurch, daß wir soziales Empfinden über soziale Einrichtungen, funktionelles über institutionelles Denken setzen, und daß schließlich alle Probleme im Erziehungsproblem zusammenlaufen. Das ist die größte und wichtigste Aufgabe der Sozialpolitik.

Professor Adolf Weber: Meine Damen und Herren! Wer es noch nicht wußte, wird aus dem bisherigen Gange der Diskussion den Eindruck bekommen haben, daß die Themen, über die wir uns heute zu unterhalten haben, insbesondere das zweite Thema, so weit sind, daß man damit leicht eine vier- bis sechsstündige Semestervorlesung füllen könnte. Vielleicht ist es besser, daß man das Thema ein wenig anders formuliert, daß wir nicht über die wirtschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik, sondern über die sozialpolitischen Grundlagen der Wirtschaft sprechen. Die Sozialpolitik wird in Zukunft, mögen wir tun und reden, was wir wollen, nur noch insofern Existenzmöglichkeit haben, als sie zu dem Fundament der Volkswirtschaft gehört. Aber wir müssen hinzufügen, daß ein gutes Stück Sozialpolitik unerlässlich für dieses Fundament ist. Vor dem Kriege befanden wir uns in der Lage des reichen Mannes, der nicht bloß das sich gönnen kann, was nötig ist, sondern das, was schön ist. Wir durften hoffen, daß die Sozialpolitik nicht nur Grundlage, sondern auch die glänzende Kuppel des Gebäudes sein würde. Das ist anders geworden. Das Gebäude liegt in Trümmern; aber es liegen auch in Trümmern arg viele Illusionen, die man sich in Verbindung mit der glänzenden wirtschaftlichen Entwicklung vor 1914 gemacht hatte, und deren Richtigkeit man allzu leicht durch Induktion glaubte beweisen zu können.

Es ist auf das Wort Schmollers, das er kurz vor seinem Tode sprach, hingewiesen worden, daß die gegenwärtige Generation nicht mehr freihändlerisch denken könne. Ich glaube, wenn er heute noch unter uns wäre und die neueste sozialpolitische Literatur sich ansehen würde, würde dieses Wort anders lauten. Ach, wie schnell hat die lebende Generation umgelernt! Wer die neueste sozialpolitische Literatur verfolgt hat, der wird überrascht sein, wie schnell der Gedanke des ökonomischen Liberalismus sich durchsetzt. Eins in diesen Tagen erschienenen Buch stellt eine nach mancher Richtung hin glänzende Apologie des Privateigentums an den Produktionsmitteln dar. In diesem Buch — es ist geschrieben von einem Ausschußmitglied des Vereins für Sozialpolitik, was nicht unerwähnt bleiben soll — heißt es, daß eine besondere Kontrolle des Verhaltens des Unternehmers einzuführen nicht erst notwendig sei; denn der Markt übe sie schärfer und genauer, als irgendeine Überwachung durch die Regierung oder Organe der Gesellschaft sie ausüben könnten. Das sind aber Kerngedanken, die einst Michaelis und Bastiat ausgesprochen haben, Namen,

die in dem Verein als Gewährsmänner zu nennen als Todjünde empfunden worden wäre. Ein anderes Mitglied des Ausschusses unseres Vereins für Sozialpolitik, das in der Gewerkschaftsbewegung groß geworden ist, hat soeben ein Buch herausgebracht, in dem es heißt: „Die Wirklichkeit hämmert uns unter den allerschwierigsten Umständen die Richtigkeit der vielbelächelten Lohnfondstheorie wieder ein.“ Und wir wissen doch alle, wie sehr die Lohntheorie unserer Sozialpolitiker jahrzehntelang im Zeichen des Kampfes gegen den Lohnfonds stand.

Wiederum ein anderes Ausschußmitglied hat in allerneuester Zeit ein sehr interessantes Schriftchen herausgegeben, in dem es sich mit der Heimarbeit beschäftigt und, wie ich glaube, in schärferer Weise, als es bisher geschehen ist, zu Felde zieht gegen die bis dahin unter den Sozialpolitikern durchaus herrschende Ausbeutungstheorie, die die Probleme der Heimarbeit klären wollte. Schon etwas länger — ein Jahr etwa — ist es her, daß einer unserer angesehensten Rationalökonomien von der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Arbeiter gesprochen hat, und vielleicht haben Sie gelesen, daß ein sozialdemokratischer ehemaliger Staatssekretär im „Berliner Tageblatt“ es jüngst bedauert hat, daß dieser Kampftruf gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Arbeiter in der Praxis nicht die Aufmerksamkeit gefunden habe, die er eigentlich hätte finden müssen. Es ist auch abermals ein Mitglied des Ausschusses unseres Vereins, der schon vor einem Jahre erklärte, daß der Mieterschutz, der doch eigentlich nur die konsequente Fortsetzung des Konsumentenschutzes ist, dem viele von uns das Wort redeten, mit Notwendigkeit zu schweren Gefahren für die Wohnungspolitik führe. Heute würde er vielleicht sagen, daß dieser Mieterschutz zur Katastrophe der Wohnungspolitik geführt hat.

Ein heutiges Mitglied des Ausschusses des Vereins für Sozialpolitik hat im Jahre 1910 ein Buch herausgegeben, in dem es sich wandte gegen die herrschende Gewerkschaftstheorie, gegen die Theorie, die Legien auf die Formel brachte, Aufgabe der Gewerkschaften sei, durch die Vorenthaltung der Arbeitskraft den Wert der Ware Arbeit zu erhöhen. Damals wurde dieses jetzige Mitglied des Ausschusses des Vereins für Sozialpolitik von einer sehr autoritativen Stelle des Vereins „Manchestermann“ genannt, und es mußte sich als Waisenknabe fühlen, als einer, der aus der Gemeinschaft der Rechtgläubigen ausgestoßen war. Dann ist dieser Reker Mitglied des Vereins für Sozialpolitik, auch des Ausschusses, geworden, weil er sah, daß die wirtschaftliche

Notwendigkeit dazu führte, die Dinge unbefangener, als es bis dahin geschehen war, zu untersuchen. Und wie nun dieser Jemand, der Diskussionsredner, der im Augenblick zu Ihnen spricht, sich umsah, merkte er bald, daß sich im Ausschuß überraschend schnell noch viel schlimmere Reaktionen im Namen der Wissenschaft zu entwickeln begannen, als er solche selbst zu verteidigen für notwendig hielt. Und ich glaube, ich darf heute mit Rücksicht auf meine sozialpolitische Vergangenheit in allem Ernste warnen, daß nicht ein Extrem durch das andere abgelöst wird. Ich glaube, daß es Zeit ist, darauf hinzuweisen, daß der Verein für Sozialpolitik auch in Zukunft, gerade in der Zukunft, seine ganz große Aufgabe hat, und daß er seinen Namen nicht zu ändern braucht.

Noch ein weiteres wird die Aufgabe des Vereins für Sozialpolitik sein müssen. Gerade in der jüngsten Generation finden wir einen weitgehenden erkenntnistheoretischen Skeptizismus. Die Gefahr wird groß, daß insbesondere unsere Jüngsten sich zurückhalten, sich in den entferntesten Winkeln der Wissenschaft vergraben. Ein Volk in Not wie das unsere, hat jedes Stück der Intelligenz notwendig, muß fordern, daß diese Intelligenz sich in den Dienst am Volke stellt.

Und endlich ein letztes. Wir werden mehr als bislang darauf hinweisen müssen, daß die wirtschaftlichen Interessen der Völker solidarisch sind. Wir werden mit Notwendigkeit dahin kommen, daß auf jeder unserer Tagung hingewiesen wird auf den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Unsinn des Diktats von Versailles, und da meine ich, haben wir gerade heute bei unserer Jubiläumstagung Anlaß, nach zwei Richtungen einen Appell hinauszuschicken: Einmal an die ganze Arbeiterschaft der Welt. Der Verein für Sozialpolitik hat nie irgendeinen Chauvinismus getrieben, er hat sich ehrlich bemüht, der Arbeiterfürsorge den Weg zu bahnen; wir haben daher das Recht, daß die Arbeiterschaft auch jenseits der Grenzen uns hört, wenn wir warnend auf die großen Gefahren hinweisen, die für die soziale Fürsorge und Sozialpolitik in der Welt auf dem Spiele stehen. Wir haben ebenso ein Recht, uns mit einem Appell an die Kollegen außerhalb unserer Grenzen zu wenden. Wir verlangen von den ausländischen Professoren der Wirtschaft und Sozialwissenschaft nicht Mitleid, wir verlangen auch nicht Gerechtigkeit — das Wort scheint aus den Vokabularen der Weltpolitik gestrichen zu sein —; aber wir verlangen, daß sie sich erinnern, daß sie Bekenner sind, daß sie das, was sie als Wahrheit erkennen, laut und offen auszusprechen haben. Und die Wahrheit muß

sich ihnen mit elementarer Wucht aufdrängen, daß dieses Diktat von Versailles ein Musterstück diplomatischer Unzulänglichkeit und Unwahrhaftigkeit ist. Erst dann, meine Damen und Herren, wenn es gelungen sein wird, dieses Dokument des Unsinns zu beseitigen, werden wir wieder hoffen dürfen, auch im alten Sinne Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik treiben zu können.

(Stürmischer Beifall.)

Professor Briefs: Als ich heute morgen das Referat von Professor Stein hörte, wunderte ich mich, daß keine größere Erschütterung durch den Saal lief in bezug auf die Dinge, die er vorbrachte. Wir dürfen nicht im Zweifel sein, das Referat von Professor Stein wie die Andeutungen von Geheimrat Herkner bedeuten einen Kurzwechsel, den Schmoller, wenn er ihn erlebt hätte, mit großem Erstaunen bemerkt hätte. Ich hätte erwartet, daß das Rückgrat aller Argumente für die Sozialpolitik, auf das wir in Deutschland uns mit gutem Grunde so stark beriefen, als verfehlt nachgewiesen worden wäre, daß man nachgewiesen hätte, der alte Standpunkt, daß Sozialpolitik gleichzeitig produktive Politik sei, sei falsch. Ich habe diesen Nachweis sehr vermisst. Referat und Debatte lenkten ab von ihm. Es wurde antithesiert: Sie Sozialpolitik gleich rein distributive Politik — sie produktive Politik als reine Wirtschaftspolitik. Die Antithese ist falsch. Man kann die Thesen nicht so gegeneinander spielen lassen; es gibt keine Sozialpolitik, die nicht auf die Produktion irgendwie zurückfällt, und keine Produktionspolitik, die nicht irgendwie sozialpolitische Voraussetzungen hat. Die Debatte hat bisher nicht geklärt, daß man sich von dieser Linie weg bewegte.

Wir sind an einem geistesgeschichtlichen Wendepunkt angelangt. In der Zeit des alten Liberalismus war die These diese: Es gibt keine sozialen Traglichkeiten, die nicht dann gelöst werden, wenn das einzig vernünftige System der freien Wirtschaft eingeführt ist. Dieses löst das soziale Problem in sich, wirtschaftspolitisch. Es zeigte sich sehr bald, daß das freie Ausspielen der Wirtschaft Sachverhalte schuf, auf deren Boden die Lehre von Mehrwert und Klassenkampf reifte. Der Staat griff ein im Sinne einer distributiven Sozialpolitik, die gerechtfertigt wurde durch den Gedanken und wohl auch durch die Erfahrung, daß sie in ihrer Totalwirkung doch produktiver Natur sei. Und jetzt der Rückschlag. Mit der Überzeugung, daß der Staat viele Forderungen

der Gewerkschaften aus wirtschaftlichen Gründen erfüllen könne — in Hinsicht auf ihre produktive Wirkung —, mit dieser Überzeugung sind wir in die Nachkriegszeit hineingekommen; nun zeigte sich aber, daß der Staat den starken Anprall auch der unmöglichen Forderungen zu ertragen hatte. Die Gefahr liegt darin, daß die Arbeiterschaft im Querschnitt zweier sich kreuzender Ideensysteme steht: auf der einen Seite die Forderungen und Thesen individualistischer und liberaler Herkunft, auf der anderen Seite die sozialistischen Forderungen. Und nun kommt das Widerspruchsvolle zustande: man sieht nicht, wenn man das eine will, daß man dann das andere korrigieren muß. So laufen sie einander parallel: individualistische Grundrechte, gleichzeitig aber sozialistische Forderungen. Das ist der Tatbestand, an dem die Gewerkschaftsbewegung wie der Sozialismus krankt.

Jedermann ist überzeugt, daß das Wesentlichste für uns die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Kräfte ist; aber der Streitpunkt liegt darin: ist nicht die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Kräfte an soziale Voraussetzungen gebunden? Ich scheue mich nicht, den Gedanken auszusprechen, den viele merkwürdig finden werden. Wir haben ein *Watering of the labour*, Wir haben eine Verwässerung, Verdünnung der Energieentfaltung der Arbeiterschaft, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Es fragt sich, woher diese Bewegung kommt in demselben Augenblick, wo die gesamte Situation der Weltwirtschaft äußerste Anspannung aller produktiven Kräfte verlangt.

Hier liegt ein sozial-psychologisches Problem vor. Wir dürfen uns nicht scheuen, auszusprechen, daß in der Arbeiterschaft zwei Dinge fraglich geworden sind: erstens die Arbeitsverfassung, das Lohnsystem alter Art, und zweitens die mechanistische Arbeitsweise von heute. Wer hieran vorbeigeht, übersteht zentrale Ursachen der *social unrest*. Sombart hat zutreffend gesagt: ein Markstein in der Geschichte ist die Tatsache, daß Arbeit nicht mehr Lebenserfüllung, sondern nur noch Lohnbeschaffung ist. Große Strömungen in der Arbeiterschaft glauben es heute nicht mehr nötig zu haben, sich in Lohnsysteme einquetschen zu lassen, die ihnen verhaßt sind. Jeder größere Betrieb fühlt das und hat daran seine innere Spannungen und Reibungen. Es fragt sich, ob eine Strukturveränderung der Wirtschaft sich herausentwickelt, die in die Situation führt, wo die Arbeit wieder Lebenserfüllung und Beruf werden kann. Wie ich Professor Stein verstanden habe, muß ich ihn fragen: Wie denkt er sich seinen Weg des freien Spiels der Kräfte,

wo ist die Möglichkeit, ein freies Spiel der Kräfte anzusetzen, nachdem sich alle Wirtschaftselemente in Kartellform monopolisiert haben? Der Grund und Boden, das Kapital und die lebendige menschliche Arbeitskraft, alles ist zu Machtverbänden syndiziert, wo soll da die Freiheit der Konkurrenz spielen? Er kann nur gedacht haben an freie Machtkämpfe zwischen diesen drei Instanzen. Diese haben wir heute, und daran gehen wir zugrunde. Er hat etwas angedeutet, was ich zu Ende denken möchte. Er hat gesagt, daß zwei positive Errungenschaften aus der Revolution herausgekommen sind: das Betriebsrätegesetz und die Arbeitsgemeinschaften. Es ist gerichtsnotorisch, daß die letzteren schlecht funktionieren. Wenn die Arbeitsgemeinschaft nur den Zweck haben soll, durch geschickte diplomatische Verhandlungen den anderen Teil über den Löffel zu barbieren, dann wird sie den Block von gegenseitigem, konstitutiv gewordenem Mißtrauen nicht erschüttern, an dem unsere Wirtschaft krankt. Bosch-Stuttgart sagte zutreffend: Das, was nötig ist, um die Arbeitswilligkeit zu steigern, ist, das Mißtrauen zwischen den Partnern der Produktion zu zerstören. Das wird ein langer Prozeß des Abtragens böser Vergangenheit und Gegenwart sein, bis dieses Mißtrauen abgetragen ist. Aber darüber können wir nicht im Zweifel sein: unter dem starken Druck der gegenwärtigen Nöte wird das zu Ende kommen. Wer von uns will ohne Bedenken behaupten, daß nichts nötig sei, als wiederum die Kräfte gegeneinander spielen zu lassen? Das freie Spiel der Kräfte hat einen Sinn als Aufstiegsplan im Zeitalter freier Konkurrenz. Heute haben wir aber Monopolisierung aller Wirtschaftskräfte. Etwas anderes kann sich anbahnen, und ich glaube, in gewisser Hinsicht die Einwirkung schon zu sehen, es kann sich anbahnen eine Umorganisation der Betriebe: Weg vom Großbetrieb. Ich glaube, daß die Anzeichen sich deutlich zeigen, daß das Kernproblem „Großbetrieb“ umgedacht werden muß, von einem anderen Gesichtspunkt aus. Der Großbetriebsgedanke ruht auf der Überzeugung von der technischen Leistungsfähigkeit der Konzentration; er setzt die lebendige Arbeit als „Betriebsstoff“ an, der mit der technischen Forderung einfach mit muß. Die Gesundung der Wirtschaft verlangt hierin umzudenken, nicht nur Rücksicht zu nehmen auf die tote, sondern auf die lebendige Maschinerie, wie Owen vor hundert Jahren sagte. Es ist ein Buch erschienen von Rosenstock, der einen fundamentalen Gedanken ausspricht: die Werkstattausiedelung! Sie ist in stande, einen Teil der Probleme zu lösen, die uns heute sozialpolitisch bedrängen.

Momentan zeigt sich noch die Tendenz stärkerer Zentralisation als Versuch, die Schwierigkeiten aus dem Arbeitsprozeß durch Steigerung der alten technischen Methoden zu überwinden; aber es liegen auch entgegengesetzte Tendenzen überall da vor, wo die freie, selbst-eingesetzte Kraft von Familienmitgliedern, von Genossenschaften, Gemeinschaften es ermöglicht, ohne den furchtbaren Druck der Arbeiterschwierigkeiten und des neuen auf den Großbetrieb zugeschnittenen Arbeitsrechts durchzukommen. Das ist eine Entwicklung, deren Endpunkt wir nicht übersehen können; aber sie wird das sozialpolitische Problem von heute überwinden – auf dem Wege gewandelter wirtschaftlicher Formen.

Professor Dr. Seyde-Kostock, Herausgeber der „Sozialen Praxis“, M. d. RWR.: Unter den Lichtpunkten der jüngsten sozialpolitischen Entwicklung, die Professor Stein berührte, wurde das Betriebsrätegesetz genannt. Ich habe mich darüber besonders gefreut, weil ich zu denen gehört habe, die das Gesetz bekämpft haben, und es wegen der Mängel, die es unzweifelhaft hat, für abwegig hielt. Heute beurteile ich das Gesetz günstiger. Meine Überzeugung ist vor allem gestützt auf die Berichte der Aufsichtsbeamten, die man nicht eingehend genug studieren kann, sowie auch eine Reihe eigener Beobachtungen und auf Berichte von Betriebsräten selbst. Ich habe allmählich den Eindruck gewonnen, daß mit dem Betriebsrätegesetz ein großer und kühner Wurf gelungen ist, allerdings nur gelungen ist nach der einen, der sozialpolitischen Seite, während nach der wirtschaftlichen Seite die Betriebsräte viel zu wünschen übrig lassen, ja, eigentlich in den letzten Jahren ihre Funktionen überhaupt nicht oder wenigstens noch nicht haben erfüllen können. Versagen muß das Betriebsrätesystem gegenüber den Dingen, die Professor Brieß so beredt angeschnitten hat, als er die psychologische Seite des Arbeiterlebens darstellte, und in dieser Hinsicht ist in der letzten Nummer der „Sozialen Praxis“ von Rizmann auf das Buch von Hellpach über „Gruppenfabrikation“ hingewiesen worden. Ich kann nicht eindringlich genug auf die Bedeutung dieser Veröffentlichung hinweisen. Die Betriebsräte vermögen nicht über die seelische Not des Arbeiters hinwegzuhelfen. Der Arbeiter ist von dem Ergebnis seiner Arbeit durch das arbeitsteilige Fabrikssystem so weit entfernt worden, daß er die innere Fühlung mit seinem Werke verloren hat, daß er das, wodurch wir geistigen Arbeiter uns bei aller

Proletarisierung doch vom eigentlichen Proletariat unterscheiden: die Liebe zur Arbeit. Diese Liebe zum eigenen Werk ist durch das Betriebsrätesystem nicht zurückzugewinnen. Kein repräsentatives Verfahren ist dazu imstande. Vielleicht ist die Umbildung des Großbetriebs durch Gruppenfabrikation oder eine Abkehr vom Großbetrieb — wo technisch möglich — hierzu geeignet.

Sodann noch ein Wort zu den Arbeitsgemeinschaften, die Herr Professor Stein als weiteren Lichtblick angesehen hat. Ich halte da nun für einen wesentlichen Fehler die zu frühzeitige Schaffung des Reichswirtschaftsrates, und zwar deswegen, weil ich glaube, daß man den Arbeitsgemeinschaften einige Jahre Wirkensmöglichkeit und Wirkenszwang hätte gewähren sollen, ehe man zur Gründung des Reichswirtschaftsrates schritt und alle Fehler des parlamentarischen Systems auf das Wirtschaftsparlament übertrug, während andererseits die Vorteile dieses Systems dem Reichswirtschaftsrat seiner ganzen Natur nach nicht eigentümlich sein konnten. Ich bin der Auffassung, daß eine ernste Gefahr für die Arbeitsgemeinschaften ferner unmittelbar dadurch gegeben ist, daß die Arbeitgeberverbände sich stellenweise bereits wieder weigern, mit den Angestelltenverbänden Tarifverträge abzuschließen. Diese Gefahr bitte ich nicht zu unterschätzen.

Endlich noch einen Punkt, der in dem Referat von Professor Stein angechnitten ist, und über den wir gern mehr gehört hätten: ein Wort zum Achtstundentag. Professor Gothein ist auf diesen Punkt eingegangen mit einer mich sehr sympathisch berührenden Wärme. Die Problematik, die beim Achtstundentag gegeben ist, scheint mir in der internationalen Sozialpolitik gelegen zu sein, und zwar bei dem Punkte, den Leipart auf dem letzten Gewerkschaftskongreß berührt hat. Die Frage ist die, ob die Mehrarbeit, die wir bei Preisgabe des Achtstundentages leisten würden, dazu beitragen könnte, unsere Reparationsverpflichtungen womöglich noch höher zu schrauben. Hiergegen schien der Artikel 13 des Friedensvertrages gerade einen gewissen Schutz zu bieten, auf den auch der frühere französische Munitionsminister Albert Thomas, als er in Deutschland war, hingewiesen hat. Die Frage, inwieweit der Achtstundentag aufrechtzuerhalten ist und inwieweit er abzubauen fähig und würdig ist, bedarf eingehender wissenschaftlicher Klärung. Schlagworte reichen nicht aus, um das Problem zu erschöpfen. Der Verein für Sozialpolitik sollte sich eindringlich mit ihm beschäftigen. Da übrigens Robert Bosch zitiert worden ist, möchte

ich gerade auch bei dem Achtstundentagproblem mit allem Nachdruck darauf hinweisen, was dieser kürzlich in der „Sozialen Praxis“ gesagt hat, nämlich daß, wenn man zum Abbau des Achtstundentages schreite, es keinesfalls gegen die Gewerkschaften werde geschehen können, sondern daß versucht werden müsse, die Gewerkschaften selbst zur Mitwirkung dabei zu gewinnen.

Dr. Salin: Ich werde versuchen, mich an die fünf Minuten Redezeit zu halten, obwohl das für mich besonders schwierig ist; denn wenn ich meine Stellung hier präzisieren soll, so kann ich am besten ein Wort sagen, daß Professor Adolf Weber von seiner Stellung vor einigen Jahren gesagt hat: Ich bin offenbar der Waisenknabe heute... denn die Ansichten, die bisher vertreten worden sind, bedeuten, daß das, was Geheimrat Herkner gesagt hat über die Zukunft des Vereins, hier die einstimmige Auffassung der Versammlung bildet. Geheimrat Herkner meinte, daß unter der Jugend sich Stimmen geltend machen, die für eine stärkere politische Betätigung des Vereins eintreten. Ich weiß nicht, an wen er dabei dachte. Jedenfalls rechne ich mich zu dieser Jugend, und ich will versuchen, diesen Standpunkt, der mir lebenswichtig für den Verein erscheint, hier kurz zu begründen. Ich bin der Ansicht, daß wir nicht nur, wie der Herr Vorsitzende selbst sagte, davon auszugehen haben: die Wirtschaft wird nicht wieder so werden wie vor dem Kriege, und in der Wirtschaft haben wir auf neue Verhältnisse uns einzurichten, sondern daß wir weiter uns klar zu sein haben: auch die Stellung der Wissenschaft ist nicht mehr die gleiche wie vor dem Kriege, und mit der Stellung der Wissenschaft, der Sozialwissenschaft insbesondere, ist auch die Stellung des Vereins nicht mehr die gleiche wie ehemals. Wir dürfen uns nicht das geringste darüber vormachen: die Stellung, die vor fünfzig Jahren der Verein eingenommen hat, war zentral, die Stellung, die wir heute haben, ist peripher und akademisch, — das, was wir verhandeln, ist nicht mehr Gegenstand eines größeren Interesses der Öffentlichkeit. Die Frage ist einmal, ob die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf hat, berücksichtigt zu werden, sodann, ob die Wissenschaft die Möglichkeit besitzt, diesem Anspruch nachzukommen. Ich bin der Ansicht, daß beides heute ebenso möglich und dringlich ist wie vor fünfzig Jahren. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß sehr viel stärker als damals und eine einheitliche Stellungnahme erschwerend die parteipolitischen Erscheinungen sind. Darüber besteht

aber doch kein Zweifel, daß trotzdem die Möglichkeit zur unmittelbaren Erziehung der Studenten zur praktischen Mitwirkung und die Möglichkeit zu eigener praktischer Mitwirkung gegeben ist. Und dieser Möglichkeit ist daher nachzukommen, so weit das im Rahmen des Vereines irgend angeht. Das bedeutet, um es der Kürze der Zeit wegen nur an einem formalen Punkt zu zeigen, unter anderem folgendes: Selbstverständlich sind die Untersuchungen, wie sie der Verein geführt hat, fortzuführen, — sie sind die Grundlage vieler praktischen Arbeiten, an der jeder mitzuarbeiten hat, und auf der jeder weiterarbeiten wird. Aber zu fragen ist, ob nicht darüber hinaus das heute wieder aufgenommen werden muß, was am Beginn stand und die unmittelbare Brücke vom praktischen Ökonomen zum praktischen Politiker bildete, die Verdichtung praktischer Arbeiten zu praktischen Forderungen und die begründete Stellungnahme zu den Fragen des Tages, wie sie ihren Niederschlag damals in „Gutachten“ fand und heute in der gleichen Form wieder zu finden hätte.

Es hat beispielsweise immer, schon ganz zu Anfang, zu den Obliegenheiten des Vereines gehört, sich mit Steuerfragen zu befassen. Nun, die Zeit ist heute so, daß man sehr wohl darüber hinaus den Wissenschaftler auffordern könnte, sich mit Gutachten zur kommenden Steuergesetzgebung zu äußern, nicht nur mit „wertfreien“ Gutachten, die rein akademisch in die Luft gesprochen sind, sondern mit politischen Gutachten, an deren Ende zu stehen hätte: der formulierte Gesetzesentwurf, der die Grundlage für eine weitere Diskussion innerhalb der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit werden kann. Das sind Dinge, wie sie in der Schweiz seit alters üblich sind, wie sie bei uns in Vergessenheit gerieten — wie viele Finanzwissenschaftler können heute ein Gesetz selbst ausarbeiten? —, wie sie aber immer möglich und heute notwendig und unumgänglich sind.

Ähnliches ist möglich und nötig innerhalb der Sozialpolitik. Die Zeit verbietet mir leider eine ausführliche Behandlung. So will ich nur sagen: es ist inhaltlich restlos zu unterschreiben, was Professor Brieß hier vorgetragen hat. Aber soll auch hier dem Wort keine Tat folgen? Müssen wir uns nicht klar sein, daß unsere Aufgabe sich nicht damit erschöpft, daß wir uns akademisch unterhalten über die Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik, sondern daß wir ganz konkret eine Antwort geben müssen, wie den bestehenden Mißständen, die wir offen und ungeschwinkt aufzuweisen haben, ändernd beizukommen ist?

Wenn etwa Einigkeit darüber besteht, daß die Sozialpolitik versteinert ist, daß sie zur Aufrichtung eines rein bureaukratischen Apparates geführt hat, und daß in der Erweiterung dieses Apparates sich heute die Sozialpolitik erschöpft, ist es dann nicht unsere Aufgabe, eine Lösung zu suchen, wie eine sozialpolitische Tätigkeit möglich ist, ohne daß man neue Berufe schafft, zu denen alles hinläuft, und an denen schließlich alles zugrunde geht? — ist es dann nicht unsere Pflicht, wieder wie ehedem die sittlichen Kräfte aufzurufen, das Gewissen der Nation wachzurütteln, damit ein lebendiger Geist wieder die starren Formen durchseelt? —, ist es nicht gerade in einer Zeit allmählichen Verfallens der materiellen Hilfskräfte allgemeines und auch für uns gültiges Gebot, die größere Bedeutung der Caritas wieder herauszustellen, und so den Weg zu bereiten zu einer neuen, sozialen Politik?

Professor Dr. Pribram: Meine Damen und Herren! Ich entnehme den Beruf, in Ihrem Kreise zu sprechen, aus zwei Tatsachen: erstens, daß ich durch eine Reihe von Jahren sozialpolitischer Referent im österreichischen Ministerium für soziale Verwaltung gewesen bin und in dieser Eigenschaft die österreichischen sozialpolitischen Gesetze entworfen habe, und zweitens, daß ich dann für das internationale Arbeitsamt nach Genf berufen wurde, wo ich als Leiter der statistischen Abteilung Gelegenheit hatte, Sozialpolitik nicht nur vom engeren Standpunkt eines Staates aus zu betrachten, sondern einen gewissen internationalen Überblick über diese Erscheinungen zu gewinnen. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen eine kurze Andeutung gebe, wie sich die internationale Sozialpolitik während der Zeit nach dem Kriege entwickelt hat, woraus sich vielleicht gewisse Konsequenzen für die deutsche Sozialpolitik ergeben.

Nach dem Kriege hat Deutschland — und dasselbe gilt auch für Österreich-Ungarn — mit unglaublicher Kraft und Schnelligkeit unter dem Druck der Verhältnisse eine Reihe von tiefgehenden sozialpolitischen Forderungen erfüllt. Ich will vor allem an das Betriebsrätegesetz erinnern. Die anderen Staaten haben im wesentlichen die alten Gedanken der Vorkriegssozialpolitik fortgesetzt, aber außerordentlich zögernd. Unter dem Druck der Arbeiterschaft wurden in Artikel 13 des Friedensvertrages von Versailles freilich jene Bestimmungen aufgenommen, nach denen der Gedanke einer sozialen Gerechtigkeit auf internationalen Grundlagen verwirklicht werden sollte. Wir können

nicht annehmen, daß das eine bloße Phrase gewesen ist. Denn hieran knüpfen sich positive Forderungen: das Koalitionsrecht, der Achtstundentag usw., und als dann die Konferenz von Washington 1919 zusammengetreten war, wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, von Beschlüssen, die der Ratifizierung harrten. Diese Ratifizierung aber — das ist das seltsame an dieser Entwicklung — ist nicht vollzogen worden. Während Deutschland und Österreich im wesentlichen die sozialpolitischen Forderungen des Friedensvertrages glattweg erfüllt hatten, blieb die Erfüllung von seiten der übrigen Staaten aus, und dort machte sich jene Reaktion geltend, die bezeichnend für die Entwicklung der Sozialpolitik in der Welt ist. Die Ursachen dieser Erscheinungen mögen in der Kritik bedingt sein, die internationalen Charakter annahm und die es unmöglich machte, weitgehende sozialpolitische Forderungen zu erfüllen, die vielleicht auch jene alten Gedanken des Schutzes der nationalen Produktion gegen internationale Konkurrenz lebendig werden ließ. Wir haben im internationalen Arbeitsamte interessante Untersuchungen angestellt über die Lohnentwicklung in den einzelnen Staaten, und da zeigte sich, daß, von Deutschland und Österreich abgesehen, die realen Löhne der nichtqualifizierten Arbeiter heute durchweg höhere sind als die Löhne der Friedenszeit, daß die Löhne der qualifizierten Arbeiter etwas höher sind, während der geistige Arbeiter in seinem realen Lohn weit unter dem Einkommen der Friedenszeit steht. Auf die Konsequenzen dieser Erscheinung kann ich leider nicht eingehen. Aber was für uns von außerordentlicher Bedeutung ist, das ist, daß es nicht gelungen ist, in jenen Staaten irgendwie in der Sozialpolitik weiterzukommen. Und wenn wir uns die Frage stellen: Wie steht es eigentlich mit all den Problemen, die uns hier bewegen, so finden wir im wesentlichen, daß irgendein neuer klärender Gedanke nicht gefunden worden ist. Wir können sagen: Die gleiche Ratlosigkeit, die hier uns Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik gegenüber der Sozialpolitik erfüllt, die gleiche Ratlosigkeit ist ein internationales Problem. Der Krieg hat die Weltanschauungen zum großen Teil demoliert; und aus diesem Chaos, das der Krieg hinterlassen hat, ist die neue erlösende Weltanschauung, aus der man die Grundlagen für die Richtung der Sozialpolitik finden kann, bisher nicht hervorgewachsen.

Es wurde das Wort gesprochen: Zurück zum Freihandel! Es ist unmöglich, zum Freihandel zurückzukehren. Wenn wir die großen Ver-

bände betrachten, die heute im Deutschen Reich sich gebildet haben, und die miteinander um die Herrschaft kämpfen, so ist es undenkbar, daß hier der Gedanke des Freihandels wiederum Wurzel schlagen soll. Aber diese Erscheinung findet sich in den übrigen Staaten nicht, und ich halte es für einen Irrtum meines verehrten Lehrers, des Herrn Professors Grünberg, wenn er meint, daß in England aus den Arbeiterkoalitionen die Kräfte zu einer Umgestaltung des Wirtschaftslebens in absehbarer Zeit hervorzunehmen werden. Wir sehen in allen Staaten, daß im Kampf, der sich jetzt zwischen den Arbeitern und Unternehmern entwickelt hat, die Arbeiter bisher den kürzeren gezogen haben. In Italien, wo man den Kommunismus vor der Tür glaubte, zerschellt die Macht der Gewerkschaften an der Bewegung der Faschisten; in England hat die Arbeiterschaft eine Reihe von Niederlagen erlitten, und die gleichen Erscheinungen haben wir überall. Von Amerika will ich nicht reden, wo die Gewerkschaften niemals ihre organisatorischen Kräfte voll entfalten konnten.

Und darum glaube ich, daß es vergebens wäre, die Erscheinungen, die wir in Deutschland beobachten, in marxistischem Sinne als Symptome einer allgemein bevorstehenden Umformung der Wirtschaft deuten zu wollen. Die Gründe liegen tiefer; sie liegen in der Denkmethode. Und nachdem man den Staat, der das Denken der Menschen in Deutschland erfüllt hat, zerschellt hat, klammert er sich an neue Verbände. Und darum glaube ich, daß das Ergebnis unserer Versammlung hier eigentlich ein positives nicht sein kann. Gewiß, wir haben große Aufgaben der Sozialpolitik in der Gesetzgebung, in der Verwaltung zu lösen: die Umgestaltung des Kollektivvertrages aus dem Leben in das Rechtsleben hinein, eine ganze Reihe von Fragen des Arbeitsrechts sind zu behandeln. Aber solange wir nicht eine große Weltanschauung haben, aus der heraus wir den Plan für die Neugestaltung des Wirtschaftslebens zimmern können, scheint es müßig, über die Grundlagen der Sozialpolitik zu reden, sondern sie muß uns zerfallen in eine Reihe von einzelnen Problemen. Inzwischen wird uns — wir wissen nicht wann — das Wirtschaftsleben in seiner Entwicklung die entscheidende Lösung in der Frage selbst bringen.

(Beifall.)

Professor Reßler: Über die Zukunft des „Vereins für Sozialpolitik“ kann man wohl optimistisch denken gerade nach den Bemerkungen

Kungen eines der Herren Vorredner über die Fähigkeit unserer Ausschußmitglieder, immer wieder zuzulernen! Diese Anpassungsfähigkeit zeugt von der inneren Jugendlichkeit der Kreise, die den Verein bilden. Über die Zukunft der Sozialpolitik selbst hat der Herr Referent Stein, wenn ich ihn recht verstanden habe, viel pessimistischer gesprochen. Ich bedaure das, zumal unser Verein eine Tribüne ist, von der aus für breitere Öffentlichkeit gesprochen wird. Selbstverständlich, über einzelne Zweige unserer historisch gewordenen „Sozialpolitik“, wie etwa über die Sozialversicherung, kann man heute leicht pessimistisch denken. Aber faßt man mit der heute im politischen Tageskampfe üblichen Umgrenzung den Begriff „Sozialpolitik“ nicht viel zu eng? „Sozialpolitik“ unter Gesichtspunkten der letzten fünfzig Jahre gehört freilich heute einer vergangenen Geschichtsperiode an. Diese alte „Sozialpolitik“, die ausging von der „Arbeiterfrage“ als „der“ sozialen Frage, hat ihre geschichtliche Rolle im wesentlichen hinter sich, und wenn hier heute einmal gesagt wurde, daß in der Sozialpolitik der allerletzten Jahre die gesetzgeberische Maschine zwar sehr schnell, aber eigentlich leer gelaufen sei, wenn man in der Tat oft das Gefühl hat, daß seit 1918 sozialpolitische Formen geschaffen wurden, denen es an tiefster Notwendigkeit und eigentlichem Inhalt fehlt, so hängt das eben damit zusammen, daß die Sozialpolitik immer noch zu sehr im alten, engen, geschichtlichen Begriff gesehen und betrieben wird. Man sollte den Begriff doch viel weiter fassen, wie es ja auch jetzt Ad. Günter versucht hat, dessen Auffassung ich nahe sehe. Wenn wir „Sozialpolitik“ betreiben als Politik zur Erhaltung der Gesellschaft im Auf und Ab und Gegeneinander der gesellschaftlichen Klassen, dann brauchen wir über ihre Zukunft nicht so pessimistisch zu denken, im Gegenteil, dann werden sozialpolitische Aufgaben für uns gerade heute im Vordergrund stehen, wo die gesellschaftlichen Klassen sich in so stürmischem Wechsel umgruppieren, wo die, die sich heute in ihren Zeitungen noch als „das Proletariat“ bezeichnen, „Mittelstand“ geworden sind, und die, die sich noch „Mittelstand“ nennen, „Proletariat“. In solchem Auf und Ab der gesellschaftlichen Klassen das gesellschaftliche Ganze gesund zu erhalten, das scheint mir dauerndes Ziel der Sozialpolitik zu sein, und in diesem Sinne ist „Sozialpolitik“ gesellschaftliche Politik, sogar Oberbegriff für die Wirtschaftspolitik. Die Politik zur Erhaltung der Gesellschaft umfaßt schließlich alle Wirtschaftspolitik in sich, und so treiben wir wirklich „Sozialpolitik“ auch, wenn wir

richtige Wirtschaftspolitik treiben, — Politik, die nun freilich oft mit ganz anderen Mitteln arbeiten wird als in früheren Jahrzehnten.

Zur Kennzeichnung dieser Zusammenhänge möchte ich ein Teilgebiet herausgreifen, das den Verein für Sozialpolitik auch schon früher beschäftigt hat, die „Wohnungsfrage“. Herr Stein sagte, die wirtschaftlichen Fragen, ob wir uns überhaupt noch nähren, kleiden und auch behausen könnten, ständen jetzt ganz im Vordergrund. Früher dagegen stritten die Sozialpolitiker in der Wohnungsfrage, ob man Mietkasernen oder andere Haustypen bauen sollte. Diese alte Frage der alten Sozialpolitik mußte natürlich auch wirtschaftlich betrachtet werden, und ich stimme Herrn Wolf durchaus zu, daß man Mietkasernen bauen mußte und muß, wenn sie wirklich die volkswirtschaftlich günstigste Hausform sind; das scheint mir selbst freilich längst nicht so sicher zu sein wie ihm. Heute liegt die Frage aber viel schwieriger: nicht mehr, ob wir Mietkasernen oder Kleinhäuser bauen sollen, sondern wie wir überhaupt noch bauen können? Da wird nun auch der Sozialpolitiker, auch der „Verein für Sozialpolitik“ mit seinen vielen Professoren, das heißt Bekennern, den Mut haben müssen, die unbeliebte Wahrheit laut auszusprechen, daß wir mit falscher „Sozialpolitik“, nämlich mit künstlicher Niedrighaltung der Mieten, unser Bauwesen selbst erstickt haben. Wenn ich bei den heutigen Preisen und Löhnen eine Kleinwohnung nur für 500 000 Mark herstellen kann, dann darf ich sie nicht für 500 oder 1000 Mark vermieten. Ich brauche zur Verzinsung eine Miete von 30 000 Mark, und eine Miete von 30 000 Mark bei 150 000 oder 200 000 Mark Einkommen aufzubringen, ist auch wirtschaftlich möglich. Bei solchen Mieten werden wir wieder bauen können, nur solche Mieten sind wirtschaftlich rational, und trotz der sozialpolitischen Verbrämung des heutigen Mietpreiszwanges müssen wir gerade als Sozialpolitiker, die an dauernde Wohnungsverföhrung unseres Volkes denken, den Mut haben, solche den Mietern unangenehme Wahrheit auszusprechen. Das heißt nun freilich nicht Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte im Wohnungswesen und zur Selbstherrlichkeit individualistischen Hausbesitzes. Es ist durchaus nicht notwendig und nicht erwünscht, daß diese 30 000 Mark jährlicher Kleinwohnungsmiete dem zufälligen heutigen Hausbesitzer in den Schoß geworfen werden. Sein Haus soll erhalten, sein Vermögen verzinst, seine Arbeit bezahlt werden — darüber hinaus wird für die Allgemeinheit noch genug bleiben. Es gibt zwischen Sozialisierung und Indi-

bidualismus, wie er uns auch heute als Rettungsweg gezeigt wurde, noch andere Wege planmäßiger Politik, die gesellschaftlich erhaltend, wirtschaftlich aufbauend und darum wohl die Wege der Zukunft sind.

Ich möchte dabei keineswegs die Möglichkeit von der Hand weisen, daß wir bewußt einige alte Wege verlassen. Insbesondere gegenüber den Äußerungen von Herrn Gothein glaube ich sagen zu müssen: eine Geldrentenversicherung auf weite Sicht hat in der Zeit ständiger Geldentwertung doch eigentlich keinen Sinn. Mit der Krankenversicherung, die heute einnimmt und morgen ausgibt, steht es ja anders. Aber Erwerbslosenversicherung, Invaliditätsversicherung, Altersversicherung in diesem Augenblick auszubauen, scheint mir zwecklos. Auch Herr Zimmermann hat ja in der „Sozialen Praxis“ Bedenken solcher Art uns vorgelegt. Zu den Wegen, die wir zur Zeit verlassen müssen, rechne ich andererseits im Widerspruch zu einem der Herren Vorredner keinesfalls das Koalitionsrecht. Keinesfalls; denn gerade die Kräfte, die sich unter freiem Koalitionsrecht entwickeln, sind Kräfte, die uns weiterhelfen können: Kräfte der Selbsthilfe! Auch das bewußte Betreten neuer Wege der Selbstverwaltung im Betriebsrätegesetz ist doch nur auf der Grundlage des Koalitionsrechts möglich gewesen. Ohne Koalitionsrecht kein Betriebsrat, keine Arbeitsgemeinschaft, kein Tarifvertrag, kein Soziallohn; auch keine Taylorisierung in den Betrieben, die unbedingt kommen muß, und doch ohne entschlossene Mitarbeit gewerkschaftlich erzogener Arbeiter und Angestellter niemals kommen kann.

Aber neben den formalen Vorbedingungen für die Erneuerung unserer Gesellschaft und Wirtschaft sollen wir die sittlichen nicht vergessen. Gerade in diesem Kreise, der ja in seiner Politik stets von sittlichen Motiven getrieben war, darf auch heute neben dem wirtschaftlichen Rationalismus die Ethik nicht unbeachtet bleiben. Den Zusammenbruch, den Europa erlebt hat, ist zuletzt ein moralischer Zusammenbruch gewesen. Will Deutschland neue sittliche Kräfte gewinnen, so muß es auch neue Selbsterziehungswege beschreiten. Ich denke dabei besonders an die Volksschule als an einen Versuch, dem in mechanisierter Teilarbeit stehenden Menschen Lebensinhalt außerhalb seines Berufes zu geben, geistigen und seelischen Besitz, der ihm das Leben erst eigentlich lebenswert macht. Änderungen in Betriebsgröße und Betriebsverfassung können hier, wie ich glaube, niemals entscheidend helfen; die Volkshochschule aber könnte wohl, was an äußerem Wohl-

stand verlorenging, durch innere Kräftigung ersetzen, und die Frage der Wiedergewinnung sittlichen Besitzes für unser Volk scheint mir wichtiger als alle Fragen nach künftigen Formen der Wirtschaft und des Staates.

Dr. Potthoff: Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz auf eine Frage hinweisen. Bei aller Bedeutung des sittlichen Pathos, von dem gesprochen worden ist, und des auch ich nicht entbehren möchte, unterstreiche ich das Wort Professor Steins: daß noch wichtiger ist die wirtschaftliche Erkenntnis, und daß diese dazu führen muß: unsere Sozialpolitik kann nur ein Ziel haben, das Existenzminimum von sechzig Millionen Deutschen sicherzustellen. Sie kann nur das Ziel haben des organisierten Kampfes gegen Hunger und Kälte. Die Folge ist, daß heute die beste und einzig wirksame Sozialpolitik in einer guten, vernünftigen Wirtschaftspolitik liegt, und ich glaube, die Hauptaufgabe des Vereins für Sozialpolitik und seiner wissenschaftlichen Mitglieder wäre, mit allerschärfstem Nachdruck der Regierung und den Volksmassen zu sagen, daß sie alle miteinander in unverantwortlicher Weise gegen diese Forderung des Tages handeln. Der Regierung zu sagen, daß ihre Steuerpolitik und Sozialpolitik das Verkehrteste ist, was sie machen kann, weil sie mit allen Mitteln auf die Entwertung des Geldes hinarbeitet; daß sie damit die Kapitalbildung erschwert, daß sie den Sparsinn ertötet, daß sie damit den Konsum und die Verschwendung der Massen fördert; ihr mit einem Wort zu sagen, daß die Notenpresse kein taugliches Mittel zu wirksamer Sozialpolitik ist. Und den Massen des deutschen Volkes zu sagen, daß es seine Lebensführung ändern muß, wenn es nicht in den Bankerott hineingehen will; daß wir nicht über unsere Mittel leben dürfen, wie wir das nicht nur im Kriege, sondern auch nach dem Kriege getan haben, und daß das einzige Mittel, wie wir den Bankerott vermeiden können, wie wir trotz Versailles uns am Leben erhalten können, bis auch unsere Feinde wieder Vernunft annehmen müssen, daß das einzige Mittel ist, daß wir unseren wirtschaftlichen Haushalt in Ordnung bringen, und zwar den wirtschaftlichen Haushalt der einzelnen, der Volksgesamtheit und des Staates. Wir können unseren Haushalt in Ordnung bringen, indem wir mehr leisten oder weniger verbrauchen. Wir können beides erreichen ohne Vermehrung der Arbeitsstunden und Vermehrung der Arbeitslast durch rationellere Ge-

staltung der Produktion und Verteilung. Ihr stehen aber große Hindernisse im Wege, von denen das wichtigste die Angst vor den Erwerbslosen ist. Weil diese Schwierigkeiten auf der Produktionsseite sind, glaube ich, daß eine außerordentlich große Bedeutung der rationellen Gestaltung des Konsums obliegt, weil hier genau so ungeheure Werte durch zweckmäßigere Gestaltung des Haushalts gewonnen und erspart werden können wie bei der Produktion. Dieses Problem des rationellen Haushalts ist außerordentlich vernachlässigt worden bis auf den heutigen Tag. Hier liegen die Mittel, unsere Lebenshaltung außerordentlich zu verbessern; hier kann jeder anfangen. Es bedarf nur der Erkenntnis und des Willens, und weil beides fehlt, ist es eine wichtige Aufgabe für unseren Verein und für die Wirtschaftswissenschaft. Wenn der Verein für Sozialpolitik das wieder sein wollte, was sein Name sagt, und was er früher gewesen ist: ein Verein für Sozialpolitik, so müßte er seine Aufgabe darin sehen, die deutschen Hausfrauen mobil zu machen zur Rettung Deutschlands und den Verbrauchern größeren Einfluß auf Wirtschaftspolitik und Produktion einzuräumen, so daß unsere Produktion nach dem Bedarf sich richtet und nicht nach den Erwerbsinteressen der Produzenten. Und wenn unser Verein nur ein wissenschaftlicher Verein sein soll, so ist es eine wichtige Aufgabe für ihn, diese Frage des rationellen Verbrauchs wissenschaftlich zu klären. Denn wir wissen nichts darüber. Die Wissenschaft kann uns nicht die Antwort geben auf die wichtigsten Fragen; z. B. die nach der rationellen Betriebsgröße des Haushalts, oder nach der Rationalität der heutigen Konservenindustrie usw. Ich habe vor zwei Jahren im Ausschuß den Antrag gestellt, man möchte diese Fragen wissenschaftlich untersuchen lassen. Das ist leider abgelehnt worden. Ich möchte an dieser Stelle an alle Leiter von volkswirtschaftlichen Seminaren die dringende Bitte richten: Lassen Sie das große Material, was in den Volkbüchern vorliegt, nicht verstauben, sondern setzen Sie Ihre Seminarmitglieder daran, die Frage des rationellen Haushalts zu untersuchen. Ich bin davon fest überzeugt: Wir schaffen dadurch einen Baustein für bessere Gestaltung unserer Wirtschaft und für neue Lebensmöglichkeit unseres Volkes.

(Beifall.)

Professor Lederer: Kollege Goetz Briefs hat für seine Person dem erschütternden Eindruck Worte verliehen, den die Ausführungen

vieler Redner machen mußten; Klang doch aus ihnen Müdigkeit, Verzweiflung und mindestens tiefe Skepsis. Wenn man, etwas vereinfachend, resümiert, so wurde mehrfach der Meinung Ausdruck gegeben, daß wir uns heute Sozialpolitik nicht mehr „leisten“ können, daß Sozialpolitik Reichtum und Einkommen der Bevölkerung schmälere, die wirtschaftlichen Gesetze außer Acht lasse. — Kurz, die Stimmung und die Theorie, zu deren Überwindung vor fünfzig Jahren der Verein für Sozialpolitik ins Leben gerufen wurde, scheint heute einen großen und wachsenden Teil der Kreise zu erfassen, die sich ehemals in ihrem moralischen Bewußtsein in den positiven Bestrebungen des Vereins für Sozialpolitik ausgesprochen fühlten.

Es ist zweckmäßig, zu überlegen, auf welchen gedanklichen Grundlagen diese Wendung eigentlich beruht. Die gedanklichen Grundlagen, welche diese Wendung heute tragen, welche gleichsam die Ideologie dieser veränderten Stellungnahme bilden, können m. E. dahin formuliert werden, daß man sagt: Es gibt viele Mitglieder innerhalb des Vereins für Sozialpolitik, welche — ich will nicht sagen erstmals, aber heute besonders deutlich — sehen, daß es einen wirtschaftlichen Kreislauf gibt, und daß dieser wirtschaftliche Kreislauf gewissen Gesetzmäßigkeiten gehorcht, daß zwischen Produktion und Verteilung und zwischen Verteilung und Produktion ein innerer organischer Zusammenhang besteht; und es wird von dieser Tatsache, welche, so lange es eine ökonomische Wissenschaft gibt, am Anfang des Denkens gestanden hat, sofort ein ungeheuer kühner Sprung gewagt, nämlich: jede Sozialpolitik wird als Störung dieses wirtschaftlichen Kreislaufs angesehen. Dabei wird „Störung“ nicht im theoretischen Sinne aufgefaßt, als eine Veränderung von Daten, welche bei bloßer Wirksamkeit ökonomischer Gesetzmäßigkeit die Tendenz hat, sich wieder aufzuheben, sondern: sie wird gefaßt als eine zu vermeidende, nicht sein sollende Störung, welche im Sinne einer allgemein verpflichtenden, ökonomischen Ordnungspolizei verboten werden sollte. Man kann sich — ganz generell — über dieses unausgesprochene Bekenntnis zur Theorie freuen, welches von Vertretern der historischen Schule am lautesten abgelegt wurde, muß aber wünschen, daß nicht nur Theorie in der reduziertesten und abstraktesten Form zur Grundlage wirtschaftspolitischer Postulate gemacht wird, wie bei den Nachfahren der klassischen Ökonomie, zu deren Bekämpfung dereinst der Verein für Sozialpolitik gegründet wurde. Gerade die Richtung im Verein, welche

immer für stärkere Beachtung der Theorie war, muß die gedankliche Grundlage dieser etwas allzu schnellen Urteilsbildung näher prüfen, weil sie wieder theoretische Betrachtung zu diskreditieren geeignet ist. Es ist also das Gesetz des wirtschaftlichen Kreislaufs, das hier als Sollsatz formuliert wurde, und es wurde in der extremen Weise vertreten, daß gesagt oder gemeint wird, die Verteilung innerhalb des Produktionsprozesses sei nicht ein Variables, sondern jede Änderung innerhalb des Verteilungsvorgangs ist Störung, welche sich unter Reibungsverlusten, Schwierigkeiten und Nachteilen von selbst korrigiert, so daß wir eine Änderung dieser Verteilung nicht vornehmen dürfen. Ferner liegt darin die zweite These: die Mengen von Kapital und Arbeit sind gegeben.

Wenn wir diese zwei Thesen als die gedanklichen Grundlagen der Wirtschaftspolitik betrachten, die hier vertreten wurde, so werden wir mit Überraschung bemerken, daß diesen Störungen eine höchst eigentümliche Vorstellung zugrunde liegt: nämlich das Bild einer statischen Wirtschaft, welche aber nicht als annäherungsweise Idealtypus, sondern als volle Realität betrachtet wird. Fast so, wie die Physiokraten ihr Tableau économique hinstellten. Damit will ich allerdings nicht sagen, daß uns heute ein solches Tableau économique geboten wurde. Ist diese Betrachtungsweise aber möglich, ist sie's überhaupt auch nur als theoretische zulässig?

Wenn wir die Volkswirtschaft nicht als statisches, sondern als dynamisches Problem auffassen und aufzeigen, wie wir es müssen, und die Frage aufwerfen würden, ob nicht auch die psychischen Elemente den Rang von Daten innerhalb dieses gesamten Komplexes haben? Warum sind Geld, Ackerboden, Eisen und Getreide, Maschinen und Gebäude Elemente und Voraussetzung des Produktionsprozesses, nicht aber die Arbeitskraft? Warum sind nur die sachlichen Produktions-elemente Bedingungen für den Produktionserfolg, und nicht die persönlichen? Eine Frage, die in einem Verein für Sozialpolitik aufzuwerfen, beinahe grotesk ist. Immerhin, man muß gerade hier diese Frage aufwerfen, weil wirklich aus der Voraussetzung, daß es ökonomische Gesetze gibt, aus der Tatsache, daß der ökonomische Zusammenhang von gewissen Regelmäßigkeiten geleitet ist, sofort mit kühnem Sprung die Konsequenzen gezogen wurde, welche heute so viele von uns in Erstaunen setzen. Wenn man aber Sozialpolitik als Eingriff in die „natürlichen Wirtschaftsgesetze“ ablehnt, so müßte man sich

immerhin mit dem naheliegenden Einwand auseinandersetzen, daß auch die Arbeitskraft ein Datum ist und Voraussetzungen (und zwar bei einem Volk, dessen Glieder zu „Personen“ geworden sind) psychische Voraussetzungen ihrer „Bewirtschaftung“ hat. Sozialpolitische Maßnahmen können Datenänderung bewirken; die ökonomischen Daten sind nicht starr gegeben, sondern im dynamischen Prozeß variabel, und zwar kann eine Verkürzung der Arbeitszeit sehr wohl sofort oder späterhin den Leistungskoeffizienten der Arbeitskraft erhöhen, was zu betonen früher eine unerlaubte Banalität gewesen wäre, aber heute wieder gelegentlich gesagt werden muß.

Jedenfalls kann der Hinweis auf die Begrenztheit von Arbeit und Kapital noch nicht als Generaleinwand gegen Sozialpolitik akzeptiert werden; denn es handelt sich eben — ganz abgesehen von den ethischen Erwägungen — darum, wodurch die größere Menge Arbeitsleistung erzielt wird. M. a. W.: der Hinweis auf Produktivität ist m. E. nicht ein Argument, welches jede sozialpolitische Maßnahme von vornherein negativ zu werten erlaubt.

Ich möchte mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken.

(Beifall.)

Umbreit: Meine Damen und Herren! Die Zeit von fünf Minuten ist kurz, um die Ausführungen, die über die Gewerkschaften gemacht wurden, genügend widerlegen zu können.

Zunächst stellte Herr Professor Wolf eine Überprüfung des Koalitionsrechts in Aussicht, allerdings, wie er hinzufügte, ohne dem Koalitionsrecht nahetreten zu wollen. Es ist nicht ersichtlich, was die Überprüfung des Koalitionsrechts für einen Zweck haben soll, wenn er nicht zu einer gesetzlichen Neuregelung Stellung nehmen will. Wir glauben, daß dazu politische Kräfte gehören. Sie dürfen versichert sein, daß die deutsche Arbeiterschaft das Koalitionsrecht verteidigen wird, wie Sie die Freiheit der Forschung. Professor Wolf war so freundlich, in Anlehnung an ein Wort des Fürsten Bismarck uns eine Provinz für sozialistische Experimente zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, daß es ein Scherz war, der an dieser Stelle gemacht wurde. Ich möchte sagen: wenn Sie uns heute eine Provinz zur Verfügung stellen wollten, würden wir den Versuch machen. Stellen Sie uns die Kohlenprovinz zur Verfügung. Heute steht die Frage so, daß die Kohlenwirtschaft, und nicht nur diese, in Gefahr steht, vertrustet und stinnesiert zu werden.

Heute haben Sie die Wahl: geben Sie uns das, was Herr Professor Wagner ausgesprochen hat, indem er erklärte, die Kohlenwirtschaft muß gemeinwirtschaftlich organisiert werden, geben Sie uns diese Provinz, und wir wollen das Experiment machen.

Dann ist von den Herren Vortragenden eine Warnung vor den wirtschaftlichen Verbänden und Gewerkschaften erhoben worden, und zwar mit starkem Nachdruck die Warnung, daß der schwache Staat der Kraft und dem Einfluß der Verbände unterliegen würde. Es ist eine gute Tradition des Vereins für Sozialpolitik geworden, wissenschaftliche Urteile nicht zu fällen ohne eine endgültige wissenschaftliche Untersuchung. Der Verein für Sozialpolitik hat sich davon abwenden müssen, in Wissenschaftsfragen Entscheidungen vorzunehmen, um nicht Zufallsbeschlüsse aufkommen zu lassen. Wir haben bis heute noch keine wissenschaftlichen Feststellungen über die Wirksamkeit der Gewerkschaften nach dem Kriege. Im Gegenteil, weite Kreise, und nicht nur wissenschaftliche, auch Regierungskreise, sind voll des Lobes über die Wirksamkeit der Gewerkschaften gewesen. Nicht nur einmal hat der Reichskanzler erklärt, daß die Gewerkschaften Retter des Reiches gewesen sind. Ohne die wirtschaftliche Organisation der Gewerkschaften hätte sich damals das Reich nicht halten können und die Übergangswirtschaft nicht durchführen können. Auch darüber war man einig, daß die Wirtschaft nach dem Kriege nicht so wieder aufgebaut werden könne, als sie vor dem Kriege war, daß sie andere Grundzüge haben müsse, daß ein stärkerer Einschlag der Organisationen zur Geltung kommen müsse, daß es zu einer Organisation der Wirtschaft kommen müsse. Wenn die Gewerkschaften ihren Einfluß auf die Wirtschaft der Nachkriegszeit geltend gemacht haben, so haben sie ihre Pflicht getan, und je schwächer der Staat war, desto stärker mußten wirtschaftliche Organisationen eingreifen, um die Wirtschaft nicht zugrunde gehen zu lassen. Die Einführung des Achtstundentages war nicht ein Werk des Kommissars der Demobilmachung, sondern eine Vereinbarung der wirtschaftlichen Organisationen. Es war eine freiwillige Einführung seitens der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, und die Volksbeauftragten konnten nur bestätigen, worüber die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände einig geworden waren. Daß die Arbeiter an dieser Vereinbarung nicht ohne Not rütteln lassen, das können Sie ihnen nicht verdenken. Sie haben erklärt, daß sie nicht mechanisch den Achtstundentag durchführen wollen; sie haben erklärt, daß sie im Wege der tarif-

vertraglichen Regelung für jede Überarbeit, deren Notwendigkeit nachgewiesen wird, sich zur Verfügung stellen wollen, und daß sie eine Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses haben wollen, das solchen wirtschaftlichen Vereinbarungen freien Spielraum gewährt. Es ist darauf hingewiesen worden, welche gewaltigen Summen die sozialpolitische Bureaucratie verschlingt. Darüber sind wir uns klar, und deswegen haben wir im Ausschuß für einheitliches Arbeitsrecht erklärt, daß wir auf staatliche Bureaucratie verzichten und eine Selbstverwaltung des Arbeitsrechts anstreben durch einen stärkeren Einfluß der Organisationen.

Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel anführen. Wenn die Schlichtungsämter ausgebaut werden sollen, so würde das Milliarden kosten; denn keines wäre möglich mit einem geringeren Kostenaufwand als einer halben Million. Wir aber wollen die Schlichtung mehr und mehr zu einer Selbstverwaltung der tariflichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer machen und es fertig bringen, daß durch eine solche tarifliche Verständigung das Wirken der sozialpolitischen Bureaucratie überflüssig wird. Wenn Sie den wirtschaftlichen Organisationen Vertrauen entgegenbringen, so können Sie erwarten, daß die Sozialpolitik nicht zum Nachteil der Wirtschaft wird. Es ist notwendig, daß die Wissenschaft sich mit wirtschaftlichen Organisationen verständigt, daß sie Fühlung hält mit den wirtschaftlichen Verbänden und versucht, durch diese Fühlungnahme auf die Ideenwelt der Organisationen Einfluß zu gewinnen. Suchen Sie diese Fühlung; aber erheben Sie nicht Warnungen vor den Gewerkschaften, vor der Übermacht und Nebenregierung der wirtschaftlichen Verbände; denn ohne die wirtschaftlichen Verbände kann der Staat nicht existieren. Wenn wir die Wirtschaft nicht ausschließlich den Machtorganisationen der kapitalistischen Trusts, den Stinnes und Co. überlassen wollen, so müssen wir an die Allgemeinheit der Volkswirtschaft herantreten, damit sie die Wirtschaft führe; denn weder der Staat noch die Wissenschaft allein kann die Wirtschaft führen. Verständigen Sie sich mit den wirtschaftlichen Organisationen und warnen Sie nicht vor einer Entwicklung, die kommen muß, weil eine andere Wirtschaft heute und in der nächsten Zukunft nicht möglich sein wird.

Professor Bonn: Ein großer Teil des Vortrages von Professor Stein hat mich mit tiefer Befriedigung erfüllt; denn er bedeutet eine

Abkehrung von jener Sozialpolitik des bloßen guten Herzens, die früher häufig vertreten worden ist. Es muß ein großes Opfer für Herrn Professor Stein gewesen sein, sich von dem abzuwenden, was er selbst so lange bekannt hat.

So wenig man die Sozialpolitik des guten Herzens vertreten kann, so wenig scheint mir empfehlenswert die bloße Nichtsozialpolitik des guten Herzens. Ich bin ein bißchen erstaunt, daß man in diesem Kreise Produktion und Konsumtion, Verteilung und Produktion einander entgegensezt. Darüber sollten wir uns eigentlich klar sein, daß zwar die Praktiker gelegentlich erklären: die Wirtschaft muß es schaffen, die Finanz versteht davon nichts, daß wir aber hier auf derartige törichte Abschließungen uns nicht einlassen können. Wir sind uns alle darüber klar, daß, wenn die Kühe keine Milch mehr geben und die Hühner keine Eier mehr legen, das mit die Folge der schlechten Valuta ist, weil es sich nicht empfiehlt und nicht wirtschaftlich ist, intensiv zu wirtschaften. Vor dem Kriege haben wir gelernt, daß ein großer Teil der praktischen Bedeutung der Sozialpolitik in ihrer Wirkung auf die Produktion liegt. Als wir an den Achtstundentag herangetreten sind, haben die Führer in der Bewegung immer darauf hingewiesen, daß er produktionssteigernd wirke, und vor kurzem erst hatten wir Gelegenheit, in einer Enquete einen Industriellen sagen zu hören, wie er über den Achtstundentag denkt. Er sagt: Ich habe den Sechstundentag; denn das ist viel rentabler, es wird mehr produziert. Ich glaube, wir sollten uns wirklich auf derartige Gegenüberstellungen nicht einlassen und sollten versuchen, uns klar zu werden, wo die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herkommen. Der Herr Vortragende hat in übergroßer Bescheidenheit uns vieles vorenthalten und angenommen, daß auch wir es wüßten. Ich weiß es z. B. nicht, was der wirkliche Produktionszustand Deutschlands ist. Es hätte mich nicht gelangweilt, wenn es uns mitgeteilt worden wäre.

In der Diskussion ist manches in dieser Richtung gefördert worden. Aber ich glaube, es wäre sehr zweckmäßig, wenn wir offen erklärten, daß wir von den wirtschaftlichen Tatsachen in Deutschland verhältnismäßig wenig wissen, daß die Wirtschaft heute wieder eine Geheimwissenschaft von Interessenten geworden ist, nicht einmal eine Geheimwissenschaft der Bureaucratie. Denn selbst die beauftragten Behörden können gelegentlich nicht das erfahren, worauf es wirklich ankommt. Wenn ein Wissenschaftler zu einem Gutachten herangezogen wird und dann

auf eine Tatsache stößt, die er nicht kennt, und die andere Leute auch nicht kennen, so wird naturgemäß das Gutachten kein sehr großes Gewicht haben, um so weniger, als die deutsche Wissenschaft heute von den Praktikern nicht sehr hoch gewertet wird. Herr Geheimrat Hertner hat Ihnen angedeutet, was der Grund für diese Dinge ist. Wenn man zwanzig Jahre den Beamten, soweit man ihnen überhaupt Nationalökonomie beibrachte und sie nicht bloß historisch orientierte und sie abrichtete auf die Frage: Wie ist die Sache, und warum ist die Sache so? antwortete, das interessiert uns nicht, wir wollen nur wissen, wie lange die Sache schon so ist? Dann kann man nicht erwarten, daß dieses Beamtentum geneigt ist, den Männern bzw. ihren Schülern, die sie an diese Fragestellung gewöhnt haben, ein großes Gewicht in den Entscheidungen beizumessen, besonders, wenn die Gelehrten die Schlagworte in ähnlicher Weise aufgreifen wie die Praktiker. Wenn die Begriffe Wirtschaft und Sozialpolitik, Produktion und Verteilung von uns einander als Gegensätze gegenüberstehen, dann kann man nicht erwarten, daß wir geholt werden. Und wenn wir geholt werden, dann schreiben wir eine Denkschrift, die zu den übrigen Denkschriften geht, und sie hat wenig Einfluß. Daran sind wir selbst schuld; das muß anders werden. Ich glaube nicht, daß es so weit ist, wie Herr Professor Weber angedeutet hat, daß es mit dem Umlernen geschehen ist. Ich glaube, es handelt sich nicht um Umlernen, sondern überhaupt um Lernen. Das war das, was Schmoller meinte, als er verlangte, daß wir wieder freihändlerisch denken lernen sollten. Wir sollten uns klar werden, daß es in der Nationalökonomie große Gebiete gibt, die rein historisch zu fassen sind, daß es aber auch andere Gebiete gibt, bei denen die Deskription nur Antwort auf Fragen geben kann, wenn man den theoretischen Schlüssel hat. Die Rückkehr zu dieser theoretischen Methode wird uns Einfluß sichern. Wenn wir ökonomisch denken können, und diejenigen, die praktisch etwas zu sagen haben, abrichten, werden wir den nötigen Einfluß bekommen. Das ist nicht bloß eine theoretische Behauptung von mir. Ich habe oft Gelegenheit gehabt, mich mit Vertretern unserer außenpolitischen Gegner im entscheidenden Moment zu unterhalten. Ich habe dabei gesehen, daß in England z. B. die führenden Beamten ökonomisch-theoretisch durchgeschult sind.

Die bloße Tatsache, daß einer der Meinung ist, eine Theorie sei falsch, genügt nicht. Wir müssen vielmehr theoretisch so gebildet sein,

daß man anderen theoretisch gebildeten Menschen nachweisen kann, daß sie Unrecht haben. Wir müssen versuchen, uns der theoretischen Methode zu bemächtigen, nicht um uns einzuspannen, sondern um im praktischen Leben tätig mitzuwirken. Das ist auch der tiefste Grund, warum einer von uns sich scharf gegen die Verbände ausgesprochen hat: nicht um die legitime Arbeit der Verbände zu unterbinden, nicht um zu verhindern, daß ein Verband Interessen zu vertreten hat, sondern in der Erwägung, daß die Interessenten naturgemäß nicht die vorurteilslose Stellung einnehmen können, die die Gelehrten einnehmen sollten. Deswegen hat man sich dagegen ausgesprochen, daß es als Sachverständigenurteil bezeichnet wird, wenn Verbände eine Erklärung abgeben, oder wenn ein hervorragender Geschäftsmann erklärt: Das ist so. Deutschland ist das einzige Land, das Sachverständige und Interessenten nicht nur als etwas Gleichberechtigtes, sondern auch als Gleichbedeutendes betrachtet. Von diesem Standpunkt aus hat Geheimrat Herkner gesprochen, und diesen Standpunkt können die, die die Vertreter von Verbänden sind, ruhig akzeptieren. Wir nützen Ihnen in Ihren Bestrebungen viel mehr, wenn wir ohne Voreingenommenheit, ohne persönliche Interessen an den Fragen, die Probleme theoretisch zu erkennen suchen. Nur dann ist Ihnen unser Rat von Bedeutung. Wenn wir Ihnen das sagen, was Sie bereits wissen und sollen, da bedeutet es Ihnen nichts; dann benutzen Sie uns höchstens als Feigenblatt.

Dazu müssen wir uns eine unabhängige Stellung erhalten. Der Verein für Sozialpolitik ist vorzüglich geeignet hierzu. Hier können wir uns an den Köpfen kriegen und uns so auseinandersetzen, daß die Meinungen, die wir vertreten, wenigstens von Argumenten gestützt sind, die den Kampf der Meinungen auszuhalten vermögen.

(Starker Beifall.)

Erzellenz von Mostik: Meine Damen und Herren! Die Erörterung hat so außerordentlich verschiedene Ansichten zutage gefördert, daß es vielleicht in letzter Minute gut ist, etwas auszusprechen, was uns alle eint. Vielleicht ist das nur deshalb nicht ausgesprochen worden, weil es so selbstverständlich, weil es die allererste Grundlage jeder Sozialpolitik ist: die Überzeugung, daß es in der Volkswirtschaft einen kategorischen sittlichen Imperativ gibt. Ich weiß, daß man nicht allein mit einem guten Herzen Sozialpolitik machen kann; aber man sollte

niemals vergessen, daß die Lebensanschauung, die Herzensmeinung ein wichtiges Moment in der Volkswirtschaft ist, wie im Leben des Einzelnen, so im Leben des Volkes. Der Verein für Sozialpolitik hat unter dem Zeichen dieser Gesinnung seine Geburt gefeiert und seine größten Erfolge errungen, und in diesem Zeichen wird er leben. Je schwerer die Not ist, um so weniger dürfen wir vergessen, daß die sittlichen Kräfte das sind, was letzten Endes ein Volk aufrecht erhält und groß macht.

Geheimrat Herkner: Angeichts der weit vorgeschrittenen Zeit verzichte ich auf ein eigentliches Schlußwort. Nur eine Bemerkung möchte ich mir gestatten. Sowohl von Herrn Geheimrat Wolf wie von Herrn Umbreit sind meine Äußerungen über die Macht der großen Verbände in einseitiger Weise auf die Gewerkschaften bezogen worden. In Wirklichkeit habe ich alle Verbände ohne Unterschied im Auge gehabt. Daß die von dieser Seite dem Staate drohenden Gefahren nicht ganz unbeträchtlich sind, scheint mir übrigens Herr Umbreit selbst anzuerkennen. Ich glaubte wenigstens aus den Schlußsätzen seiner Rede dieses Zugeständnis herauszuhören.

Professor Dr. Stein: Ich kann mich leider nicht so kurz fassen. Ich habe absichtlich in meiner Rede in scharfer Formulierung der Gedanken und Forderungen gesprochen, um Widerspruch hervorzurufen, und ich habe es getan von dem Standpunkt und aus der Erfahrung eines praktischen Sozialpolitikers heraus. Und meinem Landsmann aus Frankfurt, Herrn Bonn, muß ich eine Enttäuschung bereiten; ich habe kein Opfer gebracht, noch zu bringen gehabt. Das hätte ich nur dann getan, wenn ich gegen Sozialpolitik gesprochen hätte. Mein Kampf ruft galt dem sozialen und dem sozialistischen Dogmatismus. Die Auffassung vom Einssein von Wirtschaft und Sozialpolitik, von ihrer innigen Zusammengehörigkeit ist alter Frankfurter Besitz. Dadurch und darin haben wir uns von jeher von unseren sozialpolitischen Kampfgenossen und Gefährten, auch von meinem alten Freunde Francke, unterschieden. Seitdem ich als sozialer Berufsbeamter tätig bin, ist für mich soziale Gesinnung etwas gewesen, was man hat oder nicht hat, und ich stimme Erzellenz von Nothig bei, daß das Sittliche etwas Selbstverständliches sein sollte, und daß es dadurch, daß es ausgesprochen und unterstrichen wird, leidet und Schaden nimmt. Von den feinsten Dingen des persönlichen Lebens spricht man nicht; danach handelt man.
(Zuruf: Sehr gut!)

Von dem Standpunkt Schmollers von 1872, von dem Standpunkt realistischer, nicht dogmatischer Auffassung volkswirtschaftlicher Dinge habe ich das Verbunden- und das Einssein von Wirtschaft und Sozialpolitik behauptet. Ist das Abkehr oder Geringschätzung der Sozialpolitik? Ich sehe vielmehr darin gerade die rechte Einreihung der Sozialpolitik in das große Gebiet der Wirtschaft an der richtigen, ihr gebührenden und ihr das Leben ermöglichenden Stelle. Wo habe ich dann irgendwie gesagt, daß das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte an Stelle der staatlichen Tätigkeit zu treten habe? Ich habe erklärt, daß die Kräfte ihr Daseinsrecht neben der öffentlichen Tätigkeit besitzen. Verherrlichung der Allmacht des Staates ist gerade so falsch und verheerend wie die Verherrlichung des freien Spieles der Kräfte. Wir haben heute stärkstes Interesse daran, das Feld der freiwilligen Arbeit nicht einzuengen, und ich befinde mich in der Gesellschaft des Herrn Umbreit, der gesagt hat, daß er das Schlichtungswesen in die freie Hand der Beteiligten legen wolle. Wir müssen und können das nicht nur auf diesem Gebiet, sondern auf einer Anzahl von Gebieten. Und doch bleibt dann für staatliche Tätigkeit eine Fülle von Arbeit übrig. Aber das entscheidende ist, daß Sozialpolitik nicht bloß erst bei der Verteilung der Güter, der Verteilung des Erträgnisses der Volkswirtschaft beginnt, sondern daß sie von Anfang an überall im innigsten Zusammenhang mit der Produktion steht. Für mich war von jeher Sozialpolitik nicht bloß die krönende Kuppel des Baues unserer Volkswirtschaft, nicht bloß ein Mehr an Leistungen, eine edlere und gerechtere Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages, eine Frage des volkswirtschaftlichen Reichthums, sondern eine strenge, sich im Staat und in der Wirtschaft überall durchsetzende Arbeitsaufgabe, dessen Wesen und Ziel dadurch gegeben ist, daß im Staat und in der Wirtschaft immer und überall auch Menschen beachtet, als wertvollster Träger und Gegenstand von Staat und Wirtschaft. Sozialpolitik hat andere Ziele und andere Mittel in einem reichen und andere in einem armen Volke und andere in einem Staat, in dem die, die bis dahin im Schatten gestanden haben, die die Objekte der Gesetzgebung gewesen sind, nunmehr Subjekte der Gesetzgebung geworden sind. Diesen Wandel der Aufgabe und der Mittel gilt es heute zu zeigen; das bedeutet nicht einen Wandel des Wesens der Sozialpolitik. In schärfster Betonung habe ich hervorgehoben, daß die Schichten, die aus dem Schatten zur Macht gestiegen sind, lernen Sozialpolitik zu treiben, indem sie wirtschaftlich

denken. Ist aber schon das Erheben der Forderung des wirtschaftlich Denkenmüßens ein Merkmal einer bürgerlichen individualistischen Auffassung?

Nicht gegen Soziales und gegen Sozialismus, sondern gegen den Dogmatismus im Sozialen und im Sozialismus habe ich gesprochen. Ist das etwas, was nur der Bürgerliche tut? Wendet sich dagegen nicht alles, was an lebendigen Geistes innerhalb der Sozialdemokratie lebt, und worum der entscheidende Kampf innerhalb der sozialistischen Bewegung, aber noch nicht in den sozialistischen Parteien geht. Professor Grünberg wird daraufhin vielleicht sagen: ich sei ganz und gar mit marxistischem Gift durchdrungen. Das schreckt mich nicht. Ich fühle mich dankbar Marx und dem Marxismus verpflichtet. Er war für die Schulung unserer ganzen Generation unentbehrlich. Aber heute heißt es, über ihn hinauszukommen.

Wer heute glaubt, das Koalitionsrecht beschränken zu können, verkennt die neuen Mächte, die entstanden sind. Die Arbeiterschaft ist und bleibt eine der wichtigsten Träger des Staates, der Wirtschaft und Gesellschaft; auch bei einem anderen Ausgang des Krieges wäre sie es geworden: ohne sie kann nichts gemacht werden, und gegen sie erst recht nichts. Sie müssen mitregieren; aber dann muß auch für sie die Forderung gelten, daß sie die volle Verantwortung mitempfindet und mitträgt, auch für unsere Wirtschaft, und dann muß sie sich klar sein, daß alle sozialen Forderungen wirtschaftlich fundamementiert sein müssen, sonst sind sie und bleiben sie auf die Dauer Papier. Man mag zur Revolution stehen wie man will, sie ist eine geschichtliche Tatsache, und ob wir wollen oder nicht, sie setzt die Ausgangspunkte für all unser Tun. Sie ist noch mitten in ihrem Laufe der durchgreifenden Proletarisierung unseres gesamten Volkes. Ob die Verarmung bereits da ist oder ob sie erst droht, darüber will ich mich nicht mit Geheimrat Gothein streiten; aber daß die Verarmung in weitem Umfang vorhanden ist, darüber werden wir alle miteinander einer Meinung sein, und ebenso darüber, daß die fortschreitende Verarmung die Zusammenschämmerung aller Gesellschaftsschichten auf den Stand der bis dahin untersten Schicht herbeiführen wird.

Aber wenn dem so ist, dann können unsere sozialpolitischen Maßregeln nicht bloß mehr die Arbeiterschaft zum Ziele haben, sondern müssen das gesamte Volk, alle Klassen umfassen. Uns alle wird die Not der Armut erfassen, die Not an den Alltagsdingen, die Not an

Brot, die Not an Kleidung, die Not an Kohle, die Not an Wohnung und die Not an Arbeit. Dagegen müssen wir angehen, nicht durch Kampf, sondern durch Arbeit in folgerichtigem Denken und in zweckmäßigem Handeln. Es ist vollständig gleichgültig, ob eine Handlung sozialistisch oder bürgerlich-individualistisch ist; es kommt allein darauf an, ob zweckmäßig und politisch möglich ist. Nichts hat mir ferner gelegen, als den Verein für Sozialpolitik in eine andere Richtung zu drängen, ihn gleichsam zu einem Verein für Wirtschaftspolitik zu machen. Wenn ich die Forderung aufstellte, daß die deutschen Nationalökonomien in das Volk, in die Öffentlichkeit gehen, die Volksversammlungen aufsuchen und sich mit den Arbeitern auseinandersetzen, so kann das nicht geschehen als eine Schutztruppe zur Bekämpfung sozialer oder sozialistischer Gedanken. Das wäre im alten Reich ein untaugliches Vorhaben gewesen; heute wäre es eine Lächerlichkeit. Aber ein anderes ist not, gleichermaßen für die Wissenschaft und die Wirtschaft, für die Männer der Wissenschaft wie für die der wirtschaftlichen Arbeit, als Unternehmer und Arbeiter, daß die Männer, die auf den Hochschulen in fachlicher Arbeit und unabhängigem Denken, die Probleme der Wirtschaft und des sozialen Lebens erforschen und behandeln in unmittelbare Berührung und Zusammenarbeit mit den Trägern unserer Wirtschaft kommen. Sonst kommt zu unserer leiblichen Armut auch die geistige Verarmung und Entfremdung. Der Wissenschaft Lebens- element ist Freiheit und Unabhängigkeit, und heute haben wir mehr denn je unabhängige Menschen, an denen wir allezeit arm gewesen sind, nötig.

Präsident: Wir sind am Schluß der Sitzung heute angelangt. Ich möchte dem Bedürfnis Ausdruck geben, den Diskussionsrednern den Dank auszusprechen für das, was sie geboten haben; denn durch ihre Ausführungen ist die Tagung in die Höhe gehoben worden. Ferner hat es mich besonders gefreut, daß auch die Redner bei größten sachlichen Gegensätzen nie auf das Gebiet persönlicher Polemik gekommen sind.

Ich habe die Pflicht, das Fazit zu ziehen im Sinne Ihrer Thesen. Der Ton war der: Wir wollen in Zukunft weiter Sozialpolitik treiben, wollen uns wieder genau die Realitäten des Wirtschaftslebens ansehen; wir wollen nicht etwa die Sozialpolitik beschränken, wo es gilt, die Arbeitskraft von Menschen auszubeuten.

Man kann ein guter Wagenlenker sein und muß doch bremsen können. Wir werden uns im nächsten Jahr besonders zu bemühen haben, die Tatsachen der Produktionsmöglichkeiten zu erforschen. Das wird jeder zugeben. Ich freue mich, daß bei den meisten Rednern dieser Gedanke zum Durchbruch kam.

Damit schließe ich die Verhandlungen mit der Bitte, daß die Ausschußmitglieder $\frac{1}{2}$ 9 Uhr hier zusammenkommen, und daß Sie alle morgen vormittag pünktlich $\frac{1}{2}$ 10 Uhr erscheinen, damit wir die Verhandlungen möglichst früh beginnen können.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 55 Minuten.)

Zweiter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 21. September 1922, 9^{3/4} Uhr vormittags.

Präsident: Ich eröffne die heutige Sitzung. Die heutige Tagesordnung besteht in den Verhandlungen über die Lohnfrage der geistigen Arbeiter. Ich beschränke mich auf die Bemerkung, daß schon die Tatsache, daß dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt werden mußte, nur für sich spricht, und ich bitte Herrn Dr. Alfred Weber, das Wort zu ergreifen.

Die Not der geistigen Arbeiter.

Erstes Referat.

Professor Dr. Alfred Weber: Sehr verehrte Anwesende! In einer Versammlung wie der Ihrigen über die Not der geistigen Arbeiter in diesem Augenblick zu sprechen, scheint zu heißen: Eulen nach Athen zu tragen. Wir sind im Grunde genommen oder auch tatsächlich alle geistige Arbeiter. Wir erfahren am eigenen Leibe, wie die Situation der geistigen Arbeiter ist, und wir sehen um uns herum, was vorgeht. Wir sehen das eigentümliche Zusammenschrumpfen der Organe der geistigen Arbeit, der allgemeinen und privaten, die kritische Lage, in der sich Zeitschriften und Zeitungen befinden; wir wissen, wie es mit unseren Instituten steht usw. Wir selber erfahren fortgesetzt an uns, wie wir eingeschlossen sind durch jenen Valutaring, der uns verhindert, diejenige geistige Substanz an uns heranzuziehen, die wir brauchen, um in wirksamer Weise auf dem früheren Niveau geistig tätig zu sein.

Wir selber, die wir hier sind, werden von uns sagen müssen, daß wir noch zu den Glücklichen gehören, die sich durchgerettet haben; denn wenn das nicht der Fall wäre, dann wären wir nicht hier. Aber wir wissen, daß sehr viele nicht hier sind, die auch für das Problem der geistigen Arbeit in Betracht kommen, und vor allen Dingen: wir wissen, daß es sich nicht bloß um uns und unsere Generation handelt. Für uns und unsere Generation werden wir die Allgemeinheit nicht aufrufen dürfen. Sehr viele Menschenschichten sind in dieser Zeit zu-

grunde gegangen. Jrgendeine Generation, auch die unsrige, hat kein Recht, aus einem Miserebilismus heraus zu verlangen, daß sie ein Vorrecht vor anderen hat in der Beziehung. Aber es handelt sich nicht bloß um unsere Generation, sondern auch um andere. Es handelt sich um unseren Nachwuchs, um die Möglichkeit der Kontinuität, von etwas Objektivem, und unter dem Gesichtspunkte dieses Erhaltenbleibens haben wir wohl ein Recht, von dieser Frage hier zu sprechen. Wir brauchen keine Beengungen zu haben, daß wir dabei pro domo reden, in Wirklichkeit reden wir pro futuro.

Was ich Ihnen werde bieten können, wird nicht viel mehr sein können als eine Einleitung zu den hoffentlich dann sachlich wertvollen Auseinandersetzungen, die erfolgen werden. So wertvoll die Schriften des Vereins sind, die über diese Frage geschaffen worden sind, so ist doch die Zeit für mich persönlich zu kurz gewesen, um sie entsprechend zu verarbeiten; und Schicksale haben es auch herbeigeführt, daß sie das Gebiet, das sie umgreifen sollten, tatsächlich nicht vollständig umfassen konnten. — Ich werde keineswegs wertfrei heute reden, sondern mit vollem Bewußtsein von einem Wertstandpunkt aus. Ich betone: mit Bewußtsein. Ich bin durchaus bereit, über diesen Standpunkt Auskunft zu geben, wenn von mir verlangt wird, daß ich über ihn mich des weiteren zu äußern habe, wie ich überhaupt glaube, daß das, was durch die letzten Perioden der Entwicklung unserer Wissenschaft auf diesem Gebiet erreicht worden ist, unter anderem wesentlich darin besteht, daß wir uns über bestimmte Dinge bewußt geworden sind, über die wir uns vorher keine weitere Reflexion gemacht hatten.

Von diesem Hintergrund aus frage ich zunächst: Wofür interessieren wir uns überhaupt, wenn wir von der Not der geistigen Arbeiter reden?

Berehrte Anwesende! Die Arbeit des Postfachfahners in allen Ehren; aber ich glaube, daß wir eigentlich nicht an die Arbeit dieser auch für die Geistesarbeit irgendwie so unentbehrlichen Kategorie von Leuten denken, wenn wir von der Not der Geistesarbeit sprechen in dem Sinne, wie wir das Problem hier aufgreifen wollen. Ich glaube, genereller ausgedrückt, daß wir nicht von Arbeit reden wollen, die mit geistigen Mitteln, ganz oder teilweise mit geistigen Mitteln durchgeführt wird, sondern von Arbeit, die am geistigen Kosmos stattfindet, die am geistigen Hintergrund der Existenz selber stattfindet. Ein Marxist würde wahrscheinlich sagen: Arbeit für den ideologischen

Überbau. Daß die Margisten das gesagt haben und immer noch sagen, ist meiner persönlichen Ansicht nach einer der Gründe für die Not der geistigen Arbeit geworden.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Also die Arbeit an dem geistigen Hintergrund und Untergrund der Existenz selber, das ist dasjenige, mit der wir uns meiner Ansicht nach zu beschäftigen haben, was ungefähr so viel heißt wie, daß wir uns mit geistiger Arbeit in einem Sinne befassen, der auf etwas abzielt, was vom rein praktischen Gesichtspunkt aus gesehen überflüssig erscheinen kann, ohne das man jedenfalls leben könnte, mit etwas also, was nicht in der Manipulation des gesellschaftlichen Lebens als etwas ganz Regelmäßiges, Durchführendes, Ausführendes ohne weiteres eingeschlossen ist, sondern bis zu einem gewissen Grade oberhalb dieses Kreislaufs sich befindet. Auch die geistige Arbeit, die in diesem gesellschaftlich notwendigen Zirkulationsprozeß darin ist, hat ihre Probleme. Von ihnen, möchte ich vorschlagen, wollen wir heute nicht reden, weil wir, wie ich glaube, bei der Stellung des Themas diese Arbeit nicht eigentlich ins Auge gefaßt haben. Wir wollen auch deswegen, wie ich denke, nicht davon reden, weil sie nicht nur etwas anderes ist als die geistige Arbeit, die ich anzudeuten versucht habe, sondern weil die Probleme selber, die für die Arbeit am geistigen Hintergrund in Betracht kommen, dem Wesen nach anders sind als diejenigen für die geistigen Manipulationen, Durch- und Ausführungsarbeit. Ich möchte vorschlagen, wir wollen über die Not der Kategorie von Menschen sprechen, die wir vielleicht im engeren Sinne als Geistesarbeiter bezeichnen könnten.

Das Problem für diese Geistesarbeiter ist unter anderem dadurch gegeben und abgegliedert auch von dem Problem der übrigen geistigen Arbeiter, daß ihre Arbeit in einer beinahe chemisch reinen Form, jedenfalls dann, wenn sie selber chemisch rein sein soll, den Charakter seelischer Entladung hat, daß sie in einem außerordentlich viel geringeren Grade vermischt sein darf und soll mit irgendwelchen anderen Motiven, wie Ehrgeiz, Ehre oder — und auch das unterstreiche ich — mit den Motiven der Berufspflicht. Alle diese Dinge, auch das Motiv der Berufspflicht, vor allen Dingen aber alle Geldmotive sollen und dürfen, wenn diese Arbeit wirklich reinlich bleiben soll, nur irgendwie ein Schemel sein, auf den sie sich gelegentlich einmal niederlassen kann, damit sie nicht zugrunde geht. Irgendeine Aus-

richtung dieser geistigen Arbeit aber auf derartige Dinge degradiert sie; ein Gelehrter oder ein Künstler, der auf Geld ausgeht, wird ein Lump, und ein Arzt oder Rechtsanwalt, der das in erster Linie tut, kommt dem leicht sehr nahe.

Umgekehrt liegt die Sache so, wie ich schon andeutete: das, was in diesem Sinne der geistigen Arbeit ist, ist nicht berechenbar, nicht quantifizierbar, in sehr großen Teilen (wenigstens, in den größten Teilen, vielleicht sogar in dem wichtigsten und praktisch nachher einmal am wichtigsten werdenden Teil von irgendeinem ökonomischen Standpunkt aus. Sie ist ökonomisch unwegbar. Man kann irgendeine Theorie der Wirtschaft aufstellen, man wird sie mit den Kategorien des Wirtschaftlichen nicht zu erfassen vermögen. Es liegt eine Inkommensurabilität dieser Art der geistigen Arbeit mit allem Ökonomischen vor, wie es das Spezifische des Geistesarbeiters ist, daß er seinem Wesen nach auf diese Inkommensurabilität gerichtet ist; sonst ist er kein vollwertiger geistiger Arbeiter. Daher wird man einigermaßen verstehen, daß es in dem ganzen Problem, um das es sich hier handelt, Abstufungen geben muß. Es wird bestimmte Teile dieser geistigen Arbeit geben, die, am entferntesten von allem errechenbaren, unmittelbar praktischem Nützlichem liegen, andere Teile, die ihm näher liegen. Und wenn das Problem von mir richtig umrissen ist bisher, so ist von vornherein anzunehmen, daß die Problematik, die vorliegt für die entfernter liegenden, praktisch betrachtet überflüssiger erscheinenden Teil der geistigen Arbeit schwerer sein wird als für diejenigen, die dem praktischen Zweck näher stehen, bei denen die Verbindung sichtbarer ist. Es ist also wohl anzunehmen, daß zum Beispiel die Situation von Rechtsanwälten, Ärzten weniger schwer sein wird, wenn sie auch heute schwer ist, als die Situation anderer den praktisch notwendigen Bedürfnissen ferner stehenden Schichten. Und es ist anzunehmen, daß es noch einige andere, z. B. die Elemente der Erfindenden, der Techniker und Ingenieure, bei denen die Verbindung vielleicht eine noch engere ist, und wo das Problem infolgedessen noch weniger stark auftreten wird.

Jedenfalls, wenn wir hier von der Not der Geistesarbeiter reden, so interessieren uns vor allen Dingen das Schicksal derjenigen Schichten, die wir heute als Schriftsteller und Gelehrte, als Künstler, als höhere Beamte, Geistliche bezeichnen, in einem bestimmten Grade auch für das Schicksal von Schichten wie Ärzte, Rechtsanwälte und

dergleichen und vielleicht auch für das Schicksal von Technikern, Ingenieuren, leitenden Angestellten und dergleichen. Ich frage: interessieren wir uns dabei nur für die ganz großen produktiven Geister, die in diesen Gebieten auftreten? Ich glaube nicht; ich glaube, wir haben ein unklares, nur zum Bewußtsein zu bringendes und zu definierendes Gefühl davon, daß es sich hier um das Schicksal einer ganzen geistigen Sphäre handelt, einer geistigen Sphäre, die als solche auch irgendwie gesellschaftlich eingegliedert ist, und die — um es einmal so auszudrücken — eine soziologische Kategorie darstellt, eine Kategorie, die ich vorerst einmal unklar und verschwommen als die Kategorie der Bildungsschicht bezeichnen will. Es wird sich zeigen, daß das Problem der geistigen Arbeit in dem von mir umrissenen Sinne weitgehend, im wesentlichen ein Problem der gesellschaftlichen Eingliederung dieser Bildungsschicht ist. Aus dieser Bildungsschicht wachsen im ganzen und großen jene Berufe heraus, von denen ich gesprochen habe. Glücklicherweise können wir annehmen nach dem wenigen, was wir wissen, daß die ganz großen produktiven Geister wie Meteore überall herkommen und die Wände durchbrechen, da sind und sich durchsetzen, nicht auf ihre Herkunft aus dieser Schicht beschränkt. Aber auch sie stehen mit dieser Schicht in einer bestimmten dynamischen Beziehung. Diese Schicht trägt die Substanz fort, die sie in ihrem seelischen Erleben nicht allein, aber zum großen Teil formen und gestalten und weiterbilden. Diese Schicht ist das erste Publikum, auf das sie sich beziehen, aus dem sie Anregungen erfahren, von dem sie getragen werden. Diese Schicht ist also in bestimmtem Grade der Mutterboden ihrer geistigen Tätigkeit, und diese Schicht ist gleichzeitig diejenige, die durch die Talente zweiten und dritten Ranges, die ebenso notwendig sind wie die ganz großen, das, was von den Großen geboten worden ist, weiter verarbeitet, popularisiert usw. Das Schicksal dieser Schicht also ist, soziologisch angesehen, korrelativ zu dem Schicksal der sowohl großen wie mittleren und kleineren geistig Produktiven. Wenn man vom Schicksal der geistigen Arbeit sprechen will in einem gesellschaftlich-soziologischen Sinne, muß man beides zusammenfassen und einheitlich behandeln. Wobei ich hervorheben will: wenn ich hier von Bildungsschicht spreche, so meine ich, wenigstens für die heutigen Verhältnisse, damit nicht irgend etwas sozial Abgeschlossenes. Bildungsschicht ist etwas, was heute in einer unsichtbaren Weise in den allgemeinen Lebenskörpern verläuft, eine Art von Pyra-

midenbau, bei dem auch die geistig Produktiven für sehr verschiedene Stufen dieser Pyramide arbeiten. Ich rechne die Filmschauspieler auch zu den geistigen Arbeitern. Ich weiß aber nicht, ob sie gerade für die oberste Schicht dieser Pyramide tätig sind.

Umgekehrt: diese Bildungsschicht ist nicht identisch — das möchte ich noch stärker unterstreichen — mit der Schicht der akademisch Gebildeten. Man kann akademisch gebildet sein, alle Titel der Universitäten haben, sämtliche Paragraphen irgendwelcher Gesetzbücher auswendig oder wenigstens anwenden können, man kann aber alle mechanischen und chemischen Formeln unterrichtet sein, und man braucht doch nicht zu jener Bildungsschicht zu gehören, von der ich spreche. Und Gott sei Dank ist ja für einen wesentlichen Teil dieser Bildungsschicht, für die Frauen, weder das Maturum noch das Doktorexamen Voraussetzung dafür, daß sie in dieser Bildungsschicht durch ihre kulturproduktive Rezeption mitwirken, die sich nicht bloß auf Kunstwerke und schöne Literatur, sondern auch auf das eigentlich Wesentliche anderer Gebiete, auch gelehrter Gebiete bezieht; das ist keine Voraussetzung dafür, womit ich das Frauenstudium und seine Nützlichkeit nicht tangieren will.

So also würde etwa die Kategorie aussehen, von der ich zu Ihnen hier zu sprechen beabsichtigte. Indem ich nun alle historischen Perspektiven so weit wie möglich überspringe, will ich nur so viel sagen: irgendeine derartige Schicht, verschiedenartig eingegliedert in den gesellschaftlichen Körper, hat es in allen großen Geschichtskörpern geben müssen, die überhaupt Kultur in sich getragen haben. Die Aufgabe, die sie zu vollziehen hatte, diese Aufgabe mochte rechtlich standesmäßig abgegliedert sein in bestimmten Geschichtskörpern. Denken wir an das Mandarinentum, das Bramanentum, an die Schreiber des alten Ägypten und Babylonien. Diese Aufgabe mochte in der griechischen und römischen Antike mit ihrer außerordentlichen Flüssigkeit und Plastizität aller Verhältnisse, auch der geistigen Verhältnisse, einer nur de facto abgegliederten Schicht von vornehmen Freien, tatsächlich Leuten übertragen sein, die für ihre körperliche Ausbildung, herumgruppiert um Gymnasien, für ihre Sophistenschulen, Philosophenschulen, Rhetorikschulen diese Aufgabe erfüllten. Sie mochte in der germano-romanischen Entwicklung mit ihrem eigentümlich Kullissenartig sich vollziehenden gesellschaftlichen Umbildungsprozeß hintereinander und nebeneinander verschiedene Schichten schaffen:

Alexiker, dann adelige Ritter, dann „Schuhmacher und Poet“ zugleich, alsdann Patriziat, daneben Scholaren, Magister, Doktoren, sogar Professoren; sie mochte in der Renaissance in der Tat eingekapselt werden in eine spezifische Art der Auffassung akademischer Bildung und sich dort vollziehen in Anlehnung an Patriziatshäuser oder kleinere und größere Höfe und dabei jene eigentümliche gesellschaftliche Auflockerung des bisher mehr oder weniger doch ständisch abgegliederten Charakters dieser verschiedenen Schichten schaffen, hat indessen dabei das herausgebildet gerade, was wir den Typ des modernen Gebildeten nennen, der dann im Barock und Rokoko zusammen mit der Aristokratie an den Höfen der Fürsten die Bildungsaufgabe weiter trug, auch noch gesellschaftlich organisiert, personell zusammenfaßt, durch persönliche Bekanntschaft verbunden; aber schon mit dem Hintergrund des anonymen Publikums, was unentbehrlich war schon damals und nur durch die so wertvolle Druckerschwärze miteinander in Kontakt stand. Jedenfalls, es wäre ein Irrtum, eine sehr mißverstandene geistig demokratische Auffassung, zu denken, daß in irgendeiner Zeit, in irgendeinem Geschichtskörper, der Kultur in sich trug, ein derartiges Inkrement besonderer Art fehlen konnte. Auch unsere Zeit kann ein solch spezifisch gefärbtes, unter besonderen Bedingungen lebendes Inkrement nicht entbehren. Was unsere Zeit von früheren Zeiten in dieser Beziehung vor allen Dingen unterscheidet, das scheint mir zu sein, daß in einer eigentümlichen Verbindung mit dem allgemeinen Charakter unserer Zeit, ihrer unplastischen Qualität, die mit vielen Eigenschaften, die sie besitzt, zusammenhängt, diese Schicht gewissermaßen „unsichtbar“ geworden ist. Man kann das nicht mehr an den Trachten, an der Zusammenkunft an bestimmten Orten oder ähnlichen Dingen erkennen. Sie ist in Wirklichkeit jenes anonyme Publikum geworden, das nur noch durch objektive Institutionen — Presse, Zeitungen, Bücher usw. — mit den geistig Produktiven in Verbindung steht.

Und das zweite Spezifische, was uns dann der Hochkapitalismus für diese Schicht geschaffen hat, ist dies, daß er dieses anonyme Publikum in eine neue eigenartige gesellschaftliche Eingliederung nicht in seiner Totalität, aber in sehr großen Teilen von ihm hineingestellt hat. Noch nach dem Zusammenbruch des ancien régime in Deutschland, noch bis in die sechziger Jahre hinein blieb dieses anonyme Publikum, was die intensivierteste, die oberste Schicht jener Bildungspyramide darstellte und daher die eigentliche Kulturdynamik, die hier

in Betracht kommt, trägt, eingegliedert weitgehend in das praktische Leben. Es bestand in seinem wesentlichen Teil aus alter Landaristokratie, aus Patriziat, aus Beamtentum weltlicher und geistlicher Art — das berühmte Pfarrhaus, ich brauche nur daran zu erinnern. Kurz und gut, es war in seiner Qualität stark lebensverbunden.

Der Hochkapitalismus hat hier zweierlei geändert. Er hat die beiden wesentlichsten Träger dieser Arten Bildungsgeschicht: die alte Landaristokratie und das Patriziat, hineingeschleudert in die Strudel der modernen Konjunktur, in das Auf und Ab des modernen oder entfalten Lebens; und er hat infolgedessen diese Leute verwandelt — ohne daß damit hier irgendwie etwas gegen diese wohl unentrinnbare Entwicklung gesagt werden soll — in verschiedene Verkörperungen im wesentlichen ihres Hauptbuches oder ähnliche Dinge. Diese armen Leute müssen heute bekanntermaßen von morgens bis abends über die Rentabilität ihrer Unternehmungen nachdenken und für sie tätig sein. Wer weiß, wie ein heutiger Großindustrieller seinen Tag ausfüllen muß, der wird sich nicht wundern, daß die Kulturangefülltheit, die wir in „Soll und Haben“ für den alten Patriziatthyp noch finden, nicht mehr da ist, auch nicht mehr möglich ist für diese Schicht, und wer einmal die Jugendbriefe Bismarcks gelesen hat und weiß, was in unserem östlichen Junkertum damals von der Romantik noch geblüht hat und von dem Pietismus noch lebendig war, und das Kämpfen des heutigen Großagrariers um seine wirtschaftliche Existenz einigermaßen anschaulich sich vergegenwärtigt, der wird sich auch nicht wundern, daß dort die Muses weitgehend ausgewandert sind.

Merkwürdigerweise, vielleicht aber doch, wenn man näher zusieht, erklärlicher Weise ist etwas Ähnliches mit dem Beamtentum geschehen. Ich kenne Minister, die von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr ununterbrochen ihre Bureaugeschäfte versehen, und die Mehrzahl der Geheimräte, die ich kenne, tun dasselbe. Da gibt es keinen Achtstundentag. Bei dieser Art der Eingespanntheit in die Berufsarbeit noch zu jener kulturproduktionstragenden Schicht zu gehören, von der ich hier spreche, ist schwer. So sind die lebensverflochtenen Bildungsschichten in irgendeiner Weise durch den Hochkapitalismus herausgeschleudert worden aus ihrer Kulturfunktion in ihre eigentümlichen Funktionen, natürlich nicht durchgängig. Ich rede von einem Majoritätsurteil. Ich bitte, es mit allen Einschränkungen, die in Betracht kommen, aufzunehmen. — Der Hochkapitalismus hat aber noch etwas eigenartiges

anderes getan. Er hat eine Art Kompensation für diesen Vorgang geschaffen. Er hat — wir kennen das z. B. aus Tonio Kröger von Thomas Mann — eine zweite und dritte Generation geschaffen, die die Vermögenstätigkeit der ersten Generation nicht mehr in der Art auffaßt wie sie, sondern anders, die das Vermögen als Unterlage und nicht als Lebenszweck ansieht. Und indem er das getan hat, hat er dasjenige herausgebildet, was ich hier in dieser spezifischen Umgrenzung das moderne „Intellektuellentum“ nennen will. Das moderne Intellektuellentum — darüber müssen wir uns klar sein — in der Zeit des Hochkapitalismus ist, war und ist Rentenintellektuellentum. Es sitzt auf einem kleinen oder mittleren Vermögen, nicht in dem Sinne bei der großen Mehrzahl, daß dieses kleine oder mittlere Vermögen zum vollständigen beruflichen Nichtstun führe, sondern umgekehrt in dem Sinne, daß es die Unterlage bildet für die Überwindung der Vorbereitungszeit für jene Berufe, von denen ich gesprochen habe, für die Überwindung der Karenzzeit, um die es sich handelt, bis zu dem erwarteten eintretenden Vollverdienst, daß es eine Ergänzung dieses Vollverdienstes bedeutet, und vor allen Dingen, daß es die Freiheitsunterlagen darstellt, auf der dieses Intellektuellentum bis zum Kriege geruht hat. Es hat die Möglichkeit einer relativ freien Disposition über die Arbeitskraft geschaffen. Erst auf dieser Basis hat das Intellektuellentum, das, wenn auch durch die Rente mit dem Hochkapitalismus verbunden, doch nicht spezifisch an den einzelnen Teilen des Kapitalismus interessiert ist, sondern nur an einer generellen wirtschaftlichen Prosperität sehr allgemein. Auf dieser Basis hat dieses Intellektuellentum seine Funktionen, die es im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts gehabt hat, durchführen können. Es wäre kein Sozialismus in der Art, wie er sich ausgebildet hat, möglich gewesen, wenn nicht dieses Rentenintellektuellentum die geistige Führung der Arbeiterchaft übernommen hätte; wobei ich ganz beifolge lassen will, daß heute eine Kombination von Rentenintellektuellentum im Sozialismus und sogar im radikalen Sozialismus eine verblüffendweise immer wieder auftretende Erscheinung ist. Jedenfalls als Asyl für das mehr oder weniger heimatlos gewordene Geistige hat dieses Rentenintellektuellentum funktioniert vor dem Kriege; und man kann vielleicht sagen, wenn man so etwas in der allgemeinen geistigen Auflösung des neunzehnten Jahrhunderts noch so ausdrücken darf, dieses Rentenintellektuellentum war vielleicht die letzte geistige Ein-

heit, die noch vorhanden war. Es konnte gelegentlich sogar aus seiner Anonymität heraustreten und agitieren. Es hat dies getan. Was ich unter dem Verein für Sozialpolitik verstehe, ist nichts wesentlich anderes als dies, daß das Intellektuellentum so herausgetreten ist und eine selbständige Potenz im allgemeinen geistigen Leben zu werden versuchte. Und jeder weiß, welche geschichtliche Bedeutung derselbe Vorgang in der Drehfußaffäre in Frankreich gespielt hat.

Diese so gestaltete Qualität des ersten Untergrundes, der geistigen Schaffensarbeit hat nun weitgehende materielle Konsequenzen gehabt. Es hat der Vermögenshintergrund, der bestand, die Konsequenz gehabt, daß man nicht nur die Möglichkeit der Überwindung der Vorbereitungszeit und der Karenzzeit, sondern auch, den Vollverdienst steigend, diesem Vermögenshintergrunde mit überließ, daß man, wenn nicht ausdrücklich — das ist auch vorhanden; ein preußischer Offizier mußte ein bestimmtes Vermögen nachweisen; ein ganz hoher Beamter war ohne ein bestimmtes Vermögen schwer denkbar —, wenn nicht immer ausdrücklich, so doch tatsächlich ein solches Vermögen auch bei Vollverdienst subintelligierte. Kein Wunder, wenn der Verein der höheren Beamten heute nachweist, daß schon in der Periode vor dem Kriege die Gehälter der höheren Beamten keineswegs der Preissteigerung gefolgt sind im Gegensatz zu den Gehältern anderer Schichten. Das hängt mit diesen Dingen zusammen.

Nun, das momentane Schicksal dieser Bildungsschicht, von dem ich eigentlich zu sprechen habe, und das wir uns doch ein klein wenig näher umreißen müssen, wenn wir hier fruchtbar weiter verhandeln wollen, dieses momentane Schicksal ist erstens dadurch bestimmt, daß dieser Vermögenshintergrund verschwunden ist. Ich gebrauche absichtlich diesen weitgehenden Ausdruck. Es war nicht zutiel gesagt, als der Vertreter Deutschlands bei den letzten Verhandlungen in Paris gesagt hat, das bewegliche Kapitalvermögen in Deutschland ist so gut wie verschwunden. Damit natürlich auch, worauf ich aufmerksam machen möchte, jene Freiheitsbasis, auf der die Intellektuellenschicht gesessen hatte. Und ich möchte noch auf etwas Weiteres hinweisen: Der Vermittlung eines Freundes verdanke ich es, daß ich aufmerksam gemacht worden bin auf das fünfte Heft der Wiederaufbau-Zeitschrift, die bekanntermaßen Rehnes herausgibt. Dort setzt Rehnes das Schicksal der sogenannten „investierenden Schichten“ in den Siegerländern auseinander und vor allen Dingen in England selber. Er geht dabei aus

von der natürlich groben Annahme, daß diese Schichten im wesentlichen englische Konjols besessen haben, und er rechnet aus, was denn von 1815 an gesehen bis heute eigentlich der Indexwert eines solchen Konjolvermögens für diese Intellektuellenschicht in England gewesen ist. Das Resultat ist interessant. Er nimmt das Jahr 1914 als Scheitelsjahr. Er konstatiert, daß die Höhengsituation dieser Schicht das Jahr 1896 gewesen ist, wo, wenn man 1914 = 100 annimmt, der Kaufkraftwert des Kurzes des Vermögens um das Doppelte über dem Kaufkraftwert von 1914 gestanden hat und der Kaufkraftwert des Einkommens aus demselben Betrage englischer Konjols immerhin 59 % höher. In der großen Bewegung der sinkenden Preise durch das neunzehnte Jahrhundert hindurch ist die Bedeutung eines derartigen Vermögens fortgesetzt derart gestiegen, daß bis 1896 ein Anfangswert, der nur 30 % des Wertes des Jahres 1914 betrug, sich auf jene mehr als 200 % bzw. 145 % erhöht habe. Das Kriegereignis ist auch in den Siegerländern ein katastrophales für diese investierende Klasse und demnach auch für diese Rentenintellektuellen derart, daß die Kaufkraft des Vermögens auf 30 %, die Kaufkraft des Einkommens auf 39 % gegenüber 1914 gesunken ist, so daß man sagen kann, daß dort ein derartiges Vermögen auch in seinem Vermögenskaufkraftwert auf ein Siebentel, in seinem Einkommenskaufkraftwert auf ein Viertel zurückgegangen ist. Es ist gut, sich das deutlich zu machen, um zu sehen, daß das Problem des modernen Intellektuellentums, der modernen Bildungsschicht kein allein deutsches, sondern ein allgemeineres, wenn auch in abgeschwächtem Maße gegenüber unseren Verhältnissen, ist.

Bei uns sind die Dinge zugespitzt, und da kommt das zweite in Betracht. Innerhalb der allgemeinen Valutaentwertung und Preissteigerung selbstverständlich Steigerung der nominalen Einkommen. Aber hier ist etwas Eigentümliches zu konstatieren, das ich in bezug auf die exakten Daten mit aller Vorsicht konstatieren muß, aber aus den Materialien, die ich mir für diese sehr wichtige Frage habe beschaffen können, doch glaube mit einigermaßen gutem Gewissen feststellen zu können. Es sind nämlich die Einkommen nur absteigend von unten nach oben in ihrem realen Werte dieser Preissteigerung gefolgt und dabei so, daß dort, wo die eigentlich geistige Arbeit anfängt, direkt ein Bruch in bezug auf das Hinterherrennen hinter den Valutaentwertungen eingetreten ist. Soweit ich sehen kann, ist bis zum

Frühjahr dieses Jahres hinein das Einkommen der ungelerten, gelernten Arbeiter und technischen und kaufmännischen Angestellten so etwa bis 70—80 % hinter der Preisentwertung hergelaufen. Bei den mittleren und unteren Beamten dürfte es so sein, daß ihre Einkommen zu 50—60 % nachgekommen sind. Sie haben also die Hälfte bis etwas mehr ihres früheren Lebensniveaus aufrechterhalten können, wobei zwischen den mittleren und unteren Beamten Unterschiede zu machen sind. Es gibt welche, die die „Hand an die Gurgel des Staates“ legen können, und da liegen die Dinge in manchen Punkten anders. Ein Bruch aber ist dort eingetreten, wo das spezifisch produktive Arbeiten am Geistigen eintritt. Ich rechne die höheren Beamten zu Leuten, die Arbeit zu leisten haben am geistigen Kosmos. Das Einkommen der höheren Beamten aber ist etwa auf 20—25 %, soweit ich sehen kann, heruntergegangen gegenüber dem alten realen Wert, gegenüber dem Einkommen vor dem Kriege. Hier ist die Katastrophe. Und hier tritt schon etwas in die Erscheinung, was die eigentümliche Qualität geistiger Arbeit ist, daß sie nämlich sich ökonomisch nicht in der Art durchsetzt wie die manuelle Arbeit oder die Arbeit, die mit geistigen Mitteln tätig ist. Es hängt irgendwie mit dem Wesen der geistigen Arbeit zusammen, daß sie das nicht tut. Dieses Wesen drückt sich unter anderem darin aus, daß diese Schichten, soweit sie Beamten-schichten sind, nicht an einen Streik denken.

Dazu kommt das dritte: der Staat verarmt. Die ganz große Masse der Institute, der Organe der Geistesarbeit, der Universitäten, Akademien, Bibliotheken usw. ruhten auf seinem Budget. Unzweifelhaft ist trotz der Katastrophe, die eingetreten ist, in Deutschland viel geschehen, um zu verhindern, daß diese Organe der geistigen Arbeit nicht vollständig zusammenbrachen. Ich persönlich erkenne das Wohlwollen, was dort, wo ich in die Verhältnisse hineinschauen kann, den Instituten, um die es sich handelt, gewährt worden ist, vollkommen an. Ich möchte nur, um die Dinge, wie sie sind, zu konstatieren, da man ja sonst schwer sprechen kann, folgende Ziffern vorbringen. Anfang 1920 hatte sich bei einem Entwertungs- und Verteuerungszindex, den man sicherlich niedrig im Frühjahr 1922 auf das 60—70fache wird einschätzen müssen, das, was aufgewendet worden ist, für eine mir bekannte Hochschule verdreifacht. Also war es auf die Hälfte gesunken. Aber das drückt die Situation nicht richtig aus. Von diesem verdreifachten Betrage ist und mußte der allergrößte Teil für die

praktisch nützlichen Institute dieser Hochschule aufgewendet werden, für die medizinischen Institute usw., es mußte in Bauten hineingesteckt werden. Dort haben sich die Beträge verzwanzigfacht. Die Aufwendungen aber für die Bibliotheken sind nur versünffacht. Sie lebt im wesentlichen wie ein hausierender, heruntergekommener früherer Künstler oder so etwas Ähnliches: von milden Gaben, Austausch usw. Die gesamten Ausgaben für Kulturzwecke, wobei ich auch noch die Ausgaben für landwirtschaftliche Zwecke und ähnliche Zwecke mit hineinrechne, also die „Kultur“ausgaben im weitesten Sinne, auf der Basis Preußens errechnet, samt der Rechtsanteile, sind von 3,6 % auf 1 %, der Budgetausgaben im allgemeinen heruntergegangen. Schon der Anfangsprozentsatz kann einen etwas erblichen lassen; der Endprozentsatz ist, wie mir scheint, recht böse.

Immerhin diese Institute, diese Organe, die der Staat zu tragen hat, sind durchgehalten worden. Der Verfallprozeß aber ist bei den Organen der geistigen Arbeit, die nicht aus öffentlichen Mitteln gespeißt werden, wie wir ruhig heute offen konstatieren müssen, in vollem Gange. Der Buchhandel hat sich anscheinend gehalten und sogar erholt. Ich will auf die Ziffern nicht eingehen. Die Ziffern des Jahres 1920 stehen ungefähr in der Produktion auf der Höhe von 1913; aber wenn man die innere Zusammensetzung dieser Bücherproduktion ansieht — auf die kommt es eigentlich an —, wird man zu dem nicht überraschenden, aber doch erwähnenswerten Resultat kommen, daß die Geheimwissenschaft und die Theosophie vor allem außerordentlich zugenommen hat, daß die Belletristik sehr stark gewachsen ist, und im übrigen vor allen Dingen politische Schriften und staatswirtschaftliche Schriften, also Literatur, praktische Tagesfragen und das, was ein Marktikum gegenüber dem Glend gibt, das sind die Teile der Bücherproduktion, die steigen. Das andere ist weitgehend zurückgegangen. Die allgemeinen publizistischen Organe, die Zeitschriften und Zeitungen! Hier viel zu sagen, wäre wohl überflüssig. Über die Zeitungen werden wir von einem ausgezeichneten Kenner noch heute ein Referat bekommen. Für mich hier kommt bei der Frage der Not und des Zusammenbruches der Zeitungen nur ein Punkt in Betracht, der nämlich, daß es der Papierpreis der Zeitungen ist, der ihr Schicksal bestimmt durch sein bekanntes Steigen auf das 450fache, jetzt durch die Regierung auf das 350fache herabgedrückt ist. Es besteht infolgedessen die Gefahr, daß sich die Zeitungsproduktion zu so einer Art Schluß- oder Nebenproduktion der Schriften 163. — Verhandlungen 1922.

Papierfabrikation umgestaltet. Man produziert Kohlen, Zellstoff, Papier und dann eben auch noch Nachrichten und öffentliche Meinung, was ja umgekehrt wieder für die Kohlenproduktion von Vorteil sein kann.
(Weiterkeit.)

Soferne nicht die großen Verlegerfirmen oder andere große nicht so interessierte Kapitalhände dieses wichtige Institut in die Hand nehmen, ist es, wie gesagt, in der Gefahr, eine Fertigfabrikation von einer bestimmten Branche unseres Wirtschaftslebens zu werden.

Und damit hängt das Letzte und Entscheidende zusammen, auf das ich noch zu sprechen kommen muß. Die ganze Situation bedeutet im Grunde genommen dies, daß das Geistige in Gefahr ist, ein Anhängsel der Wirtschaft zu werden. In ähnlicher Weise wie der Staat heute jener Mediatisierung durch die organisierten Wirtschaftskräfte ausgesetzt ist, in ähnlicher Weise ist auch das Geistige in Gefahr, dem Abhängigwerden von den ökonomischen Kräften zu verfallen. Es gibt einen im übrigen mir befreundeten bekannten Philosophen, der sich dieser Situation schon vollständig im bejahenden Sinne angepaßt hat, indem er sagt: Nun ja, die großen organisierten Wirtschaftskräfte sind stark. Ihm schweben ja wahrscheinlich irgendwelche Analogien aus dem Medicceertum vor. Sie werden in ähnlicher Weise wie damals die Gehäuse werden, in die das Geistige sich zurückzieht: ein neues Mäzenatentum. Ich weiß nicht, ob Graf Reysersling, indem er dies vertreten hat, sich ganz deutlich gemacht hat, was der moderne Geschäftsmann ist, daß er, ohne ihm irgendwie zu nahe zu treten, weitgehend „Hauptbuch“ sein muß, was Lorenzo von Medici in erheblich geringerem Maße nur zu sein brauchte.
(Große Weiterkeit.)

Und, ohne irgendwie dem Mäzenatentum in bezug auf Kunst, Literatur usw. Abbruch tun zu wollen, ob sich der Vertreter dieser Anschauung die Frage vorgelegt hat, was denn eigentlich aus dem werden soll, worum schließlich die moderne europäische Entwicklung achthundert Jahre lang gekämpft hat, aus der persönlichen Freiheit, der Ideenfreiheit in politischer und ökonomischer Beziehung,

(Zuruf: Dr. Albrecht!)

jener Ideenfreiheit, für die wir glaubten, den modernen Staat als Rahmen aufbauen zu müssen. Wie weit das heute noch sein kann, ist ja ein Problem. Aber an dieser Stelle kann man, glaube ich, erkennen, wo praktisch betrachtet eigentlich das Problem liegt. Es handelt sich nicht bloß um das äußere Schicksal der gegenwärtigen oder der zu-

künftigen Generation der Geistesarbeiter, sondern es handelt sich um mehr, um das Verhältnis des Geistigen zum Leben überhaupt, um die Frage, ob das Geistige ökonomisiert werden soll oder nicht, in welchem Falle ja endlich die Geschichtsmaterialisten recht haben würden. Es handelt sich um die Frage, ob — konkret gesprochen — eine freie Bildungsschicht noch innerhalb unseres Lebens erhalten bleiben soll, und wenn, wie sie eingegliedert werden kann, gesellschaftlich, was der Staat und was derjenige Teil der Wirtschaft, der über seine aller- nächsten Interessen hinauszieht, dafür etwa tun kann; wie umgekehrt um die Frage, was die geistige Bildungsschicht gegenüber der Gesellschaft und Staat zu tun habe. Auf diese letztere Frage, die ich eigentlich für die entscheidende halte, will ich, da sie zu stark auf das Politische überführen würde, nur ganz kurz eingehen. Ich werde ein paar Schlußbemerkungen darüber machen. Aber mit den anderen Fragen haben wir uns noch zu befassen, und trotzdem ich Ihre Zeit noch für einen nicht ganz gewissen Teil in Anspruch nehmen muß, will ich das tun. Wir können an diese Frage nicht herantreten, ohne daß wir uns irgendwie wenigstens eine skizzenhafte Vorstellung machen, in welchem wirtschaftlichen Rahmen zukünftig das Geistige darin stehen wird.

Verehrte Anwesende! Es kann sein, daß der politische Wahnsinn, der heute epidemisch ist, auch in Mitteleuropa, ausgehend von Deutschland, das schafft, was er im Osten schon geschaffen hat, mit anderen Worten den Zusammenbruch der modernen Zivilisation. Dann brauchen wir uns, glaube ich, über das Schicksal der geistigen Arbeiter nicht weiter zu unterhalten; wenigstens müßten wir andere Unterlagen für diese Unterhaltung suchen, als ich sie hier bieten kann. Dann würden jene Intellektuellen, die in der Empfindung, daß solche Zusammenbruchsmöglichkeiten da sind, auf das Land hinausgegangen sind, Landwirte geworden sind, wahrscheinlich die Vorläufer sein einer großen Welle, die versuchen würde eine Reagrarisierung, ähnlich wie in der Antike. Hoffentlich würden sich dann noch Gehäufte finden, die die Kulturtradition durch die eingetretene Sintflut würden durchretten können.

Gehen wir von der wahrscheinlichen Voraussetzung aus, daß in irgendeiner Weise diese Katastrophe vermieden wird: dann natürlich, dann würde, wenn Europa wieder zu der alten wirtschaftlichen Effizienz erweckt werden könnte, das Problem der geistigen Arbeiter viel-

leicht nur als eine Art Übergangsproblem erscheinen, ein Übergangsproblem, auf dessen näheren Charakter ich mit ein paar kurzen Worten zurückkommen werde, wenn ich vorher den wahrscheinlicheren Fall besprochen haben werde, daß es nicht gelingt, diese Wirtschaftseffizienz Europas voll wieder zu restituieren, dies nämlich, daß die heutige Entwicklung des Einschrumpfens und Vertrocknens des europäischen Wirtschaftskörpers sich fortsetzt, daß Deutschland zunehmend mehr zu einem Land internationaler Schweißarbeit wird, die Sieger- und neutralen Länder zu Ländern finanzkapitalistischer Art mit zurückgehender Exportindustrie, Frankreich in einer Art von Sumpflüte eine Zeitlang dazwischen existieren würde usw. Immerhin: überall dort, wo unter diesem Aspekt nicht das eintritt, was ich für Deutschland eben angedeutet habe, würde die alte Rentenunterbauung der Bildungsschicht bestehen bleiben, nur daß diese Basis zusammenschrumpft und nur, daß etwas eintreten würde, was ich auch noch besprechen möchte. Für uns in Deutschland liegt innerhalb dieser Perspektive der europäischen wirtschaftlichen Eintrocknung die Sache so, daß nicht gerechnet werden kann damit, daß eine neue Schicht von Rentenintellektuellen, ein neuer Vermögenshintergrund für eine ebenso wie vor dem Kriege sozial eingegliederte Bildungsschicht wieder erwächst. Das wäre nur möglich bei einem vollständigen generellen Wiederaufblühen von Gesamt Europa. Auch dann würde diese Rentenintellektuellenschicht nach den Erfahrungen, die gemacht worden sind, etwas grundlegend anderes sein als das, was sie vor dem Kriege war. Das alte Intellektuentum ist seit 1914 gestorben. Wenn man die französische Entwicklung kennt und weiß, was dort unter Syndikalismus der geistigen Arbeiter verstanden wird, wie man hervorhebt, daß er mit produktiven Kräften in Verbindung kommen müßte, und dabei eigentlich meint, daß die produktiven Kräfte einen stützen sollen, daß man sich also ökonomisiert, dann hat man ungefähr eine Vorstellung von dem, was auch dort wahrscheinlich kommen wird, und was in diesem Fall kommen würde auch für uns in Deutschland. Aber es wird anders geschehen.

Berehrte Antwesende! Es wären doch die nouveaux riches, die neuen Reichen, die den Unterbau für neues Rentenintellektuentum schaffen müßten in der zweiten und dritten Generation. Ich kann mir nicht vorstellen, daß bei dem Druck, unter dem wir stehen, diese neuen Reichen eine breite Schicht dieser Art aus sich werden herausheben können; und ich fürchte, diese Schicht wird sehr stark in Spekulation

und ähnlichen Dingen in absehbarer Zeit weiterleben müssen und nicht die sein können, die die Kulturtradition, die aus den Händen einer sinkenden Generation herausfällt, übernehmen kann. Ähnlich ist es bei der Schicht der Sachwertbesitzer. Doch ich will das aus Zeitmangel übergehen.

Für uns in Deutschland sehe ich den Ausweg, der denkbar ist, nur darin, daß sich etwas Neues ausbildet, etwas, was ich ein Arbeitsintellektuellentum nenne. Dabei meine ich nicht Leute, die schwere manuelle Arbeit mit geistiger Arbeit zu verbinden suchen. Ich fürchte, so schön dieser Gedanke an sich ist, er ist nicht vollziehbar. Ich habe vor dem Werkstudententum den allergrößten Respekt. Die Leute, die in die Bergwerke gehen, um nachher im Semester zu arbeiten, leisten sehr viel mehr als wir alle, die wir das nicht nötig gehabt haben, leisten konnten. Aber wie es für diese Leute mit ihrer geistigen Zukunft, geistigen Lebendigkeit und Leistungsfähigkeit aussehn wird, ist ein Problem; und jedenfalls eine generelle Verbindung von schwerer manueller Arbeit und geistiger Arbeit als Lebensform ist für mich nicht recht vorstellbar. Woran ich mich adressieren kann, wenn ich mir vorstelle, wie künftig das Arbeitsintellektuellentum, das die Aufgabe, die den Händen der heutigen Bildungsschicht entgleitet, aufnehmen könnte, aussehn würde, damit muß ich mich an bestimmte Schichten adressieren, die bisher schon geistig tätig gewesen waren. Ich adressiere mich dabei an jene gesellschaftlich notwendigen geistigen Schichten in meiner Vorstellung, die nunmehr im wesentlichen von ihrer Arbeit leben werden, da ihr Renten hintergrund verschwunden ist, die auch ihre Arbeitsart werden durchsehn können, da sie einen gesellschaftlich absehbaren Arbeitswert repräsentieren. Ich adressiere mich also an die Schicht der leitenden Angestellten, der Rechtsanwältin, der Ärzte, der Ingenieure, Techniker und ähnlicher Leute, die ich mir als arbeitsintellektuelle Unterlagenschicht für die künftige Eingliederung der geistigen Arbeit vorstelle, als Unterlagenschicht, aus der das gesellschaftlich nicht Abschätzbare geistig Produktives herauszuwachsen hat, wie ich glaube, in einer anderen Art herausgewachsen haben werde als bisher. Für diese Art muß ich noch drei Punkte kurz besprechen.

Zunächst das Problem des Einkommens dieser Schicht. Hier wird, denke ich, in der Diskussion viel beigetragen wie herbeigeholt werden können von dem, was ich nicht sagen kann. Ich will nur sagen: an den gewerkschaftlichen Gedanken als eigentliche Unter-

lage der Fundierung des Einkommens der Arbeitsintellektuellen vermag ich persönlich nur in beschränktem Maße zu glauben. Ich halte ihn für notwendig; aber er wird im ganzen und großen nur für die Durchschnittsmittelleistung etwas bedeuten; er wird nicht entscheidend sein für die eigentlich produktive, nicht meßbare, große geistige Einzelleistung. Es ist charakteristisch, daß es den heute doch organisierten höheren Beamten nicht gelungen ist, irgendwie Schritt zu halten in ihrer Einkommenssteigerung mit den übrigen eben in anderer Weise eingegliederten Schichten. Es ist in Wirklichkeit eine Frage nicht so sehr oder nicht allein der gewerkschaftlichen Aktion, sondern des öffentlichen Geistes, der öffentlichen Meinung und der Politik, die bestimmen wird, wie das Arbeitseinkommen dieser Schicht sein wird und überhaupt aller Teile geistiger Einzelleistung.

Das gleiche gilt für das zweite, für die Organe geistiger Arbeit, die in irgendeiner Weise erhalten werden müssen. Diese Organe geistiger Arbeit werden ja, wie ich sagte, vom Staat getragen. Heute sind es Notinstitutionen, die hier eingreifen, sich an den Staat wenden, aber auch an die Privatwirtschaftskreise und dann subsidiierend eintreten. Ich habe Achtung vor dem, was die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft sich vorgefetzt hat; aber ich muß sagen, wenn bisher vom Staate im ganzen für die Not der Wissenschaft etwa achtzig Papiermillionen zusammengebracht sind, das heißt etwa zwei Goldmillionen zu der Zeit, als diese Gelder zusammengebracht worden sind, und wenn der Betrag, der von der anderen Seite kommt, vielleicht die Möglichkeit der Verteilung für zwei Papiermillionen bietet, dann ist damit, glaube ich, nichts sehr Entscheidendes für diese Dinge getan. Im übrigen verschweige ich, was ich noch sagen wollte über diese Dinge, in Ihrem mir sehr deutlich gemachten Interesse.

Ich komme jetzt gleich auf den dritten Punkt. Selbst wenn es uns gelingen sollte, was wir hoffen müssen, durch außerordentliche Wirtschaftshilfe die Institutionen, die bisher aus regelmäßigen Mitteln öffentlich getragen worden sind, über Wasser zu halten, die höheren Beamten so zu besolden, daß sie weiter funktionieren können, und daß ein Nachwuchs für sie auch da ist — was soll dann werden mit den freien Organen der geistigen Arbeit, was soll werden mit dem Freiheitshintergrund, den ich wenigstens für die geistige Arbeit für notwendig ansehe?

Hier steht es nicht mir als einem Angehörigen der älteren Gene-

ration zu, Entscheidendes zu sagen. Ich kann mich hier nur an die jüngste Generation mit einer Frage wenden. Ich kann hier die Frage stellen, ob die jüngere Generation das, was da zu tun ist, vielleicht ähnlich sieht wie ich. Ich habe das Gefühl, daß die jüngere Generation im ganzen so steht, daß sie glaubt, sie muß sich, da sie arbeitsintellektuell ist, durchaus eine doppelte Basis ihrer Existenz schaffen: erstens eine Basis, die praktische Verwertbarkeit besitzt, und zweitens eine Basis, die die geistige Produktivität ermöglicht. Wenn ich mir vorstelle, wie künftig das Künstlertum z. B. bei uns aussehen wird, dann verbinde ich es in meiner Vorstellung sehr eng mit dem Handwerker-tum, und zwar mit dem Handwerker-tum, das auch verdienen kann; und wenn ich mir vorstelle, wie das Schriftstellertum aussehen wird, wie die gelehrte Arbeit aussehen kann, dann ist meine Vorstellung die, daß jeder, der in diesem Gebiet des Geistigen tätig ist, sich gleichzeitig eine praktische Rückendeckung schafft, die in der Sparte seiner geistigen Tätigkeit liegt oder möglichst nahe der Sparte der geistigen Tätigkeit, in der er produktiv sein will. Daß Lehrer und Gelehrter usw. ebenso wie der Berufspolitiker, wenn er nicht ein Knecht der Parteien werden will, heute irgendeinen derartigen praktischen Hintergrund, auf den er sich zurückziehen kann, unbedingt haben muß.

Nun weiß ich genau: hier liegt eine Fülle von Problemen. Die Fülle der Probleme ist mir eigenes Schicksal gewesen bei diesem Vortrag. Sie können nicht verlangen, daß man über etwas Derartiges in vierzig Minuten zu Ihnen redet,

(Zuruf: Sehr richtig!)

wenigstens nicht von mir. Und ich weiß ganz genau, daß da Erziehungsprobleme, Probleme der persönlichen Einstellung der Elastizität, eine Unsumme von Problemen liegt, die wir ältere Generation nicht zu lösen hatten, und deren Lösung Aufgabe der jüngeren Generation ist, die mehr leisten muß als wir, die wir in Wirklichkeit in einem bestimmten Sinne bankrott gemacht haben.

Wenn ich aber zum Schluß diesen Intellektuellen der jungen Generation noch irgend etwas zurufen darf, dann ist es dies: Es handelt sich um eine Frage des öffentlichen Geistes bei dem Problem, das heute bei der Frage der Not der Geistesarbeiter vorliegt. Für die Bearbeitung des öffentlichen Geistesgebietes gibt es Mittel und Apparate. Bedienen Sie sich dieser Mittel und Apparate, mobilisieren Sie, die jüngere Generation, zu der ich spreche, mobilisieren Sie

das, was Sie an geistigem Wert in sich haben. Mobilisieren Sie ihn, so daß er wirken kann auf die öffentliche Meinung, auf den öffentlichen Geist, ja, ich will noch weitergehen, mobilisieren Sie ihn so, daß er praktisch politisch wirksam werden kann. Heute wird der Staat aufgebaut durch die politischen Parteien. Vielleicht der schwerste Fehler, den wir Älteren gemacht haben, ist der gewesen, daß wir in einer Art von Hochmut diese politischen Parteien unterschätzt haben.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Gehen Sie hinein in diese politischen Parteien, das wird das wesentliche Mittel sein, das praktisch Wesentlichste, mit dem Sie arbeiten können, wenn Sie diejenigen realen Faktoren beeinflussen wollen, bei denen heute die Frage: Leben oder Sterben des Geistigen in unserer Wirtschaft steht. Was dabei den Staat anlangt, den wir heute haben, so mache ich diesen Staat, obgleich ich persönlich auf seiner Grundlage stehe, den Vorwurf, daß er nicht gesehen hat, worauf er eigentlich ruht, daß er nicht weiß, daß sein geistiger Hintergrund und damit seine eigene Existenz heute bedroht ist, daß er das wenigstens nicht genügend gewußt hat. Und was die Wirtschaft anlangt, so möchte ich sagen, daß die Wirtschaft sich irren wird, wenn sie glaubt, sie könnte in einer staatlosen Gestaltung der Gesellschaft weiter existieren. Sie wird in dieser staatlosen Gesellschaft an den Klassengegensätzen zugrunde gehen. Nur ein geistiger Hintergrund, der erhalten und von einer jüngeren Generation in praktischer politischer Arbeit und in starker Beeinflussung des Geistes, der allgemein herrscht, getragen wird, nur eine derartige Tätigkeit kann die sonst meiner Ansicht nach tatsächlich trostlose Perspektive des Geistigen und Allgemeinen etwas heller gestalten.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Der stürmische Beifall überhebt mich der Pflicht, noch besonders für diese höchst feinen und wertvollen Ausführungen zu danken.

Ich habe der Versammlung mitzuteilen, daß Herr Professor Lujo Brentano heute an uns hierher ein Telegramm gerichtet hat:

„Unter herzlichstem Dank für freundliche Begrüßung sendet beste Wünsche für weiteres Gedeihen des Vereins — Lujo Brentano.“

(Lebhafter Beifall.)

Das Wort hat jetzt Herr Verlagsbuchhändler Dr. Stebeck, der an

Stelle des verstorbenen Professors Dr. Sinzheimer die Freundlichkeit hatte, einzuspringen.

Zweites Referat.

Verlagsbuchhändler Dr. Oskar Siebeck: Meine Damen und Herren! Wie der Herr Vorsitzende schon angedeutet hat, habe ich mich erst im letzten Augenblick bewegen lassen, mich an dieser Aussprache zu beteiligen. Sie dürfen daher von mir kein ausgearbeitetes Referat erwarten, und gerade nach dem hohen Gedankenflug des Herrn Voredners wird es mir sehr schwer sein, Ihre Gefolgschaft zu gewinnen; denn ich werde Sie auf ganz triviale Realitäten des Lebens führen müssen. Ich kann nicht anders. Wenn Sie einen Mann des praktischen Lebens, einen von jenen „geistig Armen“ an Stelle des zweiten Referenten, des verstorbenen Herrn Professors Dr. Sinzheimer, anhören, kann Ihnen nur damit gedient sein, daß Sie einen Ausschnitt aus dem bewegten sorgenvollen Leben der wirtschaftlichen Praxis bekommen. Sie wollen, wenn Sie mich anhören, gewissermaßen dem wissenschaftlichen Verlag den Puls fühlen. Mögen Sie dem Patienten als wohlwollender Arzt nahen, oder mögen Sie sich nur eben noch überzeugen wollen, wie lange dieser Todeskandidat, der sich sein Grab selbst gegraben hat, im schlimmsten Fall noch leben kann. Also: praktisches Leben kann ich Ihnen bieten, nicht mehr. Ich halte das, wenn die heutige Aussprache fruchtbringend werden soll, aber auch für unbedingt notwendig; denn der sonst gewiß überaus wertvolle Enquetenband, den Herr Professor Sinzheimer herausgegeben hat, leidet an einer Lücke, die, wenn sie nicht in letzter Stunde gefüllt wird, droht, die heutige Aussprache zur Fruchtlosigkeit zu verdammen. Nach dem „ursprünglichen Arbeitsplan“ sollte unter anderem auch untersucht werden, ob die ökonomischen Voraussetzungen für die Verbesserung der Lage des geistigen Arbeiters auf seiten des Literaturverlages vorliegen. Allein zu dieser Frage werde ich daher versuchen, Ihnen meine Gedanken zu entwickeln. Mit anderen Worten: ich werde mich darauf beschränken, die ökonomischen Voraussetzungen für das, was der Verlag meines Erachtens für die geistigen Arbeiter und für das geistige Leben leisten kann, darzustellen.

Daß die Grundlagen unserer Wirtschaft und damit die Voraussetzungen unserer Buchproduktion heute fundamental verändert sind, daß der Verlag in einer ernststen Produktionskrisis steht, das wissen

Sie alle. Sie alle kennen die Zahlen, Ihnen ist oft genug erzählt worden, wie stark sich die Kosten für Papier usw. verteuert haben. Mit den nackten Zahlen will ich mich daher gar nicht erst aufhalten. Ich will vielmehr versuchen, durch eine Analyse dieser Zahlen, wie sie sind, und wie sie sich im Laufe der letzten Jahre entwickelt haben, dem Problem auf den Grund zu kommen.

Seit Montag dieser Woche stehen die Preise für Satz- und Druckarbeit je nach Art dieser Arbeit auf der 170—190fachen Friedenshöhe; die Papierpreise stehen im Augenblick auf rund 400facher Friedenshöhe. Aber auch diese Relativzahlen besagen noch nicht allzu viel. Ich möchte vielmehr versuchen, Ihnen zu zeigen, was sich aus diesen Zahlen, wenn man sie sich etwas näher ansieht, herauslesen läßt. Ich bin allerdings gezwungen, ähnlich wie der Herr Vorredner, auf den Stand vom Frühjahr zurückzugreifen; ich hatte nämlich Herrn Professor Sinzheimer einen Beitrag über die Umstellung des wissenschaftlichen Verlages nach dem Kriege in Aussicht gestellt, mußte mich aber angesichts der seither ins Ungeheuerliche gewachsenen Unsicherheit und Unbeständigkeit aller Verhältnisse entschließen, diesen Beitrag zunächst ungedruckt zu lassen. Bei diesen, in den letzten Monaten nicht mehr weitergeführten Vorarbeiten ergab sich für mich nach dem Stande vom März, daß der Satzpreis für Werke auf der 38fachen Friedenshöhe stand, daß dagegen der Satz für Akzidenzdruck — das ist der Satz für Inserate, Prospekte und ähnliche Drucksachen — auf der 42fachen Friedenshöhe stand. Diese Differenz hat sich seither natürlich in absoluten Zahlen verschoben; die Relation wird sich aber nicht wesentlich geändert haben. Was zeigt dieser Unterschied in der Verteuierung? — Was wir unter Werkssatz verstehen, ist im Frieden nach Akfordlohn bezahlt worden. Es waren die gehobenen Arbeiter, die für diese Arbeiten verwandt wurden, während der Akzidenzsatz mehr Leuten übertragen wurde, die nach Zeitlohn arbeiteten. Sie sehen, daß die Arbeitnehmer des typographischen Gewerbes im Kleinen ein ähnliches Schicksal erfahren haben wie die geistigen Arbeiter. Je qualifizierter die Arbeit eines Setzers ist, um so weniger ist der Lohn gegenüber der Friedenshöhe gestiegen. Während der früher in Zeitlohn bezahlte Akzidenzsetzer den 42fachen Friedenslohn bezog, stand sich der Setzer, der wissenschaftliche Werke und Zeitschriften zu setzen hat, von dem also im allgemeinen schon ein gewisses Verständnis für schwierigeren Satz verlangt wird, nur 38mal so gut wie im Frieden.

Etwas ähnliches ergibt eine genauere Untersuchung der Entwicklung der Papierpreise. Wir haben, so weit wir mit Werkdruck zu tun haben — das Zeitungspapier kann ich beiseite lassen — heutzutage mit zwei Sorten Papier zu rechnen: mit holzhaltigem und holzfreiem Papier. Der Hauptunterschied unter ökonomischen Gesichtspunkten ist, daß das holzhaltige Papier die schlechtere Sorte ist, daß weniger Arbeit darin steckt, daß also der Anteil des Rohstoffes bei den Herstellungskosten für holzhaltiges Papier meist erheblich größer ist als beim holzfreien Papier. Dementsprechend stellte sich der Verteuerungsfaktor im März für holzfreie Papiere auf 84, für holzhaltige Papiere auf 127, das heißt das holzhaltige Papier ist 127mal so teuer geworden, während holzfreies Papier nur 84mal so teuer geworden ist. Je mehr Arbeitslohn in einem Produkt steckt, um so weniger ist es verteuert. Dazu kommt, daß das Papier in unserer heutigen Lage in hervorragendem Maße zu einem Valutaartikel geworden ist. Denken Sie daran: der Hauptrohstoff für Papier ist Holz. An Holz produzierenden Gebieten haben wir verloren: Oberschlesien, Westpreußen, Posen und die Vogesen. Dazu kommt, daß wir im Frieden aus Rußland sehr viel Holz eingeführt haben. Diese Einfuhr ist infolge der Desorganisation des Verkehrs in Rußland völlig unterbunden. Wir importieren aus Skandinavien und Polen. Nicht nur das Holz aus Skandinavien muß in Edelmetall bezahlt werden, auch die Polen lassen sich in Dollar bezahlen. Das Papier ist also zu einem erheblichen Teile Valutaartikel geworden, und was nicht eingeführt wird, wird von den Staatsforstverwaltungen produziert. Diese Produktion bildet für die Einzelstaaten die wichtigste Einnahmequelle, nachdem ihnen die Einnahmen aus den Staatsbahnen entzogen sind, und so lange bei der Verteilung der Steuererträge der Finanzbedarf des Reiches angesichts der Reparationsverpflichtungen immer an erster Stelle Berücksichtigung finden muß und damit den Anteil der Länder an den Steuern herabdrücken wird. Die Länder sind gezwungen, aus ihren Wäldern die höchstmögliche Rendite herauszuschlagen, und die hohen Papierpreise sind im Grunde nichts anderes als ein trauriges Zeichen für die unglückselige Lage, in die wir durch den Verlust des Krieges gekommen sind. Damit soll die Höhe der Papierpreise nicht bis in alle Einzelheiten gerechtfertigt werden; immerhin machen wir uns klar: daß das Papier so verteuert ist, liegt daran, daß wir den Krieg verloren haben. Daß in dieser Lage einer, der im Wirtschaftsleben steht, allen Experimenten,

dem Verlag durch neue Organisationsformen, auf dem Wege der Gesetzgebung und dergleichen aufzuhelfen, mit großer Skepsis gegenübersteht, werden Sie verstehen.

Nur mit einer kleinen Bemerkung muß ich auch auf die Bestrebungen oder Unternehmungen, auf genossenschaftlichem Wege die heutige Krisis des Buchhandels zu beheben, zu sprechen kommen. Ich kann in der Hauptsache auf die ausgezeichneten Ausführungen des Herrn Staatssekretärs August Müller verweisen, muß aber doch mit allem Nachdruck auf eine Lücke hinweisen, die nach meiner Auffassung auch in diesen Darlegungen enthalten ist. Herr Staatssekretär Müller weist darauf hin, daß alle Versuche, die ganze Produktion auf geistigem Gebiet auf der Grundlage der Konsumtion zu organisieren, die schwersten Bedenken auslösen. Denn dadurch würde die Produktion leicht in Abhängigkeit von der Konsumtion kommen, und was das bei einem wissenschaftlichen Buch bedeuten würde, ist klar. Vergewärtigen Sie sich nur, daß hier die Hauptkonsumenten die Studenten sind; und wenn die darüber zu entscheiden hätten, was für Lehrbücher gedruckt und verlegt werden sollen — darüber brauchen wir nicht zu debattieren.

Die heutige Lage der Buchproduktion ist ein unausweichliches Schicksal. Dabei bleibt aber eine merkwürdige Tatsache bestehen: Während der Satz und die Druckpreise auf dem 180fachen der Friedenshöhe stehen, ist das Papier auf das 400fache der Friedenshöhe gestiegen. Und die Bücher werden selbst nach den Preiserhöhungen der letzten Tage erst auf das 60fache der Friedenshöhe steigen. Diese wirtschaftliche Anomalie bedarf der Erklärung, und ich müßte nicht Gedanken lesen können, wenn ich nicht wüßte, daß so und so viele unter Ihnen die Erklärung fertig im Kopfe haben: das kann natürlich nur auf Kosten der Autoren gehen.

Meine Herren! Rechnen wir uns diese Vorstellung an Zahlen aus dem wirklichen Leben nach. Nehmen wir ein Beispiel, das ziemlich richtig sein wird. Ich nehme an, daß die Herstellung eines Exemplars eines Buches vor dem Kriege 1 Mark gekostet hat. Von dieser 1 Mark mußte der Verleger 20 Pfennig für das Honorar aufwenden.

(Widerspruch.)

Meine Herren! Sie werden sehen, daß es ziemlich einerlei ist, ob wir diesen Satz etwas höher oder niedriger greifen. Satz, Druck und Buchbinder mögen 50 Pfennig, und das Papier mag 30 Pfennig ge-

köstet haben. Nun nehmen wir den schlimmsten, wohl kaum noch vorzukommenden Fall, daß das Honorar tatsächlich in unveränderter Höhe wie vor dem Kriege bezahlt wird. Wäre eine neue Auflage dieses Buches nötig, würde das Honorar wiederum 20 Pfennig für das Exemplar kosten; Druck und Buchbinderarbeit kosten bei 180facher Verteuerung 90 Mark, das Papier kostet bei 400facher Verteuerung 120 Mark; das ganze Buch würde also pro Exemplar 210,20 Mark kosten. Rechnen Sie das Exemplar mit einem anderen Honorar durch, wir kommen immer auf mindestens 200fache Herstellungskosten und einen 60fachen Preis.

Im Buchhandel ist in der letzten Zeit viel davon die Rede, der Verlag habe bisher eine falsche Preispolitik getrieben, er müsse nach den Wiederherstellungskosten kalkulieren. Meine Herren! Daß das einfach unmöglich ist, sehen Sie aus der Gegenüberstellung: 60fache Bücherpreise, 180fache Druckkosten, 400fache Papierpreise.

Wir kommen der Sache näher, wenn wir versuchen, uns zu vergegenwärtigen, wie die Betriebsüberschüsse eines Verlagsunternehmens wie des meinigen zustande kommen. Seit 1913 ist die Buchhaltung meines Vaters soweit ausgebaut, daß sich durch einfache Auszüge aus den Büchern feststellen läßt, mit welchem Prozentsatz die Erscheinungen der verschiedenen Jahre an dem Gesamtabsatz eines Geschäftsjahres beteiligt sind. Ich habe zur Vereinfachung die in einem Geschäftsjahre abgesetzten Bücher in drei Gruppen zusammengefaßt:

1. Bücher, die im selben Jahre erschienen sind, in dem sie verkauft werden, also Neuerscheinungen des laufenden Geschäftsjahres,
2. Erscheinungen der vier vorhergehenden Jahre,
3. Bücher aus älteren Erscheinungsjahren, deren Erscheinen also fünf Jahre und länger zurückliegt.

Auf diese Weise ergibt sich für den prozentualen Anteil der drei Gruppen am Gesamtabsatz eines Jahres eine Tabelle, die ich noch zu veröffentlichen habe ¹⁾. Hier kann ich nur die wichtigsten Ergebnisse mitteilen.

Die Statistik beginnt mit dem Jahre 1913. An dem Absatz dieses Jahres sind beteiligt: Gruppe 1 die neuesten Werke mit 40,22 %, merkwürdigerweise die Gruppe 2 ebenfalls mit 40,22 %, und die Gruppe 3,

¹⁾ „Deutsche Verlegerzeitung“, 3. Jahrg., Nr. 22, Seite 348.

in der die ältesten Werke zusammengefaßt sind, mit 19,56 %. Das war der Stand vor dem Kriege.

Diese Zahlen haben sich im Laufe der Kriegsjahre etwas verschoben. Das liegt daran, daß die Produktion der Kriegsjahre viel geringer war als die der Vorkriegsjahre. Auf diese Weise ist der Anteil der ersten Gruppe bis 1907 auf nicht ganz 32 % gesunken, der Anteil der zweiten Gruppe bis 1919 auf 15 %. Demgegenüber ist die dritte Gruppe fortgesetzt bis 1918 auf 38,6 % gestiegen. Wenn Sie den Durchschnitt rechnen, so kommt auf die Gruppe 1 ein Durchschnittssatz von nicht ganz 40 %, auf die zweite und dritte Gruppe jeweils ein solcher von etwas mehr als 30 %; die Erholung setzt 1919 ein, wo zum ersten Male die Gruppe 1 wieder 48 % erreichte.

Diese Zahlen können natürlich keine Allgemeingültigkeit beanspruchen. Vor allem im schönwissenschaftlichen Verlag liegen die Dinge wesentlich anders; er hat einen viel geringeren Prozentsatz von Werken mit langer Verkaufsdauer als ein wissenschaftlicher Verlag. Aber wir werden annehmen können, daß wir wissenschaftliche Verlage finden, die unter ähnlichen Bedingungen arbeiten wie der meine und ähnliche Zahlen aufzuweisen haben. Man kann also sagen, daß der wissenschaftliche Verlag von seinen gesamten Einnahmen nur etwa 40 %, also noch nicht die Hälfte, aus den Erscheinungen des jeweiligen Jahres zieht.

Diese Feststellung ist insofern sehr interessant, als der wissenschaftliche Verlag damit tatsächlich eine Stellung im Wirtschaftsleben einnimmt, die heutzutage kaum eine andere Erwerbsgruppe einnimmt. Ein industrielles Unternehmen hat seine gesamte Produktion womöglich schon verkauft, ehe sie fertiggestellt ist; es lebt von der Hand in den Mund. Nur ein wissenschaftlicher Verlag ist in der Lage, sich Reserven zu halten, die es ihm ermöglichen, die Preise von neuen Werken unter den Herstellungskosten zu halten; würden wir allerdings nicht aus alten Werken erhöhte Einnahmen ziehen gegenüber den Marktbeträgen der Friedenszeit, so wäre die Produktion schon längst zum Stillstand gekommen. Daraus ergibt sich die große Bedeutung der Vereinbarung, die im März 1922 zwischen den Akademikern und den Verlegern zustande gekommen ist, nach der der Verleger zu entsprechenden Preiserhöhungen auf seine alte Produktion, ohne die er einfach nicht leben könnte, auch ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors berechtigt ist.

Nun haben diese Preiserhöhungen freilich eine tragische Geschichte. Wenn Sie zurückblicken auf die Auseinandersetzungen der letzten zwei

oder drei Jahre, auf die Auseinandersetzungen innerhalb des Buchhandels und zwischen dem Buchhandel und den Autoren, so ist es wahrhaft tragisch, wieviel Mißtrauen entstanden ist, Mißtrauen zwischen Verlag und Sortiment, zwischen Verlag und Autoren. Jetzt, wo nach meiner Überzeugung die Preispolitik des Verlags an einem Wendepunkt steht, glaube ich sagen zu können, daß diese Erscheinungen der letzten Jahre als überwunden angesehen werden können. Die großen Differenzen kamen daher, daß der Verlag mit seinen Preiserhöhungen sehr zaghaft und sehr ungeschickt vorgegangen ist. Von der Großzügigkeit im guten und schlechten Sinne, mit der andere Wirtschaftsverbände in diesen Dingen vorgegangen sind, ist beim Verlag und Sortiment nichts zu spüren. Dieser Mangel an Großzügigkeit hat seine tieferen Gründe. Sehen Sie sich die Bestellungen an, die auch bei den großen Verlegern eingehen. Es werden ein oder zwei Exemplare der verschiedensten Werke bestellt. Der Verleger muß Exemplar für Exemplar expedieren und hat schon eine große Freude, wenn er einmal neun Exemplare zusammen expedieren lassen darf. Dadurch haftet dem Verlagsgeschäft etwas Kleinliches an, und dadurch erklärt sich, daß in der Preispolitik der letzten Jahre so wenig ein vernünftiger Plan zu erkennen war. Sie kennen die Geschichte der verschiedenen Teuerungszuschläge, mit der ich Sie nicht langweilen werde, um so mehr, als diese Teuerungszuschläge über kurz oder lang aufhören werden. In den letzten Tagen ist nämlich unter der Einwirkung der Augustkatakstrophe ein großer Teil des wissenschaftlichen Verlags dazu übergegangen, für seine Verlagswerke Grundzahlen festzusetzen, und die Vorstände des Börsenvereins der deutschen Buchhändler und des Deutschen Verlegervereins werden periodisch Schlüsselzahlen festsetzen, nach denen voraussichtlich schon bald die meisten Verleger rechnen werden. Die Schlüsselzahl ist im Augenblick 60. Die Grundzahlen werden im allgemeinen auf der ungefähren Höhe der Friedenspreise festzusetzen sein. Wenn wir einmal so weit sind, daß dieses System bei der Mehrzahl der Verleger eingebürgert ist, wird der unwürdige Zustand aufhören, daß für ein und dasselbe Buch in jeder Buchhandlung wieder ein anderer Preis verlangt wird. Dann wird man auch wieder die Preise der einzelnen Verleger miteinander vergleichen können. Denn was hat es für einen Sinn, wenn man sich z. B. aus dem Jahre 1921 die Preise von fünfzig oder wieviel Erscheinungen herausrechnet und nicht Rücksicht darauf nimmt, zu welchem genauem Zeitpunkt die Werke

erschienen sind? Diese Schwierigkeiten und damit ein wichtiger Grund für das heute weitverbreitete Mißtrauen werden aufhören. Dann sind auch wieder Kataloge mit Preisen vorhanden, die sich vergleichen lassen.

Dann glaube ich auch sagen zu dürfen, ist die Entwicklung soweit, daß der Verlag in vielleicht schon naher Zukunft dafür wird belohnt werden, daß er in seiner Preispolitik so maßvoll und zögernd war, wie er es gewesen ist. Nehmen Sie die neueste Geschichte des Preises für das Zeitungspapier. Das Zeitungspapier stand auf der 400fachen Friedenshöhe, und heute steht es auf der 340fachen Friedenshöhe. Der Papierpreis war infolge des Dollarstandes Ende August so hoch festgesetzt, daß sich bei der kleinsten Schwankung der Devisen nach unten die Notwendigkeit ergab, den Preis herabzusetzen. Dadurch ist in die Papierindustrie eine derartige Unruhe und Unsicherheit gekommen, daß ich dem deutschen Verlag nur gratulieren kann, daß er mit seinen Preisen so mäßig gewesen ist. Dann wird es ihm so gehen wie unseren Schweizer Kollegen, die im vergangenen Jahr ihre Preise herabsetzen mußten. Sie wurden dazu durch den allgemeinen Preisabbau gezwungen. Weil aber die Bücherpreise, an der allgemeinen Geldentwertung gemessen, relativ niedrig waren, hatte der Schweizer Verlag Zeit, seine gegen den Friedensstand erhöhten Buchpreise so lange zu halten, bis die Herstellungskosten sich gesenkt hatten. So wird es auch in Deutschland gehen; diese Atempause wird auch den deutschen Verlag in einer etwa kommenden Periode der Deflation retten. Denn mit dieser Möglichkeit müssen wir rechnen, wenn wir überhaupt auf eine Rückkehr zu normalen Zuständen hoffen wollen. Und diese Hoffnung fahren zu lassen, hieße für den Unternehmer sich selbst aufgeben.

Nehmen wir an, es kommt die Situation, daß das allgemeine Preisniveau eine rückläufige Bewegung nimmt, so werden die am meisten verteuerten Herstellungskosten zuerst gesenkt werden müssen, und dann wird der Verlag seine Preise, die voraussichtlich auch dann noch hinter der allgemeinen Geldentwertung stark zurück sein werden, so lange durchhalten können, bis er eine allgemeine Herabsetzung seiner Preise verträgt. Die Preispolitik des deutschen Verlages wird also einstens als diejenige Art, der Geldentwertung Rechnung zu tragen, gerechtfertigt werden, die die meiste Voraussicht bewiesen hat.

bleibt noch, was ich mir an Gedanken über das, was ich eine gesunde Verlagspolitik nennen möchte, zurechtgelegt habe. Im Mittelpunkt wird immer die Auswahl der Werke, die produziert werden sollen,

und damit die ganze Leitung des Unternehmens nach der produktiven Seite hin stehen. Der Verlag wird seine Arbeitsweise in jeder Hinsicht rationalisieren müssen. Das soll aber beileibe nicht heißen, daß der Verlag deshalb keine Monographien verlegen können. Nach dem, was ich Ihnen über die Verteilung, über die Entstehung des Betriebsüberschusses gesagt habe, werden Sie verstehen, daß ich der Ansicht bin, daß der Verlag heute erst recht ein Interesse daran hat, gute Werke mit langer Verkaufsdauer zu erwerben.

Rationeller wirtschaften heißt für den Verlag aber auch: sich auf große Werke konzentrieren, die die Arbeit lohnen. Sie alle kennen die Hochflut von Broschüren, die in den ersten anderthalb Jahren nach dem Kriege das Publikum gegen Druckschriften kleineren Umfanges mißtrauisch gemacht hat. Der Verlag wird ferner, wenn er etwas auf sich hält, sein möglichstes tun, um die Zeitschriften, die seiner Verlagsrichtung naheliegen, entsprechend durchzuhalten. Darin wird er wesentlich unterstützt werden, wenn ihm nicht angesonnen wird, von einzelnen Beiträgen Separatausgaben zu machen. Die Veranstaltung solcher Sonderdrucke hat nach meiner Erfahrung fast nie den erwünschten praktischen Erfolg gehabt; unter allen Umständen aber bedeutet sie für das Durchhalten einer Zeitschrift eine ernste Erschwerung.

Ich bin überzeugt, daß gerade die wissenschaftlichen Zeitschriften in der nächsten Zukunft mehr als je auf die Leistungsfähigkeit des Verlages angewiesen sein werden; denn gerade bei den Zeitschriften hat sich das Subventionsystem der Notgemeinschaft als unzureichend erwiesen, weil das Verfahren viel zu lange dauert, als daß es mit der Erhöhung der Herstellungskosten Schritt halten könnte. Eine Zeitschrift, an deren Erhaltung nicht ein Verleger interessiert ist, hat nach meiner Überzeugung auf Sand gebaut. Aber die wichtige Kulturaufgabe, die ihm hier gestellt ist, wird der Verlag auch nur leisten können, wenn er sich spezialisiert. Nur dann wird er so viel Überblick auf dem von ihm gepflegten Gebiet haben, daß er mit einer gewissen Ratio die zu übernehmenden Werke auswählen kann, daß er Fehlgriffe bei der Übernahme von Monographien nach Möglichkeit vermeidet, und daß er sich auf diejenigen Zeitschriften konzentriert, die zu erhalten sein eigenes Interesse an einer bevorzugten Stellung auf dem einschlägigen Verlagsgebiet auch dann verlangt, wenn er dafür erhebliche Opfer bringen muß. Diese Spezialisierung wird sich unter dem Druck der heutigen Not durchsetzen und damit nach meiner Überzeugung

Schriften 163. — Verhandlungen 1922. 13

eine Verinnerlichung der verlegerischen Arbeit, eine Intensivierung, ein engeres Verwachsen mit den einzelnen Verlagswerken und damit letzten Endes eine — ich kann den Ausdruck nicht unterdrücken — eine geistige Leistung. Jedenfalls wird es in unserem Beruf immer mehr auf die Leistung ankommen und erst in zweiter Linie auf Kapitalkraft. Wenn der Verlag weiterhin die heutige Krisis übersteht, weiter produzieren und das, was er für die Wissenschaft glaubt, bisher geleistet zu haben, weiterhin leisten kann, so wird er das nicht vermögen kraft seiner Kapitalkraft, sondern nur, wenn er etwas kann, und wenn er etwas leistet. (Starker Beifall.)

Präsident: Wir danken dem Herrn Vortragenden ganz besonders, daß er uns heute diese lehrreichen Ausführungen gegeben hat.

Ich habe Ihnen noch mitzuteilen, daß der thüringische Herr Minister für Volksbildung die Güte gehabt hat, Herrn Regierungsrat Dr. Bühler hierher zu entsenden, den ich hiermit herzlich begrüße.

Ich gebe nun das Wort Herrn Verlagsdirektor Bernhard.

Chefredakteur Bernhard: Meine Herren! Herr Professor Alfred Weber hat zum Schluß seines Referates gesagt, er stelle sich die zukünftige Arbeitsweise der geistigen Arbeiter etwa so vor, daß sie sich eine materielle Rückendeckung entsprechend der Eigenart ihrer jeweiligen Vorbildung zu sichern bestrebt sein werden. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich glaube, daß ihm vielleicht mehr oder weniger ausgesprochen dabei vorgeschwebt hat, ein Teil der wissenschaftlichen Arbeiter könnte diese Rückendeckung in der Mitarbeit an der Presse sehen. Denn gerade in den heutigen Zeiten erscheinen für einen Teil der geistigen Arbeiter, die in gelehrten und anderen Berufen tätig sind, die Honorare der Presse, obwohl sie absolut nicht als hoch bezeichnet werden können, doch immerhin noch als besonders lukrative Vergütungen gegenüber der Entlohnung, die der wissenschaftliche Arbeiter für seine wissenschaftliche Leistung davonträgt.

Nun möchte ich eingangs meines Referates doch davor warnen, sich von solcher Mitarbeit als materielle Rückendeckung zuviel zu versprechen. Ganz abgesehen davon, daß die Möglichkeit, Beiträge aus nichtjournalistischen Federn und überhaupt von nichtständigen Mitarbeitern aufzunehmen, durch die Not der Presse und die Höhe der Papierpreise immer geringer wird, ganz abgesehen davon, halte ich die Auffassung, daß die geistige Arbeit des Wissenschaftlers ohne weiteres

journalistisch zu verwenden ist, für eine Illusion, die dadurch nicht richtiger wird, daß sie in wissenschaftlichen Kreisen ziemlich verbreitet ist. Journalistik und Wissenschaft ist etwas vollkommen anderes, und ich halte es für eine unjournalistische Übung, die vielfach in der deutschen Presse eingerissen ist, Wissenschaftler mit großen Namen um dieser Namen willen in die Zeitung schreiben zu lassen, weil das der Wissenschaft nicht in dem Maße nützt, wie der Wissenschaftler das zu meinen scheint. Denn nur der Journalist vermag in journalistischer Form die Ergebnisse der Wissenschaft dem Leserkreise darzubieten und sie so vorzutragen, daß auch der Laie einen klaren Einblick in die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung bekommt. Es kann jemand ein großer Wissenschaftler sein und braucht doch nicht die Gabe zu besitzen, die Ergebnisse der Wissenschaft so darzustellen, wie es im Interesse des Verständnisses für die Wissenschaft nötig wäre.

Nun hat es immer eine Reihe von Berufsschriftstellern gegeben, die in Beziehung zu Zeitungen gestanden und es zu ihrer Hauptaufgabe gemacht haben, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in Zeitungsartikeln zu verarbeiten und sie dann, wenn sie mit Recht glauben durften, daß ein gewisses Interesse des Publikums dafür vorhanden ist, in die Zeitung hineinzubringen. Ein Teil dieser Leute — die sogenannten freien Mitarbeiter der Zeitung — haben früher durchaus auskömmliche Bezüge gehabt. Diese Form der freien Mitarbeit in der Zeitung ist nahezu im Aussterben begriffen. Sie ist zum Aussterben verurteilt deshalb, weil die Honorare nicht in dem Maße gestiegen sind, wie es die Zeit erfordern würde, vor allem aber wegen der Umwandlung, die die Zeitung nach Umfang und Inhalt erfahren mußte durch die Not der Zeit. Wenn deshalb mein Thema auf der heutigen Tagung gefaßt ist: „Die Beziehungen zwischen Schriftsteller und Zeitung“, so glaube ich aus dem Gesagten die Berechtigung herleiten zu können, die Beziehungen des freien Schriftstellers zur Zeitung ganz ausschalten zu können und mich beschränken zu dürfen auf die Beziehungen zwischen dem Redakteur und dem Zeitungsverleger, das heißt zwischen dem Journalisten, der einen Dienstvertrag mit einem Verlag geschlossen hat. Der Redakteur wird gerade durch die augenblickliche Zeitentwicklung (wenn auch nicht durchaus zum einzigen journalistischen Glied, aber doch zum wichtigsten journalistischen Glied der Zeitung in noch erheblicherem Maße, als das schon früher der Fall war.

Herr Professor Weber hat die Geistesarbeit charakterisiert als „seelische Entladungen“, das heißt er setzt die Geistesarbeit als seelische Entladung als eine Art Naturprodukt, als etwas Zwingendes in Gegensatz zur Pflichtarbeit des Geldmenschen, des Erwerbsmenschen. Ob diese Unterscheidung ganz richtig ist, und ob sich darin nicht eine gewisse Überheblichkeit der geistigen Arbeit gegenüber denjenigen Arbeitern kundgibt, die nicht am Geist, aber auch mit dem Geist, zum Beispiel in der Industrie oder sonstwo, arbeiten, will ich nicht untersuchen. Ich will nur darauf hinweisen, daß auch bei schöpferischen Unternehmern nie die Grenze genau anzugeben ist, wo das eigentliche Geldinteresse anfängt, und wo jenes künstlerische Element aufhört, das selbst in der industriellen Berufsarbeit liegt. Ganz abgesehen davon, daß mir als ein von anderer Anschauung Ausgehender die Grenzlinien zwischen Materiellem und Geistigem nicht so ganz klar scheinen. Diese Dinge gehen so ineinander über, daß ich nicht wage, die Grenzlinie scharf zu ziehen. Ich will aber die an sich prägnante Begriffsbestimmung der geistigen Arbeit von Professor Weber akzeptieren, und wenn Sie sagen, daß geistige Arbeit und Arbeit am Geist eine seelische Entladung bedeutet, so hat der Journalist eine besonders eigenartig konstruierte Seele, eine, die jederzeit zur Entladung bereit ist

(Heiterkeit),

eine Seele, die dauernd gefüllt ist, und deren Saiten dauernd zum Schwingen bereit sind, wenn auch nur der geringste Eindruck von außen auf sie losgelassen wird. Das ist ja vornehmlich das Wesen des journalistischen Temperaments: eine außerordentlich starke Impressionabilität, die bereit ist, dauernd zu reagieren, bei der die Entladung — der Drang zur Äußerung — eben auch ein Bedürfnis ist, und bei dem außerdem noch etwas hinzukommt: die Überzeugung des Journalisten, daß das, was er im Augenblick sagt, das ist, was gesagt werden muß, und das es gar nicht geben kann, wenn es nicht gesagt wird.

(Heiterkeit.)

Jemand, der nicht so veranlagt ist, soll die Hände vom Journalismus lassen.

(Sehr richtig!)

Die, die so veranlagt waren, waren auch jene alten Publizisten, aus deren Tradition Lessing stammte, dann Guido Weiß, einer der letzten dieser Art.

Die so veranlagten Journalisten hatten lange Jahre die Eigenschaft, daß sie sich um Gott und die Welt und noch einiges, nur nicht

um sich selber kümmern. Es liegt das eben im geistigen Menschen und im Arbeiter am Geist überhaupt, und Professor Weber hat ganz recht; mit seiner Auffassung, daß ein geistiger Arbeiter, der von vornherein nur vom Geldmotiv ausgeht, daß dessen geistige Leistung sehr selten von allgemein gültigem Wert sein wird. Ich habe den Eindruck, daß das nicht übertrieben werden darf, und ich schätze es nicht, wenn die Wissenschaftler bei ihrer journalistischen Mitarbeit gar nicht auf Geld sehen, weil sie damit eine üble Konkurrenz für die Journalisten werden. Die alten Journalisten waren meist so, daß sie ihr eigenes Schicksal nicht voraussehen. Es gab da Leute, die Jahrzehnte im Dienst der Allgemeinheit gelebt hatten und dann schließlich völlig vernachlässigt von derselben Allgemeinheit verhungerten, weil ihnen nie die Idee gekommen war, für die Zukunft ihrer eigenen Existenz zu sorgen. In der Geschichte hat die Frau des Sokrates, Kantippe, einen üblen Namen, aber sie war eine tüchtige Gelehrten- und Journalistenfrau
(Heiterkeit);

sie hatte ganz recht, wenn sie sagte: Du hältst über alles Vorträge, du weißt, was auf den Gassen und dem Markt geschieht, aber was in deinem Hause vorgeht, darum kümmerst du dich nicht. — Es war klar, daß diese journalistische Generation auf alles eher bedacht war, als darauf, sich mit den Verlegern auseinanderzusetzen. Nicht, daß es ohne solche Auseinandersetzungen abgegangen wäre. Der Journalist war immer zu schlecht bezahlt nach seinem Empfinden und behauptete, daß er das Geld nie dann bekomme, wenn er es brauche. Aber die alten Verhandlungen zwischen den Journalisten und Verlegern haben sich meist auf der Vorschußbasis abgespielt. Der Journalist hat jedoch seine häuslichen materiellen Nöte nie nach außen getragen aus einer Berufsscham, die besonders dem Journalisten eigen ist. Es ist nämlich eine falsche Auffassung, daß der Mann, der auf der Rednertribüne und mit der Feder in der Hand ein erbarmungsloser Gegner ist, der sich vorwärtsdrängt, um sich zu äußern, daß der wirklich ein Mensch von solcher feiner Gemütsverfassung in seiner innersten Seele ist. Diese öffentlichen Eigenschaften paaren sich sehr oft mit außerordentlich persönlicher Schüchternheit im Privatleben, und je stärker einer seine öffentlichen Angriffe vorzutragen pflegt, desto mehr Antrieb braucht er dazu, um aus seiner natürlichen Schüchternheit heraus sich entwickeln zu können.

Infolgedessen ist denn auch lange Jahre überhaupt von irgendeiner Organisation, überhaupt von irgendeiner Bewegung der Journa-

listen zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung keine Rede gewesen. Die alten Generationen haben nicht daran gedacht. Es war sogar sehr schwer, die vorbildliche Einrichtung der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller, die in München bestand, und für die die frühere Zeit relativ hohe Renten gewährte, populär zu machen in der Schriftstellerei und der journalistischen Welt, geschweige, daß es möglich gewesen wäre, die Journalisten zu einer Organisation zusammenzubringen. Man kann getrost sagen, daß dieser ganze Organisationsgedanke nicht von denjenigen, die Journalisten im alten Sinne waren, von den individuell besonders tätigen Publizisten getragen sei, sondern es mußte sich erst eine eigenartige Entwicklung im Journalismus und Verlagsgewerbe vollziehen, bis es möglich war, eine breite einheitliche Basis zu finden, auf der der Organisationsgedanke sich gefühlsmäßig aufbauen konnte. Das Zeitungswesen ist ja in der Hauptsache immer ein kapitalistisch-gewerbliches gewesen. Ich sehe bei meinen ganzen Auseinandersetzungen heute von dem, was Adolf Braun in seinem Referat als reine Parteipresse bezeichnet, ab; alles, was nicht als gewerbliche Presse äußerlich in die Erscheinung tritt, lasse ich beiseite. Ich will gerade die Entwicklung des Zeitungsgewerbes und die gewerbliche Seite der journalistischen Tätigkeit bewußt in den Vordergrund schieben. Die Entwicklung des Zeitungsgewerbes brachte in steigendem Maße die Großbetriebe mit sich, die man nicht allein im Sinne der großen Konzernbildung sich zu denken braucht. Es gab eine Zeit in Deutschland vor dem Kriege, in der war der Bedarf an Redakteuren infolge sowohl der andauernden Ausbreitung der Zeitungen als auch der Vergrößerung der einzelnen Zeitungen besonders rege. Eine große Zahl der Redakteure, die so allmählich in die Zeitungen kam, waren nicht Publizisten, sondern sie waren Männer, die vielleicht auch schrieben, die aber an der Zeitung noch andere wichtige Funktionen versahen. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, aber trotzdem ein Irrtum, daß das Wesen der Redakteurtätigkeit im Schreiben von Artikeln besteht. Die Tätigkeit des Redakteurs ist vielfältig. Der Redakteur ist der Anreger der Mitarbeiter, der Sichter des einkaufenden Materials, der Bearbeiter der fremden Artikel, der Zusammensteller der Zeitung, der Erfinder der Überschriften und der Verwaltungsmann für alles, was es sonst noch in den Redaktionen zu tun gibt. Es ist klar, daß namentlich bei der weitgehenden Freizügigkeit und Auswechselbarkeit, die dadurch für einen Teil der Redakteure erzielt wurde, eine gewisse Klasse

von Redakteuren herantwuchs, die eigentlich ein Mittelglied zwischen Journalisten und Beamten waren. Die Eigenart der Tätigkeit dieser Leute hatte zur Folge, daß allmählich im journalistischen Beruf sich auch eine Art Bureaucratie ausbildete, die eingeteilt war in Gehaltsklassen wie bei den Beamten. Damit begann jene Zeit, in der allmählich der Journalismus anfang, ein gut bürgerlicher Beruf zu werden.

Meine Herren! Das hat nicht dazu beigetragen, das Geistige dieses Berufes sehr stark zu erhöhen. Das Ideal des Journalisten ist eigentlich doch die Zeit gewesen, in der sämtliche Familienmitglieder ein gelindes Grufeln bestiel, wenn ein Familienmitglied die tollkühne Absicht äußerte, zur Zeitung zu gehen. Das war damals so ähnlich, wie wenn jemand sich von der Familie lossagte, indem er zur Bühne ging. Er wurde „Zeitungschreiber“, er galt der Familie als räudiges Schaf. Er war ein Künstler und stellte seine Existenz auf sein künstlerisches Können; er rang darum, ob seine Familie ihn als den „Großen“ wieder aufnehmen würde, ob er in dem Strom unterging oder an ein glückliches Ufer getrieben wurde. Das war natürlich die Zeit der starken Impulse, der starken Persönlichkeiten. Wie es aber anfang, daß anständige Familien nicht mehr erbebten, wenn ihre Söhne nun Journalisten werden wollten, und als man begann, durch Examina der Hochschulen sich auf den Journalistenberuf vorzubereiten, da wurden Elemente hineingetragen in das Journalistentum, die moralisch gewiß nicht anfechtbar waren. Es waren sogar absolut ehrbare Elemente. Aber es neigte sich damit die Wage des Journalismus vom Künstlerischen zum Beruflichen, und das Geldmotiv trat — wenn auch in durchaus anständiger Form — stärker in den Vordergrund. Es ist klar, daß diese gleichbleibende Masse, daß diese Masse, deren Glieder zum Teil austauschbar waren, daß die nun ihrerseits versuchte, aber auch versuchen mußte, dieselben Wege zu gehen wie andere einheitliche Berufsschichten: den Weg der Organisation. Wenn ich sage „mußte“, so war eins klar: die Journalisten mußten, weil schließlich die Vorgesetzten diesen Weg den Journalisten vorschrieben.

Meine Herren! In der Zeit, in der der Journalist viel mehr auf gute Behandlung und weniger auf gute Bezahlung sah, waren die Zeitungen klein und ihre Zahl gering. Dann trat der Kapitalismus in das Zeitungswesen. Millionenpropaganda weitete Umfang und Verbreitung der Zeitungen. In allen Orten vermehrte sich die Zahl der

Preßorgane. Man brauchte Journalisten. Der Arbeitsmarkt regte das Angebot durch hohe Gehälter an. Nachdem aber der Arbeitsmarkt gesättigt war, gingen die Gehälter zurück, und die Masse des Zuzugs drückte auf die Gehälter. Naturgemäß: Der Nachwuchs hatte sich nun einmal auf diesen Beruf vorbereitet und strömte nun in diesen Beruf ein. Es kam hinzu, daß dieser Beruf selber nicht nach dem „Woher“ fragte. Der Journalistenberuf muß, wenn er seine Kraft erhalten soll, seiner ganzen Natur nach ein freier Beruf sein und bleiben. Aber ein Beruf, der nicht nach dem Woher fragt, ist auf dem Arbeitsmarkt leicht benachteiligt, weil nicht nur der momentane Überschuß auf dem Arbeitsmarkt auf die Preise drückt, sondern auch der immer leicht zu bekommende Zuzug einmal in schlechten Zeiten eine unangenehme Sache ist und in guten Zeiten eine besonders hohe Entwicklung der Gehälter nicht zuläßt. Das ist nach dem Kriege durch den Zulauf von Offizieren in stärkerem Maße in die Erscheinung getreten.

Hier mußte natürlich allmählich die Organisationsidee auftauchen. Ihr Werden ist geschildert in Cajetan Freunds ausgezeichnete Darstellung, die Sie in der gedruckten Gabe des Vereins für Sozialpolitik finden. Ich will mich hier nicht mit Einzelheiten aufhalten. Nach einer Reihe von Anfängen und Vorläufern bildete sich in Berlin am 20. November 1910 der Reichsverband der deutschen Presse als Berufsvertretung der gesamten deutschen Redakteure und der Journalisten, die in fester Mitarbeit an den Zeitungen tätig sind. Der Reichsverband der deutschen Presse ist heute die machtvollste Vertretung der deutschen Journalisten in Deutschland. Wenn ich sage: „die machtvollste“ und nicht die einzige Vertretung, so liegt das daran, daß ein Teil der sozialdemokratischen Kollegen im „Verein Arbeiterpresse“ besonders organisiert sind. Das liegt zum Teil daran, daß ein Teil der sozialdemokratischen Kollegen glaubt, daß sie in ihrer Doppelstellung als Parteibeamte und Parteijournalisten das Schwergewicht auf die Stellung als Parteibeamte legen müssen und sich daher nicht in der gleichen Weise der allgemeinen Standes- und Berufsorganisation anschließen wollen, wie es ein Teil der sozialdemokratischen Kollegen allerdings getan hat. Während die Kollegen der Zentrumspresse, die im Augustinus-Verein organisiert sind, trotzdem fast ausnahmslos als Mitglieder dem Reichsverband der deutschen Presse angehören, können wir das von den sozialdemokratischen Kollegen bisher nicht sagen. Aber immerhin, wenn ich Ihnen sage, daß der jetzige deutsche Gesandte in

Bern, Adolf Müller, der Ministerialdirektor und Gesandte Ulrich Hauser, der Reichsminister des Innern Dr. Köster und der Reichstagspräsident Loebe dem Reichsverband angehört haben, so sehen Sie aus diesem Beispiel, daß auch ein nicht unerheblicher Teil der sozialdemokratischen Journalistik zum Reichsverbande gehörten. Wir können deshalb sagen: der Reichsverband der deutschen Presse umfaßt die Redakteure von ganz links — wenn wir von den Kommunisten absehen; wir bedauern die Nichtzugehörigkeit der Kommunisten — bis ganz rechts. Das ist eine ungeheuerliche Leistung gewesen. Ich möchte vorausschicken, diese Leistung wäre überhaupt nicht zu vollziehen gewesen, wenn uns nicht das große Glück beschert gewesen wäre, daß wir in dem Chefredakteur des „Tag“, in dem — inzwischen leider verstorbenen — Paul Marg in der kritischsten Zeit der deutschen Standesbewegung einen Mann besaßen hätten, bei dem sich mit außerordentlicher Klugheit und großer Rednergabe ein außergewöhnlicher Takt paarte. Vor allem seiner zähen Arbeit und weisen Vermittlerstätigkeit ist es gelungen, die verschiedensten Elemente von rechts nach links unter einen Hut zu bringen.

Das war aber nicht nur schwer, weil es sich um Männer der verschiedensten Parteianschauungen handelte, sondern vor allem, weil naturnotwendig sofort das Problem der Organisationsarbeit geistiger Arbeiter überhaupt auftauchen mußte, als man daran ging, eine gewerkschaftliche Organisation für Journalisten zu schaffen. Noch heute steht eine Zahl prominenter Kollegen noch abseits, weil es nicht in ihr Gehirn hinein will, daß sie überhaupt organisierbar wären. Es kommt natürlich auch hinzu, daß die Organisierbarkeit der Journalisten und geistigen Arbeiter vielleicht in Deutschland noch schwerer ist als anderswo, da sich bei uns mit der an sich starken Differenziertheit aller geistigen Arbeiter Verschärfungen der Differenzierung durch die deutsche Rechthaberei verbindet. Es war nichts schwerer, als in Organisationsversammlungen jenes Maß von Disziplin herzustellen, auf dessen Grundlagen es überhaupt möglich war, daß Männer so verschiedenen Temperaments und so verschiedener Parteianschauungen sich über ihre Lebenslage unterhielten, ohne die prinzipiellen Gesichtspunkte ihrer verschiedenen Weltanschauungen in den Vordergrund zu stellen. Es ist schließlich bei uns gelungen wie bei den Schauspielern. Und doch war es schwerer bei uns als bei den Schauspielern. Denn es ist ein großer Unterschied, ob einer darstellender Künstler ist, oder ob jemand öffent-

sich die eigene Meinung mit eigenen Worten vertritt und gewohnt ist, als Vertreter von Meinungen auch im Kleinsten auf dem prinzipiellen Standpunkt und leider nicht auf dem gemeinsamen, sondern gerade auf dem unterschiedlichen zu bestehen.

Aber eine weitere große Schwierigkeit machte sich schon im Gründungsstadium des Reichsverbandes der deutschen Presse bemerkbar: 1. die Frage: Was sollte die Organisation vertreten, welche Forderungen sollte sie erheben? Viel wichtiger war 2. die Frage: Mit welchen Mitteln sollte sie ihre Forderungen durchsetzen?

Die Frage, ob der Reichsverband der deutschen Presse eine gewerkschaftliche Organisation sei und sich gewerkschaftlicher Mittel bedienen solle, hat in der Diskussion eine außergewöhnlich große Rolle gespielt. Im Prinzip ist die gewerkschaftliche Form von vornherein möglich gewesen, und zwar mehr als bei den freien Geistesarbeitern, für die das Wesentliche der Gewerkschaftsorganisation fehlt: der Dienstvertrag, an Stelle des Werkvertrags des freien Geistesarbeiters. Bei den Redakteuren war das Dienstverhältnis gegeben und infolgedessen die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation im eigentlichen Sinne. Aber über die Mittel zur Durchführung der Organisation war anfangs die Diskussion sehr lebhaft. Insbesondere über die Frage des Streiks. Und hier wieder besonders lebhaft seit den Tagen der Revolution, in denen vielfach Streik gleich Gewerkschaft gesetzt wurde. Für viele Journalisten stand deshalb das Problem der Organisationsform sehr einfach so: Können wir streiken, dann können wir uns gewerkschaftlich organisieren, wollen wir nicht streiken, dann dürfen wir auch keine Gewerkschaft gründen. Das Problem der Stellung der Journalisten zum Streik war nicht durch Majoritätsbeschluß zu lösen, da aus ihren verschiedenen politischen Überzeugungen heraus die Journalisten der verschiedenen Parteilager eine grundsätzlich verschiedene Stellung dazu einnehmen. Diese Überzeugung vertritt der Journalist öffentlich — „c'est son métier“. Und es geht nicht gut, daß ein Journalist öffentlich in seiner Zeitung den Streik grundsätzlich verwirft und sich dann selbst als Streikender betätigt. Es ist deshalb die Stellung des Reichsverbandes der deutschen Presse zum Streik als Mittel des gewerkschaftlichen nicht geklärt. In den Statuten ist der Reichsverband als „Berufsorganisation der deutschen Journalisten“ bezeichnet. Aber ihrem inneren Wesen nach ist diese Berufsorganisation eine Gewerkschaft, die mit gewerkschaftlichen Mitteln von den Verlegern diejenigen

materiellen Forderungen zu erkämpfen trachtet, die es glaubt im Lebensinteresse der deutschen Journalisten erlangen zu müssen.

Meine Herren, schon hier möchte ich einschalten, daß für die deutschen Journalisten das Materielle nicht Selbstzweck ist. Es ist in den verschiedensten Stadien der Organisationsbildung und des Bestehens der Organisation immer wieder betont worden, daß die materielle Sicherung Voraussetzung für den moralischen Hochstand der Presse ist, und so nahe uns selbstverständlich für unsere eigene Existenz die materielle Sicherung ist, für so selbstverständlich halten wir es aber auch, daß diese materielle Sicherung wesentlich dem Zwecke dienen soll, einen moralischen Hochstand des Journalistenstandes und damit des Journalismus überhaupt für Deutschland zu erhalten.

Die Verlegerorganisationen, zunächst der Verein deutscher Zeitungsverleger (der damals als einzige Verlegerorganisation bestand, während inzwischen noch der Verein großstädtischer Zeitungsverleger in Berlin hinzugekommen ist), hat eine sehr geteilte Stellung gegenüber dem Reichsverband eingenommen. Es hat sehr lange gedauert, bis es den einsichtigen Männern in den Verlegerkreisen gelang, die Anerkennung des Verbandes durchzusetzen.

Sehr lange haben die Ansichten über die echte Form und Art der Festlegungen der Forderungen des Verbandes geschwankt. Wir sind schließlich dazu gekommen, Lohnskalen tariflich festzulegen. Meine Herren, es ist behauptet worden, diese Tarife seien Auswüchse der Revolution. In Wirklichkeit sind die Tarife nicht erst in der Revolution, sondern schon vorher entstanden. Vielen von uns ist es sehr schwer geworden, die Notwendigkeit tariflicher Lohnfestlegungen anzuerkennen. Ich selbst, der ich seit langem mit an der Spitze des Verbandes stehe und schon seit verhältnismäßig jungen Jahren in den journalistischen Berufsorganisationen arbeite, bin zunächst ein heftiger Gegner des Tarifgedankens gewesen. Aber nicht nur ich, sondern auch eine große Reihe anderer Kollegen haben sich im Laufe der Umwälzungen der letzten Jahre überzeugen müssen, daß das Durchsetzen irgendwelcher Forderungen ohne tarifrechtliche Bindungen nicht möglich sei, und wir sind heute, glaube ich, alle, von wenigen Ausnahmen abgesehen, froh, daß wir Tarife haben; denn es wäre niemals möglich gewesen, den Folgen der dauernden Geldentwertung wenigstens einigermaßen entgegenzutreten, wenn es nicht gelungen wäre, tarifliche Abmachungen zu treffen.

Es war uns stets klar, daß die Tarife der Journalisten sich von vornherein unterscheiden mußten von den Tarifen, die in anderen Berufschichten gemacht wurden. Worauf es uns ankam, war, zunächst den Versuch zu machen, ein gewisses Existenzminimum für die journalistische Tätigkeit Leistenden festzulegen. Das richtigste wäre gewesen, wenn man die journalistischen Tarife nur so festgelegt hätte, daß man erklärte: das Mindestgehalt für journalistische Arbeit im Dienstverhältnis beträgt im Jahre soandso viel, und daß dieses Existenzminimum dann nach den Zeitverhältnissen jeweils verändert worden wäre. Das ist nicht möglich gewesen. Leider, wie die Verleger sagen. Ich komme nicht her, um im Interesse meiner Organisation zu klagen. Ich bemühe mich, objektiv zu sein; ich bemühe mich, von beiden Seiten die Dinge so objektiv zu schildern wie nur möglich. Die Verleger sagen, daß der vernünftige Einheitstarif leider nicht zustande kam, liege an der Unvernunft der Redakteure. Ich will nicht replizieren, daß das an der Unvernunft der Verleger liege, sondern es liegt daran, daß die Verlegerorganisationen noch verschiedenartiger zusammengesetzt sind als die Redakteurorganisationen. Es gibt Verleger, die das Geistige ihrer Tätigkeit in den Vordergrund stellen, und solche, die sich nur als Kaufleute fühlen. Und es gibt Verleger, die sozial einsichtig sind, und Verleger, die das nicht sind. Herr Dr. Carbe hat es als selbstverständlich (in seinem Beitrage für die Schrift des Vereins für Sozialpolitik) bezeichnet, daß Bezahlung der Redakteure so bemessen werden soll, daß keine Proletarisierung des Redakteurstandes eintritt. Ich habe leider die Erfahrung machen müssen, daß die Verleger in ihrer Gesamtheit das durchaus nicht für selbstverständlich halten, sondern vielmehr in den Tarifverhandlungen mit den Führern der Redakteurorganisationen genau wie gegenüber den Organisationen der Arbeiter und Angestellten nur das bewilligen, was sie unbedingt bewilligen müssen. Sie versuchen das denkbar niedrigste Gehalt auszuhandeln und dann dieses möglichst nicht ohne Zwang zu erhöhen. Dabei sehe ich davon ab, daß in einer Reihe von Verlagen Erhöhungen selbstverständlich sind. Es hat aber die Entwicklung gezeigt, daß die Festlegung eines Grundgehalts nicht genügte, sondern daß auch gleich die Möglichkeit einer gewissen Steigerung ausbedungen werden mußte. Die Staffelung ist meist — wegen der Gefahr für die alten Leute — nicht nach Berufsjahren, sondern nach Verlagsdienstjahren erfolgt. Man ist teilweise darüber hinausgegangen; man hat soziale Tarife ausgebildet mit

Kinderzulagen und Verheiratetenzulagen, hat also diese Tarife den Beamtentarifen angegliedert, und man ist außerdem leider auch noch weiter gegangen und hat Ressortzuschläge für Ressortredakteure und für Chefredakteure sich ausbedungen. Man hat also, getrieben durch die Bewegung, versucht, das zu erfassen, was tariflich nicht erfasst werden kann: nämlich die geistige Individualleistung, und das hat zur Folge gehabt, daß sich bis ziemlich weit hinauf, während der Minimallohn des Tarifs die Entlohnung für eine Mindestdurchschnittsleistung sein soll, wachsende Neigung zeigt, den Tarif zum Normaltarif, das heißt den Minimallohn zum Maximallohn selbst für qualifizierte Leistung zu entwickeln.

Ich möchte mir zunächst einmal, um eine Würdigung der Dinge möglich zu machen, erlauben, Ihnen die Ziffern aus dem Berliner Tarif vor Augen zu führen. Der Berliner Tarif vom August sah ein Mindestgehalt eines Redakteurs in Berlin von 9135 Mk. monatlich vor, und er erreichte nach acht Dienstjahren ein Höchstgehalt von 12760 Mk. Diese Gehälter bleiben bei anderen Landesverbänden erheblich zurück, im Rheinland, in Westfalen und Frankfurt sind sie dagegen höher. Das ist durch die starke Teuerung in diesen Gebieten selbstverständlich. Im Rheinland beginnt der Redakteur mit 13300 Mk. monatlich und endet mit 16000 Mk., und der verheiratete Redakteur beginnt mit 14400 Mk. und endet mit 17000 Mk. monatlich. Wenn Sie annehmen, daß das Anfangsgehalt eines Redakteurs in einer Großstadt im Frieden etwa 200 Mk. war — das entsprach den Beamtengehältern —, wenn Sie dieses Gehalt annehmen, so hat der Redakteur das 45fache Einkommen des Friedensgehaltes und in der Höchststufe, die man nach acht Jahren mit 500 Mk. annehmen darf, hat er das 22fache¹. Auch hier macht sich in der Tarifierung bemerkbar die Nivellierung der geistigen Arbeit: der mindestleistende Redakteur ist mit seinem Gehalt stark in die Höhe geschwollen, während die anderen zurückgeblieben sind. Damit hat sich erfüllt, was die Gegner der Tarifverträge immer behauptet haben, daß nämlich der Tarifvertrag dazu

¹ Anmerkung des Redners: Während der Drucklegung und Korrektur des Stenogramms meiner Rede ist im Reich für Dezember 1922 ein Tarifgehalt von mindestens 85000 Mk. festgelegt worden, das in acht Verlagsdienstjahren auf mindestens 115000 Mk. für den Monat steigen muß. Das bedeutet für die unterste Stufe eine Steigerung auf das 425fache, für die oberste Stufe auf das 230fache des Friedensgehaltes für die gleichen Stufen. G. R.

beiträgt, zwar den untersten Klassen die Existenz zu verbessern, aber daß darunter die oberen Klassen leiden müssen. Die große Zahl der Kollegenschaft hat das von vornherein eingesehen, trotzdem aber dem Tarifgedanken zugestimmt, weil sie es für am wichtigsten hielt, zunächst die Existenz derer, die nicht mehr auskommen konnten mit ihren Gehältern, zu verbessern. Ob die Spitzengehälter von der Erhöhung der Basis einmal einen Nutzen haben werden, steht auf einem anderen Blatt. Aber dem möchte ich zustimmen, was Dr. Trefz in Ihrem grauen Heft gesagt hat, daß der Redakteur heute ein Proletarier wie jeder andere Proletarier ist. Das geht aus unseren Tarifen leider zu deutlich hervor.

Meine Herren! Herr Dr. Carbe hat darauf aufmerksam gemacht, daß das Schwergewicht nicht in den tariflichen Gehältern liegt, sondern daß diese Gehälter in großen und mittleren Betrieben darüber hinausgehen. Ich möchte Herrn Dr. Carbe erwidern, daß seine Behauptung in dem Umfange, wie sie nach seiner Formulierung erscheinen könnte, nicht ganz richtig ist. Die großen Zeitungen im Reiche bezahlen allenfalls etwas über Tarif. Aber Dr. Carbe hat darin recht: In Berlin ist lange Zeit ein großer Teil von Journalisten über Tarif bezahlt worden. Wie viele Prozent über Tarif, darüber will ich mich nicht mit Ihnen unterhalten. Aber es ist kein Zweifel: wenn man diese erhöhten Spitzengehälter mit dem Stand der Gehälter der gleichen Klasse zu Friedenszeiten vergleicht, dann bekommt man ein erschreckendes Bild. Es klingt außerordentlich, wenn von einem Redakteur gesagt wird, daß er 30 000 Mk. Gehalt im Monat hat; aber dieser selbe Redakteur hatte ein Gehalt von 1500 Mk. im Monat im Frieden. Diese 30 000 Mk. stellen daher nur das 20 fache des alten Gehaltes dar. Vor allem aber entsteht bei jeder Erhöhung des Tarifs die Neigung der Verleger, die Differenzierung zwischen den Tarifjahren und der übertariflichen Bezahlung zu kürzen. Bei den Leuten, denen eine geistige und materielle Repräsentationsverpflichtung obliegt, die verpflichtet sind, sich in ihrer Familie anders zu bewegen, die Kinder anders erziehen zu lassen wie Handarbeiter und andere Angestellte, ist selbstverständlich, daß auch der übertarifliche Gehalt nicht ausreicht, um die Ausgaben zu decken, und ich behaupte, daß der größte Teil der übertariflich Bezahlten nicht existieren könnte, wenn sich ihm nicht die Gelegenheit böte, nach Ländern mit hoher Valuta Artikelaufträge zu erhalten. Wenn man nun gar an die zwei oder drei höchsten Spitzen-

gehälter in Deutschland denkt, so wird Dr. Carbe, ohne daß ich in die Diskussion über seine Person und sein Einkommen eintreten will, zugeben, daß, wenn diese Personen das 12- bis 15fache ihres Friedensgehaltens beziehen, wobei ihr Bedarf zwischen dem 40- und 500fachen schwankt, daß das dann eben einfach ein Minus bedeutet, das selbst bei diesen paar höchstbezahlten Journalisten in Deutschland langsam zur Proletarisierung führen muß.

(Zuruf: Rückführung auf etwa 20 % ungefähr!)

Richtig, Sie haben hier trotz der Tarifbewegung denselben Prozeß wie beim höheren Beamten. Daraus entnehme ich die Berechtigung des Tarifgedankens und die weiße Voraussicht, daß wir dem Tarifgedanken zugestimmt haben. Denn sonst wären heute die Verhältnisse noch schlechter. Nichts ist charakteristischer als die Abmachungen unserer Landesverbände Pommern, Schleswig-Holstein und Polen, wonach die Redakteure 10 % über dem Seherlohn in dem ersten Verlagsjahr und sonst 20 % über dem Seherlohn haben müssen, und das gilt in den drei Provinzen als Normalgehalt. Sie sehen daran, daß nicht bloß der Tarifgedanke, sondern bis zu einem gewissen Grade auch die Anlehnung an die Tarifarbeit der anderen Gewerkschaften für die Redakteure notwendig ist. Die direkte Anlehnung an irgendeinen Gewerkschaftsverband hat sich nicht im Reichsverband der deutschen Presse durchsetzen lassen, war auch nicht nötig. Es ist nicht möglich, einen Gewerkschaftsverband zu machen, der alle Mitglieder von den Deutschen bis Unabhängigen umfaßt; aber es bleibt uns an sich auch auf die Dauer gar nichts anderes übrig, als uns stärker an die Tarifbewegung der anderen Angestellten anzuschließen. Das geht schon aus diesen Bestimmungen hervor. Es bleibt uns nichts anderes übrig, weil meines Erachtens die Verleger in dieser Beziehung zwar in einzelnen Persönlichkeiten und durch einzelne Persönlichkeiten stets die besondere Eigenart des Verhältnisses der Redakteure zu den Verlegern erkennen, aber dem nicht immer genügend Nachdruck verleihen können in den Kreisen ihrer Kollegenschaft.

Meine Herren! Es war schon für uns schwer, im Reich überall Tarifabschlüsse durchzusetzen. Der Reichsverband der deutschen Presse hat etwas vom Deutschen Reich in bezug auf die föderative Ausgestaltung, und es ist nicht leicht in einem Verbands, einen Unitarismus herzustellen. Infolgedessen hat zunächst jeder Landesverband seine Tarife im einzelnen beschlossen. Es stellte sich das Bedürfnis nach

Vereinheitlichung heraus deshalb, weil in den einzelnen Verbänden die Tarifgegnerschaft der Verleger so weit ging, daß die Arbeitnehmerverbände aufgelöst wurden, nachdem die Seher mit einem Tarif kommen wollten. Die Verleger haben es in den Verhandlungen so dargestellt, als ob wir der letzte Tropfen wären, der das Faß zum Überlaufen bringt. Weil das im Etat nicht so außerordentlich ist, was alles bewilligt ist und weil immerhin die Redaktion mit Anforderungen kommt, die heute auch nicht niedrig im Verlagsetat stehen, und ferner nach der alten Erfahrung, daß die Zentrale doch der Forderung der Objektiven, der Uninteressierten leichter Geltung verschaffen könne, deshalb hatten wir den Wunsch, den Reichstarif durchzusetzen. Der Reichstarif ist von den Verlegern abgelehnt worden, weil sie behaupteten, daß der föderative Charakter bei ihnen stärker sei als bei uns; aber es ist auf den Vorschlag des Verlegerverbandes nach langen Verhandlungen zu einer Arbeitsgemeinschaft gekommen, die diesen Reichstarif zwar nicht gesetzlich, verfassungsgemäß, formell herstellen soll, aber die faktisch einen Zustand schafft, der dem Reichstarif ähnlich ist wie diese Reichsarbeitsgemeinschaft, die regionale Tarife konstruiert und dafür sorgt, daß sie zustande kommen.

Ich muß zum Schluß aus diesem Anlaß auch etwas auf die Beziehungen zwischen den Verlegern und den Redakteuren eingehen, eine Sache, die ich nicht gern vor diesem Forum behandle. Ich hatte gesagt, daß das Materielle für die Redakteure niemals die Hauptsache gewesen ist, sondern daß das Materielle in erster Linie als Basis für die moralische Existenz des Journalismus angesehen wurde. In Eisenach hatte 1911 auf dem Kongreß des Reichsverbandes der deutschen Presse unser damaliger Vorsitzender Marx gesagt: Wir wissen, daß der kulturelle Hochstand der Presse sich nur dann erhalten läßt, wenn eine gewisse Grundlage einer gesicherten Existenz vorhanden ist. Für uns war das Materielle gegenüber den Verlegern nicht Gegenstand der Forderung und des Kampfes, sondern es war die Sicherung der geistigen Stellung des Redakteurs im Zeitungsbetriebe überhaupt, auf den sich früh die Bestrebungen des Reichsverbandes richteten. Ich will über diese delikate Frage vor Nichtangehörigen des Berufs nur das sagen, was notwendig ist, um ihnen von der ganzen Lage dieses geistigen Arbeiters in der Redaktion ein Bild zu geben. Der Redakteur befindet sich in einer merkwürdigen Zwitterstellung. Der Redakteur ist nicht bloß Künstler und Handwerker, sondern der Redakteur ist auf

der einen Seite Angestellter eines kapitalistischen Unternehmers, und er ist gleichzeitig der Verwalter eines öffentlichen Amtes. Eine ganz außerordentliche Schwierigkeit, die an den Charakter des Einzelnen nicht bloß absolut erhebliche Anforderungen stellt, sondern relativ um so höhere Anforderungen stellt, je mehr er an einem fremden Publikationsinstrument arbeitet und deshalb über die Grundlagen seiner materiellen Existenz gar nicht bestimmen kann. Ich könnte mir vorstellen, daß der Verleger nicht einredet; aber wenn es dem Verleger paßt, dem Redakteur zu kündigen, so ist dieser Pakt erledigt. Ich brauche nicht zu sagen, daß durch diese eigenartigen Verhältnisse die Stellung des Redakteurs eine besonders eigenartige ist, die zu klären nicht bloß im Interesse der Redakteure und Verleger, sondern auch im Interesse der Öffentlichkeit liegt. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß der Einfluß des Verlegers auf die Zeitung einen moralischen Tiefstand bedeutet; ich habe gern im Verlag gearbeitet mit großem inneren Interesse; ich würde nicht aus der Direktion des Unternehmens, dem ich 25 Jahre angehöre, ausgeschieden sein, wenn nicht die Tatsache mich dazu gezwungen hätte, daß ich im Tarifausschuß der Redakteure sitze und nicht gleichzeitig Verlegerinteressen wahrnehmen kann.

Ich bedauere, daß nicht bloß die große Öffentlichkeit, sondern auch die Kollegenschaft selbst gar keine Ahnung hat, was ein Verleger für seine Zeitung bedeutet.

Meine Herren! Zunächst steht eins fest: Was nützt das schönste Sprechorgan dem Redner, wenn die Tribüne zusammenstürzt, von der er spricht, oder wenn sie nicht erhalten werden kann und er nicht darauf zu steigen in der Lage ist. Woran liegt es, daß die meisten Parteizeitungen nicht florieren? Ich wage die Behauptung, daß es nicht an den Gründen liegt, die Herr Kollege Braun zutreffend geschildert hat, sondern ich meine, daß er einen Punkt nicht genug in den Vordergrund gestellt hat: das ist die Vernachlässigung der verlegerischen Tätigkeit seitens der Parteiorganisation. Es ist sehr selten und manchmal als starkes Endprodukt einer langen kapitalistischen Entwicklung bemerkbar, daß ein Parteiorgan auf verlegerische Qualitäten gewisser Angestellter sieht.

Ich gehe weiter und verhehle mir nicht, daß es falsch ist, an und für sich etwa so zu scheiden: auf der einen Seite der Journalist und geistige Arbeiter und Redakteur, auf der anderen Seite der Geschäftsmann. Davon kann nicht die Rede sein. Die Dualität des Verlegers

ist eine Tatfrage, und darum ist eine Tatfrage die Art der Zusammenarbeit zwischen Verleger und Journalisten. Die läßt sich generell nicht bestimmen, und ich behaupte, daß alle Kontrakte nach dieser Richtung wenig nützen, weil der Verleger, wenn er die Absicht hat, unmoralisch zu sein, seinen Redakteur zu beeinflussen und ihn zu bestimmen, den Sieg davontragen wird.

Hier läßt sich an sich schon deshalb nichts Bestimmtes auf bestimmter Linie festlegen oder ein für allemal regeln, weil in einzelnen Organen der Verleger tatsächlich der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ist. Wenn Sie sich vorstellen, daß in der großen Hauptstadt des Reiches die Sache so ist, daß ein begabter Journalist von den großen Blättern der Nebenstädte sofort wegengagiert wird, so ist es selbstverständlich, daß der Verleger, der letzten Endes die Leute engagiert, in Wirklichkeit sein eigener Chefredakteur ist.

Darum dreht sich der Kampf nicht. Wir erkennen an, daß es geistig hochbegabte Verleger gibt, deren Mitarbeit die Redaktion nicht entbehren will und kann; aber wir verlangen, daß nicht jemand die Funktion der geistigen Leitung der Zeitung um deswillen ausüben kann, weil er der Verleger ist. Daraus darf er nicht das Recht herleiten, die Zeitung zum Spielball seiner Launen zu machen. Darum haben sich unsere Forderungen konzentriert, zu verlangen, daß die Rechte zwischen den Verlegern und Redakteuren abgegrenzt werden, und daß, wie es formuliert worden ist im Rahmen der festgelegten allgemeinen politischen und wirtschaftlichen und kulturellen Richtung der Druckschrift, die Redaktion der Zeitung Sache des Redakteurs ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, wenn es erlaubt ist, ein Publikationsinstrument zu verwalten, daß es bei der Zeitung nicht möglich sein kann, daß dadurch einer Vereinbarung gewisse Grenzen gezogen werden müssen. Wir haben versucht, diese Vereinbarung auf dem Wege des Reichsstarifs zu erzielen, und haben den Erlaß eines Journalistengesetzes gefordert. Diese Frage ist noch in der Schweben. Zwar ist die Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft erfolgt. Sie ist zurückzuführen auf materielle Motive; aber auch darauf, daß sie den Wunsch hat, sich über diese internen Berufsfragen und über die Abgrenzung der Begriffe einmal in ernster Fühlung mit den Journalisten auseinanderzusetzen. So verstehen wir das, und es soll nach außen dokumentiert werden, daß gewisse Männer durchaus das Recht haben, selbst wenn sie formell nicht Chefredakteure sind, nach außen zu erkennen zu geben,

daß auch sie an der geistigen Leitung ihrer Zeitung berechtigterweise Anteil haben.

Ich will die Hoffnungen nicht zerstören, die auf die Entwicklung gesetzt werden. Immerhin: wir wollen das Beste hoffen; aber das, was da vor sich geht, in dieser Arbeitsgemeinschaft vor sich geht, ist bloß eine Frage der deutschen Journalisten. Das ist nicht eine häusliche Angelegenheit zwischen Redakteuren und Verlegern, und damit komme ich auf den Ausgangspunkt zurück.

Eine materielle Sicherung des deutschen Journalistenstandes nicht bloß durch Lohnfixierungen, sondern auch für die Fälle, wo der Verleger in der Zeitung glaubt den politischen Inhalt der Zeitung in ein neues Fahrwasser lenken zu dürfen, — in diesen Fällen ist die materielle Sicherung der deutschen Journalisten nicht bloß notwendig im Interesse des Journalistenstandes, sondern im Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Öffentlichkeit.

Es scheint ja beinahe, als ob eine Presse erst dann Geltung hat, wenn sie korrumpiert ist. Leider hat in keinem Lande die Presse eine ähnlich geringe Bedeutung gehabt als wie in Deutschland, wo — das ist in der ganzen Welt anerkannt — wirklich anständige Journalisten in den Zeitungen schreiben.

(Sehr richtig!)

Worauf beruht diese relative Reinheit der deutschen Presse. Sie beruht erstens auf der hohen Qualität des deutschen Journalistenstandes; sie beruht darauf, daß jemand es eine Ehre war, wenn jemand seinen Beruf verfehlte, und eine Unehre, wenn jemand seinen Beruf voll ausfüllte und es infolgedessen verständlich war, wenn eine Reihe ehrenwerter Männer sich der Presse zuwandten; dann aber auch zweitens auf einem, was so viel geschmäht wird: auf dem deutschen Annoncenwesen. Ich will nicht auf den Punkt eingehen, wie weit in dem Annoncenwesen die Quellen der Korruption sein können. Die Offenlegung und Kontrollierbarkeit dieser Einflüsse steht turmhoch über der Nichtöffentlichkeit des Kontrollierens zum Beispiel bei der Presse in allen romanischen Ländern. Da haben Sie keinen Inseratenteil, aber jeder Journalist wird bezahlt, und er hält das für eine selbstverständliche Gebühr. Die deutschen Journalisten haben das abgelehnt, sie wehren sich gegen die Bezahlung; aber darüber besteht kein Zweifel, wenn die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der deutschen Journalisten so weiter geht, so werden wir zu den Zuständen der ro-

manischen Länder kommen, die vielleicht entstanden sind auf einem ähnlichen historischen Untergrunde.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, Herrn Dr. Carbe, der das ja einsieht, mit jener Eindringlichkeit zu sagen, daß den größten materiellen Schaden die deutsche Verlegerenschaft haben wird. Das ist selbstverständlich. Der Redakteur kann billiger sein als der Verleger; denn er hat weniger Spesen. Es wird dann, wenn jeder Verleger sein eigener Chefredakteur wird, weil er an der Bezahlung der Redaktion partizipiert, materiell eine Katastrophe für das Zeitungswesen, ideell eine Katastrophe für das deutsche Volk entstehen. Meine Herren! Wenn wir heute darüber klagen, daß die Interessenverbände auf die deutsche Presse Einfluß nehmen, heute wissen wir ungefähr in den meisten Fällen, wer hinter der Zeitung steht. Wir sehen, wie die Zeitung in ihrer geschäftlichen Tätigkeit sich auswirkt; wenn das aus ist, ist der Korruption Thor und Tür geöffnet.

Ich habe gesagt, welche moralischen Forderungen wir an die Verleger stellen. Wir müssen aber auch moralische Forderungen an den Staat stellen. Es ist nur möglich, eine Zeitung rein zu halten, wenn die gewerblichen Grundlagen nicht so schwanken wie augenblicklich. Von der Not der Zeitungen ist viel gesprochen worden in dem Buch und in früheren Vorträgen; aber das steht für mich fest: mag bei dieser Not der Zeitungen manches rein gewerbliche Verschulden der Verleger vorliegen, spät die Einsicht gekommen sein, daß er sich auf gewerblicher Grundlage gegen die Ausbeuter hätte wehren müssen, statt zu glauben, daß er durch politischen Einfluß solchen Auswirkungen entgegenwirken kann; es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß die hohen Preise, die wir haben, und die Papierpreise und die Zellstoffpreise, daß die durch nichts gerechtfertigt sind.

(Zuruf: Auch meine Meinung!)

Und ich kann nicht anerkennen, daß der Verlust an Holz, den wir durch den Friedensvertrag zu verzeichnen haben, heute das auch nur annähernd ausmacht, was der bewußt zu niedrige Einschlag in den deutschen Wäldern schadet. Ich bin der Überzeugung, daß nichts weiter als der Wunsch, für schlechtes Papier mehr zu erzielen, die Besitzer veranlaßt, weniger zu schlagen, und daß die Behörden, weil auch ihnen die Sache indirekt zugute kommt, dieses Verfahren begünstigen. Gewiß, auch eine verfehlte Steuergesetzgebung trägt dazu bei. Ich bin mir überhaupt klar darüber, daß ein Gewerbe kein Herausheben verlangen

kann aus der Gesamtheit der wirtschaftlichen Zustände; aber ich wünsche nur, daß alle Zeitungen sehen, daß eine Reform unserer Wirtschaft an Haupt und Gliedern notwendig ist, wenn das deutsche Leben und die deutschen Gewerbe sich gesund halten sollen, und daran knüpft sich das Interesse der deutschen Journalisten mit dem Interesse der deutschen Verlegerenschaft und den Interessen des deutschen Volkes; und wenn es gelungen ist, diese Zustände Ihnen heute klar vor Augen geführt zu haben, so wird mir das eine reine und große Freude gewesen sein.

(Stürmischer Beifall.)

Präsident: Ich danke dem Redner für seinen außerordentlich lehrreichen Vortrag.

Wir wollen am Nachmittag in der Diskussion um 3 Uhr pünktlich fortfahren, und ich schließe hiermit die heutige Vormittagsitzung.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 35 Min.)

Zweiter Verhandlungstag.

(Nachmittagsitzung.)

Die Verhandlung wird 3 Uhr 18 Minuten eröffnet.

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir stehen am Beginn des Schlußabschnittes unserer Tagung, der Jubiläumstagung, der wir mit Bangen entgegengesehen haben, und die der Anbruch einer neuen arbeitsreichen Periode sein wird.

Wir haben gedankenreiche anregende Referate von Theoretikern und Praktikern gehört, und gestern abend und nachmittag haben wir eine Aussprache gehabt, die manchen von uns zum Nachdenken anregt. Wenn die heutige Diskussion noch gut zu Ende geführt wird, dann dürfen wir alle mit Befriedigung auf die 50. Tagung des Vereins für Sozialpolitik zurückshauen. Damit dies möglich ist, muß ich von vornherein appellieren an diejenigen, die sich zum Wort gemeldet haben. Es werden in diesen Tagen an die Mitglieder unseres Vereins große Anforderungen gestellt. Die Kunst des Zuhörens muß sich erproben; aber ich möchte bitten, daß auch die Kunst einer gewissen Sprechtechnik geübt wird und jeder einzelne sich befleißigt, in Kürze zu sagen, was ihm nötig erscheint. Es haben sich 22 Mitglieder zur Diskussion gemeldet. Rechnen Sie dazu 3 Schlußreferate mit je 10 Minuten, so sehen Sie ein, daß Disziplin geübt werden muß, wenn wir zu Ende kommen wollen.

Ich möchte es vermeiden, von vornherein mit einem Fallbeil zu wirken und eine bestimmte Minutenzahl festzulegen. Ich möchte aber dringend bitten, daß die Zeit von 5 Minuten als normales Maß angenommen wird; dann brauchen wir eine Zeit von rund 4 Stunden heute nachmittag.

Ich erteile jetzt Herrn Dr. Potthoff das Wort.

Dr. Potthoff: Ich will meine kurzen Ausführungen beschränken auf die freien Schriftsteller und verstehe darunter nicht nur die produktiven im Sinne von Professor Weber, sondern alle die, die von der Feder leben, also die berufsmäßigen Schriftsteller. Die Referate hatten eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Gutachterbände, indem sie sich in Extremen bewegten und entweder das ganze Verhältnis des Verlags und des Buchhandels umändern wollten oder sich auf kleine Reformvorschläge beschränkten. Ich möchte einen Gedanken, der in der Mitte liegt, zur Diskussion stellen: ob nicht bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des kapitalistischen Verlagsbetriebes trotzdem die Stellung des Schriftstellers in diesem Betriebe eine grundsätzlich andere werden kann und muß.

Diese Frage ist heute von praktischer Bedeutung, weil unsere Gesetzgebung arbeitsrechtlich vor der Frage steht und ich das Gefühl habe, daß unseren Juristen die Arbeit erleichtert wird, wenn die National-okonomien ihnen helfen. Die „freien“ Schriftsteller sind die Mehrheit. Rechtlich, sozial, wirtschaftlich in unserer ganzen Auffassung gelten sie als Unternehmer, die sich von anderen Unternehmern nur durch die Art dessen, was sie liefern, unterscheiden. Der Verlagsvertrag ist eine Spielart des typischen Unternehmervertrages: des Werkvertrages. Der unechte Verlagsvertrag ist ein Werkvertrag, und in dem Gutachterband trifft man das Wort vom Verkauf des Urheberrechts an. Es ist rein die Diktion eines Unternehmers, der seine Ware an einen anderen Unternehmer veräußert. Diese Auffassung ist durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt. Wir finden hier dieselbe Rückständigkeit des auf römischen Traditionen beruhenden Rechts wie beim Dienstvertrag. Wir schaffen ein neues Arbeitsrecht und sind ausgegangen von der Meinung, der Arbeitsvertrag sei eine Spielart des Dienstvertrages. Noch sind wir bei der Durchkampfung des Gedankens, daß das falsch ist. Ich glaube, daß genau dieselbe Entwicklung hier vorliegt, daß auch der Vertrag, den der Schriftsteller schließt, nicht Werkvertrag, sondern

Arbeitsvertrag ist und entsprechend die Stellung des Schriftstellers in diesem Vertrag und Produktionsprozeß eine andere werden soll. Nach juristischer Auffassung ist der Verlagsvertrag ein Arbeitsvertrag, bei dem der Schriftsteller Arbeitgeber ist, während der Verleger die Arbeit vermittelt und den Vertrieb übernimmt. Das entspricht der heutigen Lage nicht mehr. Die große Mehrheit der Schriftsteller fühlt sich nicht als Arbeitgeber ihres Verlegers, sondern sie fühlen sich mehr oder weniger als eine Art von Arbeitnehmern, wenn sie auch nicht angestellt sind. Es bildet sich hier daselbe heraus, was wir vor einem Menschenalter im Handwerk gehabt haben: die Herabdrückung der kleinen selbständigen Unternehmer zu Hausgewerbetreibenden. Genau so werden jetzt viele Schriftsteller aus geistigen Unternehmern zu angestelltenähnlichen Heimgeistigen, zu verlegten Heimwerkern. Die große Frage, die vor uns steht, ist: Welche Wirkungen wird dies haben?

Zunächst arbeitsrechtlich. Wir haben in der Gewerbeordnung eine Reihe von Schutzbvorschriften, die für die Fabrikarbeiter gedacht waren, auf die Hausgewerbetreibenden übertragen: Lohnschutz, soziale Versicherung, Betriebsrätegesetz, Gewerbegerichtsgefetze. Die Frage ist, ob das Angestelltenrecht zum großen Teil übertragen werden soll auf diese Heimgeistigen, also etwa das Honorar des freien Schriftstellers dem Lohnschutze unterstellt werden soll; ob man nicht in die Betriebsverfassung die externen Mitarbeiter der Verleger einbeziehen muß; ob nicht eine Vereinbarung der freien Schriftsteller mit den Verlegern unter die Tarifverträge fallen muß. Das Reichsarbeitsministerium hat bereits die Vereinbarung freier Schriftsteller mit den Verlegern als Tarifvertrag anerkannt, obgleich das dem Wortlaut des Gesetzes widerspricht. Ich erinnere an die Tarifverträge der Ärzte mit den Krankenkassen, die heute keine Tarifverträge im Rechtsinne sind, aber nach meiner Überzeugung unter das Recht der Tarifverträge fallen müßten.

Weiter die Urheberrechtlichen Wirkungen. Was war das Urheberrecht ursprünglich? Kapitalrentenschutz für den Drucker. Dann wurde es auf den Urheber übertragen: Geistiges Eigentum als ein Schutz des immateriellen Kapitals; und nun die dritte Stufe: Es wird das Urheberrecht zu einer Art von Lohnschutz für den Schriftsteller, der in fremdem Dienst arbeitet. Es ist nicht mehr Schutz eines Kapitals, sondern die besondere Lohnform, die ihm garantiert, daß er seine Arbeitsleistung angemessen bezahlt erhalten kann.

Diese Auffassung hat sofort erhebliche steuerrechtliche Wir-

tungen. Wenn eine Vergütung aus dem Urheberrecht Lohn ist und nicht Rente, dann kann und darf das Urheberrecht niemals als Vermögensbestandteil einer Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und dergl. unterworfen werden, sondern es muß frei gelassen werden, wie ein Pensionsanspruch des Beamten frei geblieben ist.

Ein Wort schließlich noch: Die allgemeinen Wirkungen sehe ich in erster Linie darin, daß, wenn man diese arbeitsrechtliche Stelle des Heimgeistigen anerkennt, damit die Basis geschaffen ist, daß die Organisationen der angestellten und freien Schriftsteller sich in die Gesamtbewegung der Arbeitnehmer, in die Gewerkschaften eingliedern können, und daß dann die Möglichkeit geschaffen ist zu dem, was Professor Weber am Schluß aussprach, daß nämlich die freien und angestellten Schriftsteller gemeinsam mit dieser großen Gesamtheit der arbeitenden, nur von Arbeit lebenden Menschen einen maßgebenden Einfluß auf Staat und Wirtschaft gewinnen. Deswegen haben wir ein dringendes Interesse daran, daß die Bewegung so kommt; daß dadurch die Schriftsteller, ebenso die übrigen geistigen Arbeiter, eine Möglichkeit zu stärkerem Einfluß auf Staat und Wirtschaft gewinnen und dadurch — was Professor Weber wollte — die Rettung des öffentlichen Geistes in die Zukunft erleichtern.

Dr. Carbe: Es ist unmöglich, den großen Komplex von Fragen, der von den Herren Referenten behandelt worden ist, innerhalb der wenigen Minuten, die mir als Redezeit zur Verfügung stehen, einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Zuvielefach unmöglich nach den Ausführungen des letzten Herrn Vorredners. Ich muß mich daher darauf beschränken, mich mit einigen Worten gegen Ausführungen des Herrn Bernhard zu wenden, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Meine Damen und Herren! Ich war hierher gekommen mit Empfindungen ähnlich denen, die die sophokleische Antigone mit den Worten ausdrückt: Nicht mit zu hassen, mit zu lieben bin ich da. Ich meinte mich nach meinem schriftlich erstatteten Referat darauf beschränken zu können, nicht mitzureden, nur mitzuhören. Aber die Ausführungen des Herrn Bernhard zwingen mich, aus der Rolle des genießenden Zuhörers herauszutreten. Ein weites Stück Weges kann ich ihm auf der Straße seiner heutigen Ausführungen folgen. In einem Punkte aber sind wir, so scheint es, unversöhnliche Gegner und werden es bleiben, solange Herr Bernhard seine Auffassung über die Stellung des Ver-

legers zum Redakteur nicht einer Korrektur unterzieht. Ich nämlich sehe — wenn ich ein Wort mir zu eigen machen darf, das Herr Professor Alfred Weber heute gesprochen hat — auf dem Standpunkt, daß wir Verleger zu den „produktiven Kräften am geistigen Kosmos“ gehören, und zwar in nicht geringerem Grade als die Herren Redakteure. Herr Bernhard hingegen hat es scharf zum Ausdruck gebracht, daß er einer großen Zahl von Verlegern die Berechtigung nicht zuerkennt, ihre verlegerische Tätigkeit derart zu beurteilen. Man hat ja, um unter anderem auch diese Frage zu erklären, die Reichsarbeitsgemeinschaft der Verleger und Redakteure gegründet, in deren Präsidium sowohl Herr Bernhard wie auch ich sitzen. Meines Erachtens freilich wird sich eine klare, für alle Fälle zutreffende Lösung überhaupt nicht finden lassen; denn so wenig wie es den Redakteur gibt, gibt es den Verleger. Fast jeder Einzelfall liegt anders, fast in jedem Verlage stellt sich das Verhältnis zwischen Redakteur und Verleger anders dar, nicht aus bösem Willen oder aus sozialer Rücksichtslosigkeit des einen oder anderen, sondern aus dem konkreten Sachverhalt des einzelnen Verlagshauses heraus. Ich wäre der letzte, zu bestreiten, daß es eine Reihe von Redakteuren gibt, die sich mit Recht zu den geistigen Führern unseres Volkes rechnen. Aber es hieße doch die Wahrheit arg entstellen, wenn man behaupten wollte, daß diese seltenen Männer die Mehrheit im Redakteurstande bilden. Andererseits gebe ich vollkommen zu, daß es Männer gibt im Verlegerstande, die durchaus nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen können, politisch führend wirken zu wollen. Ich habe niemals bestritten, daß es Redakteure gibt, die ihre Verleger geistig überragen; aber es ist gar kein Zweifel, daß es eine sehr große Zahl von Verlegern gibt, die den Redakteuren ihres Verlags an politischer und allgemeiner Bildung nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen sind. Auch Herr Bernhard wird es nicht bestreiten, daß an der Spitze der Mehrzahl der Zeitungs-Großbetriebe und der politisch führenden Zeitungen — diese sind es doch wohl hauptsächlich, die für Sie, meine Damen und Herren, von Interesse sind — Männer stehen, die nicht nur ihren Platz ausfüllen, sondern für ihre Zeitungen richtunggebend sind, und daß viele von diesen Zeitungen schon jetzt nicht mehr existieren würden, wenn Sie nicht Verleger hätten, die zu geistiger Führung geeignet und entschlossen sind. Ich muß die Rolle, die Herr Bernhard den Verlegern zuweist, lediglich der Zimmermann der Bühne zu sein, von der aus die Herren

Redakteure ihre Worte zur Öffentlichkeit sprechen, ablehnen. Sie werden mich niemals einig finden mit Männern, die die Verleger in die Rolle der Händler mit gedrucktem Papier hinabbrücken wollen.

Noch in einem anderen Punkte stimme ich mit Herrn Bernhard nicht überein. Ich halte die Beteiligung der Männer der Universität, der Professoren und Dozenten, an der Tageschriftstellerei für dringend erwünscht. Ich halte es für ein großes Verdienst, wenn geeignete Hochschullehrer und andere Männer der Wissenschaft in Zeitungen nicht nur gelegentlich Artikel veröffentlichen, sondern auch zu ihren regelmäßigen Mitarbeitern werden. Und ich halte es vom Standpunkt unserer allgemeinen Bildung und der Popularisierung des Wissens geradezu für ein Verdienst der Verleger, wenn sie erhebliche Opfer bringen, um ihren Abonnenten den Zusammenhang mit dem jeweiligen Stand der Forschung zu vermitteln. Ich sehe hierin geradezu eine Kulturmission derjenigen Zeitungsverleger, die nicht lediglich als Verwalter einer Geschäftspresse angesehen werden wollen. Gewiß können wir nicht langatmige gelehrte Abhandlungen in unseren Zeitungen publizieren; aber ich bin der Meinung, daß in einer Zeit, wo es den meisten unserer Zeitungsleser nicht mehr möglich ist, wissenschaftliche Bücher zu kaufen, die Zeitung wenigstens den Zusammenhang mit der Wissenschaft aufrechtzuerhalten suchen muß. Mir scheint das beste gerade gut genug für den deutschen Zeitungsleser, und ich gestehe, daß vieles von dem Guten und Besten gerade aus den Kreisen unserer Wissenschaftler kommt.

Herr Bernhard hat sich dann zu der Frage der Tarifverträge gewandt und gemeint, daß der Großbetrieb in der Presse überwiege. Das ist ein Irrtum. Zahlenmäßig spielen die großen Betriebe im Verhältnis zur Gesamtzahl der Zeitungen eine verschwindende Rolle; sie sind einige wenige gegen etwa viertausend. Der größte Teil der Presseorgane wird in kleinen oder Mittelbetrieben hergestellt.

Schließlich ist auch noch die Frage gestreift worden, ob der Tarif den Redakteuren das gebracht hat, was sie erwarteten. Ich bin der Meinung, daß die Tarife den Redakteuren in vollstem Umfange gewährt haben, was sie billigerweise verlangen konnten, und daß sie sich auch weiter der fortschreitenden Geldentwertung anpassen werden. Es gäbe ein schiefes Bild, wenn Sie, meine Damen und Herren, glauben würden, daß in den Verlagen, an die Sie wohl in erster Linie denken, die Sie alle kennen und als große politische Verlage werten, die Redak-

teure ausschließlich nach dem Tarif bezahlt werden. Ich glaube Ihnen ohne jede Übertreibung sagen zu können, daß unter allen den Redakteuren, deren Namen Sie aus den Zeitungen kennen, kein einziger ist, der nicht sehr erheblich über dem Tarif bezahlt wird; ja, in den Spitzengehältern dürfte man wohl von einem Mehrfachen des Tarifgehaltes reden.

Meine Damen und Herren! Sie würden auch ein irriges Bild mit nach Hause nehmen, wenn Sie nach den Ausführungen des Herrn Bernhard glaubten, daß der Verleger heute in der Lage wäre, einfach nach Laune den Redakteur auf die Straße zu setzen. Mag es in einem Einzelfalle möglich sein, im großen ganzen ist es undenkbar. Von der Mitwirkung der Redaktionsausschüsse abgesehen, sind wir Verleger, die wir es mit unserem Berufe ernst nehmen, dauernd auf der Suche nach tüchtigen redaktionellen Kräften. Es besteht an ihnen ein so starker Mangel, daß kein Verleger so töricht sein wird, einem brauchbaren Redakteur zu kündigen. Ich kenne verschiedene Zeitungsbetriebe, bei denen ein Redakteur schon silberne Löffel stehlen mußte, um aus seiner Stellung zu gelangen.

Die Frage der Proletarisierung der Redakteure kann ich leider im Rahmen der kurzen, mir gesetzten Redezeit nicht erörtern. Ich müßte da auf die Verschiedenheiten zwischen Berlin und den einzelnen Teilen des Reiches kommen. Aber eine Frage sei mir gestattet: Glauben Sie wirklich, daß es lediglich böser Wille ist, wenn viele Provinzverleger ihre Redakteure geringer entlohnen als die Berliner Verlegerschaft? Wir „großen Verleger“ werden gewiß bis an die Grenze des möglichen zahlen, aber viele von den sogenannten „kleinen Verlegern“ sind bereits an dieser Grenze angekommen. Es entsteht die Frage: Müht es den Redakteuren, wenn zugleich mit ihnen ein Teil der Verleger proletarisiert?

Damit sind wir dann endlich am Mittelpunkte des Problems angelangt, da, wo ich hätte beginnen müssen, wenn ich genügende Redezeit hätte, um Ihnen zu sagen, wie der Not der geistigen Arbeiter im Zeitungsgewerbe zu steuern wäre. Lassen Sie mich es wenigstens Ihnen mit zwei Worten andeuten. Die Frage der Beseitigung der Not der geistigen Arbeiter in den Redaktionsstuben läßt sich nicht beantworten ohne die Lösung der Frage: Wie retten wir das deutsche Zeitungswesen. Denn nur, wenn es dem Verleger gut geht, kann er die Redakteure entsprechend entlohnen, nur wenn die Zeitung selbst auf wirt-

schäftlich sicherem Grunde ruht, kann der Redakteur, ebenso wie der Verleger, eine gesicherte und auskömmliche Existenz haben. Ihre Problemstellung ist falsch. Die Problemstellung müßte heißen: Wie bringt man die Zeitungsverlage so weit zur Gesundung, um von ihnen verlangen zu können, daß sie ihren geistigen Mitarbeitern, insbesondere Redakteuren und Schriftstellern, Entlohnungen gewähren, die der Geldentwertung entsprechen?" Das Zeitungswesen, und mit ihm Redakteure und Verleger, gehen am Papierpreise zugrunde. Der Papierpreis aber ist, von der Kohle abgesehen, vom Holzpreis bedingt. Der archimedische Punkt dieses Problems ist und bleibt die Holzfrage. Da meine Redezeit zu Ende ist, kann ich Ihnen nur schlagwortartig sagen: Ohne die Lösung der Holzversorgungsfrage für die Zeitungsdruckpapier-Fabrikation werden Sie immer nur an Symptomen kurieren. Die Frage, die Sie hier beschäftigt, die Notlage auch der geistigen Arbeiter unseres Faches, ist nur von diesem einen Punkt aus zu lösen.

(Sehr richtig!)

Ich habe jüngst in einem Aufsatz im „Berliner Tageblatt“ ausgeführt, daß nichts weiter übrigbleibt, als daß man zirka 75 000 Raummeter Fichtenholz durch die Länder monatlich dem Reiche zur Verfügung stellt zu einem Preise von etwa 3000 Mk. je Raummeter, gegenüber einem Friedenspreise von 9 bis 10 Mk. je Raummeter. Dadurch würde eine vollkommen ausreichende automatische Senkung der Papierpreise ermöglicht werden. Die ganze Frage wäre gelöst.

Ich schließe mit der Versicherung, daß die deutschen Zeitungsverleger nicht minder als die Redakteure in dem Willen zu politischer und vaterländischer Wirkung, nicht im Gelderwerbe, ihre Hauptaufgabe sehen. Glauben Sie mir, kein wahrer Verleger betreibt seinen Beruf aus nackter Geldgier. Es gibt weit rentablere Gewerbe, zu deren Betrieb die Verlegerintelligenz wahrhaftig ausreichen würde. Aber die Mehrzahl der deutschen Zeitungsverleger hat ihren Beruf ergriffen aus publizistischem Bedürfnis und politischem Wollen heraus. Ich glaube mit Recht für uns Verleger dasselbe Maß von Idealismus in Anspruch nehmen zu können, wie die Herren Redakteure es für sich tun.

(Beifall!)

Professor Dr. Grünberg: Nach den von reinem Idealismus getragenen Bemerkungen von Professor Weber haben wir zwei praktische

Vorträge angehört, die gute Exempel für die Weber'schen Ausführungen im zweiten Teil seines Vortrages waren. Das auf unsere Tagesordnung gestellte Problem lautet: Wie ist der Not der geistigen Arbeiter abzuhelpen? Die Not wird also — mit Recht — als gegeben angenommen. Professor Weber hat das Thema erweitert: er hat nicht bloß von der Not der geistigen Arbeiter gesprochen, sondern auch von der Not der geistigen Arbeit. Er hat daher zunächst das Wesen der geistigen Arbeit zu umschreiben sich bemüht. Seine einschlägtigen Ausführungen waren zwar in ihrer Verständlichkeit durch eine — nach meinem Geschmack — allzu große Fülle von Fremdwörtern einigermaßen beeinträchtigt, aber außerordentlich fein pointiert. In zweiter Linie hat sich dann Weber den geistigen Arbeitern zugewendet, weil selbstverständlich die Vertreter der Arbeit am Geiste auch Menschen sind. Meines Ermessens ist die so getroffene Unterscheidung praktisch schwer durchzuführen. Habe ich Webers Auffassung richtig verstanden, so meint er: es handle sich gegenwärtig um das Problem, Kulturarbeit zu sichern, das heißt das zu sichern, was im gegebenen geschichtlichen Augenblick als Kultur angesehen wird, und sich dann zu fragen: Wie steht es um die Repräsentanten dieser Kultur, um ihre Fortbildung, um ihre schöpferische Tätigkeit?

So der erste Teil des Weber'schen Vortrages. Er war ganz idealistisch gehalten. Der zweite jedoch machte den Eindruck einer Verbindung zwischen dem kommunistischen Manifest und kleinbürgerlichen Gesinnungen. In der Tat, eine durch Tatsachen stärker dokumentierte Abhängigkeit der geistigen Arbeit und der geistigen Arbeiter von den wirtschaftlichen Erscheinungen und von der Wirtschaft in ihren verschiedenen, zeitlich aufeinanderfolgenden Erscheinungsformen kann man sich gar nicht denken. Was Weber darüber sagte, war ganz ausgezeichnet, und hierin stimme ich ihm durchaus zu. Allein Weber hat sich nicht damit begnügt, einfach Tatsachen festzustellen: er hat sie zugleich beklagt. Er beklagt, was doch er selbst für die Gegenwart als tatsächlich nicht nur nicht leugnet, sondern ausdrücklich konstatiert, und behauptet in seinen Bemerkungen, die sich mit der Vergangenheit beschäftigten — ich erinnere an diejenigen über Lorenzo Medici —, einst sei es anders gewesen. Gerade im Anschluß hieran zog er ja auch den Gedanken an ein neues Mäzenatentum in Erwägung, an ein Mäzenatentum nach Art der Medizäer.

Wie steht es nun aber in Tat und Wahrheit? Hat man es beim

Problem der Geistesarbeit wirklich mit etwas in früherer Zeit Unbekanntem zu tun? Hat man nicht auch schon in der Vergangenheit darüber nachgedacht? Ist das Problem der Geistesarbeiter, das heißt das Problem einer Notlage dieser Schicht, von sozialen Funktionären nicht auch schon in älteren Geschichtsperioden brennend gewesen? Und wie hat man sich damals mit ihm abgefunden oder es gelöst? Hört man Weber und folgt ihm, so möchte man glauben, die Frage nach der Not der geistigen Arbeit und der geistigen Arbeiter sei erst durch die Gegenwart gestellt worden! Nichts aber wäre schiefes. Das Problem ist — in seinen beiden Auszweigungen — uralte. Wir begegnen ihm ebensowohl in der Antike, vor allem bei Plato, sondern auch das ganze Mittelalter hindurch, während der Renaissance, in der Zeit der absoluten Fürstengewalt, bei älteren und neueren Utopisten, in der französischen Revolution und nach ihr. Immer und überall der Drang, auf die Frage Antwort zu finden: Wie kann trotz den Arbeitern am Geiste die Angst genommen werden vor der Versumpfung oder gar dem Untergang der Kultur? Eine Frage, die begreiflicherweise in Epochen tiefgehender wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen und Umgestaltungen besonders laut wird.

Auch Weber fürchtet sich vor dem Untergang der Kultur. Ja, ihm scheint angesichts der Entwicklung des letzten Jahrzehnts unsere Kultur zum großen Teil bereits untergegangen, und er sieht ihre Träger vollends versinken, wenn sie nicht irgendwelche Mittel finden, sich zu retten — wenn sich nicht jemand findet, der sie rettet.

Wer nun soll dieser Retter sein? Der Staat, ein Mäzenatentum oder sonst wer, der die geistigen Arbeiter, die Träger und Repräsentanten der Kultur, materiell und damit auch geistig-seelisch unabhängig stellt, sie über alle Not hinaushebt?

So blicke man doch klaren Auges in die Vergangenheit? Waren wirklich die Vertreter der Kultur je in diesem Sinne unabhängig? Keineswegs! Die Zahl jener, die, auf ein Renteneinkommen gestützt, einzig Kulturaufgaben lebten, war nie groß. Stets und allerorten sehen wir vielmehr die großen Dichter, Künstler und Schriftsteller von fürstlichen oder privaten Mäzenaten abhängig. Gewiß, es gab solche Förderer von Kunst und Wissenschaft: geistliche und weltliche Herren aller Art, auch reiche Bürger. Gewiß auch, jener von Weber berufene große Florentiner, Lorenzo il Magnifico, war nicht der Mann, der Tag für Tag in seinem Kontor saß, raffte und rechnete und sich nach

des Tages Mühe auf seinen Geldsäcken zur Ruhe legte. Er hat die bedeutendsten Geister seines Zeitalters, aus seiner Stadt und von fernher an sich gezogen; er hat sie durch Aufträge geehrt, sie bezahlt und beschenkt. Aber diese Leute, welche die Kraft hatten, die Kultur zu erhalten und weiterzubilden, waren eben deshalb seine Schriftsteller, seine Dichter, seine Künstler. Bezahlt und erhalten wurden sie für die Lieferung der von ihnen schöpferisch weitergebildeten Kultur zunächst von bestimmten gesellschaftlichen Schichten. Damals so wie früher oder später. Lassen wir die Hofnarren beiseite! Aber die Minnesänger und Troubadours, die Michelangelo, Leonardo da Vinci und Rafael, die Pietro Aretino, die Corneille, Racine und Molière, die großen Geschichtsschreiber, Lobredner und Prediger des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts: waren sie unabhängig, dienten sie nicht? Schufen sie die Kultur, pflegten sie und bildeten sie weiter anders als zunächst für eine dünne gesellschaftliche Oberschicht — dafür von dieser bezahlt?

Heute hat sich hierin starker Wandel vollzogen. Gegenwärtig kann die Kultur nicht mehr für eine engbegrenzte Gesellschaftsschicht geliefert, nicht mehr für sie allein geschaffen werden. Die Verhältnisse haben sich geändert. Was Kulturleben heißt, ist breiter und breit geworden, weil das Streben, die Kultur ursprünglich ganz enger Kreise sich zu gewinnen, sich stetig weiter dehnt. Vom Standpunkt des Alten aus mag das manchen als Barbarisierung erscheinen. Aber mit solcher Aburteilung ist nicht weiterzukommen. Die Welt ist nun einmal so, wie sie ist, und muß so hingenommen werden. Wir leben in ihr und können uns nicht außerhalb ihres Bereiches stellen. Jener verzagte Pessimismus, der auch aus Webers Worten klingt, scheint mir ganz ungerechtfertigt.

Die Kultur wird nicht untergehen — ebensowenig wie sie bisher je untergegangen ist. Aber wie sie stets dem Wandel unterworfen gewesen ist, so wird sie auch weiterhin sich umgestalten. Sie ist schon anders geworden. Ergeben sich hieraus auch Schwierigkeiten für die geistigen Arbeiter —, wie solche stets vorhanden gewesen sind —, so kann Abhilfe nur gesucht und gefunden werden, wenn man die Wirklichkeit erkennt und anerkennt. Die geistigen Arbeiter müssen sich ihr anpassen. Sie dürfen nicht, gebunden durch mißverständlichen und gerade im Bereiche des deutschen Volkes künstlich anerzogenen „Humanismus“, aus Furcht vor „Vanaufentum“, scheuen und meiden,

was der Beruf mit sich bringt. Freilich sollen sie auch der Arbeit am Geist eingedenk bleiben. Mag jeder, von seinem Dämon getrieben, sie verrichten; aber gleichzeitig mag er sich auch sagen, daß man, um arbeiten zu können, leben muß. Nicht alles wird, nicht alles kann beides gleich gelingen. Die einen wird das Schema des Alltags vollständiger, die anderen weniger erfassen. Die Großen werden sich von ihm vielleicht ganz freihalten, die Kleinen, die Mittleren aber müssen aufhören, sich als etwas Besonderes zu fühlen. Sie müssen sich an den Gedanken gewöhnen, der ihnen künstlich anezogen wurde, daß auch sie sich, wie andere Arbeiter im gewöhnlichen Sinne des Wortes, als für eine bestimmte soziale Funktion vorhanden anzusehen und demgemäß auch so aufzutreten haben. Dann werden sie auch imstande sein, das Recht auf Existenz, das erkämpft werden muß, durch eigene Kraft zu erkämpfen, und sich so jene wirkliche, weil in ihnen selbst beruhende Sicherung zu schaffen, die kein Mäzenat, keine Obrigkeit je gewähren kann.

Das Problem der Sicherung geistiger Arbeit ist dann auch schon gelöst. Freilich nur für die große Masse. Es ist aber auch nur für sie lösbar. Die in sich den Drang verspüren, über den gegebenen Rahmen hinauszugehen — und es hat zum Glück immer solche Menschen gegeben —, die mögen es tun. Für sie gibt es keine Organisationsmöglichkeit, keinen Besoldungstarif, keine Existenzsicherung. Sie mögen handeln und handeln wirklich auf eigene Verantwortung und Gefahr. Sie setzen sich, wenn nicht im Leben, so doch nach dem Tode durch. Aber mit ihnen, mit Genies, hat man sich im Verein für Sozialpolitik nicht zu befassen. Sie gehen ihren eigenen Weg, weil sie nicht anders können, weil der Weg für die Masse nicht auch einer für sie ist. An diesem Orte jedoch haben wir es nur mit Massenerscheinungen zu tun.

Für die Masse auch der geistigen Arbeiter aber gibt es nur eines: unbeirrt durch die Behauptung, sie würden dann nur zum Anhängsel der Organisationen manueller Arbeiter, sich ebenfalls zu organisieren und ebenfalls vereint, sich die Existenzsicherung zu schaffen. Manche mögen vor dem Gedanken noch schaudern. Sind aber nicht schon Ansätze genug zu seiner Verwirklichung vorhanden? Bei der Kürze der Zeit nur ein sehr interessantes Beispiel aus Österreich. Wer denkt daran, in Deutschland für die Professoren tarifmäßige Abmachungen zu schaffen? Die rechts- und staatswirtschaftlichen Fakultäten in Österreich aber verlangen besondere Remunerationen für die Abhaltung

von Seminarien. Da ist der Ansaß zu einer tarifmäßigen Entlohnung bestimmter Arbeiten gegeben. Das gleiche gilt für die Erteilung besonderer Lehraufträge. Es wird auch unterschieden zwischen ledigen und verheirateten Professoren. Diese Dinge sind im Werden, und ich meine, man dürfe nicht sagen, man stehe hier einer kulturwidrigen Erscheinung gegenüber, die wir zu beklagen und aus der Welt zu schaffen haben, gegen die wir auftreten müssen, indem wir uns an ein, doch notwendig sehr rares und daher nie für viele wirksames, Mäzenatentum oder an einen Staat wenden, der in seiner traditionellen Form gar nicht mehr existiert. Wir müssen uns vielmehr innerhalb der gesellschaftlichen Machtverteilung zurechtfinden, auch organisieren und, wie Kollege Weber mit Recht ausgeführt hat, wieder politischen Einfluß zu gewinnen suchen. Dies aber ist nur im Anschluß an die politischen Parteien möglich. Daß diese Selbstverständlichkeiten bei uns noch immer auf so starken innerlichen Widerspruch stoßen, ist die Folge der durch lange Jahrhunderte den Menschen eingeimpften unrichtigen Vorstellungen von einem absoluten, allmächtigen, zu allem berufenen und zu allem fähigen Staat.

(Beifall.)

Direktor des Raiffeisenvereins J. Leute-Erfurt: Gestatten Sie mir als Gast ein paar Worte. Ich bin seit 28 Jahren in der praktischen Schriftstellerei tätig, und ich kann über die Not der geistigen Arbeiter ein Lied singen.

Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele aus dem Leben bringen, um Ihnen Fingerzeige zu geben, Direktiven zu bieten, wie wir uns Ihre hilfreiche Hand denken. Ich habe eine Broschüre geschrieben, die ich einem Verleger in Leipzig und Wien in Verlag gab. Als ich aber von dem Honorar anfang, bekam ich keine Antwort mehr. Dann habe ich ein Buch geschrieben, das einen großen Erfolg hatte. 100000 Exemplare kamen zum Verkauf; als 40000 vergriffen waren, mußte ich einen Verlagszusatz zum Vertrag unterschreiben, wonach sämtliche Honorare des Autors von da an an den Verlag übergingen. Der Verleger hat also für 60000 Exemplare das Honorar in die Tasche geschoben. Ein drittes Buch schrieb ich über Schriftstellerei und Journalismus. Vor zwei Jahren entdeckte ich, daß die ganze Auflage des Berliner Verlages ohne mein Wissen an einen anderen Verlag verkauft war. Das Resultat für mich war, daß ich keinen Pfennig

Schriften 163. — Verhandlungen 1922. 15

Honorar für dieses Buch erhielt. Dann wurde von mir ein viertes Buch herausgegeben. Eines Tages sah ich bei Wertheim in Berlin eine Reihe dieser Bücher ausgestellt. Ich dachte mir, wie kommt Wertheim dazu? Das Resultat war: der bisherige Verleger hatte die Auflage verramscht und lehnte die Honorierung ab, und Wertheim sagte, er habe es nicht von jenem gekauft, und so bin ich auch in diesem Fall mit Honoraransprüchen durchgefallen. Das ist die Not des literarischen Arbeiters, denn an solchen Werken hängt die Arbeit manchen Jahres. Ich glaube, es gehört ein fanatischer Idealismus dazu, wenn man Bücher schreibt und im voraus das Bewußtsein hat, für die Tasche eines anderen zu arbeiten. Es ist der Schutz des Autors, den ich empfehlen möchte. Das Urheber- und Verlagsgesetz hat noch grobe Maschen. Es muß einen obligatorischen Charakter bekommen, dergestalt, daß alle Verlagsverträge ungültig sind, die gegen die Paragraphen dieses Gesetzes verstoßen.

Weiter möchte ich vorschlagen, daß Sie dafür sorgen, daß wir eine Schiedspruchsstelle bekommen für Differenzen zwischen den Autoren und Verlegern; denn man kann ja nicht immer an die Gerichte gehen.

Fürs dritte möchte ich freundlich ersuchen: Sorgen Sie für den Schutz der Autoren gegen Überdruck ihrer Werke durch Verlage. Von diesem Buch (Redner zeigt einen dicken Band) weiß ich, daß 2500 Exemplare gedruckt sind, während der Verleger nur den Druck von 1000 zugibt.

Dann möchte ich auch eine gewisse Vorsicht empfehlen gegenüber den Verlegern der „G. m. b. H.-Firmen“. Solange ein Verleger mit seinem Namen für seine Firma eintritt, ist es gut; aber wer sich hinter den maskierten G. m. b. H.-Firmen verbirgt, davon könnte auch ich ein Liedchen singen.

In einem Verlage wurde die Sache so gehandhabt. Der Verlag zeichnete zuerst als Firma mit dem Namen des Verlegers. In den gleichen Räumen war aber noch ein zweiter Verlag mit Decknamen für mindere Literatur. Eine dritte Firma hat derselbe Verlag für nationale und gar noch eine vierte für den Vertrieb von medizinisch-sexueller Literatur.

Noch ein Wort zum Zeitungswesen. Ich bin auch Redakteur einer wissenschaftlichen Beilage einer Zeitung. Die Not der Zeit hat es mit sich gebracht, daß uns auf 1. Oktober gekündigt wurde; die

weniger geschulten Redakteure müssen unsere Arbeit jetzt auch mit machen; sie haben eine gute Schere, und was wir bisher gearbeitet haben, wird jetzt mit der Schere ausgeschnitten oder aus den Beiträgen der Zeitungskorrespondenzen genommen. Unser Verleger kann keine Originalarbeiten mehr bezahlen, er muß Gratisarbeiten nehmen oder sich der Zeitungskorrespondenzen bedienen. Diese sind der Tod des geistigen Arbeiters. Für die Schriftsteller war gestern das Brot und heute die Not und morgen der Tod; und diese Kulturfaktoren vor dem Untergang zu bewahren, das sei die vornehmste Aufgabe Ihrer Vereinigung. (Beifall.)

Otto Marcus: Lassen Sie mich den Dank dem Verein ausdrücken, daß er sich mit der wirtschaftlichen Lage der bildenden Kunst beschäftigen will. Wir sind bisher das Stiefkind unter den geistigen Arbeitern gewesen. Nun hat zwar Goethe gesagt, daß wir bilden sollen und nicht reden, aber ich möchte doch jetzt einen Gott bitten, daß er mir die Kraft gibt, in fünf Minuten zu sagen, was wir leiden.

Es ist eine Tragödie, deren Kennntnis sich den meisten Menschen entzieht, was im Rahmen der bildenden Kunst vor sich geht. Wir sind in letzter Zeit daran gegangen, Gebührensätze als Mindestsätze aufzustellen, um etwas Klarheit zu schaffen, aber wir begegnen noch vielen falschen Auffassungen. In der „B. Z.“ waren diese Gebührensätze wohlwollend besprochen, es war aber gesagt, die großen Künstler könnten sich leicht dem Dollarkurs anpassen. Das liegt nicht so. Wenn etwa Liebermann vor dem Kriege ein Porträt zu 10000 Mark gemalt hat, so müßte er nach dem heutigen Dollarkurs das 350 fache, also 3½ Millionen für ein gleiches Porträt bekommen; das ist natürlich ausgeschlossen. Aber mögen die großen Namen noch ihre Existenz finden, die Kunst ist eine Pyramide, die nicht nur aus einer Spitze bestehen kann, sondern die eine breite Grundlage braucht, und diese fällt jetzt zusammen. Es ist unmöglich, in der Kürze der Zeit irgendwie auf etwas Umfassendes einzugehen. Ich kann daher nur einiges herausgreifen. Gestern ist die Wohnungsfrage besprochen worden. Es mag richtig sein, daß ein Arbeiter für seine Wohnung 30000 Mark, das heißt das Hundertfache der Friedensmiete aufbringen kann. Dann geben Sie uns ein Sondergesetz für die bildende Kunst. Wir können mit unseren Preisen nicht mit, das ist ausgeschlossen. Man muß jetzt allein 50—60000 Mark für Heizung ausgeben, dementsprechend

müßte eine Miete 500000 Mark betragen. Die Hauswirte sind drauf und dran, die Künstler aus den Ateliers herauszudrängen. Die Wohnungsämter haben uns unterstützen wollen, sind aber davon abgekommen, angeblich, weil es an der gesetzlichen Handhabe fehlt. Kein Künstler ist in der Lage, so viel aus seinen Arbeiten zu ziehen, daß er diesen enormen Preissteigerungen, die wir jetzt alle erleben, nachkommen kann.

Es ist vorhin auch auf das Geistige in der Kunst Bezug genommen worden. Ich glaube, es wird vielfach die Natur des Künstlers verkannt, wenn man annimmt, daß er seine Kunst nach dem einrichtet, was der Besteller oder Käufer verlangt. Das Talent ist eine angeborene Eigenschaft, die sich den äußeren Verhältnissen nur innerhalb bestimmter Grenzen anpassen kann. Der wirtschaftliche Druck kann vielleicht eine gewisse Auslese begünstigen. Der Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands umschließt alle Künstler ohne Rücksicht auf künstlerische oder politische Parteizugehörigkeit; er läßt jedem volle Freiheit der individuellen Betätigung, und diese Freiheit möchten wir so lange als irgend möglich bewahren. Die verschiedensten künstlerischen Richtungen vertragen sich auf wirtschaftlichem Boden ausgezeichnet, weil sie da alle zusammen das gleiche Interesse haben. Wir können der politischen Entwicklung als Gesamtheit gleichgültig gegenüberstehen; für die Kunst spielt die Politik keine große Rolle. Es ist hier gesagt worden, daß die Masse kein Mäzenatentum ausüben könne; das ist auch nicht immer richtig, die Sache kann gelegentlich umgekehrt liegen. Ein bekannter Verlag, Diez in Stuttgart, hat seine sozialpolitischen Schriften nicht durch sich selbst, sondern nur mit Hilfe der Überschüsse, die ein Witzblatt, „Der wahre Jakob“, lieferte, herausgeben können. Die Nummer wurde mit 10 Pfennig verkauft, aber die Masse tat es. Die Kunst muß unter den heutigen Verhältnissen verlangen, daß für sie besonders gesorgt wird. Es steht in der Verfassung, daß der Staat die Kunst pflegen und schützen will. Alles, was wir aber erlebt haben, hat gezeigt, daß die Kunst schlecht gefahren ist, wo immer sie in Berührung mit dem Staat gekommen ist. Man sagt uns: Ihr müßt euch organisieren! Wir sind so gut organisiert wie irgendein anderer Beruf. Man muß aber unsere Vertretung auch hören wollen. Wir finden es nicht richtig, wenn bei Übernahme seines Amtes der Reichskunstwart mit einem gewissen Stolz erklärt, daß er nicht verpflichtet sei, auf Organisationen zu hören.

Ich muß schließen. In der kurzen Redezeit habe ich nichts von Belang sagen können. Es bleibt mir nur die Bitte, daß der Verein für Sozialpolitik für die bildende Kunst etwas tun möchte, so daß sie mit seiner Hilfe in der Öffentlichkeit die genügende Beachtung findet.
(Beifall.)

Präsident: Herr Professor Dr. von Wiese hat das Wort.

Dr. von Wiese: Meine Damen und Herren! Betrachtet man das Problem der gesellschaftlichen Stellung der Geistesarbeiter rein objektiv, also losgelöst von allen Interessenstandpunkten, so handelt es sich dabei um zweierlei: um eine Frage der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und um die Rolle, die das Überflüssige im sozialen Leben spielt. Unter dem Überflüssigen, dem Luxus, ist alles zusammengefaßt, was nicht zur Stillung der rohen Existenzbedürfnisse gehört; von ihm gilt unter Kulturmenschen Voltaires Satz, daß das Überflüssige eine sehr notwendige Sache ist.

Als Problem der Arbeitsteilung angesehen, erscheint die Geistesarbeit zwar an sich notwendig, da es keine sinnvolle körperliche Leistung ohne sie geben kann; aber ob sie sozial selbständig und damit die alleinige Lebensaufgabe bestimmter Menschen sein soll, kann fraglich erscheinen. Ihre tatsächlich seit der Entstehung des Priestertums vollzogene Verinselndung ist keine Naturnotwendigkeit, sondern eine Kulturerrungenschaft, die wirtschaftlich möglich geworden ist. In Zeiten des Volkswohlstandes wird sie nicht angezweifelt, bei allgemeiner Verarmung aber bedroht. Die Geistesarbeiter müssen ernährt und erhalten werden aus den Überschüssen der materiellen Produktion. Schwinden diese, so ist die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Geistesarbeiter, der am ehesten „Überflüssigen“, der in jeder Hinsicht Kostbarsten zuerst bedroht.

Auf die Gegenwart bezogen: Der materielle Überfluß schwindet. Der Verfallprozeß der selbständigen Gesellschaftsschicht der Geistesarbeiter tritt ein.

Wie kann man ihn aufhalten? Zwei Wege bieten sich dar: entweder hilft die organisierte Gesellschaft, Staat und Gemeinde, oder Selbsthilfe ist geboten.

Bei staatlicher Hilfe darf man nicht übersehen, daß alsbald eine Gegenforderung der öffentlichen Gewalt herborgerufen wird, nämlich die nach Auswahl der bis dahin freien Geistesarbeiter durch den

Staat. Bisher kann der Staat auf den Anspruch der Künstler, Schriftsteller usw. nach Unterhalt aus öffentlichen Mitteln stets mit der harten Frage antworten: Ja, habe ich dich denn veranlaßt, freier Geistesarbeiter zu werden? Wird dieser ein Stipendiat der Öffentlichkeit, so wird er auch ihr Diener. Die Wahl ist: Verbeamtung oder Freiheit, freilich auch Freiheit zur Not. Denkt man diesen Gegensatz mit allen seinen Folgen durch, so kommt man, scheint mir, zu dem Ergebnisse, das Maß der öffentlichen Hilfe und damit der staatlichen oder gemeindlichen Regelung der Geistesarbeit nicht zu hoch zu bemessen.

Zur Selbsthilfe gehört Organisation in Interessenverbänden. Sie ist heute in den meisten Ländern verhältnismäßig weit gediehen und schreitet täglich voran. Die Frage ist: Können die Geistesarbeiter auch ihre Tätigkeit einstellen, um, wie die Handarbeiter, durch den dadurch verursachten Mangel ihre Mitmenschen zu bewegen, ihre (der Geistesarbeiter) Interessen höher zu bewerten? Es ist notwendig, den Gedanken eines Generalstreiks nicht von vornherein als absurd und utopisch zu belächeln, sondern ihn zu prüfen und daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Man frage sich ernsthaft: Was geschieht, wenn eines Tages keine Schulen offen stehen, keine Bücher, keine Zeitungen zu haben sind, keine Konzerte, Theater, Vorträge stattfinden? Man stelle sich vor, was ein Generalstreik unter Führung der Lehrer, der am wenigsten Entbehrlichen unter den Geistesarbeitern, bewirken würde? Denn nach der Antwort, die man darauf findet, muß man die Interessenpolitik des gesamten Berufsstandes einrichten. Organisiert man die Geistesarbeiter in großen Verbänden, wie es heute geschieht, muß man auch wissen, welches Ziel man hat und haben kann.

Wie würde die Welt eine gut vorbereitete, in der Hauptsache durchgeführte allgemeine Arbeitseinstellung ihrer Lehrer, Schriftsteller, Künstler aufnehmen? Die Antwort liegt nahe und drängt sich den auf ihre Menschen- und Weltkenntnis stolzen Realisten auf: mit Lachen oder mit völliger Gleichgültigkeit. Sorge bereitet nur die Entziehung des Lebensnotwendigen. Wer nicht für Nahrung und Wohnung, für Kleidung und Erwärmung, für bloße Lebensfristung und Verteidigung arbeitet, hat keinen Anspruch auf Beachtung seiner Arbeitseinstellung? Wirklich? Vielleicht wäre in der Tat die Wirkung eines solchen Streiks — ganz abgesehen von der ungeheueren Schwierig-

keit für ein einheitliches Vorgehen — zunächst negativ. Aber es bleibt noch die andere Frage: ob sich nicht gerade diese Indifferenz der anderen Bevölkerungskreise bitter an diesen selbst rächen würde. Würde man ungestraft über diese Kundgebung der Geistesarbeiter lachen dürfen?

Wenn diese streiken, verhungert oder verdurstet freilich niemand. Aber würde man sich nicht bald der Leere und Hohlheit eines kulturlosen Daseins schämen? Würde man sich nicht genieren, nur dem Nützlichen zu leben? Der Naturmensch verzichtet lieber auf manches Notwendige als auf seinen Schmuck. Würde nicht auch der Kulturmensch alsbald nach dem Schmucke seines Lebens, nach dem Geistigen, Verlangen tragen? Mir will scheinen, als ob eine solche Kundgebung der Geistesarbeiter deutlich dartun würde, daß das Überflüssige auch für uns Spätgeborene eine recht notwendige Sache ist. Deshalb können auch die Organisationen der Geistesarbeiter gegenwärtig zwar nicht von heute auf morgen einen Generalstreik vorbereiten, aber — ihre Wirtschaftspolitik so einrichten, als ob auch ihr letztes Hilfsmittel der Generalstreik sei.

Freilich kann unsere Volkswirtschaft die übergroße Zahl der Geistesarbeiter der letzten Jahrzehnte nicht mehr erhalten. Es ergeben sich zwei Notwendigkeiten: für manche von ihnen wird die Befassung mit Kunst, Wissenschaft, Schriftstellerei zum Nebenberufe werden müssen, der ihnen nicht den Hauptteil ihres Einkommens liefert. Da aber Dienst der Musen als bloße Nebenbeschäftigung nicht für alle in Frage kommen kann — denn das Maß von Sammlung, Schulung und Technik, das er fordert, ist zu groß, um in der Regel nur nebenbei erlangt werden zu können — wird die Verminderung der Zahl der hauptberuflichen Geistesarbeiter nicht ausbleiben; jedoch, scheint mir, nicht durch gesellschaftliche Auslese, d. h. Zunftzwang, numerus clausus und dergleichen, sondern durch natürliche Auslese.

Ein paar Worte über die Situation zwischen Verlegern und Schriftstellern. Ich würde es als großen Fehler ansehen, wenn wir diesen Streit zwischen Verlegern und Schriftstellern weiter tragen wollten. Die Verleger sind das richtige Bindeglied zwischen uns und der Bücher kaufenden Welt. Man hat, wenn man die Verlegertätigkeit in so scharfem Grade kritisiert, eine falsche Auffassung von der bestehenden Arbeitsteilung. Wir brauchen die Verleger; sie sind kein

überflüssiges Zwischenglied. Wir können ja weder allein noch gemeinschaftlich die Versorgung des Marktes übernehmen. Machen wir uns die Bückerschen Vorschläge klar. Meine Damen und Herren, ich glaube, ich würde nicht zu viel prophezeien, wenn ich meine, viele würden es vorziehen, sich dauernd im Lande des ewigen Schweigens anzufiedeln als sich dieser neuen Regelung auf kollegialer Grundlage zu unterwerfen. Das ist ja gerade der große Vorzug des privaten Verlegers, daß er nur geschäftliche Interessen an der Produktion hat. Man muß diese Seite ins Auge fassen; wenn sich andere Interessen hineinschleichen, Einwirkungen der geistigen Konkurrenz, so wäre das viel bedenklicher. Der heutigen Notlage entspricht, daß wir in ein Bundesgenossenverhältnis zwischen Verlegern und Schriftstellern eintreten. Die Verleger sind ebenso bedroht durch die Situation wie wir Schriftsteller. Es kommt darauf an, ein gemeinsames Rettungsboot zu suchen, und ich würde empfehlen, in einem Boote neben Siebeck Platz zu nehmen und nicht in den Kahn des Herrn Bücher einzusteigen. Ich fürchte, daß wir in diesem Kahn alle untersinken würden.

(Starker Beifall.)

Präsident: Ich erteile jetzt Herrn Professor Dr. Tönnies das Wort.

Professor Dr. Tönnies: Meine Damen und Herren! Es liegt mir vor allem daran, hier einmal die Tatsache festzustellen, daß der Verein für Sozialpolitik ein neues Objekt sich gesucht und gewonnen hat. Vor 50 Jahren standen im Vordergrund des Interesses und auch der Erörterung bei der berühmten Besprechung der sozialen Frage die Mißstände vorzugsweise des Fabrikarbeitertums, und auch ein guter Teil der Untersuchungen über das Aktienwesen bezog sich mittelbar darauf. Die Sozialpolitik war eben gedacht in dem Sinne, daß ein Arbeiterschutz geschaffen werden sollte; an die Arbeiterversicherung hat damals kaum einer gedacht.

Heute unter so ganz und gar veränderten Umständen steht der Notstand der geistigen Arbeiter im Vordergrund unseres Interesses und, man darf sagen, eines sehr allgemeinen Interesses. Die Wichtigkeit dieser Tatsache, daß der Verein für Sozialpolitik diese zum Gegenstand seiner Betrachtungen gemacht hat, möchte ich vor der Öffentlichkeit mit Entschiedenheit betonen, und ich glaube, wir alle, die wir hier zuhören und uns beteiligen, sollten uns bemühen, die Bedeutsamkeit

dieser Not der Geistesarbeiter im allgemeinen Bewußtsein zu erhalten. Das ist augenblicklich viel wichtiger, als mit Reformvorschlägen zu kommen, die doch größtenteils unreif sind. Sie werden, wie alle guten Dinge, allmählich und langsam reifen, obwohl Gefahr im Verzuge ist.

Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß die Not der geistigen Arbeit tatsächlich eine zweifache ist, und daß gerade hier die Unterscheidung dieser zwei Arten von Not sehr wichtig ist, nämlich die Unterscheidung der geistigen Not von der materiellen Not. Mit Recht hat Professor Weber heute morgen die geistige Not in den Vordergrund gestellt. Sie ist in der Tat dringender. Das ist mit gutem Grunde stark betont worden, und diese Not ist zunächst nicht eine Not der Person, sie ist eine schwere Not der Institutionen. Ich erinnere nur an das Elend der Bibliotheken, der Seminare und Akademien, der gelehrten Gesellschaften usw., wo auch die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft versucht hat, Abhilfe zu treffen, und dies auch ferner versuchen wird.

Aber die geistige Not hat hier die materielle Not zum Hintergrunde und Untergrunde. In der Eröffnungsrede wurde von unserem Herrn Präsidenten auf die Valutablokade hingewiesen. Diese Blockade zu brechen, muß unser nächstes Anliegen sein, und das ist eine Frage der Sozialpolitik in dem alten Sinne, wonach sie soziale Reform bedeuten will.

Ich möchte ferner hervorheben, daß die Not der Geistesarbeiter eine der drei großen Nöte ist, die gleichsam als Inseln aus dem Meere des heutigen Notstandes hervorragen. Die andere ist die Not der Kleinrentner, die dritte die Not der kinderreichen Familien. Die Not der Kleinrentner hängt sozial und kausal mit der Not der Geistesarbeiter vielfach zusammen. Wir wissen ja aus den Ausführungen von Professor Weber, daß das geistige Leben zum guten Teil auf dem Kleinrentnertum beruht. Die Not der kinderreichen Familien hängt ihrem Wesen nach nicht mit einer dieser Nöte zusammen. Sie kann aber mit ihnen zusammenhängen, und dann erhöht eine Not die andere, vollends wenn alle drei zusammentreffen, und das ist auch nichts Seltenes. Es ist ja nicht ganz selten, daß Privatgelehrte ledig geblieben sind, aber es gibt auch solche, die in glücklichen Ehen leben und kinderreich sind. Dieses Zusammenfließen von mehreren dieser hervorragenden Nöte erhöht und verstärkt die materielle Not der

geistigen Arbeiter. Übrigens möchte ich nur auch darauf hinweisen, daß man mehr, als es vielleicht in einer der Reden geschehen ist, immer scharf unterscheiden sollte zwischen allgemeineren Übeln und Notständen, wie sie auch vor zehn Jahren beobachtet wurden, und den heutigen besonderen Notständen. Offenbar ist es, daß die heutige Not der geistigen Arbeiter auf die Nöte zurückgeht, die früher schon bestanden. Ich erinnere daran, daß es schon immer ewige Privatdozenten gegeben hat, die von den Verhältnissen zum Zölibat verurteilt waren, und daß es sich hier nur um das Auftreten eines chronischen Notstandes handelt.

Wir sollten eine Art Propaganda treiben, nicht zu unseren Gunsten — die große Mehrzahl von uns sind nicht die, die unmittelbar Not leiden —, sondern zugunsten des Standes der geistigen Arbeiter wollen wir Propaganda treiben und tätig sein. Ich würde nicht in der Lage sein, Ihnen Rezepte zu verschreiben. Das sollte der Gegenstand weitgehender und reiflicher Erwägungen sein. Mir scheint, daß die Staatshilfe nur in einem beschränkten Maße in Frage kommen kann, daß es sich in erster Linie um Selbsthilfe handeln muß, und ich möchte Ihnen meine persönliche Überzeugung kundgeben, daß der Grundgedanke des Konsumvereins — wenn auch nicht ganz in der Weise wie ein Hauptvertreter des Konsumvereinswesens, Dr. August Müller, ihn uns in einem der vorliegenden Bände gekennzeichnet hat — allerdings für uns in Frage kommen kann; er ist für die Geistesarbeiter brauchbar und anwendbar so gut wie für Arbeiter überhaupt, so bald, als er hier kürzlich in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen ist.

(Beifall.)

Unterstaatssekretär a. D. Dr. Max Duarcq: Obgleich ich meine Redezeit einschränken werde, kann ich nicht umhin, zunächst noch nachträglich zum 50 jährigen Jubiläum des Vereins meine Glückwünsche im Namen auch der Redakteure, gerade der Geistesarbeiter, um die es sich heute handelt, der freien Schriftsteller aller Parteien, namentlich auch meiner Partei, zu bringen. Ich weiß aus meiner publizistischen Tätigkeit, wie wertvoll uns im Wirtschaftskampf die Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik gewesen sind. Ich erinnere nur an die handwerklichen Erhebungen mit ihren wirtschaftsgeschichtlichen Feststellungen, die meiner Anschauung vielfach Gefinnungsgegnossen

geworben haben, und ich würde eine Pflichtvergessenheit begehen, wenn ich das nicht hier zu diesem Festtage sagte, auch dann, wenn wir vielfach verschiedener Meinung gewesen sind, zum Beispiel bei der Landarbeiter-Enquete.

Das vorausgeschickt, möchte ich zunächst sachlich zur Not der Geistesarbeiter betonen, daß es mich gefreut hat, hier im Schlußwort von Herrn Professor Weber offen von einem Bankrott als Selbstbekenntnis der alten Anschauungen zu hören. Vielleicht trifft das auf die Schmoller'schen Mahnungen zu, wieder etwas freihändlerisch zu denken. Ich meine im freihändlerischen Denken in bezug auf Organisation, Widerstand gegen gewisse große Einrichtungen, die gewisse Freiheitsbeschränkungen bedeuten, darin hätte die Vergangenheit unserer Wissenschaft schon sehr viel erfolglose Proben abgelegt, und die Verhandlung von gestern darüber, wie man der heutigen Nöte Herr werden könne, die hat von manchen Seiten sehr starke Rückfälle in diese freihändlerischen Anschauungen gezeigt. Wenn diese Mahnung bedeuten soll, wieder manchesterlich, statt sozial zu denken, so würde ich sie außerordentlich bedauern. Aber Herr Professor Weber hat mich durch sein Selbstbekenntnis beruhigt. Ich weiß, daß auch genügend Elemente vorhanden sind, die diese Schwenkung nicht mitmachen würden.

Es ist gesagt worden: Berufsorganisation ist eine Selbstverständlichkeit, über die wir nicht zu sprechen brauchen. Wir wollen einen Anfang mit dieser Berufsorganisation machen. Bei dieser Berufsorganisationsgründung kommt es darauf an, von welcher wirtschaftspolitischen Einstellung sie ausgeht. Geht sie von der Einstellung aus, die gestern mannigfach durchklang, daß unterschiedslos von einer Zwangsherrschaft der Verbände gesprochen wurde, und daß die Parole nach der Richtung gegen solche Verbände ausgegeben werden soll, so werden Sie mit einer neuen Berufsorganisation unweigerlich Schiffbruch leiden. Damit kommt man in den heutigen Nöten nicht weiter. Es ist irrtümlich, anzunehmen, daß etwa heute irgendwelche Zwangsverbandswirtschaft oder Herrschaft von Arbeiterseite bestände. Wir sind doch heute in einer Hochblüte des Kapitalismus nach dem Kriege, wir sind in einer gesteigerten Geldherrschaft, und wenn es politisch gilt, daß die Koalitionsregierung die einzige Möglichkeit zur Aufrechterhaltung und Durchführung einer einigermaßen vertretbaren Demokratie ist, so gilt andererseits sozial, daß diese Koalition

eingestellt ist auf die Herrschaft eines Hochkapitalismus, wie man ihn sich blühender nicht denken kann, der durch Kartelle und Zwangsverbände gerade alles, was in der neuen Demokratie sich regen könnte, sozial zum Teil zu ersticken droht. Ich bin der persönlichen Auffassung, daß die Teuerung und die Geldentwertung zum Teil sogar Mächenschaften des Hochkapitalismus sind, wobei die Einwirkung des Versailleser Zwangsvertrages nicht geleugnet zu werden braucht. Ich gehe so weit, zu sagen, daß die übermäßige Preiserhöhung sogar ein Mittel ist, um auf der einen Seite übermäßige Gewinne zu erzielen und dabei die Arbeiter mit einer Scheinblüte abzuspeisen, die richtig charakterisiert wird in den Tabellenzahlen, die Herr Bernhard und Herr Professor Weber heute hier vorgebracht haben. Wenn aber die Dinge so liegen, und wenn anderseits die unter Zwangsverbänden geeinten Arbeiterverbände in schroffstem Gegensatz und Kampf gegen diese Dinge stehen, so muß man sich entscheiden, auf welche Seite man sich stellt, und jede Stellungnahme etwa für eine Geistesarbeiterorganisation, die davon abzieht, wird fehlgehen.

Gerade in der Organisation der geistigen Arbeiter, zu der jetzt so sonnenklar geworden ist, wie recht Marx in seinem Manifest gesagt hat: das Kapital macht zu seinem Sklaven den Künstler, Gelehrten, den Wissenschaftler, den Journalisten, — gerade in diesem Kampf der geistigen Arbeiter gegen diese zugespitzten Verhältnisse muß der Verein für Sozialpolitik die Hoffnung der Zukunft, sogar die einzige Hoffnung der Zukunft sehen. Indem wir uns assoziieren zu solchen Anstrengungen, können wir auf Erfolg unserer Arbeit hoffen. Dafür sind Anläufe durchaus sichtbar. Wenn Sie sehen, wie bei allen Mängeln, die der sozialen Volksbewegung aus der früheren Volksschulbildung heraus, aus der alten Staats- und der alten Klassenherrschaft heraus anhafteten, wie trotzdem die Ehrfurcht vor der Geistesarbeit sich heute darin ausdrückt bei den Arbeiterverbänden, daß sie sich wissenschaftliche Beiräte schufen, wissenschaftliche Organe mit Opfern aufrechterhalten, die sonst keine Klasse bringt, daß sie sich versuchen herauszuarbeiten aus der bloßen Lohn- und Tarifwirtschaft, allerdings mit recht geringem Erfolg, aber sie versuchen es — dann können Sie auch heute dieser Zeit Ihre Hochachtung nicht versagen, und wir müssen in den Gewerkschaften und dem Verein für Sozialpolitik einen zukunftsreichen Keim in allem Jammer der Gegenwart erblicken.

Das wollte ich mit großer Nachdrücklichkeit betont haben, und ich möchte mit dem Wunsche schließen, daß in der Entwicklung dieser neuen, durch die Verhältnisse gegebenen Ausdehnung seiner Arbeit der Verein für Sozialpolitik auch seine Zukunft sehen möge!

Präsident: Geheimrat Professor Dr. Loß hat das Wort.

Geh. Hofrat Professor Dr. Loß: Meine Damen und Herren! Als der Verein für Sozialpolitik auf meinen Antrag beschloß, die Untersuchung über die Geistesarbeiter zu machen, und mir auch die Ehre erwies, dabei im Unterausschuß mitzuwirken, hatte ich die Hoffnung, daß etwas mehr geboten werden könnte, als unsere Schriften schließlich geboten haben. Wir haben eine ganze Anzahl von sehr wichtigen Phänomenen nicht behandeln können, wie dies im Vorwort gesagt, zugegeben worden ist. Es trifft sich sehr glücklich, daß dieser Mangel der Schriften durch das, was Professor Weber in seinem Referat ausführte, zum großen Teil ergänzt worden ist. Herr Kollege Weber hat die Gesichtspunkte angedeutet, die sich ergeben haben würden, wenn wir weitere Untersuchungen über die Lage der Musiker, die Lage der Bühnenkünstler usw. gemacht hätten. Seine Gedanken waren ja: der Geistesarbeiter leidet unter der Schwierigkeit, daß seine Aufgaben unvollkommen gelöst werden, wenn er in erster Linie nach Geld strebt, und daß er Vollkommenes wiederum bloß leisten kann, wenn er nicht in der Sorge ist um Geld. Diese Sonderstellung des geistigen Arbeiters bringt es mit sich, daß, wenn er in die harten Kämpfe des Erwerbslebens mitten hinein gestellt wird, eine Menge spezieller Schwierigkeiten auftauchen. Sie verdienen besondere Würdigung und lassen sich nicht auf die gewöhnlichen Formeln bringen. Man sagt, die Trennung von der Herrschaft über die Produktionsmittel ver- setze den Arbeiter in der Fabrik in Abhängigkeit vom Kapitalisten. Der Geistesarbeiter ist jedoch nicht losgelöst von der Herrschaft über seine Produktionswerkzeuge. Er ist in Wahrheit in der Notlage des Heimarbeiters. Der bildende Künstler zum Beispiel leidet dadurch, daß er sich seine Produktionsmittel selbst anschafft, über sie disponiert: Rahmenpreise, Atelierpreise, Farbenpreise berühren ihn. Es ergibt sich aber nicht nur die Abhängigkeit von den Beschaffungspreisen der Produktionsmittel. Der Geistesarbeiter ist auch vom Reichtum der Gesellschaft in seinem Absatz stark abhängig. Diese Abhängigkeit tritt besonders bei der allgemeinen Verarmung, wie wir

sie jetzt haben, deutlich hervor. Selbstverständlich liegt die Frage nahe, welche Ausichten den Geistesarbeitern die Selbsthilfe durch Organisationen bietet. Hierbei zeigt es sich, daß die allgemeinen Erfahrungen, die man in der Gewerkschaftsgeschichte gemacht hat, auch für die Geistesarbeiter gelten. Die „Prominenten“ brauchen nicht die Gewerkschaft, und die Unbegabten sind eine Belastung der Gewerkschaft. Sie ist ihrer Natur nach auf den Mittelschlag eingestellt. Eine Besonderheit ist, daß gerade der gewerkschaftlich brauchbare Mittelschlag bei einer geistigen Organisation nicht das ist, was die Kultur trägt, und was sie weiter emporhebt.

Leider haben wir in den Schriften die so interessante Schwierigkeit mit den Prominenten nicht behandeln können. Herr Professor Weber hat außerdem eine andere Besonderheit der geistigen Arbeit berührt, die mit Recht von ihm besonders berücksichtigt wurde: die Bedeutung der Unterstützung durch ein Mäzenatentum. Es kann gefahrlos sein, auch jetzt noch, aber nur in einigen wenigen Gebieten. Ein anderer Gegenstand, der in Betracht kam, ist naturgemäß das Suchen nach Rechtsverbesserungen. Hier handelt es sich nicht nur um Fragen des Verlagsvertrages, sondern auch um andere Probleme. Wir hätten ein reiches Arbeitsgebiet, wenn wir uns mit den Wirkungen der Verteuerungen des Portos beschäftigen würden oder zum Beispiel mit den Wirkungen des Umstandes, daß der Gesetzgeber bei der Umsatzsteuer versäumt hat, gegenüber Leistungen eines Schriftstellers für einen ausländischen Verleger dieselben Erleichterungen zu gewähren, die wir bei Lieferungen von Waren nach dem Auslande längst kennen. Vielleicht ließe sich auf diesem Gebiet Ersprießliches leisten. Aber das, was uns vor allem bewegt, ist etwas anderes als solche Einzelfragen. Im wesentlichen ist dies neue Moment vor allem wirksam, seitdem unsere Enquete eingeleitet wurde: das ist die Katastrophe, die vor allem durch die Wirkungen unserer neuerlich immer verschlechterten Valutazustände herbeigeführt ist. Hier muß ich es offen aussprechen: es wird unerläßlich sein, daß in allernächster Zeit die Geistesarbeiter ihre Einstellung zur Valutafrage gründlich ändern. Bei uns in Deutschland werden eine Menge von Vorschlägen und Einzelmaßregeln unter dem Gesichtspunkt gemacht: Wie passen wir uns den verhängnisvollen Wirkungen der deutschen unseligen Papiergeldwirtschaft an? Unsere ganze Politik besteht in solcher Anpassung. Wenn die Geistesarbeiter ihre Energie darauf konzentrieren:

Wie schaffen wir Heilung der Valutazustände?, dann würde wirklich Besserung erreicht werden können. In Deutschland ist die Hoffnungslosigkeit etwas sehr groß in diesem Augenblick. Ich teile sie nicht, und wir werden die Pflicht haben, in unseren Kreisen in ernstester Weise dafür mobil zu machen, daß auf diesem Gebiet etwas geschieht. Ich halte es nicht für ganz hoffnungslos.

Präsident: Ich erteile Herrn Prof. Dr. Gehrig das Wort.

Dr. Gehrig: Meine Damen und Herren! Es ist die Frage, ob ein Zusammenhang besteht zwischen den heute behandelten Gegenständen und der Tagesordnung von gestern. Ich glaube, daß die Frage bejaht werden kann. Jedenfalls zeigt der heutige Tag, daß die sozialen Erörterungen des Vereins für Sozialpolitik sich nicht erschöpfen in produktionspolitischen Fragen, wenn auch viele mit Recht die Anschauung vertreten, daß die Produktionspolitik einen wichtigen Teil der Sozialpolitik bildet. Es ist sehr gut, daß heute Organisationsprobleme behandelt werden, nachdem eine gestrige Äußerung in unserem Vereine so ausgelegt ist, als ob tatsächlich der Verein für Sozialpolitik oder wenigstens einzelne Mitglieder eine Rückkehr zum individualistischen Kapitalismus erstrebten und für empfehlenswert erachteten. Glücklicherweise ist dieser Behauptung energigch widersprochen worden. Es ist aber doch gut, daß auch die heutigen Verhandlungen deutlich beweisen, wie durchweg der heutige Verein seinen Traditionen treu bleibt, wenn er die Organisationsfragen neben den Fragen der Verteilung und der Produktion als unbedingt erörterungsbedürftig hinstellt. — Das letzte Problem jeder sozialen Wissenschaft ist die Produktivität, und darin bestand eine wissenschaftliche Leistung der Sozialreformer gegenüber der älteren Nationalökonomie, daß sie darauf hinweisen, daß das Produktivitätsproblem nicht nur Produktionsaufgaben, etwa gar abseits von den andern, enthält. Die Frage der geistigen Produktivität ist eine Vorfrage für die Steigerung der Produktivität überhaupt. Es scheint notwendig, immer wieder hervorzuheben, daß die Frage der Hebung der Lage der Geistesarbeiter eine Unterfrage ist für die Lösung des Problems, das für die nächste Zeit für die Wirtschafts- und Sozialpolitik entscheidend sein wird: Wie kann die Produktivität gesteigert werden?

Wenn man so die Frage der Notlage der geistigen Arbeiter in Angriff nimmt, so wird man auch hier Kausalitäten darlegen müssen,

und unter den Ursachen sind die wichtigsten im Referat eingehend erörtert worden. Außerdem kann untersucht werden: Welche Ursachen haben dazu beigetragen, die Notlage der Geistesarbeiter zu verschärfen. Die weitere Frage wäre aber die: Welche Tatsachen haben die Notlage der geistigen Arbeiter so verschärft? Und da scheint mir eine der Ursachen der Steigerung der Notlage die in keinem Verhältnis zum Bedarf der Volkswirtschaft stehende Zunahme, die Überorganisation des Beamtenapparates, die eine teilweise unzureichende Bezahlung der einzelnen Beamten zur Folge hat, und eine weitere der ungeheueren Zudrang zu unseren Hochschulen, die ungeheueren Zunahme der akademischen Intellektuellen zu sein.

Selbstverständlich kann man Geistesarbeiter und intellektuelle Akademiker nicht identifizieren. Aber bei uns ist die Verschärfung der Notlage der geistigen Arbeiter auch darauf zurückzuführen, daß der Zudrang zum akademischen Studium eine Entwicklung erreicht hat, die gar nicht mehr im Verhältnis steht zu den Bedürfnissen der gesamten Volkswirtschaft. Und ich glaube, daß die Hochschullehrer eindringlich auf diesen Punkt hinweisen müssen; denn nur, wenn wir das immer wieder tun und auch von einem Forum aus tun, wie es der Verein für Sozialpolitik ist, kann darin allmählich eine Wandlung eintreten. Es ist für uns Hochschullehrer nicht erfreulich, daß auch heute noch immer wieder unzählig viele, jährlich Tausende die Hochschulen besuchen, die wirklich nicht zu wissenschaftlicher Arbeit berufen sind. Wir können mit dazu beitragen, diese Kreise von den Universitäten fernzuhalten, die nur aus Gedankenlosigkeit oder Tradition studieren wollen. (Zuruf: „Aus Gedankenlosigkeit studieren?“)

Ja, aus Gedankenlosigkeit studieren wollen! Das ist leider eine Erfahrungstatsache, die wir bei Beobachtung der jungen Leute, die die Hochschulen beziehen, immer wieder konstatieren können. Auch die sind noch nicht alle geworden, die heute studieren wollen, weil sie meinen, daß das akademische Studium ihnen einen sozialen Rang verleiht, der höher ist als der „Rang“, der durch sonstige Arbeit erlangt werden kann. Auch das muß anders werden. Trotzdem werden wir immer mit der Notlage der akademischen geistigen Lehrlinge zu rechnen haben. Freilich ist ein Unterschied zwischen dieser Notlage der geistigen Lehrlinge und der Arbeiter, aber dieser Not der Studierenden als der geistigen Lehrlinge müssen wir uns auch annehmen. Es geschieht das ja auch vielfach, aber zum Teil doch in Formen, die für

frühere Zeiten vielleicht annähernd ausreichen mochten, die aber gegenüber der heutigen Notlage keineswegs mehr genügen. Es ist in der Sozialpolitik doch wohl nicht so wie in der anderen Politik, daß man niemals lernt aus den Erfahrungen der Vergangenheit. In der Politik hat man bisher so gut wie nichts gelernt aus den Erfahrungen der Vergangenheit; aber wir können für die Frage der Notlage der Geistesarbeiter etwas lernen aus der Vergangenheit; nämlich, daß karitative Fürsorge und Wohlfahrtspflege immer nur Teilerfolge erzielen, daß wirkliche Notstände jedoch nur behoben werden können durch systematische sozialpolitische Maßnahmen. Solche hat man bezüglich der Wirtschaftsnot der Studierenden auch angewendet und dabei Erfolge erreicht, die vielleicht größer wären, wenn diesen Bestrebungen allüberall die Unterstützung zuteil geworden wäre, die man mit Recht erwarten konnte. Ein System studentischer Sozialpolitik ist in der Ausbildung begriffen, das in der „Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft“ zusammengefaßt ist, und dieses System wird mit Hilfe der sozialpolitisch geschulten akademischen Nationalökonomien weiter vervollkommen werden können und werden. Diese Lehre also kann die neue studentische Sozialpolitik aus der Fähigkeit des Vereins für Sozialpolitik entnehmen, daß die Fürsorge und Wohlfahrtspflege nur einem Teil der zu lösenden Aufgaben gewachsen sind. Wir stehen vor der Gefahr der Proletarisierung des Nachwuchses auf unseren Hochschulen, die wir verhindern müssen und auch verhindern können, aber nur unter Anerkennung des Prinzips der Selbsthilfe. Ich freue mich, daß auch Professor Weber in der akademischen Jugend Kräfte am Werk sieht, die mit neuem Idealismus und Wollen nicht nur eine Vereinigung von Geistes- und Handarbeit im Werkstudentum als Mittel gegen die Not erstreben, sondern in deren Bekämpfung schon Erfolge erzielt haben, und der Appell, den Professor Weber an die jüngeren akademischen Nationalökonomien, an die Studierenden gerichtet hat, wird dankbar empfunden werden und sie stärken bei dem Schweren, das sie sich als Ziel gesetzt haben.

Dr. G. I. Heiß: Meine Damen und Herren! Kräfte, die nicht gebraucht werden, entarten durch Unterernährung. Neben der Einzelkraft ist die Kraft der gegenseitigen Hilfe bei allen höher entwickelten Lebewesen zu beobachten. Sie ist aber nirgends so wenig angewendet worden wie bei den geistigen Arbeitern. Deshalb haben wir die Tat-

sache erleben müssen — um es kurz und drastisch zu schildern —, daß man früher für das Honorar eines Artikels für ein großes Blatt — sagen wir — 25 Pfund Butter kaufen konnte. Vor dem Rathenau-Mord konnte man etwa noch 3 Pfund Butter dafür kaufen, heute reicht es kaum zu einem halben Pfund Butter. Trotzdem habe ich die letzten zehn Jahre mit Ausnahme eines einzigen Jahres von der Tätigkeit eines freien Schriftstellers gelebt, und ich muß Ihnen sagen, daß die schlimmsten Erfahrungen in diesem Berufe nicht die sind, die sich auf das Honorarend gründen, sondern andere, worüber in den Fragebogen wenig enthalten war. Zum Beispiel ist es eine Unanständigkeit schlimmster Art, daß auch die größten Blätter allmählich dazu übergehen, mit deutlich sichtbarer Schrift darauf hinzuweisen, daß sie die Kosten der Korrespondenz auf die Mitarbeiter abwälzen, daß die Arbeiten nur dann zurückgesandt werden, wenn Rückporto beiliegt. Es wird dies allerdings von manchen Blättern Berufsschriftstellern gegenüber nicht angewandt und mag notwendig sein, um Dilettanten abzuwehren. Ich halte es aber für einen unwürdigen Zustand. Weiter habe ich Rattenkönig-Verleger kennen gelernt, die eine ganze Anzahl von Blättern herausgeben. Da war einer, der hatte die merkwürdige Praxis, wenn man für seine Elektrizitätszeitung einen Artikel geschrieben hatte, und er war bereits gedruckt und man verlangte Honorar und Belegexemplar, so antwortete einem das Offiziersblatt, es sei ihm nichts von der Sache bekannt. Ich habe den Mann ans Telephon gebeten und ihn gefragt, ob er eine Filiale einer Irrenanstalt errichtet habe.

So gibt es einen anderen Verleger von einem halben Duzend Fachzeitschriften, der hat die eingehenden Handschriften auf einen Haufen gelegt und je nach Bedarf davon eingesetzt ohne Rücksicht darauf, welchem Blatt sie angeboten waren. Nachdem nun ein halbes Duzend solcher Artikel bei ihm gelagert hatten und er einen meiner Artikel in einem anderen Blatt als dem, welchem ich ihn angeboten hatte, abgedruckt und mir kein Belegstück geschickt hatte, habe ich ihn durch den Staatsanwalt verklagen lassen wegen unbefugten Nachdrucks. Er hat es verstanden, die Verhandlungen ein Jahr lang hinzuziehen. Ich war zum Vergleich bereit, trotzdem mußte er die übrigen Artikel bezahlen, und zwar mit 450 Mark, statt der 200 Mark, mit denen ich ursprünglich zufrieden gewesen wäre.

Weiter gibt es etwas, wogegen es kein Hilfsmittel in unserer

gegentwärtigen Rechtsordnung zu geben scheint, daß nämlich ein Verlag, eine Redaktion die eingesandten Handschriften als Rohstoff benutzt, um ihre eigene Wissenschaft daraus zu ergänzen und sie ausgerechnet den eingereichten Artikel an dem Tag zurückschickt, an dem sie über das gleiche Thema in ihrer Zeitung einen Artikel eigener Hausmacherarbeit veröffentlicht hat. Gegen solche Manipulationen ist es schwer, überhaupt etwas zu tun; denn sie benutzen die eingehenden Handschriften als Rohstoff und verhindern einen so lange, den Artikel zu verwerten, bis er durch die Veröffentlichung des Blattes für den Schriftsteller wertlos geworden ist. Es kommt dies leider in sehr guten, ja in den allerbesten Familien vor.

Der Hauptmißstand, warum es nicht besser werden kann und wird, ist der, daß viel zu wenig Einsicht vorhanden ist in die wirtschaftliche Lage des freien Schriftstellers, des Geistesarbeiters. Ohne Rücksicht darauf, was er erzeugt, ist er wirtschaftlich nichts anderes als ein Heimarbeiter. Jede andere Auffassung ist falsch. Er erzeugt ein Teilprodukt, das erst durch die hinzukommende Arbeit des Verlegers ein fertiges Marktprodukt wird, und der Verleger trägt die wirtschaftliche Verantwortung für dieses Teilprodukt und bezieht demgemäß auch den ganzen Gewinn daraus, oder er hat für den ganzen Verlust aufzukommen. Deshalb ist die Tätigkeit des Verlegers sehr hoch in diesem wirtschaftlichen Vorgang einzuschätzen. Das verstehe ich durchaus nicht; aber was das Elend ist, ist das, daß die Geistesarbeiter nicht zu organisieren sind: Will man die geistigen Arbeiter organisieren, so braucht man für 100 geistige Arbeiter wenigstens 300 Organisationen, weil jeder drei verschiedene Meinungen darüber hat, welches etwa die beste Organisation wäre.

Ich muß noch darauf hinweisen, daß in dem Vorgang, in dem sich die geistige Arbeit der Schriftsteller auf dem Markt verwertet, der Redakteur die Rolle des Zwischenmeisters einnimmt, der laut Arbeitsvertrag die Interessen des Verlegers wahrzunehmen hat, und eine solch übermenschliche Sachlichkeit ist überhaupt nicht denkbar, daß der Redakteur mit dem gleichen Nachdruck Mutz und Frommen des Schriftstellers wahrnehmen könnte. Nun ist es aber das Schlimme für den Schriftsteller, daß die Schriftstellerorganisationen durchweg von Redakteuren geleitet werden, weil eben jeder Redakteur im Nebenberuf auch freier Schriftsteller ist, wie im Schriftstellerschutzverband die Honorarfrage vollständig vernachlässigt worden ist, wie man sich

um alle möglichen nebenfächlichen Dinge gekümmert hat, wie man seine Rettung in der Reichskulturabgabe gesucht hat, wie man den elenden Verdienst der Sortimenten angegriffen hat. Aber zum Schluß möchte ich Sie doch bitten, daß Sie allmählich der wirtschaftlichen Dinge sich bewußt werden und sich bewußt werden, daß es im Interesse des ganzen Standes notwendig ist, daß ein angesehenener Schriftsteller lieber einmal nicht schreibt, als für ein Honorar schreibt, das ganz und gar standesunwürdig ist. Denn so beeinträchtigen Sie die Standesarbeit der Schriftsteller, die darauf sehen, lieber nicht zu schreiben als unter Honorarbedingungen, die nicht würdig sind.

Der Äußerung des Herrn Referenten, wer beim Schreiben auf Gelderwerb Rücksicht nehme, der sei ein Lump, möchte ich die von Geheimrat Dr. Georg Struß gegenüberstellen, daß sich heutzutage selbst ein hoher Staatsbeamter den Luxus nicht mehr leisten könne, die Stoffe seiner schriftstellerischen Arbeit ohne Rücksicht auf das finanzielle Erträgnis frei zu wählen. Der Wettbewerb von Männern, die in ihrem Hauptberuf wissenschaftliche Lehr- oder sonstige Beamte sind, wirkt auf die wirtschaftliche Lage des freien Schriftstellers, wie mein Freund Karl Schlich zu sagen pflegt, wie die Gefängnisarbeit auf das Handwerk.

Redakteur J. Birnbaum=Breslau: Als sozialdemokratischer Redakteur möchte ich die Erklärung, die Herrn Bernhards gerade im subjektiven Teil überaus anregender Vortrag für die Tatsache gegeben hat, daß die sozialistischen Redakteure der Einheitsorganisation des Redakteurstandes nur zum Teil angehören, etwas ergänzen. Hauptsächlich entscheidend dafür scheint mir zu sein, daß der größte Teil der sozialistischen Zeitungsverlage der Arbeitgeberorganisation im Zeitungsgewerbe nicht angehört, um bei Tariffämpfen mit dem technischen Personal freie Hand zu selbständiger Lohnpolitik, meist zu weitergehenden Bewilligungen zu haben. Daher sind die Tarifverträge zwischen den Einheitsorganisationen der Arbeitgeber und der Redakteure für uns nicht verbindlich, so daß das materielle Interesse an der Zugehörigkeit zum „bürgerlichen“ Redakteurverbände wegfällt und in den meisten Orten nur diejenigen sozialistischen Kollegen neben dem Verein „Arbeiterpresse“ auch der Einheitsorganisation angehören, die das aus ideellen Gründen tun wollen.

Die Fragestellung des Vortrages von Professor Alfred Weber

habe ich unwillkürlich mit der sehr viel optimistischeren Fragestellung verglichen, mit der ich vor fünf Jahren im Auftrage einer Studentenorganisation an Max Weber mit der Bitte um seine inzwischen berühmt gewordenen Vorträge über „Geistige Arbeit als Beruf“ herantrat, und die Max Weber damals im Gegensatz zu der anschließenden, bisher so unfruchtbar gebliebenen literarischen Diskussion auch annahm. Damals hieß die Frage für uns noch: Ist geistige Arbeit als Berufsarbeit möglich? Professor Alfred Weber fragt heute mit Recht nur noch, ob wenigstens geistige Arbeit in dem Sinn, in dem er den Begriff umschrieben hat, nahe beim Erwerbsberuf möglich sei. Seine Ablehnung des Werkstudententyps, der die geistige Arbeit mit einem möglichst wenig zusammenhängenden Erwerbsberuf verbinden will, stimmt mit der Stellungnahme überein, die auch auf dem zweiten deutschen Studententage 1920, der für dieses Problem noch Zeit hatte, aus denjenigen studentischen Kreisen heraus erfolgte, denen die Problematik der Vereinigung von geistiger Arbeit mit dem heutigen Berufsleben zuerst zum Nachdenken Anlaß gegeben hatte, und die aus der Stellungnahme Max Webers praktische Konsequenzen zu ziehen suchten. Ich muß da auf die Presseberichte über diesen letzten sachlich noch ertragreichen Studententag verweisen. Wenn von sozialistischer Seite heute noch ähnliche Gedanken, wie die Idealisierung des Werkstudenten vertreten werden, so schränkt sich das wohl auf die berufspädagogischen Kreise gewisser Schulreformer ein. Die Stellungnahme Kautskys für die Vereinigung geistiger Arbeit mit mechanisierter Berufsarbeit kann heute doch wohl schon als die Stellungnahme einer früheren Generation erscheinen, in der die Arbeitsteilung gerade in der Wissenschaft und in der Schriftstellerei noch nicht so entwickelt war wie heute. Kautsky spricht im übrigen in der hier in Frage kommenden am meisten utopistischen seiner Schriften doch wohl auch noch etwas als ehemaliger Berufspädagoge.

Gegen Alfred Webers Behauptung, daß der Unterbau-Überbau-Begriff der ökonomischen Geschichtsauffassung die Unterbewertung der geistigen Arbeit mit verschulde, spricht doch die zum Teil geradezu einzig dastehende Anhänglichkeit der sozialistischen Arbeiterschaft an geistige Arbeiter im strengsten Sinn des Wortes.

(Zwischenruf Professor Webers.)

Gerade von Universitätsprofessorenseite sollte man doch übrigens mit solchen Vorwürfen besonders vorsichtig zurückhalten, solange die

heutige Studienordnung besteht, die den Studenten durch ihre Reihenfolge von Vorlesung, Seminarübung und Examen geradezu zur Einstellung allein auf Amt und Beruf verführt, und solange die Vorschläge, die die reifste Studentengeneration der letzten Zeit, die nach dem Kriege, auf dem ersten deutschen Studententag dem entgegenstellte, auch in Beratungen dieses Vereins über die Studienreform überhaupt noch keine ernsthafte Beachtung gefunden haben, solange auch dort noch ausschließlich der Gesichtspunkt der Erziehung von staatlichen und gesellschaftlichen Funktionären dominierte.

(Professor Alfred Weber: Sehr richtig!)

Von den der Öffentlichkeit wenig sichtbaren Bemühungen moderner Studenten- und Altherrenorganisationen, die systematisch bereits im Sinne des von Alfred Weber aufgestellten Typs des „Arbeitsintellektuellen“ wirken, kann ich wegen der Redezeitbeschränkung leider nicht mehr berichten.

Dr. Rüstow: Der Typus des Werkintellektuellen, das war heute morgen die Zukunftsaussicht, in die Professor Webers groß angelegte Gedankengänge ausmündeten, vom Standpunkt einer etwas heroischen Auffassung sehr tröstlich, wie mir scheint. Ich möchte nicht darauf eingehen, ob nicht neben dieser Aussicht bedenklich eine andere sich auf tut, die eines neuen Mäzenatentums, eines Gesinnungsmäzenatentums nach dem Wahlspruch: *Wes Brot ich eß, des Lied ich sing*'. Ich will nur auf etwas hinweisen, das mir eine große Tragweite zu haben scheint, daß nämlich die Voraussetzung des gesamten Werkintellektuellentums, der Werkstudent, auf das höchste dadurch bedroht ist, daß sein augenblickliches Dasein der geschlichen Grundlage vollkommen entbehrt (Zurufe: Sehr gut!).

Das ist bisher noch nicht in die Erscheinung getreten. Sobald aber die große Wirtschaftskrise kommen wird, der wir entgegengehen, wird es deutlich werden, und dann ist es zu spät, um zu helfen, wenn nicht jetzt schon geholfen wird. Ich meine nicht die rumpelkammerreifen Bestimmungen, die in den Universitätsordnungen die Ausübung eines Erwerbsberufes verbieten, sondern ich meine folgendes:

Der Werkstudent — und ich schiebe dazwischen, er braucht ja nicht ausgerechnet immer die schwerste körperliche Arbeit zu tun; die gewerbliche und kaufmännische Arbeit ist noch nicht zu 50 % als schwere Arbeit zu bezeichnen; und waren denn etwa vor dem Kriege die Tätig-

keiten, mit denen ein großer Teil der Studenten seine Zeit außerhalb der Hörsäle zubrachte, körperlich weniger anstrengend und geistig weniger abträglich, als selbst die vier Stunden Nebenarbeit in Werkstatt oder Kontor es sind? Die Sache ist so: wenn jetzt die große Arbeitslosigkeit kommt, dann kann zweierlei geschehen: entweder die Werkstudenten fliegen gleich auf die Straße, oder man versucht sie durch besondere Begünstigung entgegen dem normalen Gang der Dinge zu halten. Die Folge wäre nur eine unerträgliche Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Werkstudenten und Arbeiterchaft, das taktvollster Behandlung dringend bedarf, und auf diesem unerfreulichen Umwege am Ende das gleiche Ergebnis. So oder so liegen also dann die Werkstudenten auf der Straße. Der Werkstudent kann aber unmöglich sein Studium auf den unübersehbaren Wechsel der wirtschaftlichen Konjunkturen aufbauen. Das heißt es muß eine gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden, um für den arbeitswilligen Werkstudenten zur Zeit der Arbeitslosigkeit zu sorgen. Das kann nur geschehen, durch Eingliederung in die Arbeitslosenversicherung bzw. vorläufig noch in die Arbeitslosenunterstützung. Die Vorschläge sind mit den Gewerkschaften und im Reichsarbeitsministerium durchberaten worden. Seit länger als einem Jahre schon ist alles bereit, die Sache in die Wirklichkeit umzusetzen. Daß das trotzdem nicht geschehen ist, lag lediglich daran, daß sich bisher keine berufene Körperschaft fand, um den Gedanken zu vertreten und die Angelegenheit endgültig in Gang zu bringen. Die Gewerkschaften von sich aus können das nicht machen mit Rücksicht auf ihre Mitglieder. Sie sagen, sie werden dem zustimmen, aber sie können nicht für andere die Kastanien aus dem Feuer holen. Die Deutsche Studentenschaft glaubte es wohl aus taktischen Rücksichten auch nicht machen zu können. Das ist eigentlich der Grund, warum ich hier über diese Dinge spreche; ich möchte Sie bitten, zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit besteht, seitens des Vereins für Sozialpolitik in irgendeiner Form die Angelegenheit aufzunehmen. Die ganze Möglichkeit der Entwicklung eines Studententums, das quer durch die Trostlosigkeiten von heute auf morgen aufrecht und auf eigenen Füßen seinen schweren Weg geht, und der weiteren Aussichten für Wissenschaft und Geistigkeit, die sich daran anschließen — all das ist von der äußersten Gefahr bedroht, wenn hier nicht rechtzeitig das nötige geschieht.

(Starker Beifall.)

Professor Lederer: Ich möchte nur an ein Wort anknüpfen, das in dem Vortrag von Professor Weber gefallen ist und das mir den Kernpunkt des Problems zu beleuchten scheint. Er sprach von den „unplastischen Qualitäten der Zeit“, womit gesagt sein soll, daß wir heute die innere Verknüpfung zwischen Produktion und dem, was aus der Produktion herauskommt, nicht mehr sehen. Unserer Produktion fehlt die lebendige Farbigkeit der vergangenen Zeiten. Es fehlt ihr die Konkretheit. Der Produzent wird anonym und ebenso das Publikum. Diese Anonymität von Produktion und Konsum finden wir auch in der wissenschaftlichen Produktion. Sie ist immer mehr eine für den Markt bestimmte, sich auf einem Markt verwertende Produktion geworden. Das war noch nicht so sichtbar vor dem Kriege, weil — wie ja Professor Weber so einleuchtend darstellte — damals die Agrar-, Industrie- oder meist die Geldkapitalrente den „wissenschaftlichen Produzenten“ unabhängig machte, die Verwertung seiner Produkte für seine Existenz nicht erforderlich war. Die Inflationsperiode, in der wir seit 1914 stehen, hat aber dahin geführt, daß praktisch heute nur derjenige über ein mit der Geldwertung einigermaßen Schritt haltendes Einkommen verfügt, der Produkte oder Leistungen verkaufen kann. Aber auch damit ist das Einkommen nicht gesichert. Jede Inflationsperiode ist durch ungleiche Entwicklung bzw. Steigerung der Preise gekennzeichnet. Die gegenwärtige aber ganz besonders, weil die großen Monopole in der Lage sind, ihre Preise auch relativ sehr zu erhöhen. Die geistige Leistung aber ist bisher am wenigsten organisiert und monopolisiert und die Wiederherstellung ihres natürlichen Preises (der höher sein muß als der Preis vor dem Kriege, weil die ergänzende und preisdrückende Rentenbasis wegfällt) kann daher nur durch Auswirkung der natürlichen Markttatsachen, das heißt Ausbleiben des Angebots erfolgen.

Die Lage wird dadurch noch schwieriger, daß die Marktnachfrage nach „geistigen Produkten“, wenn man so sagen kann, sich verringert hat, weil breite Käuferfichten ausgefallen sind. Auf der anderen Seite können wir wenig oder nichts von einer Organisation der Intelligenz, etwa nach Art der in Frankreich vorhandenen Ansätze zu einem „Syndikalismus der geistigen Arbeiter“, erwarten, denn die geistigen Arbeiter lassen sich nicht als Gesamtheit in ein wirksames Monopol organisieren, da sie alle, soweit sie gruppentweise organisierbar, einer Gesamtorganisation nicht erreichbar sind.

Deshalb kommt für die Erzeuger „geistiger Produkte“ nur die Schaffung eines neuen Marktes in Betracht. Erst wenn aus dem Volke wieder eine breite und kaufkräftige Kulturschicht entsteht, wird die „Verwertung“ zu den Reproduktionskosten möglich.

Einen solchen neuen Markt können wir nun nicht durch die Erziehung allein schaffen. Das ist ein zu schwaches Mittel, bzw. sie wird erst wirksam sein können, wenn sie die notwendigen Vorbedingungen in den Menschen findet. Die wichtigste Vorbedingung für die Erziehung der breiten Masse besteht aber in ihrer Verbindung mit den Produktionsmitteln, in ihrem Verhalten in und bei der Arbeit. Die gesellschaftliche Arbeit ist der Mutterboden, auf dem allein eine Rezeptivität für „geistige Produkte“ neu entstehen kann. Auch für die geistigen Arbeiter ist es sehr wesentlich, daß heute die große Masse der Erwerbstätigen nicht ein „Volk“ konstituiert, sondern eine anonyme Menge ist. Diese anonyme Masse hat innerlich den Zusammenhang mit dem ganzen Produktionsprozeß verloren und wird die Qualität eines „Publikums“ erst wieder erreichen können, wenn sie den Produktionsprozeß aktiv trägt, sich nicht nur passiv in ihn einfügen läßt. Ein solches Bestreben, im Produktionsprozeß aktiv zu sein, ist zweifellos vorhanden, als Syndikalismus, als Gebildenziozialismus, als Verlangen nach Sozialisierung usw. Der elementare Drang nach aktiver Beteiligung am Produktionsprozeß ist ein Symptom dafür, daß die Arbeiterschaft nicht bloß als Arbeitselement leben, sondern den Arbeitsprozeß mit beherrschen und gestalten will. Erst wenn das gelingt, können wir wieder ein „Publikum“ haben; die gesellschaftliche Schichtung der Vorkriegszeit können wir nicht wieder erhalten. Auch an eine Wiederkehr gewerblicher Betriebsformen, Auflockerung des Großbetriebes und Umbildung zum Handwerk in großem Maßstab, wie es romantische Sozialphantaften exträumen, ist nicht zu denken. Die Krise des Kapitalismus, welche durch die Zerstörung breiter Mittelschichten vorwiegend eine psychologische Krise geworden ist, hat die Existenzbedingungen der Intelligenzschichten weitgehend erschüttert. Wir können sie nicht durch eine Kur an den Symptomen wiederherstellen; wir können nicht die Krise der geistigen Arbeit lösen, ohne zugleich das Problem aufzurollen, wie gesellschaftliche Arbeit auf hoher Stufenleiter überhaupt möglich ist. Wir müssen uns mit der Krise des Kapitalismus auseinandersetzen, wenn wir die Krise der geistigen Arbeit sanieren wollen. Und daher zielt die ganze Dis-

kussion, auch wenn das so manche Diskussionsredner nicht wahr haben wollen, auf die Frage hin: Ist gesellschaftliche Arbeit als manuelle und geistige Arbeit, und unter welchen Verwertungsbedingungen ist sie bei der heutigen Form des hochorganisierten Monopolkapitalismus möglich? —

Direktor Dr. Kuczynski: Ich beantrage Schluß der Debatte!

Geheimer Hofrat Professor Dr. Gothein: Ich wollte denselben Antrag stellen.

Präsident: Widerspruch erhebt sich nicht. Es bleiben sodann noch Chefredakteur Bernhard und Professor Weber zu hören; Herr Dr. Siebeck verzichtet.

Ich bitte jetzt Herrn Chefredakteur Bernhard, das Wort zu nehmen.

Chefredakteur Bernhard: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, mir ein Wort zu gestatten, das mit meinem Referat nicht in Verbindung steht. Von Professor Weber und eben noch von Dr. Küstow ist über den Werkstudenten gesprochen worden. Gestatten Sie mir, dazu ein Wort zu sagen. Der Werkstudent ist an sich nichts Neues. Eine Reihe von Leuten, die heute im öffentlichen Leben Geltung haben, haben schon in früherer Zeit als Werkstudenten studiert, und ein nicht unerheblicher Teil der Journalisten wäre nicht in der Lage gewesen, ihre Bildung zu erwerben, wenn sie nicht zur Zeit, als sie in einem anderen Berufe tätig waren, neben ihrer Arbeit in die Lage versetzt gewesen wären, auf den Universitäten zu studieren. Allein in diesem Saale befinden sich außer mir noch zwei andere Kollegen von mir. Wir haben alle zugleich neben unserer Arbeit studiert. Ich bedauere eins, daß die moderne Zeit nicht Vorkehrungen dafür getroffen hat, daß diese selbstverständliche Art namentlich für diejenigen, die gezwungen sind, auf der einen Seite materiell zu arbeiten, um ihr Brot zu verdienen, und auf der anderen Seite den Wunsch haben, sich einem anderen Beruf zuzuwenden, den Drang in sich fühlen, wissenschaftlich zu arbeiten, in stärkerem Maße durch die Umorganisation der Universitäten Gelegenheit geboten wird, zu studieren. Ich möchte den Verein für Sozialpolitik bitten, sich dieses Problems anzunehmen. Ich sehe darin eine besondere Aufgabe, wenn man den Wunsch hat,

aus den Schichten, aus denen bisher die Männer der Wissenschaft, des Journalismus, die Männer der sonstigen literarischen Betätigung hervorgegangen sind, da diesen Schichten der Rentenhiintergrund geschwunden ist, daß die in der Lage sind, am geistigen und kulturellen Leben teilzunehmen. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn der Verein für Sozialpolitik sich dieses Problems ausdrücklich annehmen wollte.

Nach dieser Abschweifung ein paar Worte zur Diskussion, die an mein Referat angeknüpft hat. Naturgemäß ist das Verhältnis der Ausbeute karg gewesen, und ich muß mich auseinandersetzen mit den Ausführungen von Dr. Carbe und einer Bemerkung von Dr. Heiß.

Dr. Heiß, den ich als Vereinskollegen in seiner Auffassung nach dieser Richtung kenne, hat es heute so dargestellt, als ob das Verhältnis des freien Schriftstellers zur Zeit bestimmt sei durch den Schmiedemeistercharakter der Redakteure, die als Handlanger des Verlegers sich fühlen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß eins an den Klagen der freien Schriftsteller richtig ist, daß sehr vielfach der Redakteur nicht diejenige Sorgfalt der Behandlung den Schriftstellern zuteil werden läßt, zu der er verpflichtet wäre. Aber das liegt nicht in dem Schmiedemeistercharakter des Redakteurs, sondern daran, daß in Deutschland jeder, der bestallt ist, Neigung hat, den Nichtbestallten etwas sorgloser zu behandeln. Kollege Heiß wird zugeben, daß nicht bloß ich, sondern auch andere Kollegen nach dieser Richtung zu bessern versucht haben, und ich glaube Ihnen versichern zu können, wenn die Möglichkeit für das freie Schriftstellertum heute größer wäre als sie ist, daß wir das unsere tun würden. Wenn ich von der Schwierigkeit der Organisierbarkeit, von der Durchführung von Streiks, von Lohnkämpfen usw. gesprochen habe, so ist nicht zum mindesten daran schuld, daß im Hintergrund eine große Schicht Nichtbestallter steht, die gern bestallt werden möchte, und je mehr es möglich ist, die freien Schriftsteller zu befriedigen, desto leichter wäre es uns allen auf dem Arbeitsmarkt. Unser Interesse, das wir vertreten, kommt den Wünschen des Herrn Kollegen Heiß nach einer entsprechenden Behandlung der freien Schriftsteller entgegen.

Ich bedauere, Herrn Dr. Carbe entgegentreten zu müssen, um so mehr, als er leider in der kurzen Zeit nicht die Möglichkeit hatte, das wirklich Ihnen darzulegen, was er vom Verlegerstandpunkt aus den Wunsch hatte zu sagen, und so wenig ich mit manchem überein-

stimme, so ist doch eins klar, daß es für Sie von Wichtigkeit gewesen wäre, gegenüber dem Standpunkt des Redakteurs auch den Standpunkt des Zeitungsverlegers zu hören. Ich werde mich notwendig beschränken, um nicht den Eindruck der Unloyalität und Unobjektivität zu machen. Herr Dr. Carbe hat mir Gelegenheit gegeben, Ergänzungen zu machen, die nicht wertlos sind. Herr Dr. Carbe hat u. a. gesagt: Ist es böser Wille, wenn die Verleger in der Provinz nicht besser bezahlen? Ich habe im Drange der kurzen Redezeit nicht alles so subtil darlegen können, wie es im Interesse der Sache notwendig gewesen wäre. Ich habe Ihnen bei der Entstehung des psychologischen Untergrundes für die Tarifreform der Redakteure zunächst die Verhältnisse in den Großbetrieben geschildert. Herr Dr. Carbe hat recht, wenn er sagt, es gibt auch andere Verhältnisse; aber eins wissen wir: Organisationen können nur durch Konzentration der Arbeiter an bestimmten Stellen entstehen, und so ist es an sich durchaus richtig, daß die Tarifbereitschaft und Organisationsmöglichkeit überhaupt nur auf dem Boden bestehender großer Betriebe entstehen konnte. Aber notwendig waren die Tarife nicht etwa nur wegen der Großbetriebe, sondern in viel stärkerem Maße wegen der Verhältnisse in den kleinsten Provinzstädten — es gibt Verleger, die Redakteure, Setzer, Drucker und Botenfrau sind, gegen die kann man nichts sagen, weil sie sich nicht Redakteure halten können —, weil da, wo ein Redakteur ist an den kleinen Zeitungen, die Wertschätzung der Arbeit des Redakteurs durch den Verleger nicht bloß an sich gering war, sondern zu materiellen Exzessen führte, die dringend den Tariffchutz ins Feld riefen. Dort wurde der Redakteur nicht bloß zu einem Teil schlecht behandelt, sondern auch schlecht bezahlt. Es fehlt die Zeit, darüber im einzelnen zu sprechen. Aber eins muß ich sagen: Wenn ein Betrieb nicht in der Lage ist, einen Angestellten menschenwürdig zu besolden, so hat er kein Recht auf Existenz, und ich sehe nicht ein, weshalb ein Zeitungsverleger schon deswegen, weil er eine Zeitung herausgibt, das Recht sich nehmen soll, unter dem Minimum Redakteure zu bezahlen. Ich kann es mir vorstellen, daß ein Redakteur und Verleger sich zu einem bestimmten Kulturzweck zusammenfinden und der Verleger auf einen Teil verzichten muß und der Redakteur ebenso. Wo es sich aber um ein rein gewerblich-kapitalistisches Unternehmen handelt, kann ich mich nicht auf den Standpunkt stellen. Was hat der Redakteur davon, wenn

der Verleger auch sich proletarisiert, sondern ich muß mich auf den Standpunkt stellen: Wird ein Unternehmen auf einer rein kapitalistischen Basis betrieben, dann muß selbstverständlich der Lohn für jeden Angestellten bezahlt werden, der zu einem Existenzminimum hinreicht, zumal derselbe Verleger seine Seher und kaufmännischen Angestellten auch nicht unter Tarif bezahlen kann. Ich möchte also darauf hinweisen, daß die Tarifnotwendigkeit und Organisationsnotwendigkeit gerade gegenüber den kleineren Verlagen auch bestand.

Es ist nun eins richtig: Wir haben 40 000 Pressorgane und darunter nur eine bestimmte Anzahl von Großbetrieben, aber ich möchte mir die Frage erlauben, ob es sich wirklich mit der von mir anerkannten notwendigen kulturellen Differenzierung vereinbaren läßt, daß in jeder noch so kleinen Stadt mehrere Organe existieren, und ob die Not der Zeitungen nicht wirklich zum Teil auf einer unkaufmännischen Organisation des Gewerbes beruht, wie sie in anderen Gewerben nicht vorhanden ist. Ich will darauf nur hinweisen; es fehlt die Zeit, das im einzelnen auszuführen.

Auch möchte ich nicht eingehen darauf, daß Herr Dr. Carbe gesagt hat, auch der Verleger sei ein geistiger Faktor. Ich selbst habe erklärt, daß ich nicht bloß als kaufmännische Qualität den Verleger werte, sondern, daß ich mir darüber klar bin, daß für den wirklichen Verleger eine geistige Potenz nach journalistischer Richtung nötig ist. Auch hierüber ist nichts weiter zu sagen.

Aber wir kommen im wirtschaftlichen und sozialen Leben gar nicht darum herum, uns bestimmte Typen zu bilden, denen wir diese Sätze anpassen. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, dann können wir eine sozialpolitische Gesetzgebung überhaupt nicht zustande bringen.

Meine Damen und Herren! Eine Lücke meines Vortrages möchte ich durch eine Mitteilung ausfüllen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Verlegern und Redakteuren besteht, und habe Ihnen gleichzeitig auch gesagt, daß das Bestreben der Redakteure dahin geht, bestimmte materielle Sicherungen nicht bloß in Form der Tarifabmachungen der Gehälter, sondern in Form des Schutzes gegen Willkür der Verleger zu treffen. Es wird Sie interessieren, daß seinerzeit beim Abschluß der Arbeitsgemeinschaft ein Annex vereinbart worden ist, der sieben Punkte enthält. Dieser Annex ist durch das Reichsarbeitsministerium vor kurzem für allgemein verbindlich erklärt worden, und er gilt als eine Art Erfaß

des Reichstarifs. Dieser Annex enthält, nachdem eine Reihe von Sicherungen wegen Kündigung, wegen der Freizügigkeit der Redakteure angegeben sind, zwei Punkte, Punkt 5 und 6, die von allgemeinem moralischem Interesse sind. Der Punkt 5 lautet:

(Verlesung.)

Es wird hier festgestellt, daß sie Gehaltsansprüche und Entschädigung in Anspruch zu nehmen haben. Wichtiger ist der Punkt 6:

(Verlesung.)

Es ist hier endlich durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung dieser Bestimmung den deutschen Redakteuren, darüber hinaus der deutschen öffentlichen Meinung, der Schutz zuteil geworden, der durch moralischen Druck auf die Redakteure bisher notwendig war, der im Fall des Gesinnungswechsels des Verlegers sich ergab. Wenn man dem Verleger zugestehet, daß er die Richtlinien zu ändern hat, die vereinbart sind, so entsteht die Sorge, daß nicht der Gesinnungslosigkeit Vorschub geleistet wird, sondern, daß durch eine materielle Regelung mit Rücksicht auf das Wohl seiner Familie der Redakteur veranlaßt wird, diesen Wechsel mitzumachen, und das würde nicht bloß die Freizügigkeit der Redakteure von Unternehmen zu Unternehmen hemmen, sondern es würde auch einen Wechsel von Gesinnung zu Gesinnung bedeuten, die dem Volkswohl noch weniger als dem Ansehen der Presse zuträglich sind.

(Beifall.)

Präsident: Herr Professor Weber hat nun das Schlußwort.

Professor Dr. Alfred Weber: Meine Damen und Herren! Ich habe heute morgen Ihre Zeit viel zu lange in Anspruch genommen, und ich werde mir das ad notam nehmen und Sie nur noch wenige Minuten behelligen.

Ich glaube, daß diejenigen, die die heutige Diskussion mit angehört haben, zweierlei Empfindungen wohl haben mußten: erstens einmal, daß das Problem, das wir hier angeschnitten haben, offenbar ein Gebiet berührt, das, weil es neu ist, noch verhältnismäßig wenig geistig durchgearbeitet ist, und daß die konkreten Ausformungen, die dieses Problem nach der Seite des praktikabel Möglichen erhält, vielfach noch nicht zur Kenntnis und zum Bewußtsein auch sehr hoch stehender Teile der geistigen Arbeiter geworden ist. Ich spreche das kurz und einfach aus, es läßt sich das nicht ohne weiteres ergänzen.

Ich würde nur dazu auffordern, daß man sich mit diesen Fragen des weiteren befaßt; und das Zweitens war wohl dies, daß wir tatsächlich zu stark unter der Fünf-Minuten-Parole gestanden haben, als daß die Diskussion das voll hätte weiterbilden können, von dem ich versucht habe, Ihnen einen allgemeinen ersten Hintergrund zu geben, wobei ich sagen muß, daß ich nur die Hälfte von dem gesagt habe und habe sagen können, was ich eigentlich sagen wollte. Infolgedessen ist vielleicht dasjenige, was ich habe ausführen wollen, zum mindestens in seinem praktischen Teil, so zu kurz gekommen, daß es nicht einen Anknüpfungspunkt für die mir am Herzen liegenden praktischen Teile der Diskussion abgeben konnte. Mit zwei Worten werde ich darauf noch zurückkommen.

Zunächst möchte ich etwas bemerken gegenüber dem, wie ich glaube, leider nicht mehr anwesenden Herrn, der mir prinzipiell geantwortet hat. Ich bin genötigt, das in seiner Abwesenheit zu tun. Er hat einen Widerspruch zwischen dem ersten und zweiten Teil meines Referats geglaubt konstatieren zu müssen und, wenn ich richtig verstanden habe, diesen Widerspruch darin gefunden, daß ich im ersten Teil die unfreie, zu allen Zeiten mehr oder weniger unfreie Situation der Geistesarbeit glatt hingenommen habe, während ich im zweiten Teil diese Unfreiheit als das geistige Problem bezeichnet habe. Es ist unzweifelhaft zuzugeben, daß die Frage der Freiheit der eigentlichen Geistesarbeit für alle Zeiten eines ihrer Grundprobleme gewesen ist; aber ich muß hervorheben, daß dieses Problem einen vollständig anderen Charakter angenommen hat seit dem Moment, wo auf der einen Seite alle realen Mächte, der Kapitalismus, und andererseits die Demokratie da sind und als ideale Macht die Idee der politischen und Ideenfreiheit in der Welt überhaupt eine Bedeutung bekommen hat. Man hat darauf aufmerksam gemacht, daß Michelangelo sich über diese Abhängigkeit von den Mediceern in seinen Briefen beklagt hat. Immerhin ein Künstler wird nicht in der Weise abhängig sein von Mäzenaten wie ein Mann, der gesellschaftlich wesentliche Ideen oder der politisch relevante Gedanken zu vertreten hat. Solche gesellschaftlich umwälzenden Ideen als allgemeine Kraft und in Verbindung damit die Idee politischer und geistiger Freiheit, das ist etwas Modernes. Will man diese wesentlichste geistige Seite der modernen Entwicklung seit der Renaissance aufgeben, — das ist dann ein Standpunkt, für den die gesamten Ausführungen, die ich gemacht

habe, nicht in Betracht kommen können. Steht man aber wie ich, dann haben sie Bedeutung. Ich weiß wohl, es gibt heute eine Jugend, die aus Verzweiflung zum Kommunismus übergang, weil sie glaubt, die Freiheit ist überhaupt nicht mehr zu retten. Auch dann ist alles, was ich gesagt habe, irrelevant. Aber ich glaube, jemand, der anders steht und der dem Kapitalismus so kritisch gegenübersteht wie Professor Grünberg, den brauchte ich nicht daran zu erinnern, welche spezifischen Unfreiheitsgefahren aus der kapitalistischen Entwicklung gefolgt sind. Das habe ich Ihnen näher auseinanderzusetzen versucht, das ist das verbindende Glied gewesen zwischen dem erstens² Analysierenden und dem zweitens mehr Postulierenden, was ich in meinem Referat vorgetragen habe, wobei das Postulierende vermöge der Kürze der Zeit zu kurz gekommen ist. Ich habe gefragt, welches die Eingliederungsform der eigentlichen Geistesarbeit ist, und wie die Freiheit der geistigen Arbeit heute noch denkbar ist. Das ist der Wertmaßstab, den ich mit vollem Bewußtsein angelegt habe. Ich habe gesagt, daß die bisherige Freiheitsbasis zusammengebrochen ist. Wo ist die neue zu finden?

Ich habe mich dabei mit einigen Ideen auseinanderzusetzen, die hier in der Diskussion, wie mir scheint, als wesentliche aufgetaucht sind. Erstens mit einer Idee, die ich berührt habe, leider nur viel zu kurz, die aber in der Diskussion weiter geklärt worden ist. Das ist die Idee der gewerkschaftlichen Wiedergewinnung nicht bloß einer Existenz, sondern einer Freiheitsbasis. Auf diesem Wege geht es nicht, soweit die Freiheitsbasis, und nur teilweise, soweit die Existenzbasis in Frage kommt. Was ich heute vormittag getan habe, war gewesen, darauf hinzuweisen, daß hinter einer Schicht von Geistesarbeitern ja jetzt in der ganzen letzten Zeit schon eine ausgebildete gewerkschaftliche Organisation dahinter gestanden hat, nämlich hinter den höheren Beamten, und daß diese gewerkschaftliche Organisation vollständig versagt hat unter den Gesichtspunkten, ihnen diejenige Neueingliederung in die Gesellschaft zu verschaffen, die notwendig gewesen wäre. Und dies Versagen liegt nicht etwa an der schlechten Leitung der Organisationen, sondern daran, daß es sich hier um Geistesarbeit handelt, um etwas, was Hemmungen hat, wenn man die gewerkschaftlichen Mittel ausnutzen will. Das ist der Punkt, wo ich mich mit Professor von Wiese auseinanderzusetzen hätte, aber der Zeit wegen nicht mehr auseinandersetzen kann. Ich erkläre Herrn Professor von Wiese:

Wenn er einen Generalstreik der geistigen Arbeit protegiert, dann bin ich der erste Streikbrecher. Denn wenn ich mir vorstelle, wie ich bei einem Generalstreik mit seinen geistigen Produkten gefahren wäre, um die es sich handelt, dann kann ich sagen, noch trauriger, als es mir gegangen ist. Ich bin bereit zu dem, was ich produziere, Zuschüsse für die Publikation zu geben, wenn ich weiß, auf andere Weise kann ich es nicht an den Mann bringen. Das ist der typische Streikbrecher, und genau so glaube ich, daß es auch irgend jemand, der höherwertige Sachen produziert als ich, einem Künstler oder einem ähnlichen Mann gehen würde in potenziertem Maße.

Die gewerkschaftliche Organisation ist selbstverständlich gut; aber die Diskussion hat den Rahmen abgesteckt, in welchem sie ihre Bedeutung haben kann. Eine weitere Bedeutung wird man ihr nicht zusprechen können. Zweitens das Einspringen des Staates, die öffentlichen Mittel. Ich selbst habe darauf hingewiesen, daß hier einer der Punkte liegt, wo eingeseht werden muß. Aber ich werde noch einmal darauf zurückkommen, daß dabei auch richtig formuliert wird, wenn man Staatshilfe der Selbsthilfe gegenüberstellt. Selbsthilfe und Staatshilfe als Gegensätze in der alten Form existieren hier nicht. Das wird sich aus dem, was ich am Schluß zu sagen habe, ergeben. Das, woran ich in erster Linie glaube — und das spreche ich glatt aus —, ist Individualhilfe. Ich glaube, daß es auf den einzelnen Menschen ankommt, den Menschentypus, den wir herausbilden werden. Darauf war mein Referat abgezielt. Ich habe nicht das Recht — ich kann es nur immer wieder sagen — als Mann von mehr als 50 Jahren, der einst auch mit Hilfe von nur wenig Vermögen in die Höhe gekommen ist, hier einer jüngeren Generation irgendwelche Ratschläge zu geben, die nicht auf dieser Basis stehen. Ich habe gesagt, ich habe nur die Frage zu stellen: Wie kann die jüngere Generation sich diese Dinge denken? Und die Antwort habe ich bekommen. Ich denke, daß die jüngere Generation nach den Antworten sich tatsächlich auf der Linie des von mir bezeichneten Arbeitsintellektuellen bewegt. Nun wäre es außerordentlich wichtig, zu untersuchen, wie eigentlich dieses Arbeitsintellektuellentum künftig gestaltet sein soll, wie die geistige Produktivität mit der Berufsarbeit kombiniert werden soll. Ich wage es nicht, in Konkurrenz zu treten mit den Ausführungen von Max Weber über diese Dinge, kann auch nicht auf das, was Herr Birnbaum nach der Richtung gesagt hat, eingehen.

Ich möchte nur noch einmal hervorheben: Ich kann mir nichts anderes denken als eine irgendwie enge Verbundenheit, sachlich enge Verbundenheit geistig produktiver Arbeit mit einem praktisch auswertbaren Hintergrunde, der als pekuniäre Reserve gedacht wird. Nicht etwa als das — das möchte ich stark unterstreichen —, was der Syndikalismus der geistigen Arbeiter in Frankreich mit dem Wirtschaftlichen will; denn dieser nennt seine Zeitschrift „Le Producteur“ und sagt damit, daß er in Wirklichkeit das Primat des Ökonomischen anerkennt. Während hier das Primat des Geistigen durch In-Reserve-Stellen des Ökonomischen gerettet werden soll. Das ist der Gegensatz, und ich hoffe, daß die jüngere Generation das fühlt, daß sie die praktischen Dinge und die praktischen Kenntnisse als Mittel verwenden muß, um ihre geistige Freiheit und das Primat des Geistigen zu retten.

Das ist das Prinzipielle, was ich zu sagen hatte, und was mir aus der jüngeren Generation entgegentritt. Was dabei die Öffentlichkeit und den Staat betrifft, so habe ich heute morgen darauf hingewiesen, daß der Staat, auch der heutige Staat, unzweifelhaft etwas ganz anderes leisten könnte für die Erhaltung der Geistigen, als er tut. Was ist das, 1% des Budgets für Kulturausgaben! Was ist das, wenn es sich um Erhöhung der Beamtengehälter handelt, daß 2% Ausgaben für Besoldung auf die höheren Beamten entfallen, und daß trotzdem dieser Staat die höheren Beamten, die seinen geistigen Existenzhintergrund bilden, heruntersinken läßt auf ein Fünftel ihrer Einkommensexistenz aus Arbeit. Das sind entscheidende Tatsachen. Und daher habe ich gesagt: Es kommt auf die Beeinflussung des öffentlichen Geistes an. Der öffentliche Geist ist aber kein Gespenst. Er ist auch nicht, was in den Bureaus sitzt wie früher, sondern der öffentliche Geist wird heute geschaffen durch die öffentlichen Organe, durch die Publizitätsorgane der Gesellschaft und die Parteien. Darum kann ich nur noch einmal wiederholen: Politik und hinein in die Parteien!
(Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Die Jubiläumstagung des Vereins für Sozialpolitik ist zu Ende. Von einer großen Gesellschaft, die in der Geschichte viel umstritten gewesen ist, wurde das Wort geprägt: Sint ut sunt, aut non sint. Das trifft bei unserem Verein zu. Entweder er behält seine Eigenart, oder er wird eine

Wirkungsmöglichkeit in der Zukunft nur in beschränktem Umfang finden. Ich glaube, daß es wohl möglich ist, den Schwerpunkt der Forschungsrichtung nach der einen oder anderen Seite zu verlegen, und die neue Generation, die in dem Hauptauschuß vertreten ist, wird Sorge tragen, daß der Verein nach dieser Richtung hin nichts versäumt. Aber in seiner Wesensart muß er der ruhmreichen Tradition eines halben Jahrhunderts folgen und bleiben, was er war: der Ringplatz, der Kampfstand, die Walstatt der Geister. Er kann nur sein und bleiben eine freie Vereinigung von Persönlichkeiten, von denen nicht verlangt wird, eine politische, sittliche, wirtschaftliche Weltanschauung, sondern nur eins verlangt wird: subjektive Wahrhaftigkeit. Und so glaube ich, dürfen wir zum Schluß allen danken, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben, allen Rednern, die uns Vorträge hielten, die in der Aussprache zum Wort gekommen sind. Danken wollen wir auch denjenigen, die die heutige Tagung vorbereiteten, danken unserem Vorsitzenden, Herrn Geheimrat Herkner, der sie mitgeleitet hat und zielsicher den Verein leitet, danken wollen wir unserem Schriftführer, Herrn Voese, auf dessen Schultern die Arbeit ruhte, und so wollen wir abschließen das halbe Jahrhundert mit dem alten Wunsche für das kommende: ad multos annos.

(Schluß der Sitzung 6,24 Uhr.)

Geschäftliche Beratungen und Beschlüsse der Generalversammlung.

(Vgl. oben S. 115.)

Der Schriftführer Boese gibt zunächst eine eingehende Erläuterung und Berichtigung des Stimmzettels für die Wahlen zum Ausschusse, der vorher an alle Mitglieder verteilt worden war. Daran anknüpfend schlug der Präsident zum Zwecke der Zeitersparnis vor, die nach der eben verkündeten Berichtigung neun zuerst stehenden Herren durch Zuzufuhr zu wählen. Herr Umbreit erhebt Einspruch und möchte an der Stimmzettelnwahl festhalten. Nachdem er aber durch Herrn Geheimrat Tönnies, den Schriftführer und den Präsidenten darüber aufgeklärt worden ist, daß innerhalb des Ausschusses die gewählten und die kooptierten Mitglieder völlig gleiche Rechte haben, zieht Herr Umbreit seinen Einspruch zurück.

Der Präsident erklärt darauf, daß durch Akklamation folgende neun Herren in den Ausschuh neu gewählt sind: Brentano, Behrend, Böhmert, Vog, Oldenberg, v. Schulze-Gävernitz, E. Gothein, G. Gothein, Mataja.

Präsident: Ich gebe jetzt dem Herrn Schatzmeister das Wort.

Erzellenz v. d. Leyen: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den schwungvollen Reden, die wir soeben gehört haben, muß ich Sie mit recht nüchternen, wenig erfreulichen Dingen beschäftigen. Sie haben bereits von Herrn Geheimrat Herkner gehört, daß unsere finanzielle Lage mit dem allgemeinen Niedergang der Finanzen in Deutschland sehr betrüblich geworden ist.

Der Ausschuh hat über diese Angelegenheit am 18. Oktober v. J. beraten und hat nach dem damaligen Stande unserer Finanzen geglaubt, es genüge, wenn eine Erhöhung der Vereinsbeiträge in der Weise vorgenommen würde, wie sie in dem Antrag des Ausschusses, der Ihnen gedruckt vorliegt, vorgeschlagen wird; das heißt er glaubte, es würde genügen, wenn unsere Mitgliedsbeiträge rückwirkend vom 1. April dss. J. ab, verdoppelt würden. Wir haben uns damals schon recht schwer dazu entschlossen, eine derartige Rückwirkung vorzuschlagen und erst nachträglich Ihre Genehmigung dazu einzuholen; denn sachungsmäßig ist allein die Generalversammlung berechtigt, die Höhe der Beiträge festzusetzen. Aber die Not war schon damals so groß, daß wir eine solche Maßnahme glaubten verantworten zu können.

Nun, meine Damen und Herren, haben sich die Finanzen sehr viel weniger glücklich entwickelt, als wir vor einem Jahre annehmen konnten. Wir haben zwar erfreuliche Mehreinnahmen gehabt, einmal die besondere Umlage, die 20 000 Mark eingebracht hat, außerdem eine Beihilfe der wissenschaftlichen Notgemeinschaft von 30 000 Mark. Aber vor wenigen Tagen bekamen wir eine Rechnung unseres Verlegers über die Kosten der Schriftenbände, die Ihnen jetzt zugegangen sind. Hiernach sollen die beiden Bände über die geistigen Arbeiter 420 Mark kosten. Mit den Jahresbeiträgen von 40 und 60 Mark und den sonstigen Einnahmen können diese Kosten nicht entfernt gedeckt werden. Wir müssen also suchen, auf andere Weise das Geld dazu zu beschaffen. Über die Finanzlage hat der Ausschuß in seiner gestrigen Sitzung beraten und den Beschluß gefaßt, den Antrag vom 18. Oktober 1922 dahin zu ändern, daß einmal vom 1. April 1923 ab der Jahresbeitrag der persönlichen Mitglieder und der dieser gleichstehenden Seminare auf 200 Mark, für die übrigen korporativen Mitglieder auf 1000 Mark festgesetzt wird. Wir sind ferner zu der Überzeugung gekommen, daß wir lebenslängliche Mitglieder mit den Beiträgen, die jetzt satzungsmäßig gelten, nicht mehr aufnehmen können, vor allem Korporationen, die Jahrzehnte lang unsere Schriften weit unter dem Herstellungspreis erhalten würden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen erschien es daher angemessen, besondere Bedingungen für die Aufnahme von lebenslänglichen Mitgliedern nicht mehr festzusetzen und diese Bestimmung aus § 16 der Satzungen zu streichen. Ich möchte dabei bemerken, daß wir von derartigen Mitgliedern bis jetzt nur wenige, nicht einmal ein halbes Duzend haben.

Aber, meine Damen und Herren, damit sind wir nicht aus der Verlegenheit heraus. Wir halten es unbedingt für notwendig, außerdem eine Bestimmung in die Satzungen aufzunehmen, nach der, im Falle die regelmäßigen Mitgliederbeiträge und die sonstigen Einnahmen des Vereins nicht ausreichen, zur Deckung der Verwaltungsausgaben und der Kosten der Vereinschriften der Rest durch eine Umlage aufgebracht werden muß, und daß der Vorstand ermächtigt wird, eine derartige Umlage auszuschreiben.

Meine Damen und Herren! Sie sehen, Sie werden in Zukunft sehr viel stärker finanziell belastet; aber wir müssen uns sagen: In welchen Gebieten findet eine derartige Mehrbelastung nicht statt? Herr Geheimrat Herkner sagte gestern im Ausschuß, ein Schinkenbrötchen

im Speisewagen koste 50 Mark, und wer 200 Mark Jahresbeitrag bezahlt, würde sich also vier Schinkenbrötchen versagen müssen. Ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu können, daß mit Rücksicht auf die Entwertung des Geldes uns nicht zu viele Mitglieder abspenstig werden, und daß es dann gelingt, wieder auf einen normalen Standpunkt der Finanzen zu gelangen.

Wir sind nicht in der Lage, Ihnen heute eine genaue Fassung der erforderlichen Satzungsänderungen vorzuschlagen. Ich beschränke mich also darauf, die Generalversammlung zu ersuchen, sich einmal damit einverstanden zu erklären, daß die jetzt geltenden Beiträge nachträglich vom 1. April 1922 ab allgemein erhoben werden. Die meisten Mitglieder haben die erhöhten Beiträge bereits bezahlt; zweitens, daß die jährlichen Beiträge vom 1. April 1923 ab auf 200 Mark für die persönlichen Mitglieder und die Seminaristen und auf 1000 Mark für die übrigen korporativen Mitglieder festgestellt werden; drittens, daß die Bestimmung wegfällt, nach der lebenslängliche Mitglieder ernannt werden können, und viertens, daß in die Satzung die Bestimmung aufgenommen wird, daß, im Falle die Mitgliederbeiträge und die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen zur Deckung regelmäßiger Verwaltungsausgaben und der Kosten der Vereinschriften, dann der Vorstand ermächtigt wird, zur Deckung des Restbetrages eine Umlage von sämtlichen Mitgliedern zu erheben, eine geringere für die persönlichen, eine höhere für die körperchaftlichen Mitglieder. Es wird notwendig sein, diese Umlage schon im Laufe des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres zu erheben. Wie hoch sie sein wird, kann ich nicht sagen, weil die erst vor wenigen Tagen zugegangene Rechnung der Verlagsbuchhandlung noch nicht geprüft werden konnte.

Namens des Ausschusses bitte ich Sie, diese Anträge anzunehmen, und weiterhin, den Vorstand zu ermächtigen, nach diesen Beschlüssen die Satzungen zu ändern.

Präsident: Zu den Ausführungen des Herrn Schatzmeisters liegen folgende Anträge vor:

1. Vom 1. April 1922 beträgt der Mitgliederbeitrag für persönliche Mitglieder 40 Mark, für körperchaftliche Mitglieder 60 Mark.
2. Vom 1. April 1923 beträgt er für persönliche Mitglieder und für Seminare 200 Mark, für körperchaftliche Mitglieder 1000 Mark.

3. Lebenslängliche Mitglieder mit einmaliger Beitragszahlung sollen in Zukunft nicht mehr aufgenommen werden können.
4. Zur Deckung der Kosten, namentlich der Vereinschriften, sollen von jetzt an neben dem Beitrag Umlagen erhoben werden können. Bei der andauernden Geldentwertung ist die Deckung der Ausgaben des Vereins durch Beiträge, die im voraus festgesetzt werden müssen, nicht mehr möglich. Ohne die Einführung des Umlageverfahrens könnte der Verein seine Tätigkeit nicht fortsetzen. Da der Verein am Gewinn aus dem Verkaufe der Vereinschriften vertragsgemäß beteiligt ist, dürften nur im Anfange höhere Umlagen vonnöten sein.

Ferner ist angeregt worden, daß die Ausländer den Beitrag nach der Friedensparität in Gold bezahlen sollten. Die Sache liegt so, daß wir das nicht statutenmäßig festgesetzt haben, daß wir aber diese Beiträge bereits von einzelnen freiwillig bekommen. Wir wollen es zunächst bei dem Usus lassen, daß die Ausländer in den valutastarken Ländern freiwillig geben.

Ich bitte diejenigen, die mit dieser Regelung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Die Anträge sind mit Majorität angenommen.

Ich möchte noch mitteilen, daß der Rumpfausschuß um 3 Uhr zusammentritt, um die Kooptationen vorzunehmen.

Ich schließe hiermit die heutige Vormittagsitzung und bitte Sie, pünktlich $1\frac{1}{4}$ Uhr wieder zu erscheinen.

(Schluß der ersten Sitzung vormittags 12 Uhr 48 Minuten.)

Geschäftliche Beratungen und Beschlüsse in der Nachmittags- sitzung.

Präsident Geheimrat Professor Dr. Diehl! Meine Damen und Herren! Ehe wir die Aussprache beginnen, wird unser Schriftführer Ihnen das Resultat der Ausschusssitzung mitteilen.

Schriftführer Boese: Der Rumpfausschuß hat getagt und die Vorstandswahl vollzogen, ebenso die Kooptationen. Was die Vorstandswahl anlangt, so ist die Wahl einstimmig auf Geheimrat Professor Dr. Herkner gefallen (stürmischer Beifall), und er hat, wenn auch nach einigem Bedenken, die Wahl angenommen. Ebenso ist unser Schatzmeisterposten durch Exzellenz v. d. Leyen besetzt geblieben.

und mich und Herrn Carl St. A. Geibel haben die Herren zu Schriftführern wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt die Herren Fuchs, der bereits stellvertretender Vorsitzender war, außerdem die Herren Geheimrat Sering und Prof. Dr. Hartmann-Wien.

Was die Kooptation anlangt, so sind folgende Herren kooptiert worden, zunächst diejenigen, die bereits im Ausschuß waren. Ich lese Ihnen die Namen vor (geordnet nach der frühesten Kooptation):

Pierstorff, Mr. Weber, Wirminghaus, Zuckerkandl, Rauchberg, Schumacher, Lönnes, Jastrow, Harms, Redlich, Schott, Diehl, Eckert, Gulenburg, Liefmann, Mombert, Potthoff, Schwanhäuser, Spiethoff, Stein, Troeltsch, Wiedenfeld, v. Zwiedineck-Südenhorst, Grünberg, Hartmann, Frhr. v. Wieser, Bonn, v. Bortkiewicz, Eßlen, Günther, Kammerer, Most, v. Kostiz, Schmöle, Seibt, v. Wiese, Wilbrandt, Zimmermann, Schacht, Bauer, Feuchtwanger, Gerlach-Königsberg, v. Gottl, Hesse, Spann, v. Felsner, Stolper, v. Tyszka, Wagemann, Wiffel, Diegel, Schwarz, Somary, Struß, Altmann, Amonn, Behrens, Braun, Gehrig, Gerloff, Hamn, G. Hartmann, Kuczynski, Lederer, v. Mißes, Siebeking, Skalweit, Umbreit, Vogelstein, v. Wittek, Zahn, Hertha Siemering, Drews, Adolf Weber, Gerlach-Frankfurt, Mann, Passow, Prion, Stephinger.

Es sind nur diejenigen Herren, die von dem früheren Ausschuß kooptiert waren, fallen gelassen worden, die in den letzten Jahren an der Tätigkeit des Ausschusses nicht mehr teilgenommen haben. An neuen Kooptationen sind vorgenommen worden:

E. v. Beckerath, H. v. Beckerath, Bernhard, Bräuer, Briefs, Bruck, Bunzel, Delbrück, Dorn, v. Eckardt, Feig, Feiler, Goebel, Goldscheid, Groll (Dtsh. Werkmeister-Verband), G. Günther, Gutmann, Heimann, Heyde, Fr. Hoffmann, Jahn, Köhler, Kessler, Lenz, Lindemann, H. Muhs, M. Muhs, Palvi, Pfirrmann (Bund der techn. Angestellten und Beamten), Plaut, Preyer, Pribram, Quarc, Köpke, Salin, Siebeck, Terhalle, Teschemacher, Waentig, Jul. Wolf, Fr. Leubuscher.

Die in der Abendsitzung kooptierten Herren sind hier gleich mit eingerechnet.

Der Ausschuß ist durch die genannten Kooptationen nicht bloß völlig erneuert, sondern auch bedeutend erweitert, und eine Ausschußsitzung wird heute abend 8 Uhr in dem Nebenraum sich versammeln und die für die Führung der Geschäfte erforderlichen Beschlüsse fassen.